

**LOIS, DECRETS, ORDONNANCES ET REGLEMENTS
WETTEN, DECRETEN, ORDONNANTIES EN VERORDENINGEN**

**GOUVERNEMENTS DE COMMUNAUTE ET DE REGION
GEMEENSCHAPS- EN GEWESTREGERINGEN
GEMEINSCHAFTS- UND REGIONALREGIERUNGEN**

**DEUTSCHSPRACHIGE GEMEINSCHAFT
COMMUNAUTE GERMANOPHONE — DUITSTALIGE GEMEENSCHAP**

MINISTERIUM DER DEUTSCHSPRACHIGEN GEMEINSCHAFT

D. 2009 — 2729

[2009/202854]

11. MAI 2009 — Dekret über das Zentrum für Förderpädagogik, zur Verbesserung der sonderpädagogischen Förderung in den Regel- und Förderschulen sowie zur Unterstützung der Förderung von Schülern mit Beeinträchtigung, Anpassungs- oder Lernschwierigkeiten in den Regel- und Förderschulen

Das Parlament der Deutschsprachigen Gemeinschaft hat das Folgende angenommen und wir, Regierung, sanktionieren es:

TITEL I - Allgemeine Bestimmungen

Artikel 1 - Anwendungsbereich

Vorliegendes Dekret findet Anwendung auf das Regel- und Förderschulwesen, das von der Deutschsprachigen Gemeinschaft organisiert oder subventioniert wird.

Art. 2 - Personenbezeichnungen

Personenbezeichnungen im vorliegenden Dekret gelten für beide Geschlechter.

Art. 3 - Volljährigkeit

Ab dem Tag, an dem ein Schüler volljährig wird, gelten die im vorliegenden Dekret festgelegten Rechte und Pflichten der Erziehungsberechtigten für den Schüler; jeder minderjährige Schüler hat das Recht, gemäß seiner Urteilsfähigkeit seine Meinung in den ihn betreffenden Angelegenheiten zu äußern.

Art. 4 - Begriffsbestimmungen

Für die Anwendung des vorliegenden Dekretes versteht man unter:

1. Regelschule: Bildungs- und Erziehungseinrichtung des Regelschulwesens, die unter der Leitung eines Schulleiters steht und in der die Schüler nach einem Studienprogramm, das von der Regierung festgelegt oder genehmigt worden ist, unterrichtet werden, wobei für Schüler mit sonderpädagogischem Förderbedarf die Unterrichtsziele angepasst werden können;

2. Förderschule: Bildungs- und Erziehungseinrichtung des Förderschulwesens, die unter der Leitung eines Schulleiters steht und in der die Schüler ganz oder teilweise nach einem Studienprogramm, das von der Regierung festgelegt oder genehmigt worden ist, unterrichtet werden;

3. Zentrum für Förderpädagogik: Zusammenschluss der von der Deutschsprachigen Gemeinschaft organisierten Förderschulen zu einer organisatorischen und pädagogischen Einheit, die sich in der Trägerschaft des Gemeinschaftsunterrichtswesens befindet;

4. Förderort: Regel- oder Förderschule, an dem die sonderpädagogische Förderung einem Schüler zuteil wird;

5. Schulträger: juristische oder natürliche Person, die für die Einrichtung, Organisation und Verwaltung einer oder mehrerer Schulen rechtlich die Verantwortung trägt und zum Unterhalt der Schule eigene Leistungen erbringt;

6. Erziehungsberechtigte: Personen, die aufgrund des Gesetzes oder eines richterlichen Beschlusses die elterliche Autorität über das Kind oder den Jugendlichen ausüben;

7. Integrationsprojekt: Beschulung eines Schülers mit sonderpädagogischem Förderbedarf in der Regelschule unter Einsatz individuell festgelegter personeller, materieller und sonderpädagogisch-didaktischer Fördermittel;

8. Stellenkapital: Anzahl Stellen, über die eine Schule verfügt;

9. Förderpädagogische Maßnahmen: differenzierende und individualisierende Unterrichts- sowie Erziehungsmaßnahmen, die dem jeweiligen Förderbedarf eines Schülers entsprechen;

10. Sonderpädagogische Förderung: Förderung von Schülern mit sonderpädagogischem Förderbedarf gemäß einem individuellen Förderplan in Förderschulen oder in Regelschulen. Sie hat als Ziel, Schüler mit einer Beeinträchtigung, mit Anpassungs- oder Lernschwierigkeiten beim Erlernen von schulischen, sozialen und gesellschaftlichen Fertigkeiten zu unterstützen und zu fördern. Sie bietet den Schülern Hilfe und Orientierung bei der Übernahme von Werten, Einstellungen und Haltungen.

TITEL II - Das Zentrum für Förderpädagogik

KAPITEL I - *Einrichtung und Aufgaben*

Art. 5 - Einrichtung

Es wird ein Dienst mit getrennter Geschäftsführung unter der Bezeichnung "Zentrum für Förderpädagogik" geschaffen. Zu diesem Zweck werden im Gemeinschaftsunterrichtswesen die Grundschule für differenzierten Unterricht Elsenborn-Sankt Vith und das Institut der Deutschsprachigen Gemeinschaft für Sonderunterricht Eupen zusammengeschlossen.

Das Zentrum für Förderpädagogik besteht aus einer Grundschul- und einer Sekundarschulabteilung sowie einem Internat.

Art. 6 - Aufgaben

Dem Zentrum für Förderpädagogik obliegt gemeinsam mit den Förderschulen des von der Deutschsprachigen Gemeinschaft organisierten und subventionierten Unterrichtswesens die Gewährleistung der sonderpädagogischen Grundversorgung in der Deutschsprachigen Gemeinschaft. Es nimmt insbesondere folgende Aufgaben wahr:

1. Erteilung von Förderschulunterricht auf Fördergrundschul- und Fördersekundarschulebene;
2. Koordinierung der sonderpädagogischen Fördermaßnahmen in den Integrationsprojekten;
3. Hilfestellung und Beratung bei der Erstellung von individuellen Förderplänen;
4. Bereitstellung von Fachpersonal für sonderpädagogische Förderung in den Regelschulen;
5. Beratung und Begleitung der Regelschulen und der Zentren für Aus- und Weiterbildung im Mittelstand und in kleinen und mittleren Unternehmen in förderpädagogischen Fragen;
6. Hilfestellung bei der methodisch-didaktischen, pädagogischen und psychologischen Kompetenzerweiterung der Regelschulen und der Zentren für Aus- und Weiterbildung im Mittelstand und in kleinen und mittleren Unternehmen auf Ebene der sonderpädagogischen Förderung;
7. Hilfestellung bei der beruflichen Integration der Schüler und Gewährleistung integrativer Praktika in den Betrieben.

Zur Erfüllung dieser Aufgaben arbeitet das Zentrum für Förderpädagogik mit allen im Bereich der sonderpädagogischen Förderung tätigen Partnern und insbesondere mit der Dienststelle für Personen mit Behinderung zusammen.

KAPITEL II - *Beirat*

Art. 7 - Einrichtung des Beirates

§ 1 - Es wird ein Beirat eingerichtet, der sich wie folgt zusammensetzt:

1. ein Vertreter des Gemeinschaftsunterrichtswesens;
2. ein Vertreter des freien subventionierten Unterrichtswesens;
3. ein Vertreter des offiziellen subventionierten Unterrichtswesens;
4. jeweils ein Vertreter der Unterrichtsverwaltung und der für das Sozialwesen zuständigen Abteilung des Ministeriums der Deutschsprachigen Gemeinschaft;
5. ein Vertreter einer anerkannten Einrichtung, die in der sonderpädagogischen Forschung und Weiterbildung tätig ist;
6. jeweils ein Vertreter des Psycho-Medizinisch-Sozialen Zentrums des Gemeinschaftsunterrichtswesens, des freien subventionierten Unterrichtswesens und des offiziellen subventionierten Unterrichtswesens;
7. ein Vertreter der Dienststelle für Personen mit Behinderung;
8. ein Vertreter einer gemeinnützigen Einrichtung, die im sonderpädagogischen Bereich in der Deutschsprachigen Gemeinschaft tätig ist und die Interessen der Erziehungsberechtigten vertritt;
9. ein Vertreter der Arbeitgeberorganisationen in der Deutschsprachigen Gemeinschaft;
10. ein Vertreter der Arbeitnehmerorganisationen in der Deutschsprachigen Gemeinschaft;
11. ein Vertreter der Autonomen Hochschule in der Deutschsprachigen Gemeinschaft;
12. ein Vertreter des Instituts für Aus- und Weiterbildung im Mittelstand und in kleinen und mittleren Unternehmen;
13. ein Vertreter des technischen und berufsbildenden Unterrichts;
14. ein Vertreter des Arbeitsamtes der Deutschsprachigen Gemeinschaft.

Der Direktor des Zentrums für Förderpädagogik führt den Vorsitz des Beirates. Die Fachbereichsleiter des Zentrums für Förderpädagogik nehmen mit beratender Stimme an den Sitzungen teil.

§ 2 - Für jedes in § 1 Absatz 1 erwähnte effektive Mitglied wird ein Ersatzmitglied bezeichnet.

Die Mitglieder und Ersatzmitglieder des Beirates werden von der Regierung für eine Dauer von fünf Jahren bezeichnet.

§ 3 - Der Beirat kann andere Personen mit beratender Stimme zu seinen Sitzungen einladen.

Art. 8 - Aufgaben des Beirates

Der Beirat nimmt folgende Aufgaben wahr:

1. Beratung der Regierung und der Direktion des Zentrums für Förderpädagogik in allen allgemeinen Fragen der Förderung und insbesondere der sonderpädagogischen Förderung in der Deutschsprachigen Gemeinschaft;

2. Erstellung von Gutachten zu Fragen der sonderpädagogischen Förderung auf Anfrage der Regierung oder aus eigener Initiative;

3. Initiierung eines breiten gesellschaftlichen Dialogs zu allen Aspekten der pädagogischen Förderung in der Deutschsprachigen Gemeinschaft.

Art. 9 - Funktionsweise des Beirates

§ 1 - Der Direktor des Zentrums für Förderpädagogik beruft die Sitzungen aus eigener Initiative oder auf schriftliche Anfrage eines Mitglieds des Beirates ein. Er stellt die Tagesordnung auf.

§ 2 - Der Beirat arbeitet seine eigene Geschäftsordnung aus und legt diese der Regierung zur Genehmigung vor.

§ 3 - Die in Anwendung von Artikel 8 Nummer 2 erstellten Gutachten des Beirates werden aufgrund der einfachen Stimmenmehrheit abgegeben.

Alle Mitglieder des Beirates mit Ausnahme des Direktors und der Fachbereichsleiter des Zentrums für Förderpädagogik haben Stimmrecht.

Stimmhaltungen werden nicht berücksichtigt.

Auf Anfrage der Minderheit wird deren Stellungnahme dem Gutachten als Anhang beigefügt.

§ 4 - Der Beirat versammelt sich mindestens zweimal pro Schuljahr.

§ 5 - In Anwendung des Erlasses der Regierung vom 12. Juli 2001 zur Harmonisierung der Anwesenheitsgelder und Fahrtentschädigungen in Gremien und Verwaltungsräten der Deutschsprachigen Gemeinschaft erhalten die effektiven Mitglieder und Ersatzmitglieder des Beirates zulasten des Haushaltes des Zentrums für Förderpädagogik Anwesenheitsgelder und Fahrtkostenentschädigungen.

KAPITEL III — *Pädagogischer Rat*

Art. 10 - Zusammenarbeit mit dem Beirat

Unbeschadet von Artikel 51 des Dekretes vom 31. August 1998 über den Auftrag an die Schulträger und das Schulpersonal sowie über die allgemeinen pädagogischen und organisatorischen Bestimmungen für die Regel- und Förderschulen trägt der Pädagogische Rat des Zentrums für Förderpädagogik im Rahmen seiner Tätigkeit den Gutachten und Empfehlungen des Beirates des Zentrums für Förderpädagogik Rechnung und informiert diesen über die aktuellen Entwicklungen.

Art. 11 - Teilnahme der Fachbereichsleiter an den Sitzungen des Pädagogischen Rates

Unbeschadet von Artikel 49 Absatz 1 des Dekretes vom 31. August 1998 über den Auftrag an die Schulträger und das Schulpersonal sowie über die allgemeinen pädagogischen und organisatorischen Bestimmungen für die Regel- und Förderschulen sind die Fachbereichsleiter Mitglied im Pädagogischen Rat, der am Zentrum für Förderpädagogik eingesetzt wird.

KAPITEL IV - *Stundenkapital*

Art. 12 - Berechnung

Unbeschadet von Artikel 5^{quater}, 44.1, 53^{ter} und 53^{quater} des Dekretes vom 27. Juni 1990 zur Bestimmung der Weise, wie die Dienstposten für das Personal im Förderschulwesen festgelegt werden, entspricht das Stundenkapital für das Lehr-, Erziehungshilfs- und paramedizinische sowie sozialpsychologische Personal des Zentrums für Förderpädagogik ab Inkrafttreten des Dekretes für eine Dauer von fünf Jahren der Summe des Stundenkapitals, das dem Institut der Deutschsprachigen Gemeinschaft für Sonderunterricht und der Grundschule für differenzierten Unterricht im Schuljahr 2008-2009 in Anwendung von Artikel 5^{ter}, 34, und 53^{quater} desselben Dekretes vom 27. Juni 1990 gewährt worden ist.

Vor Ablauf der in Absatz 1 angeführten Zeitspanne nimmt die Regierung eine Bedarfsanalyse vor, um ein neues System der Stundenkapitalberechnung zu schaffen.

Art. 13 - Schulleitung

Die Artikel 9 und 10 desselben Dekretes vom 27. Juni 1990 finden keine Anwendung auf das Zentrum für Förderpädagogik.

Art. 14 - Fachbereichsleiter

Die in Artikel 24 desselben Dekretes vom 27. Juni 1990 vorgesehene dritte Stelle als Fachbereichsleiter wird am Zentrum für Förderpädagogik ab dem 1. September 2010 organisiert.

Art. 15 - Korrespondent-Buchhalter

Unbeschadet der Artikel 30 und 31 desselben Dekretes vom 27. Juni 1990 werden am Zentrum für Förderpädagogik im Amt des Korrespondenten-Buchhalters 15 zusätzliche Stunden geschaffen. Sobald Stunden in demselben Amt in der betreffenden Schule für offen erklärt werden, werden die durch vorliegenden Artikel zusätzlich geschaffenen Stunden um die Anzahl der für offen erklärten Stunden verringert.

TITEL III - Verbesserung der sonderpädagogischen Förderung in den Regel- und Förderschulen

Art. 16 - Sonderpädagogische Förderung in der Regel- und Förderschule

In das Dekret vom 31. August 1998 über den Auftrag an die Schulträger und das Schulpersonal sowie über die allgemeinen pädagogischen und organisatorischen Bestimmungen für die Regel- und Förderschulen wird ein Kapitel VIII^{bis}, das die Artikel 93.1 bis 93.32 umfasst, mit folgendem Wortlaut eingefügt:

"Kapitel VIII^{bis} - Sonderpädagogische Förderung in der Regel- und Förderschule

Abschnitt 1 - Grundsatz der sonderpädagogischen Förderung

Artikel 93.1 - Zielsetzung und Gestaltung

Sonderpädagogische Förderung hat die Aufgabe, die Schüler mit einer Beeinträchtigung, mit Anpassungs- oder Lernschwierigkeiten unter Berücksichtigung ihrer individuellen Möglichkeiten zum selbstständigen und gemeinsamen Leben, Lernen und Handeln zu befähigen. Sie unterstützt und fördert diese Schüler beim Erlernen von schulischen, sozialen und gesellschaftlichen Fertigkeiten und bietet ihnen Hilfe und Orientierung bei der Übernahme von Werten, Einstellungen und Haltungen.

Zu den in Absatz 1 angeführten Werten gehören:

1. Gleichwertigkeit-Gleichwürdigkeit in der Verschiedenheit;
2. Solidarität;
3. Identitätsfindung.

Sonderpädagogische Förderung umfasst die Förderung von Schülern mit sonderpädagogischem Förderbedarf gemäß einem individuellen Förderplan in Förderschulen oder in Regelschulen.

Umfang und Inhalt der sonderpädagogischen Förderung werden durch den individuellen sonderpädagogischen Förderbedarf sowie die personellen, materiellen und organisatorischen Rahmenbedingungen bestimmt. Diese Rahmenbedingungen sind zusammen mit den individuellen Bedürfnissen des Schülers maßgeblich für die Festlegung des Förderorts, wobei dies der Ort ist, an dem den Bedürfnissen des Kindes am ehesten und am besten entsprochen wird und wo es seine fachbezogenen und überfachlichen Kompetenzen und Entwicklungsziele am besten entwickeln kann.

Abschnitt 2 - Verfahren zur Feststellung des sonderpädagogischen Förderbedarfs

Unterabschnitt 1 - Allgemeines

Artikel 93.2 - Definition

Sonderpädagogischer Förderbedarf besteht dann, wenn einem Förderbedarf mit den Mitteln allgemeinpädagogischer Maßnahmen nicht entsprochen werden kann. Dies ist der Fall, wenn das Ausmaß der Beeinträchtigung des Kindes oder des Jugendlichen so hoch ist, dass intensive Maßnahmen zur Entwicklungs- und Bildungsförderung notwendig werden und die Art der Beeinträchtigung spezifische Maßnahmen erfordert, für die Lehrer, Therapeuten und Pflegefachleute mit einer entsprechend fachlichen Ausbildung erforderlich sind.

Artikel 93.3 - Beratung der Erziehungsberechtigten

§ 1 - Die Erziehungsberechtigten haben das Recht auf eine objektive, professionelle und umfassende Beratung und Begleitung, insbesondere in der Zeit vor der Antragstellung sowie vor und während des Feststellungsverfahrens.

§ 2 - Die Beratung erfolgt in erster Linie durch die Schulleitung der vom Kind besuchten Schule oder durch die Schulleitung der Schule, in die die Erziehungsberechtigten das Kind oder den Jugendlichen einschreiben wollen.

Die Erziehungsberechtigten können sich für die Beratung auch an ein von der Deutschsprachigen Gemeinschaft organisiertes oder subventioniertes Psycho-Medizinisch-Soziales Zentrum beziehungsweise jede andere qualifizierte Einrichtung wenden.

§ 3 - Die Beratung und Information der Erziehungsberechtigten seitens der in § 2 aufgeführten Einrichtungen über die festgestellten Probleme des Kindes oder des Jugendlichen, die bisherigen Fördermaßnahmen sowie die Ergebnisse der eventuellen sonderpädagogischen Überprüfungen und die verschiedenen Möglichkeiten sonderpädagogischer Förderung sind möglichst umfassend und objektiv zu gestalten.

§ 4 - Der Antrag zur Feststellung von sonderpädagogischem Förderbedarf enthält die für die Erziehungsberechtigten notwendigen Informationen zum gesamten Verfahren. Die Regierung legt Form und Inhalt dieser Informationen fest.

Unterabschnitt 2 - Einleitung des Verfahrens zur Feststellung von sonderpädagogischem Förderbedarf

Artikel 93.4 - Antragstellung

§ 1 - Wird ein sonderpädagogischer Förderbedarf bei einem Kind oder einem Jugendlichen vermutet, ist die Feststellung desselben bis zum 1. Februar bei einem von der Deutschsprachigen Gemeinschaft organisierten oder subventionierten Psycho-Medizinisch-Sozialen Zentrum zu beantragen, wenn ab dem folgenden Schuljahr eine sonderpädagogische Förderung erfolgen soll.

Im Fall von Krankheit, Unfall oder Migration kann das Verfahren zur Feststellung des sonderpädagogischen Förderbedarfs außerhalb der in Absatz 1 angeführten Frist eingeleitet werden. Die Nichteinhaltung der Frist ist seitens des Antragstellers im Antrag zu begründen.

§ 2 - Der Antrag auf Feststellung des sonderpädagogischen Förderbedarfs wird von den Erziehungsberechtigten oder von dem Schulleiter der Regelschule, bei der das Kind oder der Jugendliche angemeldet werden soll oder angemeldet ist, schriftlich bei einem Psycho-Medizinisch-Sozialen Zentrum eingereicht, wobei in letzterem Falle das Einverständnis der Erziehungsberechtigten vorliegen muss.

§ 3 - Die Einreichung eines Antrags eröffnet keinen Rechtsanspruch auf sonderpädagogische Förderung.

Artikel 93.5 - Form des Antrags

Der Antrag auf Feststellung des sonderpädagogischen Förderbedarfs wird begründet. Hierzu können medizinische, psychologische oder andere fachliche Gutachten vorgelegt werden.

Wird der Antrag von der Regelschule eingereicht, liegt ihm das schriftliche Einverständnis der Erziehungsberechtigten bei.

Besucht das Kind oder der Jugendliche bereits eine Grund- oder Sekundarschule, sind im Antrag die bisher unternommenen Fördermaßnahmen anzuführen.

Artikel 93.6 - Antragstellung durch die Regelschule

§ 1 - Wenn der Schulleiter der Regelschule den Antrag auf Feststellung des sonderpädagogischen Förderbedarfs stellen will, informiert er die Erziehungsberechtigten per Einschreiben über dieses Vorhaben, führt die Gründe hierfür an und benennt das Psycho-Medizinisch-Soziale Zentrum, bei dem der Antrag eingereicht werden soll.

§ 2 - Sind die Erziehungsberechtigten mit dem Vorhaben einverstanden, erteilen sie innerhalb einer Frist von acht Kalendertagen nach Erhalt des Einschreibens ihr schriftliches Einverständnis.

§ 3 - Sind die Erziehungsberechtigten nicht mit dem benannten Zentrum einverstanden, setzen sie den Schulleiter der Regelschule innerhalb einer Frist von acht Kalendertagen nach Erhalt des Einschreibens darüber in Kenntnis. Gleichzeitig benennen sie ein anderes von der Deutschsprachigen Gemeinschaft organisiertes oder subventioniertes Psycho-Medizinisch-Soziales Zentrum, das das Feststellungsverfahren durchführen soll.

§ 4 - Erteilen die Erziehungsberechtigten nicht innerhalb einer Frist von acht Kalendertagen nach Erhalt des Einschreibens ihr schriftliches Einverständnis zur Einleitung eines Verfahrens zur Feststellung des sonderpädagogischen Förderbedarfs, kann der Schulleiter der Regelschule den in Artikel 93.24 angeführten Förderausschuss anrufen. Er setzt die Erziehungsberechtigten darüber in Kenntnis.

Der Förderausschuss übermittelt den Erziehungsberechtigten und dem Schulleiter der Regelschule binnen einer Frist von 20 Arbeitstagen ab dem Tag, an dem er den Einspruch erhalten hat, seine begründete Entscheidung per Einschreiben.

Sind die Erziehungsberechtigten mit der Entscheidung des Förderausschusses nicht einverstanden, teilen sie dies dem Vorsitzenden des Förderausschusses innerhalb einer Frist von 14 Kalendertagen nach Erhalt des Einschreibens schriftlich mit. Dieser verweist dann die Angelegenheit an den zuständigen Jugendrichter.

Der Förderausschuss verweist die Angelegenheit ebenfalls an den zuständigen Jugendrichter, wenn die Erziehungsberechtigten der vom Förderausschuss getroffenen Entscheidung nicht Folge leisten.

Unterabschnitt 3 - Feststellung des sonderpädagogischen Förderbedarfs

Artikel 93.7 - Erstellung eines Gutachtens

Nach Erhalt des gemäß Unterabschnitt 2 eingereichten Antrags erstellt das Psycho-Medizinisch-Soziale-Zentrum im Rahmen einer pluridisziplinären Untersuchung ein begründetes Gutachten, in dem in verbindlicher Form folgendes festgehalten wird:

1. ob bei dem Schüler sonderpädagogischer Förderbedarf besteht;
2. welcher Art die Beeinträchtigung ist;
3. in welchen Bereichen sonderpädagogische Förderung zu erbringen ist;
4. welcher Art die erforderliche sonderpädagogische Förderung beziehungsweise die therapeutischen und pfliegerischen Maßnahmen sind.

Ist eine medizinische Untersuchung zur Feststellung der körperlichen Entwicklung und des Gesundheitszustands durchgeführt worden und enthält der ärztliche Bericht Angaben, die für die qualifizierte sonderpädagogische und therapeutische Förderung von Bedeutung sind, so sollten diese Angaben dem sonderpädagogischen Gutachten beigefügt werden.

Artikel 93.8 - Weiterleitung des Gutachtens

Das Psycho-Medizinisch-Soziale Zentrum übermittelt das erstellte Gutachten bis spätestens 1. April des Schuljahres, das dem Schuljahr vorangeht, in dem die Fördermaßnahmen beginnen sollen, folgenden Personen:

1. den Erziehungsberechtigten;
2. dem Schulleiter der Regelschule, die das Kind beziehungsweise der Jugendliche besucht oder entsprechend dem Wunsch der Eltern besuchen soll;
3. dem Schulleiter der Förderschule, mit der die Regelschule, die das Kind beziehungsweise der Jugendliche besucht oder entsprechend dem Wunsch der Eltern besuchen soll, bisher zusammengearbeitet hat.

In Abweichung von Absatz 1 leitet das Psycho-Medizinisch-Soziale Zentrum das Gutachten nicht an den in Nummer 3 erwähnten Schulleiter der Förderschule weiter, wenn in dem Gutachten festgehalten ist, dass kein sonderpädagogischer Förderbedarf vorliegt.

Artikel 93.9 - Konsequenzen des Gutachtens

Wird in dem Gutachten festgehalten, dass sonderpädagogischer Förderbedarf besteht, entsteht im Rahmen der zur Verfügung stehenden Fördermittel ein Anspruch auf sonderpädagogische Förderung. Daraus ergibt sich jedoch kein Anspruch auf eine bestimmte Anzahl an Förderstunden beziehungsweise auf das Zurverfügungstellen der Fördermittel an einem bestimmten Ort.

Ist sonderpädagogischer Förderbedarf festgestellt worden, beantragen die Erziehungsberechtigten auf der Grundlage des Gutachtens eine Einschreibung ihres Kindes in eine Förderschule oder in eine Regelschule.

Artikel 93.10 - Überprüfung des sonderpädagogischen Förderbedarfs

Unbeschadet der Artikel 93.4, 93.5 und 93.6 kann der Antrag gestellt werden, die Notwendigkeit des sonderpädagogischen Förderbedarfs durch ein von der Deutschsprachigen Gemeinschaft organisiertes oder subventioniertes Psycho-Medizinisch-Soziales Zentrum überprüfen zu lassen.

Unbeschadet der Artikel 93.4, 93.5 und 93.6 ist bei Schülern, die die Grundschule abgeschlossen haben, der sonderpädagogische Förderbedarf zu überprüfen, bevor die sonderpädagogische Förderung in einer Regel- oder Fördersekundarschule erfolgen kann.

Abschnitt 3 - Einschreibung in eine Regelschule

Artikel 93.11 - Einberufung einer Förderkonferenz

Wird seitens der Erziehungsberechtigten die Einschreibung des Kindes beziehungsweise Jugendlichen, bei dem sonderpädagogischer Förderbedarf festgestellt wurde, in eine Regelschule gewünscht, beruft der Schulleiter der Regelschule, in die die Erziehungsberechtigten ihr Kind einschreiben möchten oder die ihr Kind bereits besucht, nach Erhalt des vom Psycho-Medizinisch-Sozialen Zentrums erstellten Gutachtens eine Förderkonferenz ein.

Artikel 93.12 - Zusammensetzung der Förderkonferenz

§ 1 - Der Förderkonferenz gehören folgende Mitglieder an:

1. die Erziehungsberechtigten;
2. der Schulleiter der Regelschule;
3. der die jeweilige Klasse der Regelschule leitende Sekundarschullehrer, Primarschullehrer oder Kindergärtner;
4. der Schulleiter der Förderschule, die mit der Regelschule zusammenarbeitet, oder dessen beauftragter Vertreter;
5. ein Mitglied des Lehr-, Erziehungshilfs- oder paramedizinischen beziehungsweise sozialpsychologischen Personals derselben Förderschule.

Der Schulleiter der Regelschule ist Vorsitzender der Förderkonferenz.

§ 2 - Auf Anfrage des Schulleiters der Regelschule können maximal zwei Vertreter der Unterrichtsverwaltung mit beratender Funktion an der Förderkonferenz teilnehmen.

Die Erziehungsberechtigten haben das Recht, sich in der Förderkonferenz durch einen Berater ihrer Wahl begleiten zu lassen.

§ 3 - Ein vom Psycho-Medizinisch-Sozialen Zentrum, das den sonderpädagogischen Förderbedarf festgestellt hat, beauftragter Vertreter ist beratendes Mitglied der Förderkonferenz und wird zur Erläuterung des erstellten Gutachtens von der Förderkonferenz angehört.

Artikel 93.13 - Entscheidungen der Förderkonferenz

§ 1 - Die in Artikel 93.12 § 1 angeführten Mitglieder der Förderkonferenz legen bis spätestens 30. April einvernehmlich für das folgende Schuljahr fest:

1. ob das Kind beziehungsweise der Jugendliche ganz oder teilweise nach den Vorgaben der Rahmenpläne beziehungsweise ausschließlich nach einem individuellen Förderplan unterrichtet wird;
2. die Förderziele;
3. die pädagogischen, therapeutischen und/oder pflegerischen Fördermaßnahmen, die in die Wege geleitet werden sollen;
4. den Förderort, an dem die Fördermittel eingesetzt werden können;
5. die Unterrichtsform, falls es sich um einen Schüler handelt, der die Fördersekundarschule besucht oder besuchen soll.

Sie geben zudem eine Empfehlung in Bezug auf die im folgenden Schuljahr einzusetzenden personellen Fördermittel ab.

§ 2 - Die Leiter der in der Deutschsprachigen Gemeinschaft organisierten und subventionierten Förderschulen prüfen die in § 1 Absatz 2 ausgesprochene Empfehlung und treffen in gegenseitiger Absprache, unter Berücksichtigung der Bestimmungen von Artikel 53ter §§ 3, 4 und 5 des Dekretes vom 27. Juni 1990 zur Bestimmung der Weise, wie die Dienstposten für das Personal im Sonderschulwesen festgelegt werden, und in enger Zusammenarbeit mit den betroffenen Regelschulen eine definitive Entscheidung über die einzusetzenden personellen Fördermittel.

Die Leiter der Förderschulen teilen den Leitern der betroffenen Regelschulen ihre begründete Entscheidung bis spätestens 15. Mai per Einschreiben mit.

Der Leiter der Regelschule teilt den Erziehungsberechtigten die begründete Entscheidung über die einzusetzenden personellen Fördermittel bis spätestens 20. Mai per Einschreiben mit.

§ 3 - Bei der Festlegung des Förderorts ist grundsätzlich eine Schule entsprechend dem Übereinkommen über die Rechte für Menschen mit Behinderungen, verabschiedet in der Vollversammlung der Vereinten Nationen am 13. Dezember 2006, zu bezeichnen. Wenn, ausgehend von dem individuellen sonderpädagogischen Förderbedarf des Schülers, die Förderkonferenz zu der Feststellung kommen sollte, dass die Förderschule der geeignete Förderort für den Schüler ist, kann sie als Förderort ebenfalls eine Förderschule bezeichnen.

Alle Entscheidungen der Förderkonferenz werden ausführlich begründet.

§ 4 - Wird das Verfahren zur Feststellung des sonderpädagogischen Förderbedarfs gemäß Artikel 93.4 § 1 Absatz 2 im Fall von Krankheit, Unfall oder Migration eines Schülers außerhalb der festgelegten Fristen eingeleitet und bei dem betroffenen Schüler sonderpädagogischer Förderbedarf festgestellt, kann die Förderkonferenz außerhalb der in § 1 angeführten Fristen tagen.

§ 5 - Wird einem Antrag auf Schulwechsel eines Schülers, bei dem sonderpädagogischer Förderbedarf festgestellt wurde und für den als Förderort eine Regelschule bezeichnet wurde, stattgegeben, beruft der Leiter der Regelschule, die den Schüler aufnimmt, unverzüglich eine neue Förderkonferenz ein. Dabei gelten die in den §§ 1 bis 3 und Artikel 93.14 festgelegten Modalitäten.

Artikel 93.14 - Einberufung des Förderausschusses

Wird in der Förderkonferenz kein Einvernehmen zwischen den Mitgliedern zu den in Artikel 93.13 § 1 Absatz 1 Nummern 1 bis 5 angeführten Aspekten erzielt, verweist der Leiter der Regelschule die Akte per Einschreiben innerhalb einer Frist von acht Kalendertagen nach Abschluss der Beratungen in der Förderkonferenz an den in Artikel 93.24 angeführten Förderausschuss.

Der Förderausschuss übermittelt den Erziehungsberechtigten, dem Leiter der Regelschule und dem Leiter der Förderschule per Einschreiben seine begründete Entscheidung zu den in Artikel 93.13 § 1 Absatz 1 Nummern 1 bis 5 angeführten Aspekten sowie seine Empfehlung in Bezug auf die im folgenden Schuljahr einzusetzenden personellen Fördermittel innerhalb einer Frist von 20 Arbeitstagen nach Versand des im vorhergehenden Absatz erwähnten Einschreibens.

Sind die Erziehungsberechtigten mit der Entscheidung des Förderausschusses nicht einverstanden, teilen sie dies dem Vorsitzenden des Förderausschusses innerhalb einer Frist von 14 Kalendertagen nach Versand des Einschreibens, das die Entscheidung beinhaltet, schriftlich mit. Dieser verweist dann die Angelegenheit an den zuständigen Jugendrichter.

Abschnitt 4 - Individueller Förderplan und Förderportfolio

Artikel 93.15 - Individueller Förderplan

Unter der Verantwortung des Schulleiters der von der Förderkonferenz als Förderort bezeichneten Schule und unter Mitwirkung der Erziehungsberechtigten sowie der mit der Durchführung der Fördermaßnahmen betrauten Mitglieder des Direktions-, Lehr-, Erziehungshilfs-, paramedizinischen und sozialpsychologischen Personals wird zu Beginn des Schuljahres für jeden Schüler mit sonderpädagogischem Förderbedarf ein individueller Förderplan erstellt. Dieser Förderplan umfasst Folgendes:

1. eine genaue Beschreibung der Förderziele, die in Zusammenarbeit mit den Erziehungsberechtigten erreicht werden sollen;
2. die Beschreibung der Fördermaßnahmen und die Namen der Mitglieder des Direktions-, Lehr-, Erziehungshilfs-, paramedizinischen und sozialpsychologischen Personals, die mit der Durchführung betraut sind.

Im Rahmen der Erstellung des Förderplans können auch außenstehende Fachleute beratend hinzugezogen werden.

Artikel 93.16 - Förderportfolio

Die in Artikel 93.15 Absatz 1 Nummer 2 angeführten Personen dokumentieren ihre Sicht über die Lernstandsentwicklung und die Umsetzung des Förderplans in einem Förderportfolio.

Die Verantwortung für das Führen des Förderportfolios liegt bei dem Schulleiter des Förderortes.

Artikel 93.17 - Evaluation

Die in Artikel 93.15 Absatz 1 Nummer 2 angeführten Personen evaluieren auf Grundlage des individuellen Förderplans und des Förderportfolios mindestens einmal pro Schuljahr gemeinsam mit den Erziehungsberechtigten, inwieweit die im individuellen Förderplan festgelegten Förderziele erreicht worden sind. Gegebenenfalls korrigieren sie die Ziele und die entsprechenden Maßnahmen.

Abschnitt 5 - Weiterführung oder Beendigung von laufenden Integrationsprojekten

Artikel 93.18 - Bewertung eines Integrationsprojektes durch die Förderkonferenz

Auf der Grundlage der in Artikel 93.17 angeführten Evaluation entscheiden die in Artikel 93.12 § 1 angeführten Mitglieder der Förderkonferenz bis zum 30. April des laufenden Schuljahres einvernehmlich über die Weiterführung oder Beendigung eines laufenden Integrationsprojektes für das nächste Schuljahr.

Artikel 93.19 - Weiterführung eines Integrationsprojektes

§ 1 - Sprechen sich die in Artikel 93.12 § 1 angeführten Mitglieder der Förderkonferenz für eine Weiterführung der sonderpädagogischen Förderung in der Regelschule aus, legen sie bis zum 30. April des laufenden Schuljahres einvernehmlich für das folgende Schuljahr fest:

1. ob das Kind beziehungsweise der Jugendliche ganz oder teilweise nach den Vorgaben der Rahmenpläne beziehungsweise ausschließlich nach einem individuellen Förderplan unterrichtet wird;
2. die Förderziele;
3. die pädagogischen, therapeutischen und/oder pflegerischen Fördermaßnahmen, die in die Wege geleitet werden sollen.

Die Förderkonferenz gibt zudem eine Empfehlung in Bezug auf die im folgenden Schuljahr einzusetzenden personellen Fördermittel ab.

§ 2 - Die Leiter der von der Deutschsprachigen Gemeinschaft organisierten und subventionierten Förderschulen prüfen die in § 1 Absatz 2 ausgesprochene Empfehlung und treffen in gegenseitiger Absprache, unter Berücksichtigung der Bestimmungen von Artikel 53ter §§ 3, 4 und 5 des Dekretes vom 27. Juni 1990 zur Bestimmung der Weise, wie die Dienstposten für das Personal im Sonderschulwesen festgelegt werden, und in enger Zusammenarbeit mit den betroffenen Regelschulen eine definitive Entscheidung über die einzusetzenden personellen Fördermittel.

Die Leiter der Förderschulen teilen den Leitern der betroffenen Regelschulen ihre begründete Entscheidung bis spätestens 15. Mai per Einschreiben mit.

Der Leiter der Regelschule teilt den Erziehungsberechtigten die begründete Entscheidung über die Weiterführung und die einzusetzenden personellen Fördermittel bis spätestens 20. Mai per Einschreiben mit.

Artikel 93.20 - Beendigung der sonderpädagogischen Förderung in einer Regelschule nach Ablauf eines Schuljahres

§ 1 - Sprechen sich die in Artikel 93.12 § 1 angeführten Mitglieder der Förderkonferenz gegen eine Weiterführung der sonderpädagogischen Förderung in einer Regelschule aus, legen sie bis zum 30. April des laufenden Schuljahres einvernehmlich fest, ob die weitere Beschulung in der Regelschule ohne sonderpädagogische Hilfe oder in einer Förderschule erfolgen soll.

Die Entscheidung über die Beendigung der sonderpädagogischen Förderung in der Regelschule kann nur erfolgen, wenn im Vorfeld:

1. ein Gutachten des betreuenden Psycho-Medizinisch-Sozialen Zentrums eingeholt und dieses in der Förderkonferenz erläutert worden ist;
2. die Stellungnahme der Erziehungsberechtigten eingeholt worden ist.

§ 2 - Der Leiter der Regelschule lässt den Erziehungsberechtigten bis spätestens 30. April des laufenden Schuljahres die begründete Entscheidung über die Beendigung der sonderpädagogischen Förderung in der betreffenden Regelschule und den zukünftigen Förderort per Einschreiben zukommen.

Artikel 93.21 - Einberufung des Förderausschusses

Wird in der Förderkonferenz kein Einvernehmen zwischen den Mitgliedern zu den in den Artikeln 93.18, 93.19 § 1 Absatz 1 Nummern 1 bis 3 und 93.20 § 1 Absatz 1 angeführten Aspekten erzielt, verweist der Leiter der Regelschule die Akte per Einschreiben innerhalb einer Frist von acht Kalendertagen nach Abschluss der Beratungen in der Förderkonferenz an den in Artikel 93.24 angeführten Förderausschuss.

Der Förderausschuss übermittelt den Erziehungsberechtigten, dem Leiter der Regelschule und dem Leiter der Förderschule per Einschreiben seine begründete Entscheidung zu den in den Artikeln 93.18, 93.19 § 1 Absatz 1 Nummern 1 bis 3 und 93.20 § 1 Absatz 1 angeführten Aspekten sowie gegebenenfalls seine Empfehlung in Bezug auf die im folgenden Schuljahr einzusetzenden personellen Fördermittel innerhalb einer Frist von 20 Arbeitstagen nach Versand des im vorhergehenden Absatz erwähnten Einschreibens.

Sind die Erziehungsberechtigten mit der Entscheidung des Förderausschusses nicht einverstanden, teilen sie dies dem Vorsitzenden des Förderausschusses innerhalb einer Frist von 14 Kalendertagen nach Versand des Einschreibens, das die Entscheidung beinhaltet, schriftlich mit. Dieser verweist dann die Angelegenheit an den zuständigen Jugendrichter.

Artikel 93.22 - Abbruch der sonderpädagogischen Förderung in einer Regelschule im Laufe eines Schuljahres

§ 1 - Ein Abbruch der sonderpädagogischen Förderung in einer Regelschule im Laufe eines Schuljahres erfolgt auf Grundlage einer einvernehmlichen Entscheidung der in Artikel 93.12 § 1 angeführten Mitglieder der Förderkonferenz. Sie können diese Entscheidung nur treffen, wenn im Vorfeld:

1. ein Gutachten des betreuenden Psycho-Medizinisch-Sozialen Zentrums eingeholt wurde;
2. die Stellungnahme der Erziehungsberechtigten eingeholt wurde.

§ 2 - Der Leiter der Regelschule lässt den Erziehungsberechtigten die begründete Entscheidung über die Beendigung der sonderpädagogischen Förderung in der betreffenden Regelschule und den zukünftigen Förderort per Einschreiben zukommen. Er setzt zudem die Unterrichtsverwaltung über den Abbruch in Kenntnis.

§ 3 - Wird in der Förderkonferenz kein Einvernehmen zwischen den Mitgliedern erzielt, verweist der Leiter der Regelschule die Akte per Einschreiben innerhalb einer Frist von acht Kalendertagen nach Abschluss der Beratungen in der Förderkonferenz an den in Artikel 93.24 angeführten Förderausschuss.

Der Förderausschuss übermittelt den Erziehungsberechtigten, dem Leiter der Regelschule und dem Leiter der Förderschule per Einschreiben seine begründete Entscheidung innerhalb einer Frist von 20 Arbeitstagen nach Versand des Einschreibens, das den Einspruch einreicht.

Sind die Erziehungsberechtigten mit der Entscheidung des Förderausschusses nicht einverstanden, teilen sie dies dem Vorsitzenden des Förderausschusses innerhalb einer Frist von 14 Kalendertagen nach Versand des Einschreibens, das die Entscheidung beinhaltet, schriftlich mit. Dieser verweist dann die Angelegenheit an den zuständigen Jugendrichter.

Artikel 93.23 - Gutachten des Psycho-Medizinisch-Sozialen Zentrums

Sind die Erziehungsberechtigten grundsätzlich nicht damit einverstanden, das in Artikel 93.20 § 1 Absatz 2 Nummer 1 oder 93.22 § 1 Absatz 1 Nummer 1 angeführte Gutachten des Psycho-Medizinisch-Sozialen Zentrums einzuholen, kann der Schulleiter der Regelschule den Förderausschuss anrufen. Er setzt die Erziehungsberechtigten davon in Kenntnis, dass er den Förderausschuss anruft.

Der Förderausschuss übermittelt den Erziehungsberechtigten und dem Regelschulleiter binnen einer Frist von 20 Arbeitstagen ab dem Tag, an dem er den Einspruch erhalten hat, seine Entscheidung per Einschreiben.

Sind die Erziehungsberechtigten mit der Entscheidung des Förderausschusses nicht einverstanden, teilen sie dies dem Vorsitzenden des Förderausschusses innerhalb einer Frist von 14 Kalendertagen nach Erhalt des Einschreibens schriftlich mit. Dieser verweist dann die Angelegenheit an den zuständigen Jugendrichter.

Der Förderausschuss verweist die Angelegenheit ebenfalls an den zuständigen Jugendrichter, wenn die Erziehungsberechtigten der vom Förderausschuss getroffenen Entscheidung nicht Folge leisten.

Abschnitt 6 - Förderausschuss

Artikel 93.24 - Einsetzung

§ 1 - Die Regierung setzt einen Förderausschuss ein. Dieser setzt sich zusammen aus:

1. einem Präsidenten;
2. einem Vertreter der Dienststelle für Personen mit Behinderung;
3. einer Person mit einer besonderen Erfahrung oder Qualifikation im Bereich der Förderpädagogik;
4. einer vom Schulträger der Regelschule, die der Schüler besucht oder entsprechend dem Wunsch der Eltern besuchen soll, vorgeschlagenen Person, die nicht dem Personal der betreffenden Regelschule angehört;
5. einem Sekretär.

In Abweichung von Absatz 1 Nummer 4 ist bei den Sitzungen, in denen der Förderausschuss über die Erteilung der in Artikel 4 Absatz 2 des Gesetzes vom 6. Juli 1970 über das Förderschulwesen und das integrierte Schulwesen vorgesehenen Abweichungsgenehmigung berät, eine vom Schulträger der Förderschule, die der Schüler besucht, vorgeschlagene Person, die nicht dem Personal der betreffenden Förderschule angehört, anwesend.

§ 2 - Für jedes in § 1 angeführte effektive Mitglied bezeichnet die Regierung ein entsprechendes Ersatzmitglied. Im Falle eines Rücktritts oder des Verlustes des Amtes, aufgrund dessen das Mitglied in den Förderausschuss bezeichnet worden ist, führt das Ersatzmitglied das Mandat zu Ende und es wird ein neues Ersatzmitglied bezeichnet. Ist ein effektives Mitglied verhindert, nimmt das Ersatzmitglied an der Versammlung teil.

Der Präsident und sein Ersatzmitglied sowie der Sekretär und sein Ersatzmitglied werden unter den sich im aktiven Dienst befindenden Mitgliedern der Unterrichtsverwaltung bezeichnet.

§ 3 - Die in § 1 angeführten Mitglieder und deren in § 2 angeführten Ersatzmitglieder werden für eine Dauer von vier Jahren von der Regierung bezeichnet.

Artikel 93.25 - Aufgaben

Der Förderausschuss befasst sich mit den in Artikel 93.6 § 4, 93.14, 93.20, 93.22, 93.23 § 3 und 93.24 angeführten Aufgaben.

Zudem ist er zuständig für die Erteilung der in Artikel 4 Absatz 2 des Gesetzes vom 6. Juli 1970 über das Förderschulwesen und das integrierte Schulwesen vorgesehenen Abweichungsgenehmigung.

Artikel 93.26 - Geschäftsordnung

Der Förderausschuss arbeitet seine eigene Geschäftsordnung aus und legt diese der Regierung zur Genehmigung vor.

Artikel 93.27 - Freistellungen von Mitgliedern

Ein Mitglied kann seine Freistellung beantragen, wenn es glaubt, einen moralischen Nutzen in der Sache zu haben oder wenn es glaubt, man könne seine Unparteilichkeit anzweifeln. Der Präsident entscheidet, ob diesem Antrag Folge geleistet wird. Er kann aus denselben Gründen auch ein Mitglied auf eigene Initiative freistellen.

Der Präsident, der stellvertretende Präsident, die effektiven Mitglieder und die Ersatzmitglieder dürfen nicht in einer Angelegenheit tagen, die ihr Kind beziehungsweise das Kind eines Verwandten bis zum vierten Grad einschließlich betrifft.

Artikel 93.28 - Arbeitsweise des Förderausschusses im Falle einer Einberufung desselben gemäß der Artikel 93.6 § 4, 93.14, 93.21, 93.22 § 3 und 93.23

Die in Absatz 2 angeführten Parteien werden vom Präsident binnen zehn Arbeitstagen nach Erhalt der Akte einberufen. Zwischen der Einladung und der Anhörung der Parteien liegen mindestens drei Arbeitstage; das Datum der Poststempel ist maßgebend.

Die Erziehungsberechtigten, der Leiter der Regelschule in seiner Eigenschaft als Vorsitzender der Förderkonferenz und der Leiter der Förderschule werden vom Förderausschuss angehört.

Die Erziehungsberechtigten, der Leiter der Regelschule und der Leiter der Förderschule können sich von einem Anwalt oder von einem Vertreter einer Vereinigung, die die jeweiligen Belange vertritt, beistehen lassen. Die Erziehungsberechtigten haben zudem das Recht, sich von einem Anwalt oder von einem Vertreter einer Vereinigung, die ihre Belange vertritt, vertreten zu lassen.

Der Förderausschuss kann eine zusätzliche Untersuchung anordnen. Er kann zudem Experten zur Beratung hinzuziehen.

Die Tatsache, dass die Erziehungsberechtigten beziehungsweise ihr Vertreter, der Leiter der Regelschule beziehungsweise sein Vertreter oder der Leiter der Förderschule beziehungsweise sein Vertreter nicht zu der Sitzung erscheint, hindert den Förderausschuss nicht daran, in der Angelegenheit zu entscheiden.

Artikel 93.29 - Arbeitsweise des Förderausschusses im Falle einer Einberufung desselben zwecks Erteilung einer Abweichungsgenehmigung zum Verbleib in der Förderschule

Die in Absatz 2 angeführten Parteien werden vom Präsident binnen zehn Arbeitstagen nach Erhalt des vom Klassenrat der Förderschule erstellten positiven Gutachtens zum Verbleib des Schülers in der Fördersekundarschule über das einundzwanzigste Lebensjahr hinaus einberufen. Zwischen der Einladung und der Anhörung der Parteien liegen mindestens drei Arbeitstage; das Datum der Poststempel ist maßgebend.

Die Erziehungsberechtigten und der Leiter der Förderschule werden vom Förderausschuss angehört.

Die Erziehungsberechtigten und der Leiter der Förderschule können sich von einem Anwalt oder von einem Vertreter einer Vereinigung, die die jeweiligen Belange vertritt, beistehen lassen. Die Erziehungsberechtigten haben zudem das Recht, sich von einem Anwalt oder von einem Vertreter einer Vereinigung, die ihre Belange vertritt, vertreten zu lassen.

Der Förderausschuss kann eine zusätzliche Untersuchung anordnen. Er kann zudem Experten zur Beratung hinzuziehen.

Die Tatsache, dass die Erziehungsberechtigten beziehungsweise ihr Vertreter oder der Leiter der Förderschule beziehungsweise sein Vertreter nicht zu der Sitzung erscheint, hindert den Förderausschuss nicht daran, in der Angelegenheit zu entscheiden.

Artikel 93.30 - Anwesenheits- und Abstimmungsquorum

Der Förderausschuss ist nur beschlussfähig, wenn alle effektiven Mitglieder beziehungsweise bei deren Abwesenheit die entsprechenden Ersatzmitglieder anwesend sind. Falls dies nicht der Fall ist, beruft der Präsident binnen fünf Arbeitstagen eine neue Versammlung ein. Auf dieser Versammlung kann unabhängig von der Anzahl anwesender Mitglieder ein Beschluss gefasst werden.

Stimmberechtigt sind alle in Artikel 93.24 § 1 Nummern 1, 2, 3 und 4 angeführten effektiven Mitglieder beziehungsweise bei deren Abwesenheit die entsprechenden Ersatzmitglieder.

Die begründete Entscheidung wird nach einer Abstimmung aufgrund der einfachen Stimmenmehrheit abgegeben. Stimmenthaltungen sind nicht zulässig. Bei Stimmgleichheit entscheidet der Präsident.

Artikel 93.31 - Mitteilung der Entscheidung

Die begründete Entscheidung des Förderausschusses wird den Parteien binnen fünf Arbeitstagen nach der Versammlung, auf der sie getroffen wurde, per Einschreiben mitgeteilt.

Artikel 93.32 - Funktionskosten und Entschädigungen

Die Funktionskosten des Förderausschusses gehen zulasten der Deutschsprachigen Gemeinschaft.

In Anwendung des Erlasses der Regierung vom 12. Juli 2001 zur Harmonisierung der Anwesenheitsgelder und Fahrtentschädigungen in Gremien und Verwaltungsräten der Deutschsprachigen Gemeinschaft erhalten die Mitglieder beziehungsweise Ersatzmitglieder des Förderausschusses zulasten des Haushaltes der Deutschsprachigen Gemeinschaft Anwesenheitsgelder und Fahrtkostenentschädigungen."

TITEL IV - Unterstützung der Förderung von Schülern mit Lernschwierigkeiten in den Regel- und Förderschulen

Art. 17 - Unterstützung der Förderung von Schülern mit Lernschwierigkeiten in den Regelgrundschulen

In Kapitel VI des Dekretes vom 26. April 1999 über das Regelgrundschulwesen wird ein Abschnitt *2bis*, der die Artikel 52.1 bis 52.5 umfasst, mit folgendem Wortlaut eingefügt:

"Abschnitt *2bis* - Besondere Förderung von Schülern mit Lernschwierigkeiten in den Regelgrundschulen

Unterabschnitt 1 - Prinzip

Artikel 52.1 - Förderdiagnose und besondere Förderung in den Regelgrundschulen

§ 1 - Zur Unterstützung der förderdiagnostischen Befähigung und zur Erweiterung der förderpädagogischen Kompetenzen in den Regelgrundschulen werden dem Regelgrundschulwesen 100 Viertelstellen zur Verfügung gestellt, die gemäß folgender Staffellung gewährt werden:

Block 1: 20 Viertelstellen

Block 2: 15 Viertelstellen

Block 3: 25 Viertelstellen

Block 4: 20 Viertelstellen

Block 5: 20 Viertelstellen

§ 2 - Jeder Schulträger des Regelgrundschulwesens erhält eine bestimmte Anzahl Viertelstellen, die gemäß folgender Formel berechnet wird:

$$\frac{A \times B}{C}$$

A = Anzahl der gemäß § 1 dem Regelgrundschulwesen zur Verfügung gestellten Viertelstellen

B = Anzahl Schüler in den Regelgrundschulen des Schulträgers

C = Gesamtanzahl Schüler in den Regelgrundschulen in der Deutschsprachigen Gemeinschaft

Entspricht die erste Dezimalzahl einem Wert, der kleiner ist als 5, wird auf die nächste Viertelstelle abgerundet. Ab einem Wert von 5 wird auf die nächste Viertelstelle aufgerundet.

§ 3 - Innerhalb von sechs Jahren nach Inkrafttreten des Dekretes werden die in § 1 angeführten Viertelstellen zur Verfügung gestellt. Die Regierung legt den Zeitpunkt und die Modalitäten der Zurverfügungstellung fest.

Unterabschnitt 2 - Berechnungsgrundlage

Artikel 52.2 - Prinzip

Die Berechnung des Stellenkapitals erfolgt für alle Grundschulen eines Trägers zusammen.

Stichtag für die Berechnung ist der letzte Schultag des Monats Januar des vorhergehenden Schuljahres.

Artikel 52.3 - Art der Zählung

Folgende Schülerzahlen werden zusammengerechnet:

1. die Anzahl regulärer Vorschüler, die während des Monats Januar an mindestens fünf Schultagen halbtags anwesend waren;

2. die Anzahl regulärer Primarschüler.

Unterabschnitt 3 - Verwendung des Stellenkapitals

Artikel 52.4 - Verwendungsdauer

Das gemäß den Artikeln 52.1 bis 52.3 ermittelte Stellenkapital steht für das laufende Schuljahr zur Verfügung.

Artikel 52.5 - Verwendung

Das gemäß den Artikeln 52.1 bis 52.3 ermittelte Stellenkapital kann vom Schulträger in einer oder mehreren seiner Schulen verwendet werden, um:

1. Personalmitglieder zu ersetzen, die einer von der Regierung anerkannten Weiterbildung im Bereich der Förderdiagnostik, der Förderpädagogik und insbesondere der Förderung von Schülern mit besonderen Schwierigkeiten in den Entwicklungszielen und Kernkompetenzen der Unterrichtssprache, der ersten Fremdsprache oder der Mathematik und gegebenenfalls auch in den überfachlichen Kompetenzen folgen;

2. ab dem Schuljahr 2014-2015 Personalmitglieder einzustellen, die neben dem für das zu vergebende Amt erforderlichen Befähigungsnachweis oder für ausreichend erachteten Befähigungsnachweis im Besitz einer Zusatzqualifikation im Bereich der Förderdiagnostik, der Förderpädagogik oder der Förderung von Schülern mit besonderen Schwierigkeiten in den Entwicklungszielen und Kernkompetenzen der Unterrichtssprache, der ersten Fremdsprache oder der Mathematik und gegebenenfalls auch in den überfachlichen Kompetenzen sind, die auf der Grundlage einer von der Regierung genehmigten Ausbildung gewährt wird.

Das Stellenkapital wird dem gemäß Abschnitt 3 des vorliegenden Kapitels ermittelten Stellenkapital hinzugefügt. Das gemäß den Artikeln 52.1 bis 52.3 ermittelte Stellenkapital ist nicht für eine definitive Ernennung oder eine definitive Einstellung freigegeben."

Art. 18 - Unterstützung der Förderung von Schülern mit sonderpädagogischem Förderbedarf in Förderschulen

In Kapitel I des Dekretes vom 27. Juni 1990 zur Bestimmung der Weise, wie die Dienstposten für das Personal im Förderschulwesen festgelegt werden, wird ein Artikel *5quater* mit folgendem Wortlaut eingefügt:

"Artikel *5quater* - Unterstützung der Förderung von Schülern mit sonderpädagogischem Förderbedarf in Förderschulen

§ 1 - Zur Unterstützung der förderdiagnostischen Befähigung und zur Erweiterung der förderpädagogischen Kompetenzen in den Förderschulen werden dem Förderschulwesen 18 Viertelstellen zur Verfügung gestellt, die gemäß folgender Staffelung gewährt werden:

Block 1: 4 Viertelstellen

Block 2: 2 Viertelstellen

Block 3: 5 Viertelstellen

Block 4: 3 Viertelstellen

Block 5: 4 Viertelstellen

Jeder Schulträger des Förderschulwesens erhält eine bestimmte Anzahl Viertelstellen, die gemäß folgender Formel berechnet wird:

$$\frac{A \times B}{C}$$

A = Anzahl der gemäß § 1 dem Förderschulwesen zur Verfügung gestellten Viertelstellen

B = Anzahl Schüler in den Förderschulen des Schulträgers

C = Gesamtanzahl Schüler in den Förderschulen in der Deutschsprachigen Gemeinschaft

Entspricht die erste Dezimalzahl einem Wert, der kleiner ist als 5, wird auf die nächste Viertelstelle abgerundet. Ab einem Wert von 5 wird auf die nächste Viertelstelle aufgerundet.

Innerhalb von sechs Jahren nach Inkrafttreten des Dekretes werden die in Absatz 1 angeführten Viertelstellen zur Verfügung gestellt. Die Regierung legt den Zeitpunkt und die Modalitäten der Zurverfügungstellung fest.

§ 2 - Stichtag für die Berechnung ist der letzte Schultag des Monats Januar des vorhergehenden Schuljahres.

§ 3 - Folgende Schülerzahlen werden zusammengerechnet:

1. die Anzahl regulärer Vorschüler, die während des Monats Januar an mindestens fünf Schultagen halbtags anwesend waren;

2. die Anzahl regulärer Primarschüler;

3. die Anzahl regulärer Sekundarschüler.

§ 4 - Das gemäß den §§ 1 bis 3 ermittelte Stellenkapital steht für das laufende Schuljahr zur Verfügung.

§ 5 - Das gemäß den §§ 1 bis 3 ermittelte Stellenkapital kann vom Schulträger verwendet werden, um in einer Förderschule:

1. Mitglieder des Direktions-, Lehr-, Erziehungshilfs-, paramedizinischen und sozialpsychologischen Personals zu ersetzen, die einer von der Regierung anerkannten Weiterbildung im Bereich der Förderdiagnostik, der Förderpädagogik und speziell der Förderung von Schülern mit besonderen Schwierigkeiten in den Entwicklungszielen und Kernkompetenzen der Unterrichtssprache, der ersten Fremdsprache oder der Mathematik und gegebenenfalls auch in den überfachlichen Kompetenzen folgen;

2. ab dem Schuljahr 2014-2015 Personalmitglieder einzustellen, die neben dem für das zu vergebende Amt erforderlichen Befähigungsnachweis oder für ausreichend erachteten Befähigungsnachweis im Besitz einer Zusatzqualifikation im Bereich der Förderdiagnostik, der Förderpädagogik, der Heilpädagogik oder der Orthopädagogik sind, die auf der Grundlage einer von der Regierung genehmigten Ausbildung gewährt wird.

Das Stellenkapital wird dem gemäß Artikel *5ter* ermittelten Stellenkapital hinzugefügt. Das gemäß den §§ 1 bis 3 ermittelte Stellenkapital ist nicht für eine definitive Ernennung oder eine definitive Einstellung freigegeben."

Art. 19 - Urlaub zwecks Teilnahme an einer von der Regierung anerkannten Weiterbildung im Bereich der Förderdiagnostik oder der Förderpädagogik

§ 1 - Vorliegender Artikel findet Anwendung auf:

1. die Personalmitglieder der Unterrichtseinrichtungen, die von der Deutschsprachigen Gemeinschaft organisiert werden und die einem Dienstrecht unterliegen,

2. die subventionierten Personalmitglieder der Unterrichtseinrichtungen, die von der Deutschsprachigen Gemeinschaft subventioniert werden und die einem Dienstrecht unterliegen.

§ 2 - Auf Vorschlag des Schulleiters kann der Schulträger einem in § 1 angeführten Personalmitglied, das sich im aktiven Dienst befindet, einen Urlaub gewähren zwecks Teilnahme an einer von der Regierung anerkannten Weiterbildung im Bereich der Förderdiagnostik oder der Förderpädagogik.

Der Schulträger gewährt den Urlaub im Rahmen des ihm gemäß Artikel 5^{quater} des Dekretes vom 27. Juni 1990 zur Bestimmung der Weise, wie die Dienstposten für das Personal im Sonderschulwesen festgelegt werden, beziehungsweise der Artikel 52.1 bis 52.3 des Dekretes vom 26. April 1999 über das Regelgrundschulwesen zur Verfügung stehenden Stellenkapitals.

Der in Absatz 1 erwähnte Urlaub kann für die gesamten Dienstleistungen oder für einen Teil der Dienstleistungen gewährt werden, die das Personalmitglied erbringt.

Die Dauer desurlaubes entspricht der Dauer der besuchten Weiterbildung.

§ 3 - Das Personalmitglied, das den in § 2 angeführten Urlaub in Anspruch nehmen möchte, reicht über den Schulleiter beziehungsweise Direktor spätestens 30 Tage vor Beginn des Urlaubs beim Schulträger einen schriftlichen Antrag ein, in dem es das Anfang- und Enddatum des Urlaubs anführt. Diesem Antrag liegt eine Teilnahme genehmigung bei, die von der die Weiterbildung organisierenden Einrichtung ausgestellt wurde.

In Abweichung vom vorhergehenden Absatz kann der Schulträger den in § 2 angeführten Urlaub selbst dann genehmigen, wenn er nach Ablauf der im vorhergehenden Absatz vorgesehenen Frist beantragt wurde, insofern der Schulleiter die reibungslose Funktionsweise des Dienstes nicht beeinträchtigt sieht.

Nach Abschluss der Weiterbildung reicht das Personalmitglied über den Schulleiter beim Schulträger eine Teilnahmebescheinigung ein, die von der die Weiterbildung organisierenden Einrichtung ausgestellt wurde.

§ 4 - Der in § 2 angeführte Urlaub gilt als besoldeter Urlaub und wird dem aktiven Dienst gleichgestellt.

TITEL V - Abänderung verschiedener Bestimmungen

KAPITEL I - Abänderung des Königlichen Erlasses vom 15. April 1958 über das Besoldungsstatut des Lehr- und wissenschaftlichen sowie des ihm gleichgestellten Personals des Ministeriums des Unterrichtswesens

Art. 20 - In Artikel 16 § 3 des Königlichen Erlasses vom 15. April 1958 über das Besoldungsstatut des Lehr- und wissenschaftlichen sowie des ihm gleichgestellten Personals des Ministeriums des Unterrichtswesens, ersetzt durch das Dekret vom 25. Juni 2007, wird das Wort "Sonder-" durch das Wort "Förder-" ersetzt.

KAPITEL II - Abänderung des Gesetzes vom 22. Juni 1964 über das Statut der Personalmitglieder des staatlichen Unterrichtswesens

Art. 21 - In Artikel 3 § 2 des Gesetzes vom 22. Juni 1964 über das Statut der Personalmitglieder des staatlichen Unterrichtswesens, zuletzt abgeändert durch den Königlichen Erlass Nr. 456 vom 10. September 1986, wird das Wort "Sonderschulwesens" durch das Wort "Förderschulwesens" und das Wort "psychologischen" durch das Wort "sozialpsychologischen" ersetzt.

Art. 22 - In Artikel 5 Absatz 5 desselben Gesetzes, eingefügt durch das Dekret vom 25. Juni 2007, wird das Wort "Sonder-" durch das Wort "Förder-" ersetzt.

In denselben Artikel wird ein Absatz 6 mit folgendem Wortlaut eingefügt:

"In Abweichung von Absatz 1 wird das Amt des Fachbereichsleiters einer Fördersekundarschule ab dem 1. September 2009 in Form einer Bezeichnung für eine unbestimmte Dauer nach Maßgabe der entsprechenden Bestimmungen des Königlichen Erlasses vom 22. März 1969 zur Festlegung des Statuts der Mitglieder des Direktions- und Lehrpersonals, des Erziehungshilfspersonals, des paramedizinischen und sozialpsychologischen Personals der staatlichen Einrichtungen für Vor-, Primar-, Förder-, Mittel-, technischen, Kunst- und Normalschulunterricht und der von diesen Einrichtungen abhängenden Internate sowie der Personalmitglieder des mit der Aufsicht über diese Einrichtungen beauftragten Inspektionsdienstes vergeben. Hiernach kann nach Maßgabe desselben Königlichen Erlasses eine definitive Ernennung erfolgen."

Art. 23 - In Artikel 6 Absatz 1 desselben Gesetzes, ergänzt durch das Gesetz vom 6. Juli 1970, wird die Wortfolge "des psychologischen Personals, des paramedizinischen Personals und des Sozialpersonals" durch die Wortfolge "des sozialpsychologischen Personals und des paramedizinischen Personals" ersetzt.

KAPITEL III - Abänderung des Königlichen Erlasses vom 29. August 1966 zur Festlegung des Statuts der Mitglieder des Verwaltungs-, Aufsichts-, Fach- und Dienstpersonals der staatlichen Einrichtungen für Vor-, Primar-, Sonder-, Mittel-, technischen, Kunst- und Normalschulunterricht

Art. 24 - Im Titel des Königlichen Erlasses vom 29. August 1966 zur Festlegung des Statuts der Mitglieder des Verwaltungs-, Aufsichts-, Fach- und Dienstpersonals der staatlichen Einrichtungen für Vor-, Primar-, Sonder-, Mittel-, technischen, Kunst- und Normalschulunterricht und in Artikel 1 Absatz 1 desselben Königlichen Erlasses, abgeändert durch das Dekret vom 23. März 2009, wird das Wort "Sonder-" jeweils durch das Wort "Förder-" ersetzt.

Art. 25 - In Artikel 57 desselben Königlichen Erlasses, ersetzt durch das Dekret vom 26. Juni 2006, wird das Wort "Sonder-" durch das Wort "Förder-" ersetzt.

KAPITEL IV - Abänderung des Königlichen Erlasses vom 28. Februar 1967 zur Festlegung der Dienststellungen des Verwaltungs-, Aufsichts-, Fach- und Dienstpersonals der staatlichen Einrichtungen für Vor-, Primar-, Sonder-, Mittel-, technischen, Kunst- und Normalschulunterricht

Art. 26 - Im Titel des Königlichen Erlasses vom 28. Februar 1967 zur Festlegung der Dienststellungen des Verwaltungs-, Aufsichts-, Fach- und Dienstpersonals der staatlichen Einrichtungen für Vor-, Primar-, Sonder-, Mittel-, technischen, Kunst- und Normalschulunterricht wird das Wort "Sonder-" durch das Wort "Förder-" ersetzt.

KAPITEL V - Abänderung des Königlichen Erlasses vom 19. Juni 1967 zur Festlegung der erforderlichen Befähigungsnachweise der Kandidaten für Anwerbungsämter des Verwaltungs-, Aufsichts-, Fach- und Dienstpersonals der staatlichen Einrichtungen des Vor-, Primar-, Sonder-, Mittel-, technischen, Kunst- und des Normalschulunterrichts

Art. 27 - Im Titel des Königlichen Erlasses vom 19. Juni 1967 zur Festlegung der erforderlichen Befähigungsnachweise der Kandidaten für Anwerbungsämter des Verwaltungs-, Aufsichts-, Fach- und Dienstpersonals der staatlichen Einrichtungen des Vor-, Primar-, Sonder-, Mittel-, technischen, Kunst- und des Normalschulunterrichts wird das Wort "Sonder-" durch das Wort "Förder-" ersetzt.

KAPITEL VI - *Abänderung des Königlichen Erlasses vom 8. Dezember 1967 ergangen in Anwendung von Artikel 3 des Königlichen Erlasses vom 28. Februar 1967 zur Festlegung der Dienststellungen des Verwaltungs-, Aufsichts-, Fach- und Dienstpersonals der staatlichen Einrichtungen für Vor-, Primar-, Sonder-, Mittel-, technischen, Kunst- und Normalschulunterricht*

Art. 28 - Im Titel des Königlichen Erlasses vom 8. Dezember 1967 ergangen in Anwendung von Artikel 3 des Königlichen Erlasses vom 28. Februar 1967 zur Festlegung der Dienststellungen des Verwaltungs-, Aufsichts-, Fach- und Dienstpersonals der staatlichen Einrichtungen für Vor-, Primar-, Sonder-, Mittel-, technischen, Kunst- und Normalschulunterricht wird das Wort "Sonder-" durch das Wort "Förder-" ersetzt.

Art. 29 - In Artikel 1 Absatz 1 desselben Königlichen Erlasses, zuletzt abgeändert durch den Erlass der Regierung vom 27. Januar 1993, wird das Wort "Sonder-" durch das Wort "Förder-" ersetzt.

KAPITEL VII - *Abänderung des Königlichen Erlasses vom 2. Oktober 1968 zur Festlegung und Einteilung der Ämter der Mitglieder des Direktions- und Lehrpersonals, des Erziehungshilfspersonals und des paramedizinischen Personals der staatlichen Einrichtungen für Vor-, Primar-, Sonder-, Mittel-, technischen, Kunst- und Normalschulunterricht und der Ämter der Personalmitglieder des mit der Aufsicht dieser Einrichtungen beauftragten Inspektionsdienstes*

Art. 30 - Im Titel des Königlichen Erlasses vom 2. Oktober 1968 zur Festlegung und Einteilung der Ämter der Mitglieder des Direktions- und Lehrpersonals, des Erziehungshilfspersonals und des paramedizinischen Personals der staatlichen Einrichtungen für Vor-, Primar-, Sonder-, Mittel-, technischen, Kunst- und Normalschulunterricht und der Ämter der Personalmitglieder des mit der Aufsicht dieser Einrichtungen beauftragten Inspektionsdienstes wird die Wortfolge "und des paramedizinischen Personals" durch die Wortfolge ", des paramedizinischen und des sozialpsychologischen Personals" und das Wort "Sonder-" durch das Wort "Förder-" ersetzt.

Art. 31 - Der Titel von Kapitel II desselben Königlichen Erlasses wird durch folgenden Wortlaut ersetzt:

"Kapitel II - Ämter der Mitglieder des Direktions- und Lehrpersonals, des Erziehungshilfspersonals, des paramedizinischen und sozialpsychologischen Personals der staatlichen Unterrichtseinrichtungen und der von diesen Einrichtungen abhängenden Internate"

Art. 32 - Artikel 6 desselben Königlichen Erlasses, zuletzt abgeändert durch das Dekret vom 23. März 2009, wird wie folgt abgeändert:

1. Nach Absatz 1 wird ein Absatz 2 mit folgendem Wortlaut eingefügt:

"Die nachfolgend aufgelisteten Anwerbungs-, Auswahl- und Beförderungssämter werden jeweils nach Regel- und Förderschule getrennt."

2. In Buchstabe C Buchstabe b) wird eine Nummer 14bis mit folgendem Wortlaut eingefügt:

"14bis. Fachbereichsleiter einer Förderschule"

3. In Buchstabe C Buchstabe c) wird eine Nummer 17 mit folgendem Wortlaut eingefügt:

"17. Direktor einer Förderschule"

Art. 33 - Artikel 7 Buchstabe a) Nummer 8 desselben Königlichen Erlasses, abgeändert durch das Dekret vom 27. Juni 2005, wird durch folgende Bestimmung ersetzt:

"8. Förderpädagogischer Schul- und Lernbegleiter".

Art. 34 - In Kapitel II desselben Erlasses wird ein Artikel 9.1 mit folgendem Wortlaut eingefügt:

"Artikel 9.1 - Die Ämter der Mitglieder des sozialpsychologischen Personals der staatlichen Einrichtungen für Vor-, Primar-, Sekundar- und nicht universitären Hochschulunterricht werden wie folgt festgelegt und in Anwerbungsämter eingeteilt:

a) Anwerbungsämter

1. Psychosozialer Begleiter;

2. Sozialassistent."

KAPITEL VIII - *Abänderung des Königlichen Erlasses vom 21. Oktober 1968, ergangen in Anwendung von Artikel 7 des Königlichen Erlasses vom 28. Februar 1967 zur Festlegung der Dienststellungen des Verwaltungs-, Aufsichts-, Fach- und Dienstpersonals der staatlichen Einrichtungen für Vor-, Primar-, Sonder-, Mittel-, technischen, Kunst- und Normalunterricht*

Art. 35 - Im Titel des Königlichen Erlasses vom 21. Oktober 1968 ergangen in Anwendung von Artikel 7 des Königlichen Erlasses vom 28. Februar 1967 zur Festlegung der Dienststellungen des Verwaltungs-, Aufsichts-, Fach- und Dienstpersonals der staatlichen Einrichtungen für Vor-, Primar-, Sonder-, Mittel-, technischen, Kunst- und Normalschulunterricht wird das Wort "Sonder-" durch das Wort "Förder-" ersetzt.

KAPITEL IX - *Abänderung des Königlichen Erlasses vom 22. März 1969 zur Festlegung des Statuts der Mitglieder des Direktions- und Lehrpersonals, des Erziehungshilfspersonals, des paramedizinischen Personals der staatlichen Einrichtungen für Vor-, Primar-, Sonder-, Mittel-, technischen, Kunst- und Normalschulunterricht und der von diesen Einrichtungen abhängenden Internate sowie der Personalmitglieder des mit der Aufsicht über diese Einrichtungen beauftragten Inspektionsdienstes*

Art. 36 - Im Titel des Königlichen Erlasses vom 22. März 1969 zur Festlegung des Statuts der Mitglieder des Direktions- und Lehrpersonals, des Erziehungshilfspersonals, des paramedizinischen Personals der staatlichen Einrichtungen für Vor-, Primar-, Sonder-, Mittel-, technischen, Kunst- und Normalschulunterricht und der von diesen Einrichtungen abhängenden Internate sowie der Personalmitglieder des mit der Aufsicht über diese Einrichtungen beauftragten Inspektionsdienstes wird die Wortfolge "und des paramedizinischen Personals" durch die Wortfolge ", des paramedizinischen und sozialpsychologischen Personals" und das Wort "Sonder-" durch das Wort "Förder-" ersetzt.

Art. 37 - In Artikel 1 Absatz 1 desselben Königlichen Erlasses, ersetzt durch den Erlass der Regierung vom 2. März 1995 und abgeändert durch das Dekret vom 23. März 2009, wird das Wort "Sonder-" durch das Wort "Förder-" und die Wortfolge "des paramedizinischen, sozialen und psychologischen Personals" durch die Wortfolge "des paramedizinischen und sozialpsychologischen Personals" ersetzt.

Art. 38 - In Artikel 16 Absatz 1 Nummer 5 desselben Königlichen Erlasses, ersetzt durch das Dekret vom 26. Juni 2006 und abgeändert durch das Dekret vom 23. Juni 2008, wird ein Buchstabe *e*) mit folgendem Wortlaut eingefügt:

"e) falls es sich um ein Mitglied des Lehrpersonals einer Förderschule handelt, verfügt dieses über einen Nachweis über das Bestehen einer mindestens 10 ECTS-Punkte umfassenden Zusatzausbildung im Bereich der Förder-, Heil- oder Orthopädagogik, der von einer Hochschule in der Deutschsprachigen Gemeinschaft ausgestellt wird, oder über einen beziehungsweise mehrere Nachweise, die von der Regierung als gleichwertig anerkannt werden."

In denselben Artikel wird ein Absatz 5 mit folgendem Wortlaut eingefügt:

"In Abweichung von Absatz 1 Nummer 5 dürfen im Amt des förderpädagogischen Schul- und Lernbegleiters und im Amt des psychosozialen Begleiters nur Personen zeitweilig bezeichnet werden, die zum Zeitpunkt der Bezeichnung Inhaber des erforderlichen Befähigungsnachweises sind, der dem zu vergebenden Amt entspricht."

Art. 39 - In Artikel 24 § 2 desselben Königlichen Erlasses, ersetzt durch das Dekret vom 26. Juni 2006, wird nach Absatz 1 ein neuer Absatz mit folgendem Wortlaut eingefügt:

"Der Schulleiter kann sich bei der Beurteilung eines Personalmitglieds auf den schriftlichen Bericht eines anderen Personalmitglieds stützen, das sich in einem Beförderungs- oder Auswahlamt befindet und von ihm schriftlich beauftragt wurde, einen solchen Bericht zur Arbeit des betreffenden Personalmitglieds zu erstellen."

Art. 40 - In Artikel 32 desselben Königlichen Erlasses, ersetzt durch das Dekret vom 26. Juni 2006, wird nach Absatz 1 ein neuer Absatz mit folgendem Wortlaut eingefügt:

"In Abweichung von Absatz 1 kann ein Stellentausch zwischen dem Regel- und Förderschulwesen in ein anderes Amt unter folgenden Bedingungen erfolgen:

1. das Amt, dessen Bekleidung im Rahmen des Stellentauschs beantragt wird, trägt dieselbe Bezeichnung wie das Amt, in dem das Personalmitglied definitiv ernannt ist;
2. das Personalmitglied besitzt den erforderlichen Befähigungsnachweis für die Ausübung des Amtes, dessen Bekleidung im Rahmen des Stellentauschs beantragt wird."

Art. 41 - In Artikel 33 § 1 desselben Königlichen Erlasses, ersetzt durch das Dekret vom 26. Juni 2006 und ergänzt durch das Dekret vom 21. April 2008, wird nach Absatz 3 ein neuer Absatz mit folgendem Wortlaut eingefügt:

"In Abweichung von Absatz 3 kann eine Versetzung vom Regel- zum Förderschulwesen und umgekehrt in ein anderes Amt unter folgenden Bedingungen erfolgen:

1. das Amt, in welches das Personalmitglied versetzt werden möchte, trägt dieselbe Bezeichnung wie das Amt, in dem es definitiv ernannt ist;
2. das Personalmitglied besitzt den erforderlichen Befähigungsnachweis für die Ausübung des Amtes, in das es versetzt werden möchte."

Art. 42 - In Artikel 39 Absatz 1 Nummer 5 desselben Königlichen Erlasses, ersetzt durch das Dekret vom 26. Juni 2006 und abgeändert durch das Dekret vom 23. Juni 2008, wird ein Buchstabe *e*) mit folgendem Wortlaut eingefügt:

"e) falls es sich um ein Mitglied des Lehrpersonals einer Förderschule handelt, verfügt dieses über einen Nachweis über das Bestehen einer mindestens 10 ECTS-Punkte umfassenden Zusatzausbildung im Bereich der Förder-, Heil- oder Orthopädagogik, der von einer Hochschule in der Deutschsprachigen Gemeinschaft ausgestellt wird, oder über einen beziehungsweise mehrere Nachweise, die von der Regierung als gleichwertig anerkannt werden."

In denselben Artikel wird ein Absatz 4 mit folgendem Wortlaut eingefügt:

"In Abweichung von Absatz 1 Nummer 5 dürfen im Amt des förderpädagogischen Schul- und Lernbegleiters und im Amt des psychosozialen Begleiters nur Personen definitiv ernannt werden, die zum Zeitpunkt der Ernennung Inhaber des erforderlichen Befähigungsnachweises sind, der dem zu vergebenden Amt entspricht."

Art. 43 - In Artikel 67 desselben Königlichen Erlasses, ersetzt durch das Dekret vom 26. Juni 2006, wird nach Absatz 1 ein neuer Absatz mit folgendem Wortlaut eingefügt:

"Der Schulleiter kann sich bei der Bewertung eines Personalmitglieds auf den schriftlichen Bericht eines anderen Personalmitglieds stützen, das sich in einem Beförderungs- oder Auswahlamt befindet und von ihm schriftlich beauftragt wurde, einen solchen Bericht zur Arbeit des betreffenden Personalmitglieds zu erstellen."

Art. 44 - In Artikel 81 desselben Königlichen Erlasses, ersetzt durch den Erlass der Regierung vom 2. März 1995, wird die Wortfolge "des paramedizinischen Personals sowie des psychologischen und des sozialen Personals" durch die Wortfolge "des paramedizinischen sowie des sozialpsychologischen Personals" ersetzt.

Art. 45 - In Artikel 84 Absatz 2 desselben Königlichen Erlasses, abgeändert durch den Erlass der Regierung vom 2. März 1995, wird die Wortfolge "des paramedizinischen Personals und des sozialen Personals" durch die Wortfolge "des paramedizinischen sowie des sozialpsychologischen Personals" ersetzt.

Absatz 4 desselben Artikels wird aufgehoben.

Art. 46 - In Artikel 128 Absatz 1 desselben Königlichen Erlasses, eingefügt durch das Dekret vom 26. Juni 2006, wird die Wortfolge "des paramedizinischen, des psychologischen und des sozialen Personals" durch die Wortfolge "des paramedizinischen sowie des sozialpsychologischen Personals" ersetzt.

Art. 47 - In denselben Königlichen Erlass wird ein Kapitel *VIIbis*, das die Artikel 91ter bis 91terdecies umfasst, mit folgendem Wortlaut eingefügt:

"Kapitel VIIbis - Besondere Bestimmungen für Fachbereichsleiter einer Fördersekundarschule

Artikel 91ter - Prinzip

In Abweichung von Kapitel VII wird das Amt des Fachbereichsleiters einer Fördersekundarschule, nachstehend als Fachbereichsleiter bezeichnet, ausschließlich in Form einer Bezeichnung und einer definitiven Ernennung nach Maßgabe der nachstehenden Bestimmungen vergeben.

Artikel 91^{quater} - Zulassungsbedingungen

Eine Person darf dieses Amt bekleiden, wenn sie:

1. eine der folgenden Bedingungen erfüllt:

a) Bürger der Europäischen Union oder Familienangehöriger eines Unionsbürgers sein im Sinne von Artikel 4 § 2 des Gesetzes vom 22. Juni 1964 über das Statut der Personalmitglieder des staatlichen Unterrichtswesens; die Regierung kann eine Abweichung von dieser Bedingung gewähren;

b) den Status als langfristig aufenthaltsberechtigter Drittstaatsangehöriger besitzen laut den Bestimmungen des Gesetzes vom 15. Dezember 1980 über die Einreise ins Staatsgebiet, den Aufenthalt, die Niederlassung und das Entfernen von Ausländern;

c) die Rechtsstellung als Flüchtling oder den subsidiären Schutzstatus besitzen laut den Bestimmungen desselben Gesetzes vom 15. Dezember 1980;

d) den Aufenthaltstitel in Anwendung der Artikel 61/2 bis 61/5 desselben Gesetzes vom 15. Dezember 1980 besitzen;

2. mindestens über ein Diplom des Hochschulwesens des ersten Grades verfügt;

3. ihre Bewerbung in der Form und in der Frist, die im Aufruf an die Bewerber festgesetzt sind, eingereicht hat;

4. die bürgerlichen und politischen Rechte besitzt;

5. den Milizgesetzen genügt.

Absatz 1 Nummer 1 Buchstaben *b*) bis *d*) dient der Umsetzung der Richtlinie 2003/109/EG des Rates vom 25. November 2003 betreffend die Rechtsstellung der langfristig aufenthaltsberechtigten Drittstaatsangehörigen, der Richtlinie 2004/81/EG des Rates vom 29. April 2004 über die Erteilung von Aufenthaltstiteln für Drittstaatsangehörige, die Opfer des Menschenhandels sind oder denen Beihilfe zur illegalen Einwanderung geleistet wurde und die mit den zuständigen Behörden kooperieren, und der Richtlinie 2004/83/EG des Rates vom 29. April 2004 über Mindestnormen für die Anerkennung und den Status von Drittstaatsangehörigen oder Staatenlosen als Flüchtlinge oder als Personen, die anderweitig internationalen Schutz benötigen, und über den Inhalt des zu gewährenden Schutzes.

Artikel 91^{quinquies} - Aufruf und Bewerbung

Der Bewerbungsaufwurf wird vom Schulträger in der Presse, per Aushang in den Schulen sowie in jeder anderen angemessenen Form veröffentlicht.

Der Aufruf enthält das erforderliche Profil des Fachbereichsleiters und die Zielsetzungen, die während der Bezeichnung verwirklicht werden sollen.

Die Bewerbung wird mittels eines Einschreibens eingereicht. Der Bewerber fügt der Bewerbung unter anderem einen Strategie- und Aktionsplan bei, um die im vorhergehenden Absatz angeführten Zielsetzungen zu verwirklichen.

Artikel 91^{sexies} - Bezeichnung

Der Schulträger entscheidet, welcher der Bewerber das Amt bekleiden soll.

Er stützt sich unter anderem auf den Strategie- und Aktionsplan des Bewerbers, ein oder mehrere Bewerbungsgespräche sowie auf die Berufserfahrung und die pädagogische Qualifikation.

Artikel 91^{septies} - Bezeichnungsdauer, Beendigung und Ernennung

§ 1 - Die Bezeichnung erfolgt auf unbestimmte Dauer.

§ 2 - Sie endet in folgenden Fällen:

1. im Falle einer vorsorglichen vorübergehenden Amtsenthebung von mehr als sechs Monaten;

2. im Falle einer Zurdispositionstellung durch Stellenentzug im Interesse des Dienstes von mehr als sechs Monaten;

3. im Falle der Verhängung folgender Disziplinarstrafen:

a) einer Gehaltskürzung,

b) einer vorübergehenden Amtsenthebung aus disziplinarischen Gründen,

c) einer Versetzung in den nichtaktiven Dienst aus disziplinarischen Gründen,

d) einer Entlassung wegen eines schwerwiegenden Fehlers;

4. im Falle des freiwilligen Ausscheidens aus dem Dienst, falls es sich um ein definitiv ernanntes Personalmitglied handelt;

5. im Falle der freiwilligen Beendigung der Bezeichnung;

6. im Falle einer einseitigen Aufkündigung durch den Schulträger;

7. im Falle eines Bewertungsberichts mit dem Vermerk "ungenügend".

Der Schulträger kann die Bezeichnung im Falle eines Urlaubs oder einer Zurdispositionstellung wegen Krankheit oder Gebrechen für einen ununterbrochenen Zeitraum von mehr als sechs Monaten beenden.

In den in Absatz 1 Nummern 4 und 5 vorgesehenen Fällen hat der Fachbereichsleiter eine Kündigungsfrist von 60 Tagen zu beachten.

In dem in Absatz 1 Nummer 6 vorgesehenen Fall beträgt die Dauer der Kündigungsfrist sechs Monate, wenn das Amtsalter des Fachbereichsleiters bis zu fünf Jahre beträgt; für jede weitere angefangene Zeitspanne von fünf Jahren wird die Dauer um weitere drei Monate erhöht.

Die in den vorhergehenden Absätzen vorgeschriebene Kündigungsfrist kann im Einvernehmen gekürzt werden. Die Kündigung erfolgt per Einschreiben unter Angabe der Dauer der Kündigungsfrist. Das Einschreiben wird am dritten Werktag nach dem Versanddatum wirksam.

§ 3 - Ein Fachbereichsleiter, der mindestens 50 Jahre alt ist, wird definitiv ernannt, wenn:

1. er ein Amtsalter von mindestens fünf Jahren aufweist;

2. sein letzter Bewertungsbericht mindestens mit dem Vermerk "ausreichend" schließt.

Artikel 91*octies* - Dienstrecht

§ 1 - Unbeschadet von Absatz 2 unterliegt der Fachbereichsleiter während der Ausübung seines Amtes den Artikeln 5 bis 14, 52, 54 bis 65, 122 bis 167, 168 Nummer 2 und 169 Nummer 3 des vorliegenden Dienstrechts.

Dem Fachbereichsleiter ist es untersagt:

1. einen Urlaub zu nehmen oder zur Disposition zu stehen mit Ausnahme folgender Urlaube und Zurdispositionstellungen:

- a) Jahresurlaub,
- b) Gelegenheitsurlaub,
- c) außergewöhnlicher Urlaub aufgrund höherer Gewalt,
- d) Mutterschaftsurlaub,
- e) Urlaub wegen Adoption oder Pflegschaft,
- f) Urlaub wegen Krankheit oder Gebrechen,
- g) Urlaub wegen eines Auftrags im Interesse des Unterrichtswesens,
- h) Zurdispositionstellung wegen Krankheit oder Gebrechen,
- i) vollzeitige Zurdispositionstellung aus persönlichen Gründen vor der Versetzung in den Ruhestand;

2. eine Laufbahnunterbrechung zu nehmen, ausgenommen die teilzeitige oder vollzeitige Laufbahnunterbrechung wegen Elternschaftsurlaub, die Laufbahnunterbrechung, um Palliativpflege zu leisten und die Laufbahnunterbrechung zur Pflege eines schwer kranken Haushalts- oder Familienangehörigen.

§ 2 - Die Bestimmungen von § 1 gelten ebenfalls für einen in Anwendung von Artikel 91*septies* § 3 definitiv ernannten Fachbereichsleiter.

Artikel 91*nonies* - Vorübergehender Ersatz

§ 1 - Wenn der Fachbereichsleiter aufgrund einer der in Artikel 91*octies* angeführten Urlaubsformen oder Zurdispositionstellungen während mehr als fünf aufeinander folgenden Arbeitstagen abwesend ist, kann der Schulträger ihn vorübergehend durch ein anderes definitiv ernanntes Personalmitglied der Kategorie des Direktions-, Lehr-, paramedizinischen oder sozialpsychologischen Personals ersetzen, das die Bedingungen in Artikel 91*quater* erfüllt, mit Ausnahme der Bedingung in Nummer 3.

Im Sinne des vorhergehenden Absatzes gelten folgende Tage nicht als Arbeitstage:

1. die in Artikel 58 des Dekretes vom 31. August 1998 über den Auftrag an die Schulträger und das Schulpersonal sowie über die allgemeinen pädagogischen und organisatorischen Bestimmungen für die Regel- und Förderschulen erwähnten unterrichtsfreien Tage,

2. die Sommerferientage, die gemäß Urlaubsgesetzgebung zum Jahresurlaub zählen.

Wenn der Fachbereichsleiter aufgrund einer der in Artikel 91*octies* angeführten Urlaubsformen oder Zurdispositionstellungen voraussichtlich während mindestens mehr als einem Jahr abwesend ist, kann der Schulträger ihn vorübergehend durch eine Person ersetzen, die die Bedingungen in Artikel 91*quater* erfüllt. Es gilt das in Artikel 91*quinquies* und 91*sexies* angeführte Verfahren.

§ 2 - Während des Zeitraumes des vorübergehenden Ersatzes gelten für das ersetzende Personalmitglied die Artikel 91*octies* § 1 Absatz 2, 91*decies*, 91*duodecies* und 91*terdecies*.

Artikel 91*decies* - Gehalt und Prämie

§ 1 - Während der Bezeichnung als Fachbereichsleiter erhält er ein Gehalt auf der Grundlage der in der Anlage des Königlichen Erlasses vom 27. Juni 1974 zur Festlegung der Dienstpostentabellen, die ab dem 1. April 1972 für die Mitglieder des Direktions- und Lehrpersonals, des Erziehungshilfspersonals und des paramedizinischen sowie sozialpsychologischen Personals der staatlichen Unterrichtseinrichtungen, für die Personalmitglieder des mit der Inspektion dieser Einrichtungen beauftragten Inspektionsdienstes, für die Personalmitglieder des Inspektionsdienstes der Fernkurse und des subventionierten Primarunterrichtswesens gelten und zur Festlegung der Besoldungstabellen für das Personal der staatlichen Psycho-Medizinisch-Sozialen Zentren angeführten Gehaltstabelle 422.

§ 2 - Wird ein Personalmitglied als Fachbereichsleiter bezeichnet, bezieht es in Abweichung von § 1 weiterhin sein Gehalt und erhält ausgleichend monatlich eine Prämie, die folgendermaßen ermittelt wird:

$$P = X - M,$$

P = die Prämie,

X = das in § 1 angeführte Gehalt,

M = das Bruttomonatsgehalt des Personalmitgliedes.

Die Auszahlung der Prämie erfolgt gleichzeitig mit der Auszahlung des Monatsgehalts und unter denselben Bedingungen.

§ 3 - Wird ein Außenstehender als Fachbereichsleiter bezeichnet, bezieht er Urlaubsgeld und eine Jahresendprämie gemäß den im Unterrichtswesen gültigen Bestimmungen, wobei als Berechnungsgrundlage der in § 1 angeführte Betrag gilt.

§ 4 - Der in Anwendung von § 1 und § 2 ermittelte Betrag ist gemäß dem Gesetz vom 1. März 1977 zur Einführung einer Regelung zur Koppelung gewisser Ausgaben im öffentlichen Sektor an den Verbraucherpreisindex des Königreichs, abgeändert durch die Königlichen Erlasse Nr. 178 vom 30. Dezember 1982 und vom 24. Dezember 1993 und die Gesetze vom 2. Januar 2001 und 19. Juli 2001 an die Schwankungen des Verbraucherpreisindex gebunden.

Bei einem Urlaub wegen Krankheit oder Gebrechen wird die Prämie weitergezahlt.

Artikel 91*uncies* - Bewertungsbericht

§ 1 - Der Schulleiter verfasst für einen Fachbereichsleiter pro Zeitspanne von fünf Jahren mindestens einen Bewertungsbericht. Er nimmt hierzu ein Bewertungsgespräch vor. Der Fachbereichsleiter kann eine Bewertung beantragen.

Der Fachbereichsleiter verfasst im Voraus einen Bericht über die Umsetzung des Strategie- und Aktionsplans und die Verwirklichung der Zielsetzungen. Dieser Bericht bildet die Grundlage des Bewertungsgesprächs.

Der Bewertungsbericht schließt mit dem Vermerk "ungenügend", "mangelhaft", "ausreichend", "gut" oder "sehr gut".

§ 2 - Der Bericht wird dem Fachbereichsleiter in dreifacher Ausfertigung ausgehändigt. Er unterschreibt die drei Ausfertigungen und behält eine davon.

§ 3 - Der Fachbereichsleiter kann den Bericht unter Vorbehalt unterschreiben und innerhalb einer Frist von zehn Tagen nach seiner Aushändigung Einspruch vor der Einspruchskammer erheben.

Die Einspruchskammer übermittelt dem Schulträger binnen einer Frist von 45 Tagen ab dem Tag, an dem sie den Einspruch erhalten hat, ein begründetes Gutachten.

Der Schulträger händigt innerhalb von zehn Tagen nach Erhalt des Gutachtens seine endgültige Entscheidung aus. Wenn er dem Gutachten nicht folgt, vermerkt er die Gründe hierfür.

Der Einspruch hat aufschiebende Wirkung.

Artikel 91*duodecies* - Rückkehr

Nach Beendigung der Bezeichnung bekleidet das Personalmitglied, insofern es sich um ein definitiv ernanntes Personalmitglied des Gemeinschaftsunterrichtswesens handelt, erneut sein vorheriges Amt, ausgenommen in den in Artikel 91*septies* § 2 Absatz 1 Nummer 3 Buchstabe *d*) sowie Nummer 4 angeführten Fällen.

Artikel 91*terdecies* - Berücksichtigung der Dienste

Die Dienste des Personalmitgliedes während der Ausübung des Fachbereichsleiteramtes werden, insofern es sich um ein Personalmitglied des Gemeinschaftsunterrichtswesens handelt, hinsichtlich der Festlegung des Dienstalters, des Amtsalters und des finanziellen Dienstalters berücksichtigt."

Art. 48 - In Kapitel VIII Abschnitt 6 wird im Titel des Abschnitts sowie in Artikel 121*bis* desselben Königlichen Erlasses, eingefügt durch das Dekret vom 25. Juni 2007, das Wort "Sondersekundarschule" durch das Wort "Fördersekundarschule" ersetzt.

Art. 49 - Artikel 121*ter* Absatz 1 Nummer 2 desselben Königlichen Erlasses, eingefügt durch das Dekret vom 25. Juni 2007, wird durch folgenden Wortlaut ersetzt:

"2. *a*) für das Amt eines Studienpräfekten oder Direktors einer Regelsekundarschule mindestens über ein Diplom des Hochschulwesens des zweiten Grades verfügt; in Ermangelung eines Bewerbers mit diesem Diplom reicht ein Diplom des Hochschulwesens des ersten Grades aus;

b) für das Amt eines Direktors einer Fördersekundarschule mindestens über ein Diplom des Hochschulwesens des ersten Grades verfügt;"

Art. 50 - In Artikel 121*quinqüies* Absatz 2 desselben Königlichen Erlasses, eingefügt durch das Dekret vom 25. Juni 2007 und ergänzt durch das Dekret vom 21. April 2008, wird das Wort "zwölf" durch das Wort "vierundzwanzig" ersetzt.

Art. 51 - In Artikel 121*septies* § 1 Absatz 2 Nummer 1 Buchstabe *g*) desselben Königlichen Erlasses, eingefügt durch das Dekret vom 25. Juni 2007, wird der Punkt am Ende des Satzes durch ein Komma ersetzt.

In denselben Absatz Nummer 1 werden die Buchstaben *h*) und *i*) mit folgendem Wortlaut eingefügt:

"*h*) Urlaub wegen eines Auftrags im Interesse des Unterrichtswesens,

i) vollzeitige Zurdispositionstellung aus persönlichen Gründen vor der Versetzung in den Ruhestand."

Art. 52 - In Artikel 121*octies* § 1 Absatz 1 desselben Königlichen Erlasses, eingefügt durch das Dekret vom 25. Juni 2007, wird das Wort "zwanzig" durch das Wort "fünf" ersetzt.

In demselben Paragraphen wird in Absatz 3 die Wortfolge "während mehr als einem Jahr" durch die Wortfolge "während mindestens einem Jahr" ersetzt.

Art. 53 - In Artikel 121*nonies* § 1 Absatz 1 desselben Königlichen Erlasses, eingefügt durch das Dekret vom 25. Juni 2007 und abgeändert durch das Dekret vom 23. Juni 2008, wird das Wort "Schulleiter" durch die Wortfolge "Schulleiter einer Regelsekundarschule" und die Wortfolge "Absatz 2" durch die Wortfolge "Absatz 3" ersetzt.

In denselben Paragraphen wird nach Absatz 1 ein neuer Absatz mit folgendem Wortlaut eingefügt:

"Während der Bezeichnung erhält der Schulleiter einer Fördersekundarschule ein Gehalt auf der Grundlage der in Absatz 3 angeführten Gehaltstabelle mit einem finanziellen Dienstalter von 19 Jahren oder mit seinem tatsächlichen finanziellen Dienstalter, wenn dieses mehr als 19 Jahre beträgt, erhöht um eine monatliche Prämie von 428,48 EUR. Nach jeweils zwei Jahren erfolgen die in der Gehaltstabelle vorgesehenen Erhöhungen."

In demselben Paragraphen wird in Absatz 3 das Wort "Sonderschulwesens" jeweils durch das Wort "Förderschulwesens" ersetzt.

KAPITEL X - Abänderung des Königlichen Erlasses vom 22. April 1969 zur Festlegung der erforderlichen Befähigungsnachweise der Mitglieder des Direktions- und Lehrpersonals, des Erziehungshilfspersonals und des paramedizinischen Personals der Einrichtungen des staatlichen Vor-, Primar-, Sonder-, Mittel-, technischen, Kunst- und Normalschulunterricht und der von diesen Einrichtungen abhängenden Internate

Art. 54 - Im Titel des Königlichen Erlasses vom 22. April 1969 zur Festlegung der erforderlichen Befähigungsnachweise der Mitglieder des Direktions- und Lehrpersonals, des Erziehungshilfspersonals und des paramedizinischen Personals der Einrichtungen des staatlichen Vor-, Primar-, Sonder-, Mittel-, technischen, Kunst- und Normalschulunterricht und der von diesen Einrichtungen abhängenden Internate wird die Wortfolge "und des paramedizinischen Personals" durch die Wortfolge "des paramedizinischen und des sozialpsychologischen Personals" und das Wort "Sonder-" durch das Wort "Förder-" ersetzt.

Art. 55 - Artikel 1 desselben Erlasses wird durch folgende Bestimmung ersetzt:

"Artikel 1 - Die erforderlichen Diplome, Nachweise und Brevets der Mitglieder des Direktions- und Lehrpersonals, des Erziehungshilfspersonals, des paramedizinischen und des sozialpsychologischen Personals der staatlichen Unterrichtseinrichtungen und der von diesen Einrichtungen abhängenden Internate sowie der Mitglieder des mit der Aufsicht über diese Einrichtungen beauftragten Inspektionsdienstes werden in fünf Niveaus unterteilt."

Art. 56 - In Kapitel II desselben Königlichen Erlasses wird ein Artikel 12.1 mit folgendem Wortlaut eingefügt:

„Artikel 12.1 - Für die Ausübung der Ämter im Förderschulwesen sind die in vorliegendem Kapitel erwähnten erforderlichen Befähigungsnachweise um einen Nachweis über das Bestehen einer Zusatzausbildung im Bereich der Förder-, Heil- oder Orthopädagogik, der von einer Hochschule in der Deutschsprachigen Gemeinschaft ausgestellt wird, oder um einen beziehungsweise mehrere Nachweise, die von der Regierung als gleichwertig anerkannt werden, zu ergänzen. Diese Zusatzausbildung umfasst mindestens 10 ECTS-Punkte und beinhaltet das Fach Förderdiagnostik sowie Fächer im Bereich der förderpädagogischen und förderdidaktischen Methoden.“

Art. 57 - Artikel 14 Nummer 8 desselben Königlichen Erlasses wird durch folgende Bestimmung ersetzt:

„8. Förderpädagogischer Schul- und Lernbegleiter:

- a) Lizenz oder Master in Förderpädagogik;
- b) Lizenz oder Master in Heilpädagogik;
- c) Lizenz oder Master in Orthopädagogik;
- d) Lizenz oder Master in Pädagogik (Schwerpunkt Förderpädagogik);
- e) Lizenz oder Master in Psychopädagogik (Schwerpunkt Förderpädagogik);
- f) Lizenz oder Master in Psychologie (Schwerpunkt Förderpädagogik);
- g) Lizenz oder Master in Erziehungswissenschaften.

Als erforderlicher Befähigungsnachweis gilt ebenfalls jedes Diplom, das nach erfolgreichem Abschluss einer Ausbildung des Hochschulwesens des zweiten Grades ausgestellt wurde, deren Hauptkurse mit dem Amt des förderpädagogischen Schul- und Lernbegleiters im Zusammenhang stehen. Die Regierung entscheidet in diesem Fall auf der Grundlage eines Gutachtens der Pädagogischen Inspektion und Beratung, ob das Diplom zur Ausübung des Amtes befähigt.“

Art. 58 - In denselben Königlichen Erlass wird ein Kapitel *IVbis*, das den Artikel 15.1 umfasst, mit folgendem Wortlaut eingefügt:

„Kapitel *IVbis* - Erforderliche Befähigungsnachweise der Mitglieder des sozialpsychologischen Personals

Artikel 15.1 - Die erforderlichen Befähigungsnachweise für die nachfolgend aufgelisteten Ämter, die die Mitglieder des sozialpsychologischen Personals der staatlichen Einrichtungen des Vor-, Primar-, Sekundar- und nicht universitären Hochschulwesens bekleiden können, werden wie folgt festgelegt:

1. Psychosozialer Begleiter:

- a) Lizenz oder Master in Psychopädagogik;
- b) Lizenz oder Master in Psychologie;
- c) Lizenz oder Master in Sozialpädagogik;
- d) Lizenz oder Master in Förderpädagogik;
- e) Lizenz oder Master in Heilpädagogik;
- f) Lizenz oder Master in Orthopädagogik;
- g) Lizenz oder Master in Familien- und Sexualwissenschaften;
- h) Lizenz oder Master in Erziehungswissenschaften;
- i) Lizenz oder Master in Kriminologie;
- j) Lizenz oder Master in Erwachsenenbildung und ständiger Weiterbildung.“

Als erforderlicher Befähigungsnachweis gilt ebenfalls jedes Diplom, das nach erfolgreichem Abschluss einer Ausbildung des Hochschulwesens des zweiten Grades ausgestellt wurde, deren Hauptkurse mit dem Amt des psychosozialen Begleiters im Zusammenhang stehen. Die Regierung entscheidet in diesem Fall auf der Grundlage eines Gutachtens der Pädagogischen Inspektion und Beratung, ob das Diplom zur Ausübung des Amtes befähigt.

2. Sozialassistent: Diplom des Hochschulwesens ersten Grades als Sozialassistent.“

KAPITEL XI - *Abänderung des Gesetzes vom 6. Juli 1970 über das Sonderschulwesen und das integrierte Schulwesen*

Art. 59 - In Artikel 1 Absatz 1 des Gesetzes vom 6. Juli 1970 über das Sonderschulwesen und das integrierte Schulwesen, abgeändert durch das Gesetz vom 11. März 1986, wird der erste Satz durch folgenden Wortlaut ersetzt:

„Vorliegendes Gesetz findet Anwendung auf die in einer Förderschule eingeschriebenen Kinder und Jugendlichen bei denen sonderpädagogischer Förderbedarf gemäß Artikel 93.7 des Dekretes vom 31. August 1998 über den Auftrag an die Schulträger und das Schulpersonal sowie über die allgemeinen pädagogischen und organisatorischen Bestimmungen für die Regel- und Förderschulen festgestellt wurde.“

Art. 60 - Artikel 4 desselben Gesetzes, abgeändert durch das Dekret vom 1. Juni 1992, wird durch folgende Bestimmung ersetzt:

„Artikel 4 - Die Vorteile dieses Gesetzes sind den Schülern vorbehalten, die mindestens drei Jahre alt sind oder dieses Alter bis zum 31. Dezember des laufenden Schuljahres erreichen und am 30. Juni des laufenden Schuljahres höchstens einundzwanzig Jahre alt sind.

Auf der Grundlage eines positiven Gutachtens des Klassenrates kann der in Artikel 93.24 des Dekretes vom 31. August 1998 über den Auftrag an die Schulträger und das Schulpersonal sowie über die allgemeinen pädagogischen und organisatorischen Bestimmungen für die Regel- und Förderschulen angeführte Förderausschuss die Genehmigung erteilen, dass die Vorteile dieses Gesetzes ebenfalls für Schüler gelten, die das Alter von einundzwanzig Jahren am 30. Juni des laufenden Schuljahres überschritten haben. Die Genehmigung gilt für ein Schuljahr und kann nur einmal erteilt werden.“

KAPITEL XII - *Abänderung des Königlichen Erlasses vom 25. Oktober 1971 zur Festlegung des Statuts der Primarschullehrer, Lehrer und Inspektoren für katholische, protestantische, israelitische, orthodoxe, islamische und anglikanische Religion in den Lehranstalten der Deutschsprachigen Gemeinschaft*

Art. 61 - In Artikel 2 des Königlichen Erlasses vom 25. Oktober 1971 zur Festlegung des Statuts der Primarschullehrer, Lehrer und Inspektoren für katholische, protestantische, israelitische, orthodoxe, islamische und anglikanische Religion in den Lehranstalten der Deutschsprachigen Gemeinschaft wird das Wort "Sonder-" durch das Wort "Förder-" und die Wortfolge "und paramedizinischen" durch die Wortfolge ", paramedizinischen und sozialpsychologischen" ersetzt.

Art. 62 - In Artikel 4 § 1 Absatz 1 Nummer 5 desselben Königlichen Erlasses, ersetzt durch das Dekret vom 26. Juni 2006 und abgeändert durch das Dekret vom 23. Juni 2008, wird ein Buchstabe *e*) mit folgendem Wortlaut eingefügt:

"*e*) falls es sich um ein Mitglied des Lehrpersonals einer Förderschule handelt, verfügt dieses über einen Nachweis über das Bestehen einer mindestens 10 ECTS-Punkte umfassenden Zusatzausbildung im Bereich der Förder-, Heil- oder Orthopädagogik, der von einer Hochschule in der Deutschsprachigen Gemeinschaft ausgestellt wird, oder über einen beziehungsweise mehrere Nachweise, die von der Regierung als gleichwertig anerkannt werden."

Art. 63 - In Artikel 7*bis* § 3 desselben Königlichen Erlasses, eingefügt durch das Dekret vom 21. April 2008 wird das Wort "Sonder-" durch das Wort "Förder-" und die Wortfolge "und paramedizinischen" durch die Wortfolge ", paramedizinischen und sozialpsychologischen" ersetzt.

Art. 64 - In Artikel 12 § 2 desselben Königlichen Erlasses, ersetzt durch das Dekret vom 26. Juni 2006, wird nach Absatz 1 ein neuer Absatz mit folgendem Wortlaut eingefügt:

"Der Schulleiter kann sich bei der Beurteilung eines Personalmitglieds auf den schriftlichen Bericht eines anderen Personalmitglieds stützen, das sich in einem Beförderungs- oder Auswahlamt befindet und von ihm schriftlich beauftragt wurde, einen solchen Bericht zur Arbeit des betreffenden Personalmitglieds zu erstellen."

Art. 65 - In Artikel 22*sexies* Absatz 1 Nummer 5 desselben Königlichen Erlasses, ersetzt durch das Dekret vom 26. Juni 2006 und abgeändert durch das Dekret vom 23. Juni 2008, wird ein Buchstabe *e*) mit folgendem Wortlaut eingefügt:

"*e*) falls es sich um ein Mitglied des Lehrpersonals einer Förderschule handelt, verfügt dieses über einen Nachweis über das Bestehen einer mindestens 10 ECTS-Punkte umfassenden Zusatzausbildung im Bereich der Förder-, Heil- oder Orthopädagogik, der von einer Hochschule in der Deutschsprachigen Gemeinschaft ausgestellt wird, oder über einen beziehungsweise mehrere Nachweise, die von der Regierung als gleichwertig anerkannt werden."

Art. 66 - In Artikel 28 desselben Königlichen Erlasses, ersetzt durch das Dekret vom 26. Juni 2006, wird nach Absatz 1 ein neuer Absatz mit folgendem Wortlaut eingefügt:

"Der Schulleiter kann sich bei der Bewertung eines Personalmitglieds auf den schriftlichen Bericht eines anderen Personalmitglieds stützen, das sich in einem Beförderungs- oder Auswahlamt befindet und von ihm schriftlich beauftragt wurde, einen solchen Bericht zur Arbeit des betreffenden Personalmitglieds zu erstellen."

Art. 67 - In Artikel 32 Absatz 1 desselben Königlichen Erlasses, eingefügt durch das Dekret vom 26. Juni 2006 und abgeändert durch das Dekret vom 21. April 2008 wird das Wort "Sonder-" durch das Wort "Förder-" und die Wortfolge "und paramedizinischen" durch die Wortfolge ", paramedizinischen und sozialpsychologischen" ersetzt.

Art. 68 - In Artikel 47*bis* § 4 desselben Königlichen Erlasses, eingefügt durch das Dekret vom 23. Juni 2008, wird das Wort "Sonderschulwesen" durch das Wort "Förderschulwesen" ersetzt.

Art. 69 - In Artikel 48 desselben Königlichen Erlasses, ersetzt durch das Dekret vom 23. Juni 2008, wird das Wort "Sonder-" durch das Wort "Förder-" und die Wortfolge "und paramedizinischen" durch die Wortfolge ", paramedizinischen und sozialpsychologischen" ersetzt.

KAPITEL XIII - *Abänderung des Königlichen Erlasses vom 29. Mai 1972 über die Tage bezahlten Krankheits- und Mutterschaftsurlaubs der zeitweilig angestellten Mitglieder des Direktions- und Lehrpersonals, des Erziehungshilfspersonals und des paramedizinischen Personals der staatlichen Einrichtungen für Vor-, Primar-, Sonder-, Mittel-, technischen, Kunst- und Normalschulunterricht*

Art. 70 - Im Titel des Königlichen Erlasses vom 29. Mai 1972 über die Tage bezahlten Krankheits- und Mutterschaftsurlaubs der zeitweilig angestellten Mitglieder des Direktions- und Lehrpersonals, des Erziehungshilfspersonals und des paramedizinischen Personals der staatlichen Einrichtungen für Vor-, Primar-, Sonder-, Mittel-, technischen, Kunst- und Normalschulunterricht wird die Wortfolge "und des paramedizinischen Personals" durch die Wortfolge ", des paramedizinischen und sozialpsychologischen Personals" und das Wort "Sonder-" durch das Wort "Förder-" ersetzt.

KAPITEL XIV - *Abänderung des Königlichen Erlasses vom 20. Dezember 1973, ergangen in Anwendung von Artikel 161 des Königlichen Erlasses vom 22. März 1969 zur Festlegung des Statuts der Mitglieder des Direktions- und Lehrpersonals, des Erziehungshilfspersonals, des paramedizinischen Personals der staatlichen Einrichtungen für Vor-, Primar-, Sonder-, Mittel-, technischen, Kunst- und Normalschulunterricht und der von diesen Einrichtungen abhängenden Internate sowie der Personalmitglieder des mit der Aufsicht über diese Einrichtungen beauftragten Inspektionsdienstes*

Art. 71 - Im Titel des Königlichen Erlasses vom 20. Dezember 1973, ergangen in Anwendung von Artikel 161 des Königlichen Erlasses vom 22. März 1969 zur Festlegung des Statuts der Mitglieder des Direktions- und Lehrpersonals, des Erziehungshilfspersonals, des paramedizinischen Personals der staatlichen Einrichtungen für Vor-, Primar-, Sonder-, Mittel-, technischen, Kunst- und Normalschulunterricht und der von diesen Einrichtungen abhängenden Internate sowie der Personalmitglieder des mit der Aufsicht über diese Einrichtungen beauftragten Inspektionsdienstes, wird die Wortfolge "und des paramedizinischen Personals" durch die Wortfolge ", des paramedizinischen und sozialpsychologischen Personals" und das Wort "Sonder-" durch das Wort "Förder-" ersetzt.

KAPITEL XV - *Abänderung des Königlichen Erlasses vom 15. Januar 1974, ergangen in Anwendung von Artikel 160 des Königlichen Erlasses vom 22. März 1969 zur Festlegung des Statuts der Mitglieder des Direktions- und Lehrpersonals, des Erziehungshilfspersonals, des paramedizinischen Personals der staatlichen Einrichtungen für Vor-, Primar-, Sonder-, Mittel-, technischen, Kunst- und Normalschulunterricht, und der von diesen Einrichtungen abhängenden Internate sowie der Personalmitglieder des mit der Aufsicht über diese Einrichtungen beauftragten Inspektionsdienstes*

Art. 72 - Im Titel des Königlichen Erlasses vom 15. Januar 1974, ergangen in Anwendung von Artikel 160 des Königlichen Erlasses vom 22. März 1969 zur Festlegung des Statuts der Mitglieder des Direktions- und Lehrpersonals, des Erziehungshilfspersonals, des paramedizinischen Personals der staatlichen Einrichtungen für Vor-, Primar-, Sonder-, Mittel-, technischen, Kunst- und Normalschulunterricht und der von diesen Einrichtungen abhängenden Internate sowie der Personalmitglieder des mit der Aufsicht über diese Einrichtungen beauftragten Inspektionsdienstes, wird die Wortfolge "und des paramedizinischen Personals" durch die Wortfolge ", des paramedizinischen und sozialpsychologischen Personals" und das Wort "Sonder-" durch das Wort "Förder-" ersetzt.

Art. 73 - In Artikel 1 Absatz 1 desselben Königlichen Erlasses, zuletzt abgeändert durch das Dekret vom 21. April 2008, wird die Wortfolge "und des paramedizinischen Personals" durch die Wortfolge ", des paramedizinischen und sozialpsychologischen Personals" und das Wort "Sonder-" durch das Wort "Förder-" ersetzt.

In denselben Absatz 1 Nummer 1, ersetzt durch das Dekret vom 6. Juni 2005, wird nach dem Wort "Schulleiter," die Wortfolge "Fachbereichsleiter einer Förderschule," eingefügt.

In denselben Absatz 1 Nummer 2 wird nach dem Wort "Schulleiter," die Wortfolge "Fachbereichsleiter einer Förderschule," eingefügt.

In denselben Absatz 1 Nummer 4 einleitender Satz, ersetzt durch das Dekret vom 6. Juni 2005, wird das Wort "und" durch ein Komma ersetzt und nach dem Wort "Erziehungshilfspersonals" die Wortfolge "und des sozialpsychologischen Personals" eingefügt.

In denselben Absatz 1 Nummer 4 Buchstabe c) zweiter Spiegelstrich, ersetzt durch das Dekret vom 6. Juni 2005, wird nach dem Wort "Erziehungshilfspersonals" die Wortfolge "sowie des sozialpsychologischen Personals" eingefügt.

KAPITEL XVI - *Abänderung des Königlichen Erlasses vom 18. Januar 1974, ergangen in Anwendung des Artikels 164 des Königlichen Erlasses vom 22. März 1969 zur Festlegung des Statuts der Mitglieder des Direktions- und Lehrpersonals, des Erziehungshilfspersonals, des paramedizinischen Personals der staatlichen Einrichtungen für Vor-, Primar-, Sonder-, Mittel-, Technischen, Kunst- und Normalschulunterricht und der von diesen Einrichtungen abhängenden Internate sowie der Personalmitglieder des mit der Aufsicht über diese Einrichtungen beauftragten Inspektionsdienstes*

Art. 74 - Im Titel und in Artikel 1 des Königlichen Erlasses vom 18. Januar 1974, ergangen in Anwendung des Artikels 164 des Königlichen Erlasses vom 22. März 1969 zur Festlegung des Statuts der Mitglieder des Direktions- und Lehrpersonals, des Erziehungshilfspersonals, des paramedizinischen Personals der staatlichen Einrichtungen für Vor-, Primar-, Sonder-, Mittel-, technischen, Kunst- und Normalschulunterricht und der von diesen Einrichtungen abhängenden Internate sowie der Personalmitglieder des mit der Aufsicht über diese Einrichtungen beauftragten Inspektionsdienstes, wird die Wortfolge "und des paramedizinischen Personals" durch die Wortfolge ", des paramedizinischen und sozialpsychologischen Personals" und das Wort "Sonder-" durch das Wort "Förder-" ersetzt.

KAPITEL XVII - *Abänderung des Königlichen Erlasses vom 27. Juni 1974 zur Festlegung der Dienstpostentabellen, die ab dem 1. April 1972 für die Mitglieder des Direktions- und Lehrpersonals, des Erziehungshilfspersonals und des paramedizinischen Personals der staatlichen Unterrichtseinrichtungen, für die Personalmitglieder des mit der Inspektion dieser Einrichtungen beauftragten Inspektionsdienstes, für die Personalmitglieder des Inspektionsdienstes der Fernkurse und des subventionierten Primarunterrichtswesens gelten, und zur Festlegung der Besoldungstabellen für das Personal der staatlichen Psycho-Medizinisch-Sozialen Zentren*

Art. 75 - Im Titel und in Artikel 2 Kapitel C "Direktions- und Lehrpersonal der Unterstufe des Sekundarschulwesens" des Königlichen Erlasses vom 27. Juni 1974 zur Festlegung der Dienstpostentabellen, die ab dem 1. April 1972 für die Mitglieder des Direktions- und Lehrpersonals, des Erziehungshilfspersonals und des paramedizinischen Personals der staatlichen Unterrichtseinrichtungen, für die Personalmitglieder des mit der Inspektion dieser Einrichtungen beauftragten Inspektionsdienstes, für die Personalmitglieder des Inspektionsdienstes der Fernkurse und des subventionierten Primarunterrichtswesens gelten, und zur Festlegung der Besoldungstabellen für das Personal der staatlichen Psycho-Medizinisch-Sozialen Zentren wird das Wort "Sonderschulwesens" durch das Wort "Förderschulwesens" und die Wortfolge "und paramedizinischen" durch die Wortfolge ", paramedizinischen und sozialpsychologischen" ersetzt.

KAPITEL XVIII - *Abänderung des Königlichen Erlasses vom 20. Juni 1975 über die für ausreichend erachteten Befähigungsnachweise im Vorschul- und Primarschulwesens*

Art. 76 - In Artikel 11 des Königlichen Erlasses vom 20. Juni 1975 über die für ausreichend erachteten Befähigungsnachweise im Vorschul- und Primarschulwesens, zuletzt abgeändert durch das Dekret vom 23. Juni 2008, wird ein Absatz 2 mit folgendem Wortlaut eingefügt:

"Für die Ausübung der Ämter in der Kategorie des Lehrpersonals im Förderschulwesens sind die in vorliegendem Abschnitt erwähnten für ausreichend erachteten Befähigungsnachweise um einen Nachweis über das Bestehen einer Zusatzausbildung im Bereich der Förder-, Heil- oder Orthopädagogik, der von einer Hochschule in der Deutschsprachigen Gemeinschaft ausgestellt wird, oder um einen beziehungsweise mehrere Nachweise, die von der Regierung als gleichwertig anerkannt werden, zu ergänzen. Diese Zusatzausbildung umfasst mindestens 10 ECTS-Punkte und beinhaltet das Fach Förderdiagnostik sowie Fächer im Bereich der förderpädagogischen und förderdidaktischen Methoden."

KAPITEL XIX - *Abänderung des Königlichen Erlasses vom 30. Juli 1975 über die für ausreichend erachteten Befähigungsnachweise im Sekundarunterricht, der in den offiziellen subventionierten Unterrichtseinrichtungen des Mittel- oder Normalschulwesens erteilt wird*

Art. 77 - In Artikel 11 Buchstabe D des Königlichen Erlasses vom 30. Juli 1975 über die für ausreichend erachteten Befähigungsnachweise im Sekundarunterricht, der in den offiziellen subventionierten Unterrichtseinrichtungen des Mittel- oder Normalschulwesens erteilt wird, wird ein Buchstabe d) mit folgendem Wortlaut eingefügt:

"d) Für die Ausübung der Ämter in der Kategorie des Lehrpersonals im Förderschulwesens sind die in vorliegendem Abschnitt erwähnten für ausreichend erachteten Befähigungsnachweise um einen Nachweis über das Bestehen einer Zusatzausbildung im Bereich der Förder-, Heil- oder Orthopädagogik, der von einer Hochschule in der Deutschsprachigen Gemeinschaft ausgestellt wird, oder um einen beziehungsweise mehrere Nachweise, die von der

Regierung als gleichwertig anerkannt werden, zu ergänzen. Diese Zusatzausbildung umfasst mindestens 10 ECTS-Punkte und beinhaltet das Fach Förderdiagnostik sowie Fächer im Bereich der förderpädagogischen und förderdidaktischen Methoden.“

KAPITEL XX - Abänderung des Königlichen Erlasses vom 30. Juli 1975 über die für ausreichend erachteten Befähigungsnachweise im Sekundarunterricht, der in den freien subventionierten Unterrichtseinrichtungen des Mittel- oder Normalschulwesens erteilt wird, das psychopädagogische Postsekundarschuljahr einbegriffen

Art. 78 - In Artikel 11 Buchstabe D des Königlichen Erlasses vom 30. Juli 1975 über die für ausreichend erachteten Befähigungsnachweise im Sekundarunterricht, der in den freien subventionierten Unterrichtseinrichtungen des Mittel- oder Normalschulwesens erteilt wird, das psychopädagogische Postsekundarschuljahr einbegriffen, wird ein Buchstabe *d*) mit folgendem Wortlaut eingefügt:

“*d*) Für die Ausübung der Ämter in der Kategorie des Lehrpersonals im Förderschulwesen sind die in vorliegendem Abschnitt erwähnten für ausreichend erachteten Befähigungsnachweise um einen Nachweis über das Bestehen einer Zusatzausbildung im Bereich der Förder-, Heil- oder Orthopädagogik, der von einer Hochschule in der Deutschsprachigen Gemeinschaft ausgestellt wird, oder um einen beziehungsweise mehrere Nachweise, die von der Regierung als gleichwertig anerkannt werden, zu ergänzen. Diese Zusatzausbildung umfasst mindestens 10 ECTS-Punkte und beinhaltet das Fach Förderdiagnostik sowie Fächer im Bereich der förderpädagogischen und förderdidaktischen Methoden.“

KAPITEL XXI - Abänderung des Königlichen Erlasses vom 30. Juli 1975 über die für ausreichend erachteten Befähigungsnachweise in den subventionierten Unterrichtseinrichtungen des technischen und beruflichen Sekundarschulwesens mit vollem Lehrplan und des Fortbildungsschulwesens

Art. 79 - In Artikel 11 Buchstabe D des Königlichen Erlasses vom 30. Juli 1975 über die für ausreichend erachteten Befähigungsnachweise in den subventionierten Unterrichtseinrichtungen des technischen und beruflichen Sekundarschulwesens mit vollem Lehrplan und des Fortbildungsschulwesens, zuletzt abgeändert durch das Dekret vom 23. Juni 2008, wird eine Nummer 7 mit folgendem Wortlaut eingefügt:

“7. Für die Ausübung der Ämter in der Kategorie des Lehrpersonals im Förderschulwesen sind die in vorliegendem Abschnitt erwähnten für ausreichend erachteten Befähigungsnachweise um einen Nachweis über das Bestehen einer Zusatzausbildung im Bereich der Förder-, Heil- oder Orthopädagogik, der von einer Hochschule in der Deutschsprachigen Gemeinschaft ausgestellt wird, oder um einen beziehungsweise mehrere Nachweise, die von der Regierung als gleichwertig anerkannt werden, zu ergänzen. Diese Zusatzausbildung umfasst mindestens 10 ECTS-Punkte und beinhaltet das Fach Förderdiagnostik sowie Fächer im Bereich der förderpädagogischen und förderdidaktischen Methoden.“

KAPITEL XXII - Abänderung des Königlichen Erlasses vom 27. Juli 1976 zur Regelung der Zurdispositionstellung wegen Stellenmangels, der Wiedereinberufung in den Dienst und der Gewährung einer Wartegehaltssubvention im subventionierten Unterrichtswesen

Art. 80 - In Artikel 7*bis* § 4 des Königlichen Erlasses vom 27. Juli 1976 zur Regelung der Zurdispositionstellung wegen Stellenmangels, der Wiedereinberufung in den Dienst und der Gewährung einer Wartegehaltssubvention im subventionierten Unterrichtswesen, eingefügt durch das Dekret vom 23. Juni 2008, wird das Wort “Sonderschulwesen” durch das Wort “Förderschulwesen” ersetzt.

KAPITEL XXIII - Abänderung des Königlichen Erlasses vom 28. Juni 1978 zur Bestimmung der Arten und der Organisation des Sonderschulwesens und zur Festlegung der Aufnahme- und Beibehaltungsbedingungen auf den verschiedenen Ebenen des Sonderschulwesens

Art. 81 - Im Titel sowie in Artikel 37*bis*, eingefügt durch Erlass der Regierung vom 1. September 1993, des Königlichen Erlasses vom 28. Juni 1978 zur Bestimmung der Arten und der Organisation des Sonderschulwesens und zur Festlegung der Aufnahme- und Beibehaltungsbedingungen auf den verschiedenen Ebenen des Sonderschulwesens wird das Wort “Sonderschulwesens” jeweils durch das Wort “Förderschulwesens” ersetzt.

Kapitel XXIV - Abänderung des Königlichen Erlasses Nr. 456 vom 10. September 1986 bezüglich der Rationalisierung und Programmierung der Internate des vom Staat organisierten oder subventionierten Unterrichtswesens

Art. 82 - In Artikel 7 Absatz 1 und Absatz 2 des Königlichen Erlasses Nr. 456 vom 10. September 1986 bezüglich der Rationalisierung und Programmierung der Internate des vom Staat organisierten oder subventionierten Unterrichtswesens, ersetzt durch das Dekret vom 7. Mai 1990, wird das Wort “Sonderunterricht” jeweils durch das Wort “Förderunterricht” ersetzt.

KAPITEL XXV - Abänderung des Dekretes vom 21. Dezember 1987 zur Ermunterung der Pflege der hochdeutschen Sprache in den Schulen

Art. 83 - In Artikel 2 § 1 des Dekretes vom 21. Dezember 1987 zur Ermunterung der Pflege der hochdeutschen Sprache in den Schulen wird das Wort “Sonderschulwesen” durch das Wort “Förderschulwesen” ersetzt.

In § 2 Spiegelstriche 4 und 5 desselben Artikels wird das Wort “Sonderschule” jeweils durch das Wort “Förderschule” ersetzt.

KAPITEL XXVI - Abänderung des Königlichen Erlasses vom 4. September 1989 betreffend den Urlaub wegen verkürzter Arbeitszeit, der den Personalmitgliedern im staatlichen Unterrichtswesen und in den staatlichen Psycho-Medizinisch-Sozialen Zentren gewährt wird, wenn sie das Alter von fünfzig Jahren erreicht haben oder mindestens zwei Kinder haben, die nicht älter als vierzehn Jahre sind, und betreffend die Zurdispositionstellung aus persönlichen Gründen vor der Versetzung in den Ruhestand

Art. 84 - In Artikel 1 Nummern 1 und 2 des Königlichen Erlasses vom 4. September 1989 betreffend den Urlaub wegen verkürzter Arbeitszeit, der den Personalmitgliedern im staatlichen Unterrichtswesen und in den staatlichen Psycho-Medizinisch-Sozialen Zentren gewährt wird, wenn sie das Alter von fünfzig Jahren erreicht haben oder mindestens zwei Kinder haben, die nicht älter als vierzehn Jahre sind, und betreffend die Zurdispositionstellung aus persönlichen Gründen vor der Versetzung in den Ruhestand wird das Wort “Sonder-” jeweils durch das Wort “Förder-” ersetzt.

KAPITEL XXVII - *Abänderung des Dekretes vom 27. Juni 1990
zur Bestimmung der Weise, wie die Dienstposten für das Personal im Sonderschulwesen festgelegt werden*

Art. 85 - Im Titel des Dekretes vom 27. Juni 1990 zur Bestimmung der Weise, wie die Dienstposten für das Personal im Sonderschulwesen festgelegt werden, wird das Wort "Sonderschulwesen" durch das Wort "Förderschulwesen" ersetzt.

Art. 86 - Im Titel des Kapitels I und in Artikel 1 § 1 desselben Dekretes wird das Wort "Sonderschulen" jeweils durch das Wort "Förderschulen" ersetzt.

In § 3 desselben Artikels 1, ersetzt durch das Dekret vom 29. Juni 1998, wird das Wort "Sonderschulwesens" jeweils durch das Wort "Förderschulwesens" ersetzt.

Art. 87 - In Artikel 2 § 1 desselben Dekretes wird das Wort "Sonderschulen" durch das Wort "Förderschulen" ersetzt.

In § 2 Absatz 1 desselben Artikels wird das Wort "Sondergrundunterricht" durch das Wort "Fördergrundunterricht" ersetzt.

In Absatz 2 desselben Paragraphen wird das Wort "Sondersekundarunterricht" durch das Wort "Fördersekundarunterricht" ersetzt.

Art. 88 - Artikel 5ter desselben Dekretes, eingefügt durch das Dekret vom 30. Juni 2003, wird durch folgenden Wortlaut ersetzt:

"Artikel 5ter - Das gemäß den Artikeln 6 § 3, 21, 34, 37 § 3 und 44 ermittelte Stundenkapital entspricht während der Schuljahre 2009-2010 bis einschließlich 2013-2014 dem Stundenkapital, das der jeweiligen Förderschule für das Schuljahr 2008-2009 gewährt worden ist."

Art. 89 - In Kapitel I desselben Dekretes wird im Titel des Abschnitts 2 das Wort "Sonderschulwesen" durch das Wort "Förderschulwesen" ersetzt.

Art. 90 - In Artikel 6 § 1 desselben Dekretes wird das Wort "Sonderschulwesen" durch das Wort "Förderschulwesen" und das Wort "Sonderschulunterricht" durch das Wort "Förderschulunterricht" ersetzt.

Art. 91 - In Artikel 10 § 1 desselben Dekretes, ersetzt durch das Dekret vom 25. Juni 1991, wird das Wort "Sonderprimarschule" durch das Wort "Förderprimarschule" ersetzt.

Paragraf 2 desselben Artikels, ersetzt durch das Dekret vom 25. Juni 1991, wird durch folgende Bestimmung ersetzt:

"§ 2 - Der Schulleiter ist von der Lehrtätigkeit freigestellt, wenn die Gesamtschülerzahl 30 und mehr beträgt."

Art. 92 - Artikel 11 desselben Dekretes wird durch folgende Bestimmung ersetzt:

"Artikel 11 - Für die im Primarunterricht in Betracht gezogenen Schüler können Fachlehrer für Religion oder nichtkonfessionelle Sittenlehre beauftragt werden, pro organisierter Klasse zwei Stunden Unterricht in Religion oder nichtkonfessioneller Sittenlehre zu erteilen."

Art. 93 - In Artikel 13 und Artikel 14 Absatz 1 desselben Dekretes wird das Wort "Sondergrundschule" durch das Wort "Fördergrundschule" ersetzt.

Art. 94 - Artikel 16 desselben Dekretes wird wie folgt abgeändert:

1. in Buchstabe *b*) wird das Wort "Sonderschulunterrichts" durch das Wort "Förderschulunterrichts" ersetzt;
2. in Buchstabe *c*) wird das Wort "Sonderschulwesen" durch das Wort "Förderschulwesen" ersetzt;
3. in Buchstabe *d*) wird das Wort "Sonderschulunterricht" durch das Wort "Förderschulunterricht" ersetzt;
4. in Buchstabe *e*) wird das Wort "Sonderschule" durch das Wort "Förderschule" ersetzt;
5. Buchstabe *f*) wird durch folgende Bestimmung ersetzt:

"f) die pädagogische Inspektion und Beratung muss ein mit Gründen versehenes günstiges Gutachten abgegeben haben."

Art. 95 - Artikel 17 desselben Dekretes wird durch folgende Bestimmung ersetzt:

"Artikel 17 - Die pädagogische Inspektion und Beratung prüft, ob der Hausunterricht zur positiven Entwicklung der Gesamtpersönlichkeit des Schülers beiträgt und ob er dessen soziale Integration nicht verhindert oder erschwert."

Art. 96 - In Artikel 18 § 1 desselben Dekretes wird das Wort "Sonderschule" durch das Wort "Förderschule" ersetzt.

Art. 97 - In Kapitel I Abschnitt 4 desselben Dekretes wird im Titel des Abschnitts 4 das Wort "Sonderschulwesen" durch das Wort "Förderschulwesen" ersetzt.

Art. 98 - Artikel 23 § 1 desselben Dekretes wird durch folgenden Satz ergänzt:

"Der Direktor ist von der Lehrtätigkeit freigestellt."

Art. 99 - Artikel 24 desselben Dekretes, ersetzt durch das Dekret vom 29. Juni 1998, wird durch folgende Bestimmung ersetzt:

"Artikel 24 - Wenn die Zahl der regulären Schüler einer Förderschule am letzten Schultag des Monats September des laufenden Schuljahres mindestens 150 erreicht, können drei Stellen als Fachbereichsleiter organisiert oder subventioniert werden.

Die Fachbereichsleiter unterstehen dem Direktor."

Art. 100 - In Artikel 25 desselben Dekretes, ersetzt durch das Dekret vom 25. Mai 1999, wird das Wort "Sondersekundarschule" durch das Wort "Fördersekundarschule" ersetzt.

Art. 101 - In Kapitel II desselben Dekretes wird im Titel des Kapitels das Wort "Sonderschulen" durch das Wort "Förderschulen" ersetzt.

Art. 102 - In Artikel 27 § 1 desselben Dekretes wird das Wort "Sonderschulen" jeweils durch das Wort "Förderschulen" ersetzt.

In § 4 desselben Artikels, ersetzt durch das Dekret vom 29. Juni 1998, wird das Wort "Sonderschulwesens" jeweils durch das Wort "Förderschulwesens" ersetzt.

Art. 103 - In Kapitel II desselben Dekretes wird im Titel des Abschnitts 2 das Wort "Sonderschulwesen" durch das Wort "Förderschulwesen" ersetzt.

Art. 104 - Artikel 30 §§ 1 und 2 desselben Dekretes werden durch folgende Bestimmung ersetzt:

"§ 1 - Eine vollständige Stelle als Korrespondent-Buchhalter wird in den Förderschulen des Gemeinschaftsunterrichtswesens mit mehr als 74 Schülern auf Grundschulebene eingerichtet.

§ 2 - Falls die Schülerzahl weniger als 75 beträgt, werden für die Stelle als Korrespondent-Buchhalter pro Woche 15 Stunden vorgesehen."

Art. 105 - In Artikel 31 desselben Dekretes wird das Wort "Sonderschulwesens" durch das Wort "Förderschulwesens" ersetzt.

Art. 106 - In Artikel 31*bis* desselben Dekretes, eingefügt durch das Dekret vom 27. Juni 1994 und abgeändert durch das Dekret vom 7. Januar 2002, wird das Wort "Sondergrundschulen" jeweils durch das Wort "Fördergrundschulen" ersetzt.

Art. 107 - In Kapitel II Abschnitt 2 desselben Dekretes, zuletzt abgeändert durch das Dekret vom 7. Januar 2002, wird ein Artikel 31*ter* mit folgendem Wortlaut eingefügt:

"Artikel 31*ter* - In einer Fördergrundschule kann eine halbe Stelle als Kindergärtner oder Primarschullehrer in eine halbe Stelle für einen Aufseher-Erzieher umgewandelt werden."

Art. 108 - In Kapitel II desselben Dekretes wird im Titel des Abschnitts 3 das Wort "Sonderschulwesen" durch das Wort "Förderschulwesen" ersetzt.

Art. 109 - In Artikel 34 § 1 desselben Dekretes, ersetzt durch das Dekret vom 25. Juni 1991, wird das Wort "Sondersekundarschulen" durch das Wort "Fördersekundarschulen" ersetzt.

Paragraf 2 desselben Artikels wird wie folgt abgeändert:

1. im einleitenden Satz wird das Wort "wird" gestrichen;

2. in Buchstabe a) wird vor die Wortfolge "die dritte Planstelle" das Wort "wird" eingefügt;

Art. 110 - In Kapitel II desselben Dekretes wird ein Abschnitt 4, der den Artikel 34.1 umfasst, mit folgendem Wortlaut eingefügt:

"Abschnitt 4 - Gemeinsame Bestimmungen für den Grund- und Sekundarunterricht im Förderschulwesen

Artikel 34.1 - Ab dem 1. Januar 2010 kann in der Kategorie des Erziehungshilfspersonals eine Stelle als förderpädagogischer Schul- und Lernbegleiter organisiert oder subventioniert werden, wenn die Zahl der regulären Schüler einer Förderschule am letzten Schultag des Monats September des laufenden Schuljahres mindestens 150 zählt. Falls die Schülerzahl weniger als 150 beträgt, kann eine halbe Stelle als förderpädagogischer Schul- und Lernbegleiter organisiert oder subventioniert werden."

Art. 111 - Im Titel des Kapitels III desselben Dekretes, abgeändert durch das Dekret vom 1. Juni 1992, wird nach dem Wort "paramedizinischen" die Wortfolge "und sozialpsychologischen" eingefügt und die Wortfolge "und des Sozialpersonals" gestrichen.

Art. 112 - In Artikel 35 § 1 desselben Dekretes, zuletzt abgeändert durch das Dekret vom 6. Juni 2005, wird das Wort "Sozialpersonal" durch die Wortfolge "sozialpsychologischen Personals" und die Wortfolge "das Amt als Sozialassistent" durch die Wortfolge "die Ämter als Sozialassistent und als psychosozialer Begleiter" ersetzt.

In § 2 desselben Artikels, ersetzt durch das Dekret vom 1. Juni 1992, wird das Wort "Sozialpersonal" durch die Wortfolge "sozialpsychologische Personal" und das Wort "Sonderschulen" durch das Wort "Förderschulen" ersetzt.

In § 4 desselben Artikels, abgeändert durch das Dekret vom 29. Juni 1998, wird das Wort "Sonderschulwesens" jeweils durch das Wort "Förderschulwesens" ersetzt.

Art. 113 - In Artikel 36 Buchstabe c) desselben Dekretes wird das Wort "Sonderschulunterricht" durch das Wort "Förderschulunterricht" ersetzt.

Art. 114 - In Artikel 37 § 1 desselben Dekretes, abgeändert durch das Dekret vom 1. Juni 1992, wird das Wort "Sonderschulen" durch das Wort "Förderschulen" ersetzt, nach dem Wort "paramedizinischen" die Wortfolge "und sozialpsychologisches" eingefügt sowie die Wortfolge "und Sozialpersonal" gestrichen.

In denselben Artikel wird ein § 5 mit folgendem Wortlaut eingefügt:

"§ 5 - Das gemäß Artikel 37 § 3 ermittelte Stellenkapital kann um maximal zwei Stellen für psychosoziale Begleiter erhöht werden. Diese zwei Stellen ergeben sich aus der Umwandlung von maximal zwei Stellen als Aufseher-Erzieher in einem Externat."

Art. 115 - Im Titel des Kapitels IV desselben Dekretes wird das Wort "Sonderschulen" durch das Wort "Förderschulen" ersetzt.

Art. 116 - In Artikel 41 desselben Dekretes wird das Wort "Sonderschulen" durch das Wort "Förderschulen" ersetzt.

Art. 117 - In Artikel 42 desselben Dekretes wird das Wort "Sonderschule" durch das Wort "Förderschule" ersetzt.

Art. 118 - In Artikel 44 § 2 desselben Dekretes wird das Wort "Sonderschulwesens" jeweils durch das Wort "Förderschulwesens" und das Wort "Sonderschule" durch das Wort "Förderschule" ersetzt.

Art. 119 - In Kapitel IV Abschnitt 1 desselben Dekretes wird ein Artikel 44.1 mit folgendem Wortlaut eingefügt:

"Artikel 44.1 - Einer Förderschule, der ein Internat angegliedert ist, werden im Amt des Aufseher-Erziehers eines Internates zusätzlich 32 Stunden pro Woche gewährt."

Art. 120 - In Artikel 48 § 1 desselben Dekretes wird das Wort "Sonderunterricht" durch das Wort "Förderunterricht" ersetzt.

In Paragraf 2 desselben Artikels wird das Wort "Sonderschule" durch das Wort "Förderschule" ersetzt.

Art. 121 - Artikel 53bis § 1 desselben Dekretes, eingefügt durch das Dekret vom 23. Oktober 2000, wird durch folgende Bestimmung ersetzt:

"§ 1 - Das Stundenkapital kann innerhalb einer Unterrichtseinrichtung von einer Schulebene zur anderen sowie von einer Personalkategorie zur anderen übertragen werden."

Art. 122 - Artikel 53ter desselben Dekretes, eingefügt durch das Dekret vom 17. Mai 2004 und ersetzt durch das Dekret vom 23. Juni 2008, wird durch folgende Bestimmung ersetzt:

"Artikel 53ter - § 1 - Zusätzlich zu dem gemäß Artikel 5ter erwirtschafteten Stundenkapital wird im Schuljahr 2009-2010 Stundenkapital für die Integration von Schülern mit sonderpädagogischem Förderbedarf im Grundschulwesen gewährt.

Dieses Stundenkapital entspricht vier Ganztagsstellen zuzüglich jener Stunden, die sich errechnen durch die Umwandlung der im Schuljahr 2003-2004 gewährten Stellen der subventionierten Vertragspersonalmitglieder für die Integration von Schülern mit sonderpädagogischem Förderbedarf multipliziert mit den entsprechenden Verwaltungsteilern. Der Verwaltungsteiler ist bei einem Kindergärtner auf 28 und bei einem Primarschullehrer auf 24 beziffert.

§ 2 - Jede von der Deutschsprachigen Gemeinschaft organisierte oder subventionierte Förderschule erhält in jedem Schuljahr zusätzlich zu dem gemäß Artikel 5ter erwirtschafteten Stundenkapital eine bestimmte Anzahl Viertelstellen, die gemäß folgender Formel ermittelt wird:

$$\frac{88 \times A}{B}$$

A= Anzahl der am letzten Schultag des Monats Januar des vorhergehenden Schuljahres in einer Regelschule eingeschriebenen regulären Schüler mit festgestelltem sonderpädagogischen Förderbedarf gemäß Artikel 93.7 des Dekretes vom 31. August 1998 über den Auftrag an die Schulträger und das Schulpersonal sowie über die allgemeinen pädagogischen und organisatorischen Bestimmungen für die Regel- und Förderschulen, die von der jeweiligen Förderschule betreut wurden;

B= Gesamtanzahl der am letzten Schultag des Monats Januar des vorhergehenden Schuljahres in einer Regelschule eingeschriebenen regulären Schüler mit festgestelltem sonderpädagogischen Förderbedarf gemäß Artikel 93.7 desselben Dekretes vom 31. August 1998.

Entspricht die erste Dezimalzahl der gemäß Absatz 1 ermittelten Anzahl Viertelstellen einem Wert, der kleiner ist als 5, wird auf die nächste Viertelstelle abgerundet. Ab einem Wert von 5 wird auf die nächste Viertelstelle aufgerundet.

Das gemäß Absatz 1 ermittelte Stellenkapital ist zu 50 % für eine definitive Einstellung oder eine definitive Ernennung freigegeben.

Das gemäß Absatz 1 gewährte Stellenkapital kann ganz oder teilweise von einer von der Deutschsprachigen Gemeinschaft organisierten oder subventionierten Förderschule an eine andere von der Deutschsprachigen Gemeinschaft organisierte oder subventionierte Förderschule übertragen werden, wenn das Einverständnis der betroffenen Schulträger vorliegt. Die Übertragung kann zu gleich welchem Zeitpunkt erfolgen und gilt jeweils für das laufende Schuljahr.

§ 3 - Eine bestimmte Anzahl Viertelstellen der Summe des gemäß Artikel 5ter und dem vorhergehenden Paragrafen ermittelten Stellenkapitals ist für die Unterstützung der Integration der Schüler mit sonderpädagogischem Förderbedarf im Regelschulwesen einzusetzen. Die Anzahl Viertelstellen, die jede Förderschule grundsätzlich für die Integration vorsehen sollte, wird wie folgt ermittelt:

$$\frac{138 \times A}{B}$$

A= Anzahl der am letzten Schultag des Monats Januar des vorhergehenden Schuljahres in einer Regelschule eingeschriebenen Schüler mit festgestelltem sonderpädagogischen Förderbedarf gemäß Artikel 93.7 des Dekretes vom 31. August 1998 über den Auftrag an die Schulträger und das Schulpersonal sowie über die allgemeinen pädagogischen und organisatorischen Bestimmungen für die Regel- und Förderschulen, die von der jeweiligen Förderschule betreut wurden;

B= Gesamtanzahl der am letzten Schultag des Monats Januar des vorhergehenden Schuljahres in einer Regelschule eingeschriebenen Schüler mit festgestelltem sonderpädagogischen Förderbedarf gemäß Artikel 93.7 desselben Dekretes vom 31. August 1998.

Entspricht die erste Dezimalzahl der gemäß Absatz 1 ermittelten Anzahl Viertelstellen einem Wert, der kleiner ist als 5, wird auf die nächste Viertelstelle abgerundet. Ab einem Wert von 5 wird auf die nächste Viertelstelle aufgerundet.

Hat eine Förderschule in Anwendung von § 2 Absatz 4 Stellenkapital an eine andere Förderschule übertragen, ist die übertragene Anzahl Stellen von der gemäß § 3 Absatz 1 ermittelten Anzahl Viertelstellen abzuziehen.

Ist einer Förderschule in Anwendung von § 2 Absatz 4 Stellenkapital von einer anderen Förderschule übertragen worden, ist die übertragene Anzahl Viertelstellen zu der gemäß § 3 Absatz 1 ermittelten Anzahl Viertelstellen hinzuzufügen.

§ 4 - Mindestens 5 % des gemäß § 3 ermittelten Stellenkapitals darf erst nach Ablauf des 30. Septembers des laufenden Schuljahres eingesetzt werden.

Entspricht die erste Dezimalzahl der gemäß Absatz 1 ermittelten Anzahl Viertelstellen einem Wert, der kleiner ist als 5, wird auf die nächste Viertelstelle abgerundet. Ab einem Wert von 5 wird auf die nächste Viertelstelle aufgerundet.

Unbeschadet von Absatz 1 dürfen mindestens vier Viertelstellen erst nach Ablauf des 30. Septembers des laufenden Schuljahres eingesetzt werden.

§ 5 - Die Förderschule stellt bei der Zuteilung der Integrationsstunden sicher, dass die in einer französischsprachigen Abteilung einer Regelschule eingeschriebenen Schüler mit sonderpädagogischem Förderbedarf von Personalmitgliedern betreut werden, die die französische Sprache gründlich beherrschen.

§ 6 - Wird die Integration eines Schülers in eine Regelschule im Laufe eines Schuljahres abgebrochen, kann das für die Integration dieses Schülers eingesetzte Stellenkapital bis zum Ende des Schuljahres am neuen Förderort des Schülers eingesetzt werden.

§ 7 - Die Bestimmungen der §§ 2 bis 6 gelten für die Schuljahre 2010-2011 bis einschließlich 2013-2014."

Art. 123 - Artikel 53^{quater} desselben Dekretes, eingefügt durch das Dekret vom 6. Juni 2005 und abgeändert durch das Dekret vom 25. Juni 2007, wird durch folgende Bestimmung ersetzt:

„Artikel 53^{quater} - § 1 - Zuzüglich zu dem gemäß Artikel 5^{ter} erwirtschafteten Stundenkapital erhält eine Fördergrundschule eine zusätzliche halbe Stelle, wenn sie am 30. September des laufenden Schuljahres fünf Schüler mehr zählt als am 30. September 2008. Für jede weitere angefangene Tranche von fünf zusätzlichen Schülern wird eine weitere halbe Stelle gewährt.

Zuzüglich zu dem gemäß Artikel 5^{ter} erwirtschafteten Stundenkapital erhält eine Fördersekundarschule eine zusätzliche Stelle, wenn sie am 30. September des laufenden Schuljahres sieben Schüler mehr zählt als am 30. September 2008. Für jede weitere angefangene Tranche von sieben zusätzlichen Schülern wird eine weitere Stelle gewährt.

Das gemäß Absatz 1 erwirtschaftete Stellenkapital steht für das laufende Schuljahr zur Verfügung.

§ 2 - Die Bestimmungen von § 1 gelten für die Schuljahre 2009-2010 bis einschließlich 2013-2014.“

*KAPITEL XXVIII - Abänderung des Dekretes vom 18. April 1994
zur Festlegung des Betrages der Funktionssubventionen für das subventionierte Unterrichtswesen*

Art. 124 - In Artikel 2 Absatz 1 des Dekretes vom 18. April 1994 zur Festlegung des Betrages der Funktionssubventionen für das subventionierte Unterrichtswesen wird das Wort „Sonderschul-“ durch das Wort „Förderschul-“ ersetzt.

Art. 125 - In Artikel 3 Absatz 2 desselben Dekretes, abgeändert durch das Dekret vom 7. Januar 2002 wird das Wort „Sondergrundschulwesens“ durch das Wort „Fördergrundschulwesens“ ersetzt.

Art. 126 - Artikel 6 desselben Dekretes, ersetzt durch das Dekret vom 25. Juni 2001, wird durch folgende Bestimmung ersetzt:

„Artikel 6 - Im Förderschulwesen erhält der Schulträger für die Organisation der Mittagsaufsicht pro Niederlassung für die erste angefangene Gruppe von 40 regulären Schülern eine Subvention in Höhe von 8 EUR, wenn der Aufseher Inhaber eines pädagogischen Befähigungsnachweises ist, beziehungsweise eine Subvention in Höhe von 6 EUR, wenn der Aufseher nicht Inhaber des pädagogischen Befähigungsnachweises ist.

Zählt die Schule beziehungsweise die Niederlassung mehr als 40 reguläre Schüler, hat der Schulträger für jede zusätzliche angefangene Gruppe von 40 regulären Schülern Anrecht auf einen weiteren Subventionsbetrag in Höhe der in Absatz 1 festgelegten Beträge, wenn er für die Mittagsaufsicht zusätzliche Aufseher verpflichtet.

Stichtag für die Berechnung ist der letzte Schultag des Monats September. Berücksichtigt werden die regulären Vorschüler, die bis zu diesem Tag an mindestens zehn Schultagen halbtags anwesend waren, sowie die regulären Primarschüler.

Die Regierung kann von der in den Absätzen 1 und 2 erwähnten Anzahl regulärer Schüler abweichen, falls die Aufsicht aufgrund der infrastrukturellen Gegebenheiten einer Niederlassung nicht ausreichend gewährleistet werden kann.“

Art. 127 - In Nummer 4 der Anlage desselben Dekretes wird das Wort „Sonderprimarschulwesen“ durch das Wort „Förderprimarschulwesen“ ersetzt.

*KAPITEL XXIX - Abänderung des Dekretes vom 17. Juli 1995
über Einschreibgebühren und Schulgeld im Unterrichtswesen*

Art. 128 - In Artikel 2 § 1 des Dekretes vom 17. Juli 1995 über Einschreibgebühren und Schulgeld im Unterrichtswesen wird das Wort „Sondergrundschulwesen“ durch das Wort „Fördergrundschulwesen“ und das Wort „Sondersekundarschulwesen“ durch das Wort „Fördersekundarschulwesen“ ersetzt.

In § 2 Absatz 1 desselben Artikels wird das Wort „Sondervorschulwesen“ durch das Wort „Fördervorschulwesen“ ersetzt.

*KAPITEL XXX - Abänderung des Dekretes vom 31. August 1998 über den Auftrag an die Schulträger
und das Schulpersonal sowie über die allgemeinen pädagogischen und organisatorischen Bestimmungen für die Regelschulen*

Art. 129 - Im Titel des Dekretes vom 31. August 1998 über den Auftrag an die Schulträger und das Schulpersonal sowie über die allgemeinen pädagogischen und organisatorischen Bestimmungen für die Regelschulen wird das Wort „Regelschulen“ durch die Wortfolge „Regel- und Förderschulen“ ersetzt.

Art. 130 - In Artikel 1 desselben Dekretes, zuletzt abgeändert durch das Dekret vom 23. März 2009, werden die Absätze 1, 2 und 3 durch die Absätze 1 und 2 mit folgendem Wortlaut ersetzt:

„Vorliegendes Dekret findet Anwendung auf das Regel- und Fördergrundschulwesen- sowie auf das Regel- und Fördersekundarschulwesen, das von der Deutschsprachigen Gemeinschaft organisiert oder subventioniert wird, mit Ausnahme des ergänzenden berufsbildenden Sekundarunterrichts, auf den ausschließlich die Artikel 38 und 39 sowie 42 bis 45 Anwendung finden.

Die Artikel 23 bis 27, 28, 32, 57 bis 59 und 63 finden ebenfalls Anwendung auf den von der Deutschsprachigen Gemeinschaft organisierten und subventionierten Teilzeitsekundarunterricht.“

Art. 131 - Artikel 4 desselben Dekretes, abgeändert durch die Dekrete vom 17. Mai 2004 und 16. Juni 2008, wird wie folgt abgeändert:

1. Nummer 3 wird durch folgenden Wortlaut ersetzt:

„3. Schule: Bildungs- und Erziehungseinrichtung, die unter der Leitung eines Schulleiters steht und in der die Schüler nach einem Studienprogramm, das von der Regierung festgelegt oder genehmigt worden ist, unterrichtet werden, wobei für Schüler mit sonderpädagogischem Förderbedarf die Unterrichtsziele angepasst werden können;“

2. Nummer 5 wird durch folgenden Wortlaut ersetzt:

„5. Erziehungsberechtigte: Personen, die aufgrund des Gesetzes oder eines richterlichen Beschlusses die elterliche Autorität über das Kind oder den Jugendlichen ausüben;“

3. Nummer 18 wird durch folgenden Wortlaut ersetzt:

„18. Schulebene: die Einteilung des Regel- und Förderschulwesens in Kindergarten, Primarschule und Sekundarschule;“

4. Nummer 23 wird durch folgenden Wortlaut ersetzt:

"23. Schüler mit sonderpädagogischem Förderbedarf: Schüler, für den sonderpädagogischer Förderbedarf gemäß Artikel 93.7 festgestellt worden ist;"

5. Nummer 24 wird durch folgenden Wortlaut ersetzt:

"24. Pädagogische Inspektion und Beratung: von der Regierung eingesetzte Personen, die in Anwendung des Dekretes vom 24. März 2003 über die Einsetzung und die Festlegung der Aufgaben der pädagogischen Inspektion und Beratung für das Unterrichtswesen in der Deutschsprachigen Gemeinschaft Kontroll- und Beratungsaufgaben im Unterrichtswesen wahrnehmen;"

6. Die Nummern 28 bis 32 werden mit folgendem Wortlaut eingefügt:

"28. Lerngruppe: Zusammenschluss von Lernenden, die einen Lerninhalt erarbeiten oder vertiefen;

29. Integrationsprojekt: Beschulung eines Schülers mit sonderpädagogischem Förderbedarf in der Regelschule unter Einsatz individuell festgelegter personeller, materieller und sonderpädagogisch-didaktischer Fördermittel;

30. Förderkonferenz: Versammlung der Erziehungsberechtigten mit den Vertretern der Regel- und Förderschule, die Förderziele und Fördermaßnahmen festlegen sowie über die Fördermittel und den Förderort eines Kindes beziehungsweise Jugendlichen mit sonderpädagogischem Förderbedarf beraten;

31. Individueller Förderplan: ein unter der Verantwortung des Schulleiters erstelltes Dokument, durch das die diagnosegeleitete Begleitung der Lernprozesse gewährleistet wird. Ausgehend von den individuellen Stärken, den Interessen und dem vorgegebenen Entwicklungsstand werden Förderziele und Fördermaßnahmen beschrieben. Der Förderplan umfasst zudem eine Auflistung der Namen der Mitglieder des Direktions-, Lehr-, Erziehungshilfs- und paramedizinischen sowie sozialpsychologischen Personals, die mit der Durchführung des individuellen Förderplans betraut sind. Der Förderplan wird systematisch für Schüler mit sonderpädagogischem Förderbedarf eingesetzt;

32. Förderportfolio: Dokumentation aller für die Förderung des Schülers relevanten Angaben. Dies sind insbesondere diagnostische Gutachten, Angaben zum Entwicklungsstand des Schülers, Zeugnisse, Dokumente und Nachweise der pädagogischen und therapeutischen Maßnahmen, die bisher getroffen worden sind."

Art. 132 - Der Titel des Kapitels II desselben Dekretes, abgeändert durch das Dekret vom 16. Juni 2008, wird durch folgenden Wortlaut ersetzt:

"Kapitel II - Auftrag der Gesellschaft an die Schulträger und das Personal der Regel- und Förderschulen"

Art. 133 - In Kapitel II Abschnitt 1 desselben Dekretes wird ein Artikel 6.1 mit folgendem Wortlaut eingefügt:

"Artikel 6.1 - Individuelle Förderung

Jeder Schüler hat Anrecht auf eine ihm angemessene schulische Förderung. Die Förderung hat als Ziel, alle Schüler einschließlich derer mit einer Beeinträchtigung, mit Anpassungs- oder Lernschwierigkeiten beim Erlernen von schulischen, sozialen und gesellschaftlichen Fertigkeiten zu unterstützen und zu fördern. Sie bietet den Schülern Hilfe und Orientierung bei Übernahme von Werten, Einstellungen und Haltungen.

Eine Evaluation der Fähigkeiten und Einschränkungen der Schüler ist die Grundlage zur Durchführung einer individuellen Förderung. Bei der Umsetzung der individuellen Förderung gilt es dafür Sorge zu tragen, dass diese im natürlichen Lebensumfeld des Schülers, so nah wie möglich an seinem Herkunftsort, möglichst in einer Regelschulklasse integriert und bei Bedarf an förderpädagogischen Maßnahmen durch die Gewährung eines Integrationsprojektes oder eine Beschulung an einer Förderschule stattfindet. Präventionsmaßnahmen sowie der Früherkennung von individuellem Förderbedarf gilt es ebenfalls Rechnung zu tragen."

Art. 134 - In Artikel 17 § 1 desselben Dekretes, abgeändert durch das Dekret vom 16. Juni 2008, wird ein Absatz 5 mit folgendem Wortlaut eingefügt:

"Die individuelle Förderung der Schüler in den Regel- und Förderschulen kann durch einen individuellen Förderplan unterstützt werden. Im Fall von festgestelltem sonderpädagogischen Förderbedarf gemäß Artikel 93.7 ist die Erstellung und Fortschreibung eines individuellen Förderplans verpflichtend."

Art. 135 - § 1 - Artikel 20 Absatz 2 Nummern 1 und 2 desselben Dekretes werden durch folgenden Wortlaut ersetzt:

"1. eine Beschreibung des pädagogischen Gesamtkonzeptes einschließlich der pädagogischen Methoden und Maßnahmen zur individuellen Förderung der Schüler, das in der betreffenden Schule beziehungsweise in der Lerngruppe angewandt wird;

2. die pädagogische Organisationsstruktur der Schule, insbesondere die Kriterien für die Einteilung der Schüler in Klassen beziehungsweise in Lerngruppen und die Betreuung von Schülern mit festgestelltem sonderpädagogischen Förderbedarf;"

Artikel 20 Absatz 2 Nummer 5 desselben Dekretes wird gestrichen.

§ 2 - In denselben Artikel werden nach Absatz 2 zwei neue Absätze mit folgendem Wortlaut eingefügt:

"Unbeschadet von Absatz 1 umfasst das Schulprojekt in den Regelschulen zudem die Beschreibung der Maßnahmen, die für Schüler mit sonderpädagogischem Förderbedarf getroffen werden, einschließlich der Formen der Zusammenarbeit mit Förderschulen oder anderen, durch die Regierung oder durch die Dienststelle für Personen mit einer Behinderung anerkannten Diensten und Einrichtungen.

Unbeschadet von Absatz 1 umfasst das Schulprojekt in den Förderschulen zudem den Prozess der Begleitung aller Kinder mit sonderpädagogischem Förderbedarf unabhängig von ihrem jeweiligen Förderort."

Art. 136 - Der Titel des Kapitels III desselben Dekretes wird durch folgenden Wortlaut ersetzt:

"Kapitel III - Struktur des Regel- und Förderschulwesens"

Art. 137 - In Kapitel III desselben Dekretes wird der Titel des Abschnitts 1 durch folgenden Wortlaut ersetzt:

"Abschnitt 1 - Die Regelgrundschule"

Art. 138 - In Kapitel III desselben Dekretes, abgeändert durch das Dekret vom 23. Juni 2008, wird ein Abschnitt *1bis*, der den Artikel 21.1 umfasst, mit folgendem Wortlaut eingefügt:

"Abschnitt *1bis* - Die Fördergrundschule

Artikel 21.1 - Struktur

§ 1 - Die Grundschule besteht aus dem Kindergarten und der Primarschule.

§ 2 - Der Kindergarten richtet sich an Kinder, die noch nicht schulpflichtig sind.

Die Primarschule richtet sich an schulpflichtige Kinder.

§ 3 - Ein Kind, bei dem der sonderpädagogische Förderbedarf gemäß Artikel 93.7 festgestellt worden ist, darf als regulärer Schüler in den Kindergarten eingeschrieben werden, wenn es noch nicht schulpflichtig ist und mindestens drei Jahre alt ist oder dieses Alter bis zum 31. Dezember des laufenden Schuljahres erreicht.

In Abweichung von Absatz 1 kann ein schulpflichtiges Kind während des ersten Jahres der Schulpflicht den Kindergarten besuchen. Die Erziehungsberechtigten treffen eine entsprechende Entscheidung nach Kenntnisnahme eines begründeten Gutachtens des Klassenrates und des zuständigen Psycho-Medizinisch-Sozialen Zentrums. Bei einem Kind, das noch keinen Kindergarten besucht hat, ist lediglich das Gutachten eines Psycho-Medizinisch-Sozialen Zentrums erforderlich. Dieser Beschluss auf Verbleib im Kindergarten kann ein zweites Mal ausgesprochen werden.

§ 4 - Ein Kind mit Wohnsitz im Ausland darf erst in einen Kindergarten eingeschrieben werden:

1. wenn es die in § 3 festgelegten allgemeinen Zulassungsbedingungen erfüllt;
2. nach Vorlage eines von der Unterrichtsverwaltung genehmigten Antrages, aus dem hervorgeht, dass besondere persönliche Umstände vorliegen, die die Einschreibung rechtfertigen;
3. wenn gemäß Artikel 32 § 3 gegebenenfalls eine Einschreibgebühr entrichtet worden ist.

In Abweichung von den in Absatz 1 Nummer 2 und 3 angeführten Bedingungen braucht für ein Kind mit Wohnsitz im Zuständigkeitsgebiet einer ausländischen Gebietskörperschaft des öffentlichen Rechts kein vom Ministerium genehmigter Antrag vorgelegt und keine Einschreibgebühr entrichtet zu werden, falls diese Körperschaft sich anteilmäßig an den Personal- und Funktionskosten beteiligt, die der Deutschsprachigen Gemeinschaft für diesen Kindergarten entstehen, und unter der Bedingung, dass diese Beteiligung Gegenstand einer schriftlichen Vereinbarung ist.

Auf ein Kind, das im Fremden-, Warte-, oder Bevölkerungsregister einer belgischen Gemeinde eingetragen ist, findet Absatz 1 Nummer 2 keine Anwendung.

§ 5 - Ein Schüler, bei dem der sonderpädagogische Förderbedarf gemäß Artikel 93.7 festgestellt worden ist, darf als regulärer Schüler in die Primarschule eingeschrieben werden, wenn er am 31. Dezember des laufenden Schuljahres mindestens sechs Jahre alt ist und das Alter von 15 Jahren noch nicht überschritten hat. Ein Schüler, der das Abschlusszeugnis der Grundschule besitzt, ist nicht zur Primarschule zugelassen.

Der Schüler verweilt während sechs Schuljahren in der Primarschule.

In Abweichung von Absatz 2 kann der Klassenrat beschließen, dass der Schüler ein zusätzliches Jahr in der Primarschule verweilt. Im Falle eines Schulwechsels ist dieser Beschluss für alle Schulen verbindlich.

In Abweichung von Absatz 2 können die Erziehungsberechtigten auf Vorschlag des Klassenrates und auf der Grundlage des Gutachtens eines Psycho-Medizinisch-Sozialen Zentrums beschließen, dass ihr Kind ein achttes Jahr in der Primarschule verbleibt. Dieser Beschluss auf Verbleib in der Primarschule kann ein zweites Mal ausgesprochen werden.

§ 6 - Der Schüler mit Wohnsitz im Ausland, der die in § 5 Absatz 1 festgelegten allgemeinen Zulassungsbedingungen erfüllt, legt, bevor er sich in die Primarschule einschreiben darf, eine Bescheinigung vor, die von der zuständigen Schulbehörde des Staates, in dem er seinen Wohnsitz hat, ausgestellt ist und aus der hervorgeht, dass er eine Primarschule in Belgien besuchen darf. Diese Bescheinigung ist nur bei der Ersteinschreibung vorzulegen.

Um in eine Primarschule in der Deutschsprachigen Gemeinschaft eingeschrieben zu werden, muss der im Ausland wohnhafte Schüler zusätzlich eine der folgenden Bedingungen erfüllen:

1. ein Elternteil des Schülers hat einen Arbeitsplatz in der Deutschsprachigen Gemeinschaft im Rahmen eines Arbeitsvertrages von der Dauer von mindestens sechs Monaten,
2. ein Geschwisterkind des Schülers ist bereits in derselben Schule in der Deutschsprachigen Gemeinschaft eingeschrieben,
3. es liegt ein besonderer pädagogischer oder sozialer Härtefall vor, der von der Regierung zu genehmigen ist.

Für Schüler mit Wohnsitz im Zuständigkeitsgebiet einer ausländischen Gebietskörperschaft des öffentlichen Rechts gelten die in Absatz 2 angeführten Zulassungsbedingungen nicht, wenn eine entsprechende schriftliche Vereinbarung zwischen dieser Gebietskörperschaft und der Deutschsprachigen Gemeinschaft vorliegt.

Die Absätze 1 bis 3 finden keine Anwendung auf einen Schüler, der im Fremden-, Warte- oder Bevölkerungsregister einer belgischen Gemeinde eingetragen ist.

§ 7 - Die in § 3 und § 5 angeführten allgemeinen Zulassungsbedingungen gelten unbeschadet der Bestimmungen des Kapitels IV Abschnitt 1.

§ 8 - Am Ende der Primarschulzeit entscheidet der Klassenrat über die Vergabe eines Abschlusszeugnisses."

Art. 139 - In Kapitel III desselben Dekretes wird der Titel des Abschnitts 2 durch folgenden Wortlaut ersetzt:

"Abschnitt 2 - Die Regelsekundarschule"

Art. 140 - In Kapitel III desselben Dekretes wird ein Abschnitt *2bis*, der den Artikel 22.1 umfasst, mit folgendem Wortlaut eingefügt:

"Abschnitt *2bis* - Die Fördersekundarschule

Artikel 22.1 - Struktur

§ 1 - Ein Schüler, bei dem der sonderpädagogische Förderbedarf gemäß Artikel 93.7 festgestellt worden ist, darf als regulärer Schüler in eine Fördersekundarschule eingeschrieben werden, wenn er am 31. Dezember des laufenden Schuljahres mindestens zwölf Jahre alt ist und das Alter von einundzwanzig Jahren am 30. Juni des laufenden Schuljahres noch nicht überschritten hat.

In Abweichung von Absatz 1 kann der in Artikel 93.24 angeführte Förderausschuss auf Grundlage eines positiven Gutachtens des Klassenrates die Genehmigung erteilen, dass ein Schüler, der das Alter von einundzwanzig Jahren am 30. Juni des laufenden Schuljahres überschritten hat, ein zusätzliches Jahr in der Fördersekundarschule verweilen darf. Es obliegt dem Leiter der Förderschule, den Förderausschuss zur Erteilung der Genehmigung anzurufen.

§ 2 - Die in § 1 angeführten allgemeinen Zulassungsbedingungen gelten unbeschadet der Bestimmungen des Kapitels IV Abschnitt 1 des vorliegenden Dekretes.

§ 3 - Der Schüler mit Wohnsitz im Ausland, der die in § 1 Absatz 1 festgelegten allgemeinen Zulassungsbedingungen erfüllt, legt, bevor er sich in die Sekundarschule einschreiben darf, eine Bescheinigung vor, die von der zuständigen Schulbehörde des Staates, in dem er seinen Wohnsitz hat, ausgestellt ist und aus der hervorgeht, dass er eine Sekundarschule in Belgien besuchen darf. Diese Bescheinigung ist nur bei der Ersteinschreibung vorzulegen.

§ 4 - Folgende Unterrichtsformen können im Fördersekundarschulwesen organisiert werden:

1. Fördersekundarunterricht der sozialen Anpassung;
2. Fördersekundarunterricht der sozialen und beruflichen Anpassung;
3. berufsbildender Fördersekundarunterricht.

§ 5 - Der Wechsel eines Schülers in eine andere Unterrichtsform erfolgt durch eine begründete Entscheidung des Klassenrates, die dieser auf Grundlage eines Gutachtens des zuständigen Psycho-Medizinisch-Sozialen Zentrum trifft."

Art. 141 - Der Titel des Kapitels IV desselben Dekretes wird durch folgenden Wortlaut ersetzt:

"Kapitel IV - Der Schüler im Regel- und Förderschulwesen"

Art. 142 - Artikel 33 Nummer 8 desselben Dekretes wird durch folgenden Wortlaut ersetzt:

"8. gegebenenfalls die Maßnahmen, die von der Regelschule für die dort eingeschriebenen Schüler mit sonderpädagogischem Förderbedarf getroffen werden, einschließlich der Formen der Zusammenarbeit mit Förderschulen."

Art. 143 - In Artikel 34 Absatz 3 desselben Dekretes, eingefügt durch das Dekret vom 23. Oktober 2000, wird das Wort "Inspektion" jeweils durch die Wortfolge "pädagogische Inspektion und Beratung" ersetzt.

Art. 144 - In Artikel 38 § 2 Nummer 1 desselben Dekretes wird das Wort "Inspektion" durch die Wortfolge "pädagogische Inspektion und Beratung" ersetzt.

Art. 145 - In Artikel 39 § 3 Absatz 1 desselben Dekretes wird der erste Satz durch folgenden Wortlaut ersetzt:

"Der Einspruch wird per Einschreiben an den leitenden Beamten der Unterrichtsverwaltung gerichtet, der die Einspruchskammer unverzüglich einberuft."

Art. 146 - Der Titel des Kapitels V desselben Dekretes wird durch folgenden Wortlaut ersetzt:

"Kapitel V - Mitwirkung in Regel- und Förderschulen"

Art. 147 - In Artikel 49 Absatz 1 desselben Dekretes wird die Wortfolge "des Lehr- und Erziehungspersonals" durch die Wortfolge "des Lehr-, Erziehungshilfs-, paramedizinischen und sozialpsychologischen Personals" ersetzt.

In demselben Artikel wird in Absatz 2 die Wortfolge "Lehr- und Erziehungspersonals" durch die Wortfolge "Lehr-, Erziehungshilfs-, paramedizinischen und sozialpsychologischen Personals" ersetzt.

In demselben Artikel wird Absatz 6 durch folgende Bestimmung ersetzt:

"Wahlberechtigt und wählbar sind alle Mitglieder des Lehr-, Erziehungshilfs-, paramedizinischen und sozialpsychologischen Personals, einschließlich der zeitweiligen Personalmitglieder und der durch schriftlichen Arbeitsvertrag eingestellten Arbeitnehmer, die bis zum Ende des Schuljahres bezeichnet beziehungsweise eingestellt sind."

Art. 148 - § 1 - In Artikel 51 desselben Dekretes, eingefügt durch das Dekret vom 16. Dezember 2002, wird eine Nummer 15 mit folgendem Wortlaut eingefügt:

"15. Unterstützung der externen Evaluation der Schule"

§ 2 - In demselben Artikel werden die Absätze 2 und 3 mit folgendem Wortlaut eingefügt:

"In der Regelschule entwickelt der Pädagogische Rat ein Konzept zur differenzierenden Förderung von Schülern mit Lernschwierigkeiten sowie zur Integration von Schülern mit sonderpädagogischem Förderbedarf.

In der Förderschule macht der Pädagogische Rat Vorschläge zur Unterstützung der Regelschulen bei der Umsetzung der Integrationsprojekte."

Art. 149 - Artikel 52 desselben Dekretes wird durch folgenden Wortlaut ersetzt:

"Artikel 52 - Protokollführung

Die Vorschläge des Pädagogischen Rates werden in einem Protokollbuch festgehalten, das der Unterrichtsverwaltung zur Einsicht zur Verfügung steht."

Art. 150 - Artikel 86 Absätze 1 und 2 desselben Dekretes werden durch folgenden Wortlaut ersetzt:

"Der Schulleiter oder sein Vertreter sowie alle mit der unmittelbaren Betreuung des Schülers betrauten Mitglieder des Lehr-, Erziehungshilfs- und paramedizinischen sowie sozialpsychologischen Personals sind stimmberechtigte Mitglieder des entsprechenden Klassenrates; ein Vertreter des Psycho-Medizinisch-Sozialen Zentrums nimmt als beratendes Mitglied an den Versammlungen des Klassenrats teil. Der Klassenrat kann externe Berater hinzuziehen.

Der Vorsitz des Klassenrates wird vom Schulleiter oder seinem Vertreter geführt. Der Vorsitzende achtet darauf, dass die gesetzlichen und verordnungsrechtlichen Bestimmungen eingehalten werden."

Art. 151 - In Artikel 90 desselben Dekretes wird das Wort "Grundschule" durch das Wort "Regelgrundschule" ersetzt.

Art. 152 - In Artikel 91 desselben Dekretes wird das Wort "Sekundarschule" durch das Wort "Regelsekundarschule" und das Wort "Sekundarunterrichts" durch das Wort "Regelsekundarunterrichts" ersetzt.

Art. 153 - In Artikel 92 desselben Dekretes wird im Titel und im Text das Wort "Sekundarschule" jeweils durch das Wort "Regelsekundarschule" und das Wort "Sekundarschulbesuch" durch das Wort "Regelsekundarschulbesuch" ersetzt.

Art. 154 - In Artikel 93 desselben Dekretes wird das Wort "Sekundarschule" durch das Wort "Regelsekundarschule" ersetzt.

Art. 155 - In Artikel 96 Nummer 18 desselben Dekretes wird der Punkt am Ende des Satzes durch ein Komma ersetzt.

In denselben Artikel wird eine Nummer 19 mit folgendem Wortlaut eingefügt:

"19. die Koordinierung der sonderpädagogischen Fördermaßnahmen."

Art. 156 - In Kapitel IX Abschnitt 1 desselben Dekretes wird ein Artikel 96.1 mit folgendem Wortlaut eingefügt:

"Artikel 96.1 - Fachbereichsleiter einer Förderschule

Der Auftrag des Fachbereichsleiters einer Förderschule umfasst vor allem folgende Aufgaben:

1. pädagogische und organisatorische Leitung des vom Schulleiter zugeteilten Aufgabenbereichs;
2. Koordination der sonderpädagogischen Fördermaßnahmen;
3. Unterstützung des Schulleiters bei der Umsetzung des Gesellschaftsprojektes, des Erziehungsprojektes und des Schulprojektes;
4. Unterstützung des Schulleiters bei der Unterrichtsverwaltung, dem Aufstellen der Wochenstundenpläne und der Jahrespläne, der Organisation von Aufsichten und Vertretungen sowie bei anderen administrativen Aufgaben;
5. Unterstützung des Schulleiters bei der Führung und Begleitung des Personals der Schule;
6. Koordination der Implementierung der Kernkompetenzen und Rahmenpläne;
7. Koordination der Anschaffung von didaktischem Material;
8. Förderung der Teambildung innerhalb des Personalkaders;
9. Empfang und Beitrag zur raschen Integration neuer Lehrpersonen;
10. Zusammenarbeit mit den Personalmitgliedern, dem Pädagogischen Rat und den anderen Vertretungsorganen der Schule;
11. Zusammenarbeit mit den Psycho-Medizinisch-Sozialen Zentren;
12. Beratung der Schüler und ihrer Erziehungsberechtigten;
13. persönliche ständige Fort- und Weiterbildung;
14. Aufgaben, die zur Verwirklichung des Schulprojekts beitragen."

Art. 157 - In Artikel 98 desselben Dekretes werden die Absätze 2 und 3 mit folgendem Wortlaut eingefügt:

"Unbeschadet von Absatz 1 umfasst der Auftrag des förderpädagogischen Schul- und Lernbegleiters folgende Aufgaben:

1. Hilfestellung beim Erstellen von individuellen Förderplänen beziehungsweise bei der Anpassung der Lernziele;
2. Begleitung und Beratung der Personalmitglieder im Hinblick auf den Umgang mit Schülern, die unterschiedliche Lernvoraussetzungen aufweisen;
3. Begleitung und Beratung beim Einsatz von förderpädagogischen Methoden und Materialien;
4. Entwicklung individueller Lernstrategien mit einzelnen Schülern;
5. Initiierung und Entwicklung von Weiterbildungen im Bereich der Förderpädagogik in Zusammenarbeit mit der Autonomen Hochschule in der Deutschsprachigen Gemeinschaft.

Der förderpädagogische Schul- und Lernbegleiter nimmt diese Aufgaben im Bereich der sonderpädagogischen Förderung auf Ebene der Regelschule und des Zentrums für Förderpädagogik wahr."

Art. 158 - In Kapitel IX Abschnitt 1 desselben Dekretes wird ein Artikel 98.1 mit folgendem Wortlaut eingefügt:

"Artikel 98.1 - Paramedizinisches Personal

§ 1 - Der Auftrag der Krankenpfleger umfasst vor allem folgende Aufgaben:

1. den Pflegeauftrag, das heißt die Förderung des allgemeinen Wohlbefindens des Schülers, die durch den Arzt angeordnete medizinische Hilfe, die Erste Hilfe bei Unfällen und Krankheiten, die Koordination und Begleitung der Schularztbesuche sowie die Koordination und Weiterleitung von Informationen im medizinischen Bereich zwischen Eltern und Schule;
2. den Erziehungsauftrag, das heißt die regelmäßige und persönliche Begleitung und Betreuung des Schülers, die Entwicklung und Förderung seiner personalen und sozialen Kompetenzen, insbesondere die Förderung seiner Selbstständigkeit im Bereich Körperpflege und Ernährung und die Unterstützung beim Toilettengang der mehrfach körperlich Beeinträchtigten;
3. die regelmäßige Teilnahme an Weiterbildungen;
4. die Teilnahme an pädagogischen Konferenzen;
5. die Teilnahme an Personalversammlungen, Versammlungen des Klassenrates und Koordinationsversammlungen;
6. Vertretungen;
7. die Organisation von Elternkontakten, die Teilnahme an Elternsprechstunden sowie die Zusammenarbeit mit den Erziehungsberechtigten;
8. die Mitwirkung an der internen und externen Evaluation der Schule;
9. die Zusammenarbeit mit den Psycho-Medizinisch-Sozialen Zentren und anderen Begleitdiensten;
10. die Aufgaben, die zur Verwirklichung des Schulprojekts beitragen.

§ 2 - Der Auftrag der Kinderpfleger umfasst vor allem folgende Aufgaben:

1. den Pflegehilsauftrag, das heißt die Förderung des allgemeinen Wohlbefindens des Schülers, Erste Hilfe bei Unfällen und Krankheiten, die Koordination und Begleitung der Schularztbesuche sowie die Koordination und Weiterleitung von Informationen im medizinischen Bereich zwischen Eltern und Schule;

2. den Erziehungsauftrag, das heißt die regelmäßige und persönliche Begleitung und Betreuung des Schülers, die Entwicklung und Förderung seiner personalen und sozialen Kompetenzen, insbesondere die Förderung seiner Selbstständigkeit im Bereich Körperpflege und Ernährung und die Unterstützung beim Toilettengang der mehrfach körperlich Beeinträchtigten;

3. die regelmäßige Teilnahme an Weiterbildungen;

4. die Teilnahme an pädagogischen Konferenzen;

5. die Teilnahme an Personalversammlungen, Versammlungen des Klassenrates und Koordinationsversammlungen;

6. Vertretungen;

7. die Organisation von Elternkontakten, die Teilnahme an Elternsprechstunden sowie die Zusammenarbeit mit den Erziehungsberechtigten;

8. die Mitwirkung an der internen und externen Evaluation der Schule;

9. die Zusammenarbeit mit den Psycho-Medizinisch-Sozialen Zentren und anderen Begleitdiensten;

10. die Aufgaben, die zur Verwirklichung des Schulprojekts beitragen.

§ 3 - Der Auftrag der Logopäden, Kinesitherapeuten und Ergotherapeuten umfasst vor allem folgende Aufgaben:

1. den Therapieauftrag, das heißt die Untersuchung der Ausgangssituation des Schülers und das Erstellen eines individuellen Therapieplans unter Berücksichtigung der "ärztlichen Verordnungen, den Einsatz von angepassten Methoden und Techniken, die Zusammenarbeit mit dem Klassenlehrer und den Eltern sowie die Führung von individuellen Akten pro Schüler;

2. den Erziehungsauftrag, das heißt die regelmäßige und persönliche Betreuung des Schülers, die Entwicklung und Förderung seiner personalen und sozialen Kompetenzen durch angepasste Therapieformen;

3. die regelmäßige Teilnahme an Weiterbildungen;

4. die Teilnahme an pädagogischen Konferenzen;

5. die Teilnahme an Personalversammlungen, Versammlungen des Klassenrates und Koordinationsversammlungen;

6. Vertretungen;

7. die Organisation von Elternkontakten, die Teilnahme an Elternsprechstunden sowie die Zusammenarbeit mit den Erziehungsberechtigten;

8. die Mitwirkung an der internen und externen Evaluation der Schule;

9. die Zusammenarbeit mit den Psycho-Medizinisch-Sozialen Zentren und anderen Begleitdiensten;

10. die Aufgaben, die zur Verwirklichung des Schulprojekts beitragen.

Unbeschadet vom vorhergehenden Absatz umfasst der Auftrag der Kinesitherapeuten und Ergotherapeuten zudem die Unterstützung der mehrfach körperlich Beeinträchtigten beim Toilettengang."

Art. 159 - In Kapitel IX Abschnitt 1 desselben Dekretes wird ein Artikel 98.2 mit folgendem Wortlaut eingefügt:

"Artikel 98.2 - Sozialpsychologisches Personal

§ 1 - Der Auftrag des psychosozialen Begleiters umfasst vor allem folgende Aufgaben:

1. die psychosoziale Begleitung von Schülern mit Verhaltensauffälligkeiten sowie Gefühls- und Verhaltensstörungen;

2. die Beratung und Unterstützung von Personalmitgliedern in der Bewältigung schwieriger Erziehungssituationen;

3. den Erziehungsauftrag, das heißt die regelmäßige und persönliche Begleitung und Betreuung des Schülers und die Entwicklung und Förderung seiner personalen und sozialen Kompetenzen durch die Ausbildung seines Verantwortungsbewusstseins;

4. die regelmäßige Teilnahme an Weiterbildungen;

5. die Teilnahme an pädagogischen Konferenzen;

6. die Teilnahme an Personalversammlungen, Versammlungen des Klassenrates und Koordinationsversammlungen;

7. Vertretungen;

8. die Organisation von Elternkontakten und die Teilnahme an Elternsprechstunden sowie die Zusammenarbeit mit den Erziehungsberechtigten;

9. die Mitwirkung bei der internen und externen Evaluation der Schule und der eigenen Arbeit;

10. die Zusammenarbeit mit den Psycho-Medizinisch-Sozialen Zentren und anderen Begleitdiensten;

11. die Aufgaben, die zur Verwirklichung des Schulprojekts beitragen.

§ 2 - Der Auftrag des Sozialassistenten umfasst vor allem folgende Aufgaben:

1. den sozialen Auftrag, das heißt die problemzentrierte Erziehungs- und Beratungsarbeit, die Hilfestellung bei Prävention, Bewältigung und Lösung sozialer Probleme sowie die Koordination zwischen Schule, Elternhaus und verschiedenen sozialen Einrichtungen;

2. den Erziehungsauftrag, das heißt die regelmäßige und persönliche Begleitung und Betreuung des Schülers, die Entwicklung und Förderung seiner personalen und sozialen Kompetenzen durch angepasste Beratung;

3. die berufliche Orientierung des Schülers in Zusammenarbeit mit der Dienststelle für Personen mit Behinderung, insbesondere die Planung und Begleitung der Praktika zusammen mit dem Schüler, den Erziehungsberechtigten und den Lehrern;

4. Vertretungen;

5. die regelmäßige Teilnahme an Weiterbildungen;

6. die Teilnahme an pädagogischen Konferenzen;

7. die Teilnahme an Personalversammlungen, Versammlungen des Klassenrates und Koordinationsversammlungen;
8. die Organisation von Elternkontakten, die Teilnahme an Elternsprechstunden sowie die Zusammenarbeit mit den Erziehungsberechtigten;
9. die Mitwirkung an der internen und externen Evaluation der Schule;
10. die Zusammenarbeit mit den Psycho-Medizinisch-Sozialen Zentren und anderen Begleitdiensten;
11. die Aufgaben, die zur Verwirklichung des Schulprojekts beitragen.“

Art. 160 - In Artikel 100 desselben Dekretes wird das Wort "Inspektion" durch die Wortfolge "Pädagogische Inspektion und Beratung" ersetzt.

KAPITEL XXXI - Abänderung des Dekretes vom 14. Dezember 1998 zur Festlegung des Statuts der subventionierten Personalmitglieder des freien subventionierten Unterrichtswesens und des freien subventionierten Psycho-Medizinisch-Sozialen Zentrums

Art. 161 - In Artikel 33 Absatz 1 Nummer 5 des Dekretes vom 14. Dezember 1998 zur Festlegung des Statuts der subventionierten Personalmitglieder des freien subventionierten Unterrichtswesens und des freien subventionierten Psycho-Medizinisch-Sozialen Zentrums, abgeändert durch das Dekret vom 23. Juni 2008, wird ein Buchstabe *e*) mit folgendem Wortlaut eingefügt:

"e) falls es sich um ein Mitglied des Lehrpersonals einer Förderschule handelt, verfügt dieses über einen Nachweis über das Bestehen einer mindestens 10 ECTS-Punkte umfassenden Zusatzausbildung im Bereich der Förder-, Heil- oder Orthopädagogik, der von einer Hochschule in der Deutschsprachigen Gemeinschaft ausgestellt wird, oder über einen beziehungsweise mehrere Nachweise, die von der Regierung als gleichwertig anerkannt werden.“

In denselben Artikel wird ein Absatz 5 mit folgendem Wortlaut eingefügt:

"In Abweichung von Absatz 1 Nummer 5 dürfen im Amt des förderpädagogischen Schul- und Lernbegleiters und im Amt des psychosozialen Begleiters nur Personen zeitweilig eingestellt werden, die zum Zeitpunkt der Einstellung Inhaber des erforderlichen Befähigungsnachweises oder eines für ausreichend erachteten Befähigungsnachweises sind, der dem zu vergebenden Amt entspricht.“

Art. 162 - In Artikel 39*bis* § 2 desselben Dekretes, eingefügt durch das Dekret vom 26. Juni 2006, wird nach Absatz 1 ein neuer Absatz mit folgendem Wortlaut eingefügt:

"Der Schulleiter kann sich bei der Beurteilung eines Personalmitglieds auf den schriftlichen Bericht eines anderen Personalmitglieds stützen, das sich in einem Beförderung- oder Auswahlamt befindet und von ihm schriftlich beauftragt wurde, einen solchen Bericht zur Arbeit des betreffenden Personalmitglieds zu erstellen.“

Art. 163 - In Artikel 47*bis* desselben Dekretes, eingefügt durch das Dekret vom 26. Juni 2006, wird nach Absatz 1 ein neuer Absatz mit folgendem Wortlaut eingefügt:

"In Abweichung von Absatz 1 kann ein Stellentausch zwischen dem Regel- und Förderschulwesen in ein anderes Amt unter folgenden Bedingungen erfolgen:

1. das Amt, dessen Bekleidung im Rahmen des Stellentauschs beantragt wird, trägt dieselbe Bezeichnung wie das Amt, in dem das Personalmitglied definitiv eingestellt ist;
2. das Personalmitglied besitzt den erforderlichen Befähigungsnachweis für die Ausübung des Amtes, dessen Bekleidung im Rahmen des Stellentauschs beantragt wird.“

Art. 164 - In Artikel 48 § 1 desselben Dekretes, ersetzt durch das Dekret vom 26. Juni 2006 und ergänzt durch das Dekret vom 21. April 2008, wird nach Absatz 4 ein neuer Absatz mit folgendem Wortlaut eingefügt:

"In Abweichung von Absatz 4 kann eine Versetzung vom Regel- zum Förderschulwesen und umgekehrt in ein anderes Amt unter folgenden Bedingungen erfolgen:

1. das Amt, in welches das Personalmitglied versetzt werden möchte, trägt dieselbe Bezeichnung wie das Amt, in dem es definitiv eingestellt ist;
2. das Personalmitglied besitzt den erforderlichen Befähigungsnachweis für die Ausübung des Amtes, in das es versetzt werden möchte.“

Art. 165 - In Artikel 49 § 1 Absatz 1 Nummer 5 desselben Dekretes, abgeändert durch das Dekret vom 23. Juni 2008, wird ein Buchstabe *e*) mit folgendem Wortlaut eingefügt:

"e) falls es sich um ein Mitglied des Lehrpersonals einer Förderschule handelt, verfügt dieses über einen Nachweis über das Bestehen einer mindestens 10 ECTS-Punkte umfassenden Zusatzausbildung im Bereich der Förder-, Heil- oder Orthopädagogik, der von einer Hochschule in der Deutschsprachigen Gemeinschaft ausgestellt wird, oder über einen beziehungsweise mehrere Nachweise, die von der Regierung als gleichwertig anerkannt werden.“

In denselben Paragraphen wird ein Absatz 4 mit folgendem Wortlaut eingefügt:

"In Abweichung von Absatz 1 Nummer 5 dürfen im Amt des förderpädagogischen Schul- und Lernbegleiters und im Amt des psychosozialen Begleiters nur Personen definitiv eingestellt werden, die zum Zeitpunkt der Einstellung Inhaber des erforderlichen Befähigungsnachweises oder eines für ausreichend erachteten Befähigungsnachweises sind, der dem zu vergebenden Amt entspricht.“

Art. 166 - In Titel I desselben Dekretes wird ein Kapitel IV*bis*, das die Artikel 62.2 bis 62.12 umfasst, mit folgendem Wortlaut eingefügt:

"Kapitel IVbis - Besondere Bestimmungen für Fachbereichsleiter einer Fördersekundarschule

Artikel 62.2 - Prinzip

In Abweichung von Kapitel IV wird das Amt des Fachbereichsleiters einer Fördersekundarschule, nachstehend als Fachbereichsleiter bezeichnet, anhand einer Einstellung auf unbestimmte Dauer und anhand einer definitiven Einstellung nach Maßgabe der nachstehenden Bestimmungen vergeben.

Artikel 62.3 - Zulassungsbedingungen

Eine Person darf dieses Amt bekleiden, wenn sie:

1. eine der folgenden Bedingungen erfüllt:

a) Bürger der Europäischen Union oder Familienangehöriger eines Unionsbürgers sein im Sinne von Artikel 4 § 2 des Gesetzes vom 22. Juni 1964 über das Statut der Personalmitglieder des staatlichen Unterrichtswesens, die Regierung kann eine Abweichung von dieser Bedingung gewähren;

b) den Status als langfristig aufenthaltsberechtigter Drittstaatsangehöriger laut den Bestimmungen des Gesetzes vom 15. Dezember 1980 über die Einreise ins Staatsgebiet, den Aufenthalt, die Niederlassung und das Entfernen von Ausländern besitzen;

c) die Rechtsstellung als Flüchtling oder den subsidiären Schutzstatus laut den Bestimmungen desselben Gesetzes vom 15. Dezember 1980 besitzen;

d) den Aufenthaltstitel in Anwendung der Artikel 61/2 bis 61/5 desselben Gesetzes vom 15. Dezember 1980 besitzen;

2. mindestens über ein Diplom des Hochschulwesens des ersten Grades verfügt;

3. ihre Bewerbung in der Form und in der Frist eingereicht hat, die im Aufruf an die Bewerber festgesetzt sind;

4. die bürgerlichen und politischen Rechte besitzt;

5. den Milizgesetzen genügt.

Absatz 1 Nummer 1 Buchstaben *b*) bis *d*) dient der Umsetzung der Richtlinie 2003/109/EG des Rates vom 25. November 2003 betreffend die Rechtsstellung der langfristig aufenthaltsberechtigten Drittstaatsangehörigen, der Richtlinie 2004/81/EG des Rates vom 29. April 2004 über die Erteilung von Aufenthaltstiteln für Drittstaatsangehörige, die Opfer des Menschenhandels sind oder denen Beihilfe zur illegalen Einwanderung geleistet wurde und die mit den zuständigen Behörden kooperieren, und der Richtlinie 2004/83/EG des Rates vom 29. April 2004 über Mindestnormen für die Anerkennung und den Status von Drittstaatsangehörigen oder Staatenlosen als Flüchtlinge oder als Personen, die anderweitig internationalen Schutz benötigen, und über den Inhalt des zu gewährenden Schutzes.

Artikel 62.4 - Aufruf und Bewerbung

Der Bewerbungsaufwurf wird vom Schulträger in der Zeitung sowie in jeder anderen angemessenen Form veröffentlicht.

Der Aufruf enthält das erforderliche Profil des Fachbereichsleiters und die Zielsetzungen, die während der Bezeichnung verwirklicht werden sollen.

Die Bewerbung wird mittels eines Einschreibens eingereicht. Der Bewerber fügt der Bewerbung unter anderem einen Strategie- und Aktionsplan bei, um die im vorhergehenden Absatz angeführten Zielsetzungen zu verwirklichen.

Artikel 62.5 - Bezeichnung des Fachbereichsleiters

Der Schulträger entscheidet, welcher der Bewerber das Amt bekleiden soll.

Er stützt sich unter anderem auf den Strategie- und Aktionsplan des Bewerbers, ein oder mehrere Bewerbungsgespräche sowie auf die Berufserfahrung und die pädagogische Qualifikation.

Artikel 62.6 - Einstellung für eine unbestimmte Dauer, Beendigung und definitive Einstellung

§ 1 - Die Dauer der Einstellung ist unbefristet.

§ 2 - Sie endet in folgenden Fällen:

1. im Falle einer vorsorglichen vorübergehenden Amtsenthebung von mehr als sechs Monaten;

2. im Falle einer Zurdispositionstellung durch Stellenentzug im Interesse des Dienstes von mehr als sechs Monaten;

3. im Falle der Verhängung folgender Disziplinarstrafen:

a) einer Gehaltskürzung,

b) einer vorübergehenden Amtsenthebung aus disziplinarischen Gründen,

c) einer Versetzung in den nichtaktiven Dienst aus disziplinarischen Gründen,

d) einer Entlassung wegen eines schwerwiegenden Fehlers;

4. im Falle des freiwilligen Ausscheidens aus dem Dienst, falls es sich um ein definitiv eingestelltes Personalmitglied handelt;

5. im Falle der freiwilligen Beendigung der Bezeichnung;

6. im Falle einer einseitigen Aufkündigung durch den Schulträger;

7. im Falle eines Bewertungsberichts mit dem Vermerk "ungenügend".

Der Schulträger kann die Bezeichnung im Falle eines Urlaubs oder einer Zurdispositionstellung wegen Krankheit oder Gebrechen für einen ununterbrochenen Zeitraum von mehr als sechs Monaten beenden.

In den in Absatz 1 Nummern 4 und 5 vorgesehenen Fällen und in Abweichung von Artikel 80 Absatz 1 Nummer 1 hat der Fachbereichsleiter eine Kündigungsfrist von 60 Tagen zu beachten.

In dem in Absatz 1 Nummer 6 vorgesehenen Fall beträgt die Dauer der Kündigungsfrist sechs Monate, wenn das Amtsalter des Fachbereichsleiters bis zu fünf Jahre beträgt; für jede weitere angefangene Zeitspanne von fünf Jahren wird die Dauer um weitere drei Monate erhöht.

Die in den vorhergehenden Absätzen vorgeschriebene Kündigungsfrist kann im Einvernehmen gekürzt werden. Die Kündigung erfolgt per Einschreiben unter Angabe der Dauer der Kündigungsfrist. Das Einschreiben wird am dritten Werktag nach dem Versanddatum wirksam.

§ 3 - Ein Fachbereichsleiter, der mindestens 50 Jahre alt ist, wird definitiv eingestellt, wenn:

1. er ein Amtsalter von mindestens fünf Jahren aufweist;

2. sein letzter Bewertungsbericht mindestens mit dem Vermerk "ausreichend" schließt.

Artikel 62.7 - Dienstrecht

§ 1 - Unbeschadet von Absatz 2 unterliegt der Fachbereichsleiter während der Ausübung seines Amtes den Artikeln 13 bis 30, 32, 70, 72 bis 78 und 81 bis 99 des vorliegenden Dienstrechts.

Dem Fachbereichsleiter ist es untersagt:

1. einen Urlaub zu nehmen oder zur Disposition zu stehen mit Ausnahme folgender Urlaube und Zurdispositionstellungen:

- a) Jahresurlaub,
- b) Gelegenheitsurlaub,
- c) außergewöhnlicher Urlaub aufgrund höherer Gewalt,
- d) Mutterschaftsurlaub,
- e) Urlaub wegen Adoption oder Pflegschaft,
- f) Urlaub wegen Krankheit oder Gebrechen,
- g) Urlaub wegen eines Auftrags im Interesse des Unterrichtswesens,
- h) Zurdispositionstellung wegen Krankheit oder Gebrechen,
- i) vollzeitige Zurdispositionstellung aus persönlichen Gründen vor der Versetzung in den Ruhestand;

2. eine Laufbahnunterbrechung zu nehmen, ausgenommen die teilzeitige oder vollzeitige Laufbahnunterbrechung wegen Elternschaftsurlaub, die Laufbahnunterbrechung, um Palliativpflege zu leisten, und die Laufbahnunterbrechung zur Pflege eines schwerkranken Haushalts- oder Familienangehörigen.

§ 2 - Die Bestimmungen von § 1 gelten ebenfalls für einen in Anwendung von Artikel 62.6 § 3 definitiv eingestellten Fachbereichsleiter.

Artikel 62.8 - Vorübergehender Ersatz

§ 1 - Wenn der Fachbereichsleiter aufgrund einer der in Artikel 62.7 angeführten Urlaubsformen oder Zurdispositionstellungen während mehr als fünf aufeinander folgenden Arbeitstagen abwesend ist, kann der Schulträger ihn vorübergehend durch ein anderes definitiv eingestelltes Personalmitglied der Kategorie des Direktions-, Lehr- oder paramedizinischen Personals ersetzen, das die Bedingungen in Artikel 62.3 erfüllt, mit Ausnahme der Bedingung in Nummer 3.

Im Sinne des vorhergehenden Absatzes gelten folgende Tage nicht als Arbeitstage:

1. die in Artikel 58 des Dekretes vom 31. August 1998 über den Auftrag an die Schulträger und das Schulpersonal sowie über die allgemeinen pädagogischen und organisatorischen Bestimmungen für die Regel- und Förderschulen erwähnten unterrichtsfreien Tage,

2. die Sommerferientage, die laut Urlaubsgesetzgebung zum Jahresurlaub zählen.

Wenn der Fachbereichsleiter aufgrund einer der in Artikel 62.7 angeführten Urlaubsformen oder Zurdispositionstellungen voraussichtlich während mindestens einem Jahr abwesend ist, kann der Schulträger ihn vorübergehend durch eine Person ersetzen, die die Bedingungen in Artikel 62.3 erfüllt. Es gilt das in Artikel 62.4 und 62.5 angeführte Verfahren.

§ 2 - Während des Zeitraumes des vorübergehenden Ersatzes gelten für das ersetzende Personalmitglied die Artikel 62.7 § 1 Absatz 2, 62.9, 62.11 und 62.12.

Artikel 62.9 - Gehalt und Prämie

§ 1 - Während der Einstellung als Fachbereichsleiter erhält dieser ein Gehalt auf der Grundlage der in der Anlage des Königlichen Erlasses vom 27. Juni 1974 zur Festlegung der Dienstpostentabellen, die ab dem 1. April 1972 für die Mitglieder des Direktions- und Lehrpersonals, des Erziehungshilfspersonals und des paramedizinischen Personals der staatlichen Unterrichtseinrichtungen, für die Personalmitglieder des mit der Inspektion dieser Einrichtungen beauftragten Inspektionsdienstes, für die Personalmitglieder des Inspektionsdienstes der Fernkurse und des subventionierten Primar-unterrichtswesens gelten, und zur Festlegung der Besoldungstabellen für das Personal der staatlichen Psycho-Medizinisch-Sozialen Zentren angeführten Gehaltstabelle 422.

§ 2 - Wird ein Personalmitglied als Fachbereichsleiter eingestellt, bezieht es in Abweichung von § 1 weiterhin sein Gehalt und erhält ausgleichend monatlich eine Prämie, die folgendermaßen ermittelt wird:

$$P = X - M,$$

P = die Prämie,

X = das in § 1 angeführte Gehalt,

M = das Bruttomonatsgehalt des Personalmitgliedes.

Die Auszahlung der Prämie erfolgt gleichzeitig mit der Auszahlung des Monatsgehalts und unter denselben Bedingungen.

§ 3 - Wird ein Außenstehender als Fachbereichsleiter eingestellt, bezieht er Urlaubsgeld und eine Jahresendprämie gemäß den im Unterrichtswesen gültigen Bestimmungen, wobei als Berechnungsgrundlage der in § 1 angeführte Betrag gilt.

§ 4 - Der in Anwendung von § 1 und § 2 ermittelte Betrag ist gemäß dem Gesetz vom 1. März 1977 zur Einführung einer Regelung zur Koppelung gewisser Ausgaben im öffentlichen Sektor an den Verbraucherpreisindex des Königreichs, abgeändert durch die Königlichen Erlasse Nr. 178 vom 30. Dezember 1982 und vom 24. Dezember 1993 und die Gesetze vom 2. Januar 2001 und 19. Juli 2001 an die Schwankungen des Verbraucherpreisindex gebunden.

Bei einem Urlaub wegen Krankheit oder Gebrechen wird die Prämie weitergezahlt.

Artikel 62.10 - Bewertungsbericht

§ 1 - Der Schulleiter verfasst für einen Fachbereichsleiter pro Zeitspanne von fünf Jahren mindestens einen Bewertungsbericht. Er nimmt hierzu ein Bewertungsgespräch vor. Der Fachbereichsleiter kann eine Bewertung beantragen.

Der Fachbereichsleiter verfasst im Voraus einen Bericht über die Umsetzung des Strategie- und Aktionsplans und die Verwirklichung der Zielsetzungen. Dieser Bericht bildet die Grundlage des Bewertungsgesprächs.

Der Bewertungsbericht schließt mit dem Vermerk "ungenügend", "mangelhaft", "ausreichend", "gut" oder "sehr gut".

§ 2 - Der Bericht wird dem Fachbereichsleiter in dreifacher Ausfertigung ausgehändigt. Er unterschreibt die drei Ausfertigungen und behält eine davon.

§ 3 - Der Fachbereichsleiter kann den Bericht unter Vorbehalt unterschreiben und innerhalb einer Frist von zehn Tagen nach seiner Aushändigung Einspruch vor der Einspruchskammer erheben.

Die Einspruchskammer übermittelt dem Schulträger binnen einer Frist von 45 Tagen ab dem Tag, an dem sie den Einspruch erhalten hat, ein begründetes Gutachten.

Der Schulträger händigt innerhalb von zehn Tagen nach Erhalt des Gutachtens seine endgültige Entscheidung aus. Folgt er dem Gutachten nicht, vermerkt er die Gründe hierfür.

Der Einspruch hat aufschiebende Wirkung.

Artikel 62.11 - Rückkehr

Nach Beendigung der Bezeichnung bekleidet das Personalmitglied, insofern es sich um ein definitiv eingestelltes Personalmitglied des freien subventionierten Unterrichtswesens handelt, erneut sein vorheriges Amt, ausgenommen in den in Artikel 62.6 § 2 Absatz 1 Nummer 3 Buchstabe *d*) sowie Nummer 4 angeführten Fällen.

Artikel 62.12 - Berücksichtigung der Dienste

Die Dienste des Personalmitgliedes während der Ausübung des Fachbereichsleiteramtes werden, insofern es sich um ein Personalmitglied des freien subventionierten Unterrichtswesens handelt, hinsichtlich der Festlegung des Dienstalters, des Amtsalters und des finanziellen Dienstalters berücksichtigt."

Art. 167 - Im Titel des Kapitels *Vbis* sowie in Artikel 69.1 desselben Dekretes, eingefügt durch das Dekret vom 25. Juni 2007, wird das Wort "Sondersekundarschule" durch das Wort "Fördersekundarschule" ersetzt.

Art. 168 - Artikel 69.2 Absatz 1 Nummer 2 desselben Dekretes, eingefügt durch das Dekret vom 25. Juni 2007, wird durch folgende Bestimmung ersetzt:

"2. *a*) für das Amt eines Studienpräfekten oder Direktors einer Regelsekundarschule: mindestens über ein Diplom des Hochschulwesens des zweiten Grades verfügt; in Ermangelung eines Bewerbers mit diesem Diplom reicht ein Diplom des Hochschulwesens des ersten Grades aus;

b) für das Amt eines Direktors einer Fördersekundarschule: mindestens über ein Diplom des Hochschulwesens des ersten Grades verfügt;"

Art. 169 - In Artikel 69.6 § 1 Absatz 2 Nummer 1 Buchstabe *g*) desselben Dekretes, eingefügt durch das Dekret vom 25. Juni 2007, wird der Punkt am Ende des Satzes durch ein Komma ersetzt.

In denselben Absatz Nummer 1 werden die Buchstaben *h*) und *i*) mit folgendem Wortlaut eingefügt:

"*h*) Urlaub wegen eines Auftrags im Interesse des Unterrichtswesens,

i) vollzeitige Zurdispositionstellung aus persönlichen Gründen vor der Versetzung in den Ruhestand."

Art. 170 - In Artikel 69.7 § 1 Absatz 1 desselben Dekretes, eingefügt durch das Dekret vom 25. Juni 2007, wird das Wort "zwanzig" durch das Wort "fünf" ersetzt.

In demselben Paragraphen wird in Absatz 3 die Wortfolge "während mehr als einem Jahr" durch die Wortfolge "während mindestens einem Jahr" ersetzt.

Art. 171 - In Artikel 69.8 § 1 Absatz 1 desselben Dekretes, eingefügt durch das Dekret vom 25. Juni 2007 und abgeändert durch das Dekret vom 23. Juni 2008, wird das Wort "Schulleiter" durch die Wortfolge "Schulleiter einer Regelsekundarschule" und die Wortfolge "Absatz 2" durch die Wortfolge "Absatz 3" ersetzt.

In demselben Paragraphen wird nach Absatz 1 ein neuer Absatz mit folgendem Wortlaut eingefügt:

"Während der Einstellung erhält der Schulleiter einer Fördersekundarschule ein Gehalt auf der Grundlage der in Absatz 3 angeführten Gehaltstabelle mit einem finanziellen Dienstalter von 19 Jahren oder mit seinem tatsächlichen finanziellen Dienstalter, wenn dieses mehr als 19 Jahre beträgt, erhöht um eine monatliche Prämie von 428,48 EUR. Nach jeweils zwei Jahren erfolgen die in der Gehaltstabelle vorgesehenen Erhöhungen."

In demselben Paragraphen wird in Absatz 2, der zu Absatz 3 wird, das Wort "Sonderschulwesens" jeweils durch das Wort "Förderschulwesens" ersetzt.

Art. 172 - In Artikel 69.15 desselben Dekretes, eingefügt durch das Dekret vom 26. Juni 2006 und abgeändert durch das Dekret vom 25. Juni 2007, wird nach Absatz 1 ein neuer Absatz mit folgendem Wortlaut eingefügt:

"Der Schulleiter kann sich bei der Bewertung eines Personalmitglieds auf den schriftlichen Bericht eines anderen Personalmitglieds stützen, das sich in einem Beförderungs- oder Auswahlamt befindet und von ihm schriftlich beauftragt wurde, einen solchen Bericht zur Arbeit des betreffenden Personalmitglieds zu erstellen."

KAPITEL XXXII - *Abänderung des Dekretes vom 26. April 1999 über das Regelgrundschulwesen*

Art. 173 - In Artikel 18 Absatz 2 des Dekretes vom 26. April 1999 über das Regelgrundschulwesen, ersetzt durch das Dekret vom 16. Juni 2008, und Artikel 19 desselben Dekretes wird jeweils die Wortfolge "und der in Artikel 60 Absatz 2 erwähnte Schüler mit erhöhtem Förderbedarf" gestrichen.

Art. 174 - In Artikel 30 § 2 Absatz 2 desselben Dekretes wird die Wortfolge "und die in Artikel 29 des Dekretes vom 31. August 1998 über den Auftrag an die Schulträger und das Schulpersonal sowie über die allgemeinen pädagogischen und organisatorischen Bestimmungen für die Regelschulen angeführten Schüler mit erhöhtem Förderbedarf" gestrichen.

KAPITEL XXXIII - *Abänderung des Dekretes vom 16. Dezember 2002 über die Gewährung von finanziellen Mitteln für pädagogische Zwecke im Unterrichtswesen*

Art. 175 - In Artikel 1 des Dekretes vom 16. Dezember 2002 über die Gewährung von finanziellen Mitteln für pädagogische Zwecke im Unterrichtswesen wird das Wort "Sonderschulwesens" durch das Wort "Förderschulwesens" ersetzt.

Art. 176 - In Artikel 4 § 1 Absatz 2 Nummer 5 wird das Wort "Sonderschulwesen" durch das Wort "Förderschulwesen" ersetzt.

Art. 177 - Artikel 5 desselben Dekretes wird wie folgt abgeändert:

1. In § 1 Absatz 2 wird das Wort "Sonderschulwesen" jeweils durch das Wort "Förderschulwesen" ersetzt;
2. In § 2 Absatz 2 wird das Wort "Sonderprimarschulwesen" durch das Wort "Förderprimarschulwesen" und das Wort "Sonderschulwesen" durch das Wort "Förderschulwesen" ersetzt;
3. In § 3 Absatz 2 wird das Wort "Sondersekundarschulwesen" durch das Wort "Fördersekundarschulwesen" und das Wort "Sonderschulwesen" durch das Wort "Förderschulwesen" ersetzt.

KAPITEL XXXIV - Abänderung des Dekretes vom 24. März 2003 über die Einsetzung und die Festlegung der Aufgaben der pädagogischen Inspektion und Beratung für das Unterrichtswesen in der Deutschsprachigen Gemeinschaft

Art. 178 - In Artikel 11 des Dekretes vom 24. März 2003 über die Einsetzung und die Festlegung der Aufgaben der pädagogischen Inspektion und Beratung für das Unterrichtswesen in der Deutschsprachigen Gemeinschaft wird das Wort "Sonder-" durch das Wort "Förder-" ersetzt.

KAPITEL XXXV - Abänderung des Dekretes vom 29. März 2004 zur Festlegung des Statuts der subventionierten Personalmitglieder des offiziellen subventionierten Unterrichtswesens und der offiziellen subventionierten Psycho-Medizinisch-Sozialen Zentren

Art. 179 - In Artikel 20 § 1 Absatz 1 Nummer 5 des Dekretes vom 29. März 2004 zur Festlegung des Statuts der subventionierten Personalmitglieder des offiziellen subventionierten Unterrichtswesens und der offiziellen subventionierten Psycho-Medizinisch-Sozialen Zentren, abgeändert durch das Dekret vom 23. Juni 2008, wird ein Buchstabe e) mit folgendem Wortlaut eingefügt:

"e) falls es sich um ein Mitglied des Lehrpersonals einer Förderschule handelt, verfügt dieses über einen Nachweis über das Bestehen einer mindestens 10 ECTS-Punkte umfassenden Zusatzausbildung im Bereich der Förder-, Heil- oder Orthopädagogik, der von einer Hochschule in der Deutschsprachigen Gemeinschaft ausgestellt wird, oder über einen Nachweis, der von der Regierung als gleichwertig anerkannt wird."

In denselben Paragraphen wird ein Absatz 4 mit folgendem Wortlaut eingefügt:

"In Abweichung von Absatz 1 Nummer 5 dürfen im Amt des förderpädagogischen Schul- und Lernbegleiters und im Amt des psychosozialen Begleiters nur Personen zeitweilig bezeichnet werden, die zum Zeitpunkt der Bezeichnung Inhaber des erforderlichen Befähigungsnachweises oder eines für ausreichend erachteten Befähigungsnachweises sind, der dem zu vergebenden Amt entspricht."

Art. 180 - In Artikel 28 § 2 desselben Dekretes, ersetzt durch das Dekret vom 26. Juni 2006, wird nach Absatz 1 ein neuer Absatz mit folgendem Wortlaut eingefügt:

"Der Schulleiter kann sich bei der Beurteilung eines Personalmitglieds auf den schriftlichen Bericht eines anderen Personalmitglieds stützen, das sich in einem Beförderungs- oder Auswahlamt befindet und von ihm schriftlich beauftragt wurde, einen solchen Bericht zur Arbeit des betreffenden Personalmitglieds zu erstellen."

Art. 181 - In Artikel 36bis desselben Dekretes, eingefügt durch das Dekret vom 26. Juni 2006, wird nach Absatz 1 ein neuer Absatz mit folgendem Wortlaut eingefügt:

"In Abweichung von Absatz 1 kann ein Stellentausch zwischen dem Regel- und Förderschulwesen in ein anderes Amt unter folgenden Bedingungen erfolgen:

1. das Amt, dessen Bekleidung im Rahmen des Stellentauschs beantragt wird, trägt dieselbe Bezeichnung wie das Amt, in dem das Personalmitglied definitiv ernannt ist;
2. das Personalmitglied besitzt den erforderlichen Befähigungsnachweis für die Ausübung des Amtes, dessen Bekleidung im Rahmen des Stellentauschs beantragt wird."

Art. 182 - In Artikel 37 Absatz 1 Nummer 5 desselben Dekretes, abgeändert durch das Dekret vom 23. Juni 2008, wird ein Buchstabe e) mit folgendem Wortlaut eingefügt:

"e) falls es sich um ein Mitglied des Lehrpersonals einer Förderschule handelt, verfügt dieses über einen Nachweis über das Bestehen einer mindestens 10 ECTS-Punkte umfassenden Zusatzausbildung im Bereich der Förder-, Heil- oder Orthopädagogik, der von einer Hochschule in der Deutschsprachigen Gemeinschaft ausgestellt wird, oder über einen Nachweis, der von der Regierung als gleichwertig anerkannt wird."

In denselben Artikel wird ein Absatz 5 mit folgendem Wortlaut eingefügt:

"In Abweichung von Absatz 1 Nummer 5 dürfen im Amt des förderpädagogischen Schul- und Lernbegleiters und im Amt des psychosozialen Begleiters nur Personen definitiv ernannt werden, die zum Zeitpunkt der Ernennung Inhaber des erforderlichen Befähigungsnachweises oder eines für ausreichend erachteten Befähigungsnachweises sind, der dem zu vergebenden Amt entspricht."

Art. 183 - In Artikel 42 § 1 desselben Dekretes, ersetzt durch das Dekret vom 26. Juni 2006 und ergänzt durch das Dekret vom 21. April 2008, wird nach Absatz 3 ein neuer Absatz mit folgendem Wortlaut eingefügt:

"In Abweichung von Absatz 3 kann eine Versetzung vom Regel- zum Förderschulwesen und umgekehrt in ein anderes Amt unter folgenden Bedingungen erfolgen:

1. das Amt, in welches das Personalmitglied versetzt werden möchte, trägt dieselbe Bezeichnung wie das Amt, in dem es definitiv ernannt ist;
2. das Personalmitglied besitzt den erforderlichen Befähigungsnachweis für die Ausübung des Amtes, in das es versetzt werden möchte."

Art. 184 - In dasselbe Dekret wird ein Kapitel *IVter*, das den Artikel 56.12 umfasst, eingefügt:

"Kapitel IVter - Besondere Bestimmungen für Fachbereichsleiter einer Fördersekundarschule

Artikel 56.12 - In Abweichung von Kapitel IV wird das Amt des Fachbereichsleiters einer Fördersekundarschule ab dem 1. September 2009 anhand einer Bezeichnung auf unbestimmte Dauer und anhand einer definitiven Ernennung nach Maßgabe der im freien subventionierten Unterrichtswesen geltenden Bestimmungen vergeben."

Art. 185 - In dasselbe Dekret wird ein Kapitel *Vter*, das den Artikel 64.12 umfasst, eingefügt:

"Kapitel Vter - Besondere Bestimmungen für Schulleiter oder Direktoren einer Regelsekundar- oder Fördersekundarschule

Artikel 64.12 - In Abweichung von Kapitel V wird das Amt des Schulleiters oder Direktors einer Regelsekundar- oder Fördersekundarschule ab dem 1. September 2007 anhand einer Bezeichnung für eine unbestimmte Dauer und anhand einer definitiven Ernennung nach Maßgabe der der im freien subventionierten Unterrichtswesen geltenden Bestimmungen vergeben."

Art. 186 - In Artikel 66 desselben Dekretes wird nach Absatz 1 ein neuer Absatz mit folgendem Wortlaut eingefügt:

"Der Schulleiter kann sich bei der Bewertung eines Personalmitglieds auf den schriftlichen Bericht eines anderen Personalmitglieds stützen, das sich in einem Beförderungs- oder Auswahlamt befindet und von ihm schriftlich beauftragt wurde, einen solchen Bericht zur Arbeit des betreffenden Personalmitglieds zu erstellen."

*KAPITEL XXXVI - Abänderung des Dekretes vom 19. April 2004
über die Vermittlung und den Gebrauch der Sprachen im Unterrichtswesen*

Art. 187 - In Artikel 1 des Dekretes vom 19. April 2004 über die Vermittlung und den Gebrauch der Sprachen im Unterrichtswesen wird das Wort "Sonderschulwesens" durch das Wort "Förderschulwesens" ersetzt.

Art. 188 - In Artikel 6 § 1 Absatz 2, § 2 Absätze 2 und 4 und § 3 Absätze 2 und 4 desselben Dekretes wird das Wort "Sonderschulen" jeweils durch das Wort "Förderschulen" ersetzt.

Art. 189 - Im Titel IV desselben Dekretes wird das Wort "Sondergrundschulwesen" durch das Wort "Fördergrundschulwesen" ersetzt.

Art. 190 - Im Titel des Artikels 7 desselben Dekretes wird das Wort "Sondergrundschulwesen" durch das Wort "Fördergrundschulwesen" ersetzt.

Art. 191 - Im Titel des Artikels 8 desselben Dekretes wird das Wort "Sondergrundschulwesen" durch das Wort "Fördergrundschulwesen" ersetzt.

Art. 192 - In Titel VI Untertitel II Kapitel 1 wird im Titel des Kapitels das Wort "Sondergrundschulwesen" durch das Wort "Fördergrundschulwesen" ersetzt.

Art. 193 - In Titel VI Untertitel II Kapitel 2 wird im Titel des Kapitels das Wort "Sondersekundarschulwesen" durch das Wort "Fördersekundarschulwesen" ersetzt.

Art. 194 - In Titel VI Untertitel III desselben Dekretes wird im Titel die Wortfolge " "Erziehungspersonal" und "Paramedizinisches Personal" " durch die Wortfolge " "Erziehungshilfspersonal", "paramedizinisches Personal" und "sozialpsychologisches Personal" " ersetzt.

*KAPITEL XXXVII - Abänderung des Dekretes vom 17. Mai 2004
über Massnahmen im Unterrichtswesen, in der Ausbildung und im Bereich der Infrastruktur 2004*

Art. 195 - In Artikel 21 des Dekretes vom 17. Mai 2004 über Maßnahmen im Unterrichtswesen, in der Ausbildung und im Bereich der Infrastruktur 2004 wird nach Absatz 1 ein neuer Absatz mit folgendem Wortlaut eingefügt:

"Wenn der Einsatzort des Personalmitglieds weiter von seinem Wohnort entfernt ist als die nächstgelegene Niederlassung der Förderschule, die das Personalmitglied entsendet, wird der Abstand zwischen der Niederlassung und dem Einsatzort als Dienstreise betrachtet und auf Antrag nach den gültigen Sätzen des föderalen öffentlichen Dienstes entschädigt."

KAPITEL XXXVIII - Abänderung des Dekretes vom 27. Juni 2005 zur Schaffung einer autonomen Hochschule

Art. 196 - In Artikel 5.2 Absatz 1 des Dekretes vom 27. Juni 2005 zur Schaffung einer autonomen Hochschule wird das Wort "Sonder-" durch das Wort "Förder-" und die Wortfolge "und paramedizinischen" durch die Wortfolge "paramedizinischen und sozialpsychologischen" ersetzt.

Art. 197 - In Artikel 5.3 Absatz 1 desselben Dekretes wird das Wort "Sonder-" durch das Wort "Förder-" und die Wortfolge "und paramedizinischen" durch die Wortfolge "paramedizinischen und sozialpsychologischen" ersetzt.

Art. 198 - In Artikel 5.22 § 2 desselben Dekretes, zuletzt abgeändert durch das Dekret vom 23. Juni 2008, wird nach Absatz 1 ein neuer Absatz mit folgendem Wortlaut eingefügt:

"Der Direktor kann sich bei der Beurteilung eines Personalmitglieds auf den schriftlichen Bericht eines anderen Personalmitglieds stützen, das sich in einem Beförderungs- oder Auswahlamt befindet und von ihm schriftlich beauftragt wurde, einen solchen Bericht zur Arbeit des betreffenden Personalmitglieds zu erstellen."

Art. 199 - In Artikel 5.40 desselben Dekretes, abgeändert durch das Dekret vom 26. Juni 2006, wird nach Absatz 1 ein neuer Absatz mit folgendem Wortlaut eingefügt:

"Der Direktor kann sich bei der Bewertung eines Personalmitglieds auf den schriftlichen Bericht eines anderen Personalmitglieds stützen, das sich in einem Beförderungs- oder Auswahlamt befindet und von ihm schriftlich beauftragt wurde, einen solchen Bericht zur Arbeit des betreffenden Personalmitglieds zu erstellen."

Art. 200 - In Artikel 5.81 Absatz 2 desselben Dekretes wird das Wort "Sonder-" durch das Wort "Förder-" ersetzt

KAPITEL XXXIX - Abänderung des Dekretes vom 26. Juni 2006 über Massnahmen im Unterrichtswesen 2006

Art. 201 - In den Artikeln 113, 114, 115, 117 und 118 des Dekretes vom 26. Juni 2006 über Maßnahmen im Unterrichtswesen 2006 wird das Wort "Sonder-" jeweils durch das Wort "Förder-" und die Wortfolge "und paramedizinischen" jeweils durch die Wortfolge "paramedizinischen und sozialpsychologischen" ersetzt.

KAPITEL XL - Abänderung des Dekretes vom 21. April 2008 zur Aufwertung des Lehrerberufes

Art. 202 - In Artikel 104 Absatz 1 Nummer 1 des Dekretes vom 21. April 2008 zur Aufwertung des Lehrerberufes wird das Wort "Sonder-" durch das Wort "Förder-" und die Wortfolge "und paramedizinischen" durch die Wortfolge "paramedizinischen und sozialpsychologischen" ersetzt.

TITEL VI - Schlussbestimmungen

Art. 203 - Schlussbestimmung

Der Bau einer neuen Förderschule darf einzig und allein in unmittelbarer Nähe zu einer Regelschule erfolgen.

Art. 204 - Schlussbestimmung

Die Artikel 84, 85, 86, 88 und 89 des Dekretes vom 31. August 1998 über den Auftrag an die Schulträger und das Schulpersonal sowie über die allgemeinen pädagogischen und organisatorischen Bestimmungen für die Regel- und Förderschulen treten am 1. September 2009 in Kraft.

Art. 205 - Schlussbestimmung

Die Artikel 18 und 19 des Dekretes vom 26. April 1999 über das Regelgrundschulwesen treten am 1. September 2009 in Kraft.

Art. 206 - Schlussbestimmung

Nach Ablauf des Schuljahres 2013-2014 nimmt die Regierung eine Evaluation der Titel III, IV und V des vorliegenden Dekretes vor. Die Regierung kann zu diesem Zweck Sachverständige zurate ziehen.

Art. 207 - Aufhebungsbestimmung

Werden aufgehoben:

1. Artikel 3 § 2 Nummer 4 des Gesetzes vom 22. Juni 1964 über das Statut der Personalmitglieder des staatlichen Unterrichtswesens, abgeändert durch das Gesetz vom 6. Juli 1970;

2. die Artikel 5, 6 bis 11, 14, 18 und 19 des Gesetzes vom 6. Juli 1970 über das Sonderschulwesen und das integrierte Schulwesen;

3. die Artikel 8, 9, 10, 13, 14, 15, 18 bis 22, 23, 25 bis 28 und 47 des Königlichen Erlasses vom 28. Juni 1978 zur Bestimmung der Arten und der Organisation des Sonderschulwesens und zur Festlegung der Aufnahme- und Beibehaltungsbedingungen auf den verschiedenen Ebenen des Sonderschulwesens;

4. die Artikel 6 § 2, 23 §§ 2, 3 und 4, 27 § 2, 37 § 4 und 43 § 1 des Dekretes vom 27. Juni 1990 zur Bestimmung der Weise, wie die Dienstposten für das Personal im Sonderschulwesen festgelegt werden;

5. der Erlass der Regierung vom 20. Juli 1994 über die Zusammensetzung und die Arbeitsweise des beratenden Ausschusses des Sonderschulwesens;

6. die Artikel 30, 31, 51 Nummern 7 und 8 und Artikel 85 Absatz 2 des Dekretes vom 31. August 1998 über den Auftrag an die Schulträger und das Schulpersonal sowie über die allgemeinen pädagogischen und organisatorischen Bestimmungen für die Regelschulen.

Art. 208 - Übergangsbestimmung

Zur Erlangung des für die Ausübung eines Amtes im Förderschulwesen in der Kategorie des Lehrpersonals erforderlichen Nachweises über das Bestehen einer mindestens 10 ECTS-Punkte umfassenden Zusatzausbildung im Bereich der Förder-, Heil- oder Orthopädagogik wird bei den vor dem 1. September 2010 in der Kategorie des Lehrpersonals in einer von der Deutschsprachigen Gemeinschaft organisierten oder subventionierten Förderschule beschäftigten Personalmitgliedern, die vor dem 1. September 2010 Schüler mit sonderpädagogischem Förderbedarf in einer Regel- oder Förderschule betreut haben, diese Berufserfahrung in der Regel- oder Förderschule in ECTS-Punkte umgewandelt. Dabei gilt, dass pro Schuljahr, in dem das Personalmitglied Schüler mit sonderpädagogischem Förderbedarf in einer Regel- oder Förderschule betreut hat, 2 ECTS-Punkte gewährt werden, wenn das Personalmitglied in dem betreffenden Schuljahr mindestens 180 Diensttage geleistet hat.

Die in Absatz 1 erwähnten Personalmitglieder, die am 1. September 2010 mindestens 10 ECTS-Punkte aufweisen, gelten als Inhaber des für die Ausübung des jeweiligen Amtes erforderlichen oder für ausreichend erachteten Befähigungsnachweises, sofern der letzte Beurteilungsbericht mindestens mit dem Vermerk "ausreichend" schließt.

Die in Absatz 1 erwähnten Personalmitglieder, die am 1. September 2010 mindestens 6 und weniger als 10 ECTS-Punkte aufweisen, gelten als Inhaber des für die Ausübung des jeweiligen Amtes erforderlichen oder für ausreichend erachteten Befähigungsnachweises, sofern der letzte Beurteilungsbericht mindestens mit dem Vermerk "ausreichend" schließt. Eine zeitweilige Bezeichnung beziehungsweise Einstellung für eine unbestimmte Dauer sowie eine definitive Ernennung beziehungsweise Einstellung kann erst erfolgen, wenn das Personalmitglied mindestens 10 ECTS-Punkte aufweist. Diese Maßnahme findet Anwendung bis zum 31. August 2014.

Für die in Absatz 1 angeführte Ermittlung der Diensttage gelten folgende Bestimmungen:

a) Berücksichtigt werden die bis zum 31. August 2010 geleisteten Diensttage, an denen das Personalmitglied in einer Förder- oder Regelschule Schüler mit sonderpädagogischen Förderbedarf betreut hat.

b) Die als subventioniertes Vertragspersonalmitglied und als zeitweilig bezeichnetes beziehungsweise eingestelltes Personalmitglied geleisteten Diensttage werden von Anfang bis Ende einer ununterbrochenen Periode aktiven Dienstes berücksichtigt, einschließlich, falls darin einbegriffen, des Entspannungsurlaubs, der Weihnachts- und Osterferien, des Mutterschaftsurlaubs, des Urlaubs aus prophylaktischen Gründen, des Zeitraumes, während dem das Personalmitglied im Rahmen des Mutterschaftsschutzes oder der Bedrohung durch eine Berufskrankheit von der Ausübung jeglicher Tätigkeit freigestellt ist, des Urlaubs wegen Adoption oder Pflegschaft, der Gelegenheitsurlaube oder der außergewöhnlichen Urlaube gemäß den gesetzlichen und verordnungsrechtlichen Bestimmungen. Die so ermittelte Zahl von Dienstagen wird mit 1,2 multipliziert. Von dieser Multiplikation ausgenommen sind die Diensttage, die ein Personalmitglied, das auf unbestimmte Dauer bezeichnet ist, leistet und die sich auf ein vollständiges Schuljahr beziehen.

c) Die Dienste, die in einem Amt mit unvollständigem Stundenplan geleistet werden und mindestens die Hälfte der für ein Amt mit vollständigem Stundenplan erforderlichen Anzahl Stunden erreichen, werden genauso wie die in einem Amt mit vollständigem Stundenplan geleisteten Dienste berücksichtigt.

d) Die Anzahl Tage, die in einem Amt mit unvollständigem Stundenplan erworben wird, der nicht die Hälfte der für ein Amt mit vollständigem Stundenplan erforderlichen Stundenzahl erreicht, wird um die Hälfte verringert.

e) Die Anzahl Tage, die in zwei oder mehreren gleichzeitig ausgeübten Ämtern mit vollständigem oder unvollständigem Stundenplan erworben wird, darf nie höher liegen als die Anzahl Tage, die in einem während derselben Periode ausgeübten Amt mit vollständigem Stundenplan erworben wird.

Art. 209 - Übergangsbestimmung

Die in der Kategorie des Lehrpersonals in einer von der Deutschsprachigen Gemeinschaft organisierten oder subventionierten Förderschule beschäftigten Personalmitglieder, die am 31. August 2010 für eine unbestimmte Dauer zeitweilig bezeichnet beziehungsweise eingestellt oder definitiv ernannt beziehungsweise eingestellt sind, gelten ab dem 1. September 2010 als für eine unbestimmte Dauer zeitweilig bezeichnet beziehungsweise eingestellt oder definitiv ernannt beziehungsweise eingestellt in einem Amt des Förderschulwesens, das dieselbe Bezeichnung trägt wie das Amt, in dem sie bis zu diesem Zeitpunkt auf unbestimmte Dauer zeitweilig bezeichnet beziehungsweise eingestellt oder definitiv ernannt beziehungsweise eingestellt waren.

Art. 210 - Übergangsbestimmung

In Abweichung von Artikel 91^{quinquies} und 91^{sexies} des Königlichen Erlasses vom 22. März 1969 zur Festlegung des Statuts der Mitglieder des Direktions- und Lehrpersonals, des Erziehungshilfspersonals, des paramedizinischen und sozialpsychologischen Personals der staatlichen Einrichtungen für Vor-, Primar-, Förder-, Mittel-, technischen, Kunst- und Normalschulunterricht und der von diesen Einrichtungen abhängenden Internate sowie der Personalmitglieder des mit der Aufsicht über diese Einrichtungen beauftragten Inspektionsdienstes bezeichnet der Schulträger zum 1. September 2009 als erste Fachbereichsleiter am Zentrum für Förderpädagogik den Hauptprimarschullehrer des Instituts der Deutschsprachigen Gemeinschaft für Sonderunterricht Eupen und den Schulleiter der Grundschule für differenzierten Unterricht Elsenborn-Sankt Vith.

Beide Fachbereichsleiter reichen bis zum 31. Dezember 2009 einen Strategie- und Aktionsplan ein.

Art. 211 - Inkrafttreten

Vorliegendes Dekret tritt am 1. September 2009 in Kraft, mit Ausnahme der Artikel 47, 49, 50 bis 52, 166, 168 bis 170, 184 und Artikel 185, die am Tag der Verabschiedung des vorliegenden Dekretes in Kraft treten, und der Artikel 32 Nummer 1, 38, 40 bis 42, 56, 62, 65, 76 bis 79, 161, 163 bis 165, 179, 181 bis 183, die am 1. September 2010 in Kraft treten.

VOM PARLAMENT DER DEUTSCHSPRACHIGEN GEMEINSCHAFT ANGENOMMEN

Eupen, den 11. Mai 2009

S. THOMAS

Greffier

Louis SIQUET

Präsident

Wir fertigen das vorliegende Dekret aus und ordnen an, dass es durch das *Belgische Staatsblatt* veröffentlicht wird.

Eupen, den 11. Mai 2009

K.-H. LAMBERTZ

Ministerpräsident der Regierung der Deutschsprachigen Gemeinschaft

Minister für lokale Behörden

B. GENTGES

Vize-Ministerpräsident der Regierung der Deutschsprachigen Gemeinschaft

Minister für Ausbildung und Beschäftigung

Soziales und Tourismus

O. PAASCH

Minister für Unterricht und wissenschaftliche Forschung

I. WEYKMANS

Ministerin für Kultur und Medien, Denkmalschutz, Jugend und Sport

—————
Note

Sitzungsperiode 2008-2009

Nummerierte Dokumente: 148 (2008-2009) Nr. 1 Dekretentwurf

148 (2008-2009) Nr. 2 Abänderungsvorschlag

148 (2008-2009) Nr. 3 Bericht

Ausführlicher Bericht: 11. Mai 2009 - Nr. 13 (2008-2009) Diskussion und Abstimmung

—————
TRADUCTION

MINISTERE DE LA COMMUNAUTE GERMANOPHONE

F. 2009 — 2729

[2009/202854]

11 MAI 2009. — Décret relatif au centre pour pédagogie de soutien et pédagogie spécialisée, visant l'amélioration du soutien pédagogique spécialisé dans les écoles ordinaires et spécialisées et encourageant le soutien des élèves à besoins spécifiques ou en difficulté d'adaptation ou d'apprentissage dans les écoles ordinaires et spécialisées

Le Parlement de la Communauté germanophone a adopté et Nous, Gouvernement, sanctionnons ce qui suit :

CHAPITRE I^{er}. — *Dispositions générales*

Article 1^{er}. Champ d'application

Le présent décret s'applique à l'enseignement ordinaire et spécialisé organisé ou subventionné par la Communauté germanophone.

Art. 2. Qualifications

Les dénominations appliquées dans le présent décret aux personnes s'appliquent aux deux sexes.

Art. 3. Majorité

A dater du jour où un élève atteint la majorité d'âge, les droits et devoirs des personnes chargées de l'éducation tels que fixés dans le présent décret s'appliquent à lui; chaque élève mineur d'âge a le droit de donner son avis quant aux questions qui le touchent en fonction de son discernement.

Art. 4. Définitions

Pour l'application du présent décret, l'on entend par :

1. école ordinaire : établissement de formation et d'éducation de l'enseignement ordinaire placé sous la direction d'un chef d'établissement et où est dispensé un enseignement conforme au programme d'études fixé ou approuvé par le Gouvernement, les objectifs de l'enseignement pouvant être adaptés pour des élèves ayant besoin de soutien pédagogique spécialisé;

2. école spécialisée : établissement de formation et d'éducation de l'enseignement spécialisé placé sous la direction d'un chef d'établissement et où est dispensé aux élèves un enseignement conforme en tout ou partie à un programme d'études fixé ou approuvé par le Gouvernement;

3. centre de pédagogie de soutien et pédagogie spécialisée : fusion des écoles spécialisées organisées par la Communauté germanophone en une unité organisationnelle et pédagogique dont le pouvoir organisateur est l'enseignement communautaire;

4. lieu de soutien : école ordinaire ou spécialisée où l'élève bénéficie d'un soutien pédagogique spécialisé;

5. pouvoir organisateur : personne morale ou physique juridiquement responsable de la création, de l'organisation et de la gestion d'une ou de plusieurs écoles et qui fournit ses propres prestations pour l'entretien de l'école;

6. personnes chargées de l'éducation : personnes qui exercent soit de plein droit soit suite à un jugement l'autorité parentale vis-à-vis de l'enfant ou du jeune;

7. projet d'intégration : scolarisation d'un élève nécessitant un soutien pédagogique spécialisé dans une école ordinaire avec déploiement de moyens de soutien fixés individuellement, qu'il s'agisse de personnel, de matériel ou de moyens didactico-pédagogiques spécialisés;

8. capital emplois : nombre d'emplois dont dispose une école;

9. mesures de soutien pédagogique : mesures d'enseignement et d'éducation différenciées et individualisées qui répondent au soutien dont a besoin un élève déterminé;

10. soutien pédagogique spécialisé : soutien d'élèves nécessitant un soutien pédagogique spécialisé conformément à un plan de soutien individuel, dans des écoles spécialisées ou ordinaires. Il vise à soutenir et à encourager, dans l'apprentissage d'aptitudes scolaires, sociales et sociétales, les élèves à besoins spécifiques ou en difficulté d'adaptation ou d'apprentissage. Il aide et oriente les élèves lors de l'acquisition de valeurs, d'attitudes et de comportements.

TITRE II - LE CENTRE DE PEDAGOGIE DE SOUTIEN ET DE PEDAGOGIE SPECIALISEE**CHAPITRE I^{er}. — Création et missions****Art. 5. Création**

Un service à gestion séparée est créé sous la dénomination « Zentrum für Förderpädagogik » (Centre de pédagogie de soutien et pédagogie spécialisée). À cette fin, la « Grundschule für differenzierten Unterricht Elsenborn-Sankt Vith » (l'école fondamentale pour l'enseignement différencié) et le « Institut der Deutschsprachigen Gemeinschaft für Sonderunterricht Eupen » (l'institut de la Communauté germanophone pour l'enseignement spécial) sont fusionnés dans l'enseignement communautaire.

Le Centre de pédagogie de soutien et pédagogie spécialisée se compose d'une section d'enseignement fondamental et d'une section d'enseignement secondaire ainsi que d'un internat.

Art. 6. Missions

Il revient au Centre de pédagogie de soutien et pédagogie spécialisée d'assurer en collaboration avec les écoles spécialisées de l'enseignement organisé et subventionné par la Communauté germanophone le soutien pédagogique spécialisé de base en Communauté germanophone. Il remplit notamment les missions suivantes :

1. dispenser l'enseignement spécialisé au niveau fondamental et secondaire;

2. coordonner les mesures de soutien pédagogique spécialisé dans les projets d'intégration;

3. aider et conseiller lors de l'élaboration de plans de soutien individuels;

4. mettre à la disposition des écoles ordinaires des spécialistes en soutien pédagogique spécialisé;

5. conseiller et encadrer les écoles ordinaires dans les questions relatives au soutien pédagogique;

6. fournir de l'aide au niveau du soutien pédagogique spécialisé lors de l'élargissement des compétences didactico-méthodologiques, pédagogiques et psychologiques des écoles ordinaires, des centres de formation et de formation continue des classes moyennes et dans les petites et moyennes entreprises;

7. fournir de l'aide lors de l'intégration professionnelle des élèves et garantir des stages d'intégration en entreprise.

Pour remplir ces missions, le centre de pédagogie de soutien et pédagogie spécialisée coopère avec tous les partenaires actifs dans le secteur du soutien pédagogique spécialisé et en particulier avec la « Dienststelle für Personen mit Behinderung » (l'Office de la Communauté germanophone pour les personnes handicapées).

CHAPITRE II. — Conseil consultatif**Art. 7. Création du Conseil consultatif**

§ 1^{er} - Un Conseil consultatif composé comme suit est créé :

1. un représentant de l'enseignement communautaire;

2. un représentant de l'enseignement libre subventionné;

3. un représentant de l'enseignement officiel subventionné;

4. un représentant de l'administration de l'enseignement et un de la division Affaires sociales du Ministère de la Communauté germanophone;

5. un représentant d'un établissement reconnu actif dans le domaine de la recherche et de la formation continue en matière de pédagogie spécialisée;
6. un représentant du centre psycho-médico-social de l'enseignement communautaire, un du centre psycho-médico-social de l'enseignement libre subventionné et un du centre psycho-médico-social de l'enseignement officiel subventionné;
7. un représentant de l'Office pour les personnes handicapées;
8. un représentant d'un organisme d'utilité publique actif au sein de la Communauté germanophone dans le domaine de la pédagogie spécialisée et qui représente les intérêts des personnes chargées de l'éducation;
9. un représentant des organisations des employeurs en Communauté germanophone;
10. un représentant des organisations des travailleurs en Communauté germanophone;
11. un représentant de la Haute Ecole autonome en Communauté germanophone;
12. un représentant de l'institut pour la formation et la formation continue des classes moyennes et des petites et moyennes entreprises;
13. un représentant de l'enseignement technique et professionnel;
14. un représentant de l'Office de l'emploi de la Communauté germanophone.

Le Conseil consultatif est présidé par le directeur du Centre de pédagogie de soutien et pédagogie spécialisée. Les chefs de département du Centre de pédagogie de soutien et pédagogie spécialisée participent aux réunions avec voix consultative.

§ 2 - Un membre suppléant est désigné pour chaque membre effectif visé au paragraphe premier, alinéa premier.

Les membres effectifs et suppléants du Conseil consultatif sont désignés par le Gouvernement pour une durée de cinq ans.

§ 3 - Le Conseil consultatif peut inviter à ses réunions d'autres personnes ayant voix consultative.

Art. 8. Missions du Conseil consultatif

Le Conseil consultatif assume les missions suivantes :

1. conseiller le Gouvernement et la direction du Centre de pédagogie de soutien et pédagogie spécialisée de soutien dans toutes les questions d'ordre général relatives au soutien, plus particulièrement au soutien pédagogique spécialisé en Communauté germanophone;
2. émettre des avis sur des questions relatives au soutien pédagogique spécialisé, à la demande du Gouvernement ou de sa propre initiative;
3. lancer un large dialogue sociétal sur tous les aspects du soutien pédagogique au sein de la Communauté germanophone.

Art. 9. Fonctionnement du Conseil consultatif

§ 1^{er} - Le Directeur du Centre de pédagogie de soutien et pédagogie spécialisée réunit le Conseil consultatif de sa propre initiative ou à la demande écrite d'un membre du Conseil. Il établit l'ordre du jour.

§ 2 - Le Conseil consultatif élabore son propre règlement d'ordre intérieur et le soumet à l'approbation du Gouvernement.

§ 3 - Les avis émis par le Conseil consultatif en application de l'article 8, n° 2 sont adoptés à la majorité simple.

Exception faite du directeur du Centre de pédagogie de soutien et pédagogie spécialisée, tous les membres du Conseil consultatif ont voix délibérative.

Les abstentions ne sont pas prises en considération.

A sa demande, la proposition de la minorité est annexée à l'avis.

§ 4 - Le Conseil consultatif se réunit au moins deux fois chaque année scolaire.

§ 5 - Conformément à l'arrêté du Gouvernement du 12 juillet 2001 portant harmonisation des jetons de présence et des indemnités de déplacement au sein d'organismes et de conseils d'administration de la Communauté germanophone les membres effectifs et suppléants du Conseil consultatif reçoivent des jetons de présence et des indemnités pour frais de déplacement à charge du budget du Centre de pédagogie de soutien et pédagogie spécialisée.

CHAPITRE III. — *Conseil pédagogique*

Art. 10. Collaboration avec le Conseil consultatif

Sans préjudice de l'article 51 du décret du 31 août 1998 relatif aux missions confiées aux pouvoirs organisateurs et au personnel des écoles et portant des dispositions générales d'ordre pédagogique et organisationnel pour les écoles ordinaires et spécialisées, le Conseil pédagogique du Centre de pédagogie de soutien et pédagogie spécialisée tient compte dans le cadre de son activité des avis et recommandations du Conseil consultatif du Centre de pédagogie de soutien et pédagogie spécialisée et l'informe des développements actuels.

Art. 11. Participation des chefs de département aux réunions du Conseil pédagogique

Sans préjudice de l'article 49 alinéa 1^{er} du décret du 31 août 1998 relatif aux missions confiées aux pouvoirs organisateurs et au personnel des écoles et portant des dispositions générales d'ordre pédagogique et organisationnel pour les écoles ordinaires et spécialisées, les chefs de département sont membres du Conseil pédagogique créé au Centre de pédagogie de soutien et pédagogie spécialisée.

CHAPITRE IV. — *Capital périodes*

Art. 12. Calcul

Sans préjudice des articles 5^{quater}, 44.1, 53^{ter} et 53^{quater} du décret du 27 juin 1990 fixant la façon de déterminer les fonctions du personnel dans l'enseignement spécialisé, le capital périodes pour le personnel enseignant, d'aide éducative, paramédical et socio-psychologique du Centre de pédagogie de soutien et pédagogie spécialisée correspond à partir de l'entrée en vigueur du décret et pour une durée de cinq ans, à la somme du capital périodes attribué à l'Institut de la Communauté germanophone pour l'enseignement spécial et à l'école fondamentale pour l'enseignement différencié pour l'année scolaire 2008-2009 et ce en application des articles 5^{ter}, 34, et 53^{quater} du même décret du 27 juin 1990.

Le Gouvernement procèdera avant le terme du délai mentionné au premier alinéa, à une analyse des besoins afin de créer un nouveau système de calcul du capital périodes.

Art. 13. Direction de l'école

Les articles 9 et 10 du même décret du 27 juin 1990 ne sont pas d'application pour le Centre de pédagogie de soutien et pédagogie spécialisée.

Art. 14. Chef de département

Le troisième poste de chef de département visé à l'article 24 du même décret du 27 juin 1990 sera organisé à partir du 1^{er} septembre 2010 au Centre de pédagogie de soutien et pédagogie spécialisée.

Art. 15. Correspondant-Comptable

Sans préjudice des articles 30 et 31 du même décret du 27 juin 1990, quinze périodes supplémentaires sont créées au Centre de pédagogie de soutien et pédagogie spécialisée pour la fonction de correspondant-comptable. Dès que des périodes sont déclarées disponibles pour la même fonction dans l'école concernée, les périodes supplémentaires créées par le présent article sont diminuées par le nombre de périodes déclarées disponibles.

TITRE III. — AMELIORATION DU SOUTIEN PEDAGOGIQUE SPECIALISE
DANS LES ECOLES ORDINAIRES ET SPECIALISEES

Art. 16. Soutien pédagogique spécialisé dans les écoles ordinaires et spécialisées

Un chapitre *VIIIbis*, comprenant les articles 93.1 à 93.33 et rédigé comme suit est inséré dans le décret du 31 août 1998 relatif aux missions confiées aux pouvoirs organisateurs et au personnel des écoles et portant des dispositions générales d'ordre pédagogique et organisationnel pour les écoles ordinaires et spécialisées :

« CHAPITRE *VIIIbis* - Soutien pédagogique spécialisé dans les écoles ordinaires et spécialisées

Section 1^{re}. — Principe du soutien pédagogique spécialisé

Article 93.1 - Objectif et organisation

Le soutien pédagogique spécialisé a pour mission de permettre aux élèves à besoins spécifiques en difficulté d'adaptation ou d'apprentissage, de vivre, étudier et agir de manière autonome et commune tout en tenant compte de leurs capacités individuelles. Il soutient et stimule ces élèves dans l'apprentissage d'aptitudes solaires, sociales et sociétales, les aide et les oriente lors de l'acquisition de valeurs, d'attitudes et de comportements.

Font partie des valeurs visées au premier alinéa :

1. l'équivalence dans la diversité;
2. la solidarité;
3. la quête d'identité.

Le soutien pédagogique spécialisé comprend le soutien donné aux élèves ayant besoin d'un soutien pédagogique spécialisé conformément à un plan de soutien individuel, dans les écoles spécialisées et ordinaires.

Le volume et le contenu du soutien pédagogique spécialisé sont déterminés par le soutien pédagogique spécialisé nécessaire individuellement ainsi que par les conditions-cadres sur le plan du personnel, du matériel et de l'organisation. Ces conditions-cadres ainsi que les besoins individuels de l'élève sont déterminantes pour fixer le lieu de soutien, qui sera celui où l'on peut répondre le mieux et le plus rapidement aux besoins de l'enfant et où l'enfant peut développer au mieux ses capacités disciplinaires et pluridisciplinaires et ses objectifs de développement.

Section 2. — Procédure visant à établir la nécessité du soutien pédagogique spécialisé

Sous-section 1^{re}. — Généralités

Article 93.2 - Définition

Un soutien pédagogique spécialisé est nécessaire lorsque le soutien requis ne peut être rencontré par le biais de mesures pédagogiques générales. C'est le cas lorsque le handicap est tel que des mesures intensives de soutien au développement et à l'éducation sont nécessaires et que la nature du handicap exige des mesures spécifiques requérant des enseignants, thérapeutes, et soignants qui disposent d'une formation technique adéquate.

Article 93.3 - Conseil aux personnes chargées de l'éducation

§ 1^{er} - Les personnes chargées de l'éducation ont le droit d'être informées et encadrées de façon objective, professionnelle et exhaustive, notamment dans la période avant l'introduction de la demande ainsi qu'avant et pendant la procédure de fixation des besoins.

§ 2 - L'assistance est fournie en premier lieu par la direction de l'école fréquentée par l'enfant ou par la direction de l'école où les personnes chargées de l'éducation souhaitent inscrire l'enfant ou le jeune.

Les personnes chargées de l'éducation peuvent également s'adresser pour assistance à un centre psycho-médico-social organisé ou subventionné par la Communauté germanophone ou à tout autre établissement qualifié.

§ 3 - L'assistance et l'information que les établissements mentionnés au § 2 fournissent aux personnes chargées de l'éducation quant aux problèmes constatés chez l'enfant ou le jeune et à propos des mesures de soutien déjà prises et les résultats d'éventuels contrôles portant sur le soutien pédagogique spécialisé doivent être aussi exhaustifs et objectifs que possible.

§ 4 - La demande établissant le besoin de soutien pédagogique spécialisé contient les informations nécessaires aux personnes chargées de l'éducation pour l'ensemble de la procédure. Le Gouvernement fixe la forme et le contenu de ces informations.

Sous-section 2. — Début de la procédure visant à établir la nécessité d'un soutien pédagogique spécialisé

Article 93.4 - Demande

§ 1^{er} - Si l'on suppose qu'un enfant ou un jeune a besoin d'un soutien pédagogique spécialisé, il faut demander l'établissement de cette nécessité auprès d'un centre psycho-médico-social organisé ou subventionné par la Communauté germanophone pour le 1^{er} février au plus tard si un soutien pédagogique spécialisé doit être mis en place dès l'année scolaire suivante.

En cas de maladie, d'accident ou de migration la procédure visant à établir la nécessité d'un soutien pédagogique spécialisé peut être entamée en dehors du délai visé au premier alinéa. Le demandeur doit motiver dans sa demande le non-respect du délai.

§ 2 - La demande visant à établir la nécessité d'un soutien pédagogique spécialisé est introduite par écrit auprès d'un centre psycho-médico-social par les personnes chargées de l'éducation ou par le chef d'établissement de l'école ordinaire où l'enfant ou le jeune est déjà ou doit être inscrit; dans ce dernier cas, les personnes chargées de l'éducation doivent marquer leur accord.

§ 3 - L'introduction d'une demande n'ouvre aucun droit à un soutien pédagogique spécialisé.

Article 93.5 - Forme de la demande

La demande visant à établir la nécessité d'un soutien pédagogique spécialisé est motivée. Des avis rendus par des médecins, psychologues ou autres spécialistes peuvent être présentés à cette fin.

Si la demande est introduite par l'école ordinaire, elle est accompagnée de l'accord écrit des personnes chargées de l'éducation.

Si l'enfant ou l'élève fréquente déjà une école fondamentale ou secondaire, la demande doit indiquer les mesures de soutien déjà prises.

Article 93.6 - Demande introduite par l'école ordinaire

§ 1^{er} - Lorsque le chef d'établissement de l'école ordinaire veut introduire la demande visant à établir la nécessité d'un soutien pédagogique spécialisé, il en informe par recommandé les personnes chargées de l'éducation en indiquant ses motivations et en désignant le centre psycho-médico-social auprès duquel la demande serait introduite.

§ 2 - Si les personnes chargées de l'éducation approuvent cette intention, elles marquent leur accord par écrit dans les huit jours calendrier suivant la réception du recommandé.

§ 3 - Si les personnes chargées de l'éducation n'approuvent pas la désignation du centre psycho-médico-social en question, elles en informent le chef d'établissement de l'école ordinaire dans les huit jours calendrier suivant la réception du recommandé. Elles désignent en même temps un autre centre psycho-médico-social organisé ou subventionné par la Communauté germanophone qui sera chargé de la procédure.

§ 4 - Si les personnes chargées de l'éducation n'approuvent pas par écrit dans les huit jours calendrier suivant la réception du recommandé l'initiative d'entamer une procédure visant à établir la nécessité d'un soutien pédagogique spécialisé, le chef d'établissement de l'école ordinaire peut prendre contact avec la Commission de soutien visée à l'article 93.24. Il en informe les personnes chargées de l'éducation.

La Commission de soutien transmet par recommandé et dans un délai de vingt jours ouvrables suivant la réception de l'opposition sa décision motivée aux personnes chargées de l'éducation et au chef d'établissement de l'école ordinaire.

Si les personnes chargées de l'éducation ne sont pas d'accord avec la décision de la Commission de soutien, elles en informent le président de la Commission par écrit et dans les quinze jours calendrier suivant la réception du recommandé. Le président renvoie alors l'affaire devant le juge de la jeunesse compétent.

La Commission de soutien renvoie également le dossier devant le juge de la jeunesse compétent si les personnes chargées de l'éducation ne donnent pas suite à la décision prise par la Commission.

Sous-section 3 - Etablissement de la nécessité d'un soutien pédagogique spécialisé

Article 93.7 - Etablissement d'un avis

Après réception de la demande introduite conformément à la sous-section 2, le centre psycho-médico-social établit dans le cadre d'un examen pluridisciplinaire un avis motivé stipulant de façon contraignante :

1. si l'élève a besoin de soutien pédagogique spécialisé;
2. quelle est la nature du handicap;
3. les domaines où le soutien pédagogique spécialisé doit être apporté;
4. la nature du soutien pédagogique spécialisé nécessaire, respectivement les mesures thérapeutiques ou sanitaires nécessaires.

S'il y a eu un examen médical visant à constater le développement physique et l'état de santé et si le rapport médical contient des données significatives pour le soutien pédagogique spécialisé et thérapeutique par des personnes qualifiées, ces données doivent être jointes à l'avis concerné.

Article 93.8 - Transmission de l'avis

Le centre psycho-médico-social transmet l'avis aux personnes suivantes au plus tard le 1^{er} avril de l'année scolaire précédent celle où doivent débiter les mesures de soutien :

1. aux personnes chargées de l'éducation;
2. au chef d'établissement de l'école ordinaire que l'enfant, respectivement le jeune, fréquente ou fréquentera conformément au souhait des parents;
3. au chef d'établissement de l'école spécialisée avec laquelle collaborait jusque là l'école ordinaire que l'enfant, respectivement le jeune, fréquente ou fréquentera conformément au souhait des parents.

Par dérogation au premier alinéa, le centre psycho-médico-social ne transmet pas l'avis au chef d'établissement de l'école spécialisée visé au 3^o si l'avis conclut qu'un soutien pédagogique spécialisé n'est pas nécessaire.

Article 93.9 - Conséquences de l'avis

Si l'avis stipule qu'un soutien pédagogique spécialisé est nécessaire, un droit à un soutien pédagogique spécialisé s'ouvre dans les limites des moyens de soutien disponibles. Ceci n'implique cependant aucun droit à un nombre déterminé d'heures de soutien ni à la mise à disposition des moyens de soutien à un endroit précis.

Si la nécessité d'un soutien pédagogique spécialisé est établie, les personnes chargées de l'éducation demandent l'inscription de leur enfant dans une école spécialisée ou dans une école ordinaire sur base de l'avis établi.

Article 93.10 - Vérification de la nécessité du soutien pédagogique spécialisé

Sans préjudice des articles 93.4, 93.5 et 93.6, il peut être demandé de faire vérifier la nécessité du soutien pédagogique spécialisé par un centre psycho-médico-social organisé ou subventionné par la Communauté germanophone.

Sans préjudice des articles 93.4, 93.5 et 93.6, la nécessité d'un soutien pédagogique spécialisé doit être vérifiée chez les élèves qui ont terminé l'enseignement fondamental avant que le soutien pédagogique spécialisé ne puisse être accordé dans une école secondaire ordinaire ou spécialisée.

Section 3. — Inscription dans une école ordinaire

Article 93.11 - Convocation d'une Conférence de soutien

Si les personnes chargées de l'éducation souhaitent que l'enfant, respectivement le jeune, chez qui un besoin de soutien pédagogique spécialisé a été constaté, soit inscrit dans une école ordinaire, le chef d'établissement de l'école ordinaire où les personnes chargées de l'éducation souhaitent inscrire leur enfant ou que l'enfant fréquente déjà convoque une Conférence de soutien après avoir reçu l'avis établi par le centre psycho-médico-social.

Article 93.12 - Composition de la Conférence de soutien

§ 1^{er} - La Conférence de soutien est composée comme suit :

1. les personnes chargées de l'éducation;
2. le chef d'établissement de l'école ordinaire;
3. le titulaire de classe de l'enseignement ordinaire secondaire, primaire ou maternel concerné;
4. le chef d'établissement de l'école spécialisée qui collabore avec l'école ordinaire, ou son mandataire;
5. un membre du personnel enseignant, auxiliaire d'éducation ou paramédical de l'école spécialisée concernée.

Le chef d'établissement de l'école ordinaire préside la Conférence de soutien.

§ 2 - À la demande du chef d'établissement de l'école ordinaire, deux représentants au plus de l'administration de l'enseignement peuvent participer avec voix consultative à la Conférence.

Les personnes chargées de l'éducation ont le droit de se faire accompagner à la conférence de soutien par le conseil de leur choix.

§ 3 - Un représentant mandaté par le centre psycho-médico-social qui a établi la nécessité d'un soutien pédagogique spécialisé participe avec voix consultative à la Conférence de soutien et est entendu par la Conférence afin d'explicitier l'avis établi.

Article 93.13 - Décisions prises par la Conférence de soutien

§ 1^{er} - Les membres visés à l'article 93.12 paragraphe 1^{er} de la Conférence de soutien établissent par consensus pour le 30 avril au plus tard et ce pour l'année scolaire suivante :

1. si l'enfant, respectivement le jeune, recevra un enseignement basé en tout ou en partie sur les référentiels, respectivement basé exclusivement sur un plan de soutien individuel;
2. les objectifs du soutien;
3. les mesures de soutien pédagogiques, thérapeutiques et/ou sanitaires à mettre en œuvre;
4. le lieu de soutien où les moyens de soutien peuvent être mis en œuvre;
5. la forme d'enseignement, lorsqu'il s'agit d'un élève qui fréquente ou fréquentera l'école secondaire spécialisée.

Ils formulent en outre une recommandation sur les moyens personnels à mettre en œuvre pour le soutien durant l'année scolaire suivante.

§ 2 - Les chefs d'établissement des écoles spécialisées organisées ou subventionnées par la Communauté germanophone examinent les recommandations formulées au paragraphe 1^{er}, alinéa 2 ils prennent de commun accord et en étroite collaboration avec les établissements d'enseignement ordinaire concernés une décision définitive quant aux moyens personnels à mettre en œuvre au niveau du soutien dans le respect des dispositions de l'article 53^{ter} paragraphes 3 et 4 du décret du 27 juin 1990 fixant la façon de déterminer les fonctions du personnel dans l'enseignement spécialisé.

Les chefs d'établissement des écoles spécialisées communiquent par recommandé leur décision motivée aux chefs d'établissement des écoles ordinaires concernées au plus tard pour le 15 mai.

Le chef d'établissement de l'école ordinaire communique par recommandé la décision motivée relative aux moyens personnels à mettre en œuvre pour le soutien aux personnes chargées de l'éducation au plus tard pour le 20 mai.

§ 3 - La décision quant au lieu de soutien désignera par principe une école conformément à la convention des Nations unies relative aux droits des personnes handicapées adoptée par l'Assemblée générale des Nations unies le 13 décembre 2006. Si la Conférence de soutien constate sur base des besoins de soutien pédagogique spécialisé individuels de l'élève que l'enseignement spécialisé constitue le lieu de soutien approprié pour l'élève, elle peut aussi désigner une école spécialisée comme lieu de soutien.

Toutes les décisions de la Conférence de soutien sont motivées de manière détaillée.

§ 4 - Si la procédure visant l'établissement de la nécessité de soutien pédagogique spécialisée conformément à l'article 93.4 paragraphe 1^{er}, alinéa 2, est introduite en dehors des délais arrêtés en cas de maladie, d'accident ou de migration d'un élève et qu'un besoin de soutien pédagogique spécialisé est constaté auprès de l'élève concerné, la Conférence de soutien peut se réunir en-dehors des délais fixés au paragraphe premier.

§ 5 - S'il est donné suite à une demande de changement d'établissement scolaire d'un élève auprès duquel un besoin de soutien pédagogique spécialisé a été constaté et pour lequel une école ordinaire a été désignée comme lieu de soutien, le chef d'établissement de l'école ordinaire qui accueille l'élève convoque sans tarder une nouvelle Conférence de soutien conformément aux modalités fixées aux paragraphes 1^{er} à 3 et à l'article 93.14.

Article 93.14 - Convocation de la Commission de soutien

Si la Conférence de soutien ne parvient pas à faire l'unanimité parmi ses membres quant aux aspects visés à l'article 93.13, paragraphe 1^{er}, alinéa 1^{er}, 1^o à 5^o, le chef d'établissement de l'école ordinaire renvoie, par recommandé et dans les huit jours calendrier après la clôture des délibérations au sein de la Conférence de soutien, l'acte devant la Commission de soutien mentionnée à l'article 93.24.

La Commission de soutien communique sa décision motivée quant aux aspects visés à l'article 93.13, paragraphe 1^{er}, alinéa 1^{er}, 1^o à 5^o ainsi que sa recommandation quant aux moyens de soutien humains à engager durant l'année scolaire suivante aux personnes chargées de l'éducation, au chef d'établissement de l'école ordinaire et au chef d'établissement de l'école spécialisée par recommandé et ce dans les vingt jours ouvrables après l'envoi du recommandé mentionné à l'alinéa précédent.

Si les personnes chargées de l'éducation ne sont pas d'accord avec la décision prise par la Commission de soutien, elles en informent par écrit le président de la Commission de soutien endéans les quatorze jours calendrier suivant l'envoi du recommandé contenant la décision. Le président de la Commission de soutien renvoie alors le dossier devant le juge de la jeunesse compétent.

Section 4. — Plan de soutien individuel et portfolio de soutien

Article 93.15 - Plan de soutien individuel

Sous la responsabilité du chef d'établissement de l'école désignée comme lieu de soutien par la Conférence de soutien, et en collaboration avec les personnes chargées de l'éducation et les membres du personnel directeur, enseignant, auxiliaire d'éducation et paramédical chargés d'exécuter les mesures de soutien, un plan de soutien individuel est établi en début d'année scolaire pour chaque élève qui a besoin de soutien pédagogique spécialisé. Ce plan de soutien comprend les éléments suivants :

1. une description précise des objectifs de soutien qui doivent être réalisés en collaboration avec les personnes chargées de l'éducation;
2. la description des mesures de soutien et les noms des membres du personnel directeur, enseignant, auxiliaire d'éducation, paramédical et socio-psychologique chargés de la mise en œuvre des mesures de soutien.

Des spécialistes extérieurs peuvent être consultés dans le cadre de l'élaboration du plan de soutien.

Article 93.16 - Portfolio de soutien

Les personnes visées à l'article 93.15 alinéa 1^{er}, 2^o, présentent leur vision quant au développement de l'apprentissage et quant à la mise en œuvre du plan de soutien dans un portfolio de soutien.

Le chef d'établissement du lieu de soutien est responsable de la tenue du portfolio de soutien.

Article 93.17 - Evaluation

Les personnes énumérées à l'article 93.15, alinéa 1^{er}, 2^o, avec les personnes chargées de l'éducation évaluent au moins une fois par année scolaire sur base du plan de soutien individuel et du portfolio, en quelle mesure les objectifs de soutien fixés dans le plan de soutien individuel ont été atteints. Ils corrigent le cas échéant les objectifs et les mesures correspondantes.

Section 5. — Poursuite ou cessation de projets d'intégration en cours

Article 93.18 - Evaluation d'un projet d'intégration par la Conférence de soutien

Au plus tard pour le 30 avril de l'année scolaire en cours, les membres de la Conférence de soutien visés à l'article 93.12 paragraphe 1^{er} décident de commun accord et sur base de l'évaluation visée à l'article 93.17 si un projet d'intégration en cours sera ou non poursuivi l'année scolaire suivante et ce avant le 30 avril de l'année scolaire en cours.

Article 93.19 - Poursuite d'un projet d'intégration

§ 1^{er} - Si les membres de la Conférence de soutien visés à l'article 93.12 paragraphe 1^{er} se prononcent en faveur d'une poursuite du soutien pédagogique spécialisé dans l'école ordinaire, ils déterminent de commun accord pour l'année scolaire et ce avant le 30 avril de l'année scolaire en cours :

1. si l'enfant, respectivement le jeune, recevra un enseignement basé en tout ou en partie sur les référentiels de compétences ou basé exclusivement sur un plan de soutien individuel;
2. les objectifs de soutien;
3. les mesures pédagogiques, thérapeutiques et/ou sanitaires qui devront être mises en place.

La Conférence de soutien formule, en outre, une recommandation quant aux moyens personnel à mettre en œuvre durant l'année scolaire suivante.

§ 2 - Les chefs d'établissement des écoles spécialisées organisées et subventionnées par la Communauté germanophone examinent la recommandation mentionnée au paragraphe 1^{er}, alinéa 2; ils prennent de commun accord et en étroite collaboration avec les écoles ordinaires concernées, une décision définitive quant aux moyens personnels à mettre en œuvre au niveau du soutien et ce dans le respect des dispositions de l'article 53^{ter}, paragraphes 3, 4 et 5 du décret du 27 juin 1990 fixant la façon de déterminer les fonctions du personnel dans l'enseignement spécialisé.

Les chefs d'établissement des écoles spécialisées communiquent au plus tard pour le 15 mai par recommandé leur décision motivée aux chefs d'établissement des écoles ordinaires.

Le chef d'établissement de l'école ordinaire communique au plus tard pour le 20 mai par recommandé aux personnes chargées de l'éducation la décision motivée relative à la poursuite du projet et aux moyens humains à mettre en œuvre pour le soutien.

Article 93.20 - Cessation du soutien pédagogique spécialisé dans une école ordinaire au terme d'une année scolaire

§ 1^{er} - Si les membres de la Conférence de soutien cités à l'article 93.12 paragraphe 1^{er}, se prononcent contre la poursuite du soutien pédagogique spécialisé dans une école ordinaire, ils déterminent au plus tard le 30 avril de l'année scolaire en cours si la scolarisation doit être poursuivie dans une école ordinaire sans soutien pédagogique spécialisé ou dans une école spécialisée.

La décision relative à la cessation du soutien pédagogique spécialisé dans l'école ordinaire ne peut être prise qu'après avoir obtenu :

1. un avis du centre psycho-médico-social assurant l'encadrement, explicité au sein de la Conférence de soutien;
2. l'avis des personnes chargées de l'éducation.

§ 2 - Le chef d'établissement de l'école ordinaire transmet par recommandé la décision motivée relative à la cessation du soutien pédagogique spécialisé dans l'école ordinaire concernée et au futur lieu de soutien aux personnes chargées de l'éducation au plus tard pour le 30 avril de l'année scolaire en cours.

Article 93.21 - Convocation de la Commission de soutien

Si la Conférence de soutien ne parvient pas à faire l'unanimité parmi ses membres quant aux aspects visés aux articles 93.18, 93.19, paragraphe 1^{er}, alinéa 1^{er}, 1^o à 3^o et 93.20 paragraphe 1^{er}, alinéa 1^{er}, le chef d'établissement de l'école ordinaire renvoie, par recommandé et dans les huit jours calendrier après la clôture des délibérations au sein de la Conférence de soutien, l'acte devant la Commission de soutien mentionnée à l'article 93.24.

La Commission de soutien communique sa décision motivée quant aux aspects visés à l'article 93.18, 93.19 paragraphe 1^{er}, alinéa 1^{er}, 1^o à 3^o et 93.20 paragraphe 1^{er}, alinéa 1^{er}, ainsi que le cas échéant sa recommandation quant aux moyens humains à engager pour le soutien durant l'année scolaire suivante aux personnes chargées de l'éducation, au chef d'établissement de l'école ordinaire et au chef d'établissement de l'école spécialisée par recommandé et ce dans les 20 jours ouvrables après l'envoi du recommandé mentionné à l'alinéa précédent.

Si les personnes chargées de l'éducation ne sont pas d'accord avec la décision prise par la Commission de soutien, elles en informent par écrit le président de la Commission de soutien endéans les quatorze jours calendrier suivant l'envoi du recommandé contenant la décision. Le président renvoie alors le dossier devant le juge de la jeunesse compétent.

Article 93.22 - Interruption du soutien pédagogique spécialisé dans une école ordinaire dans le courant de l'année scolaire

§ 1^{er}. Le soutien pédagogique dans une école ordinaire est interrompu en cours d'année scolaire sur décision unanime des membres de la Conférence de soutien visés à l'article 93.12, paragraphe 1^{er}, qui ne peuvent prendre cette décision qu'après avoir obtenu :

1. un avis du centre psycho-médico-social assurant l'encadrement;
2. l'avis des personnes chargées de l'éducation.

§ 2 - Le chef d'établissement de l'école ordinaire transmet par recommandé la décision motivée relative à la cessation du soutien pédagogique spécialisé dans l'école ordinaire concernée et au futur lieu de soutien aux personnes chargées de l'éducation au plus tard pour le 30 avril de l'année scolaire en cours. Il informe, en outre, l'administration de l'enseignement de cette interruption.

§ 3 - Si la Conférence de soutien ne parvient pas à faire l'unanimité parmi ses membres, le chef d'établissement de l'école ordinaire renvoie, par recommandé et dans les huit jours calendrier après la clôture des délibérations au sein de la Conférence de soutien, l'acte devant la Commission de soutien mentionnée à l'article 93.24.

La Commission de soutien communique sa décision motivée aux personnes chargées de l'éducation, au chef d'établissement de l'école ordinaire et au chef d'établissement de l'école spécialisée par recommandé et ce dans les 20 jours ouvrables après l'envoi du recommandé qui introduit le recours.

Si les personnes chargées de l'éducation ne sont pas d'accord avec la décision prise par la Commission de soutien, elles en informent par écrit le président de la Commission de soutien endéans les 14 jours calendrier suivant l'envoi du recommandé contenant la décision. Le président renvoie alors le dossier devant le juge de la jeunesse compétent.

Article 93.23 - Avis du centre psycho-médico-social

Si les personnes chargées de l'éducation s'opposent par principe à demander l'avis émis par le centre psycho-médico-social visé à l'article 93.20, paragraphe 1^{er}, alinéa 2, 1^o ou 93.23, paragraphe 1^{er}, alinéa 1^{er}, 1^o, le chef d'établissement de l'école ordinaire peut contacter la Commission de soutien. Il informe les personnes chargées de l'éducation du fait qu'il contacte la Commission de soutien.

La Commission de soutien communique sa décision aux personnes chargées de l'éducation et au chef d'établissement de l'école ordinaire par recommandé et ce dans les vingt jours ouvrables après le jour auquel elle a reçu le recours.

Si les personnes chargées de l'éducation ne sont pas d'accord avec la décision prise par la Commission de soutien, elles en informent par écrit le président de la Commission de soutien endéans les quatorze jours calendrier suivant la réception du recommandé. Le président renvoie alors le dossier devant le juge de la jeunesse compétent.

La Commission de soutien renvoie également le dossier devant le juge de la jeunesse compétent si les personnes chargées de l'éducation ne donnent pas suite à la décision prise par la Commission de soutien.

Section 6. — La Commission de soutien

Article 93.24 - Installation

§ 1^{er} - Le Gouvernement installe une Commission de soutien.

Elle se compose :

1. d'un président;
2. d'un représentant de l'Office pour les personnes handicapées;
3. d'une personne disposant d'une expérience ou qualification spécifique dans le domaine de la pédagogie de soutien;
4. d'une personne proposée par le pouvoir organisateur de l'école ordinaire que l'élève fréquente ou fréquentera conformément au souhait des parents, et qui n'appartient pas au personnel de l'école ordinaire concernée;
5. d'un secrétaire.

Par dérogation à l'alinéa 1^{er} 4^o, une personne proposée par le pouvoir organisateur de l'école spécialisée que l'élève fréquente et qui n'appartient pas au personnel de l'école spécialisée concernée est présente aux réunions où la Commission de soutien délibère de l'octroi de dérogation prévu à l'article 4 alinéa 2, de la loi du 6 juillet 1970 sur l'enseignement spécialisé et l'enseignement intégré.

§ 2 - Le Gouvernement désigne un suppléant pour chaque membre effectif mentionné au paragraphe 1^{er}. En cas de démission ou de perte de la fonction en vertu de laquelle la personne a été désignée membre de la Commission de soutien, le suppléant achève le mandat et un autre suppléant est désigné. Si un membre effectif est empêché, le suppléant participe à la réunion.

Le président et son suppléant ainsi que le secrétaire et son suppléant sont désignés parmi les membres de l'administration de l'enseignement en activité de service.

§ 3 - Les membres visés au paragraphe 1^{er} et leurs suppléants visés au paragraphe 2 sont désignés par le Gouvernement pour une période de quatre ans.

Article 93.25 - Missions

La Commission de soutien traite les tâches citées aux articles 93.6 paragraphe 4, 93.14, 93.20, 93.22, 93.23 paragraphe 3 et 93.24.

Elle est, en outre, compétente pour l'octroi de la dérogation prévue à l'article 4, alinéa 2 de la loi du 6 juillet 1970 sur l'enseignement spécialisé et intégré.

Article 93.26 - Règlement d'ordre intérieur

La Commission de soutien se dote d'un règlement d'ordre intérieur et le soumet à l'approbation du Gouvernement.

Article 93.27 - Dispense de membres

Un membre peut demander à être dispensé lorsqu'il croit avoir un intérêt moral à la cause ou lorsqu'il estime que l'on pourrait douter de son impartialité. Le président décide s'il fait droit à cette demande ou pas. Il peut aussi dispenser de sa propre initiative un membre pour les mêmes raisons.

Le président, le président suppléant, les membres effectifs et les membres suppléants ne peuvent siéger dans une affaire concernant leur enfant, respectivement l'enfant d'un parent jusqu'au 4e degré inclus.

Article 93.28 - Fonctionnement de la Commission de soutien en cas de convocation conformément aux articles 93.6 paragraphe 4, 93.14, 93.21, 93.22 paragraphe 3 et 93.23

Les parties visées à l'alinéa 2 sont convoquées par le président dans les dix jours ouvrables suivant la réception de l'acte. Trois jours ouvrables au moins doivent séparer l'invitation et l'audition des parties; le cachet de la poste fait foi.

Les personnes chargées de l'éducation, le chef d'établissement de l'école ordinaire en sa qualité de président de la Conférence de soutien, et le chef d'établissement de l'école spécialisée sont entendus par la Commission de soutien.

Les personnes chargées de l'éducation, le chef d'établissement de l'école ordinaire et le chef d'établissement de l'école spécialisée peuvent se faire assister par un avocat ou un représentant d'une association qui défend leurs intérêts respectifs. Les personnes chargées de l'éducation ont, en outre, le droit de se faire représenter par un avocat ou un représentant d'une association qui défend leurs intérêts.

La Commission de soutien peut exiger une enquête complémentaire. Elle peut aussi consulter des experts.

Le fait que les personnes chargées de l'éducation ou leur représentant, le chef d'établissement de l'école ordinaire ou son représentant, ou le chef d'établissement de l'école spécialisée ou son représentant ne comparaissent pas lors de la séance n'empêche pas la Commission de statuer.

Article 93.29 - Fonctionnement de la Commission de soutien en cas de convocation de la Commission afin d'octroyer une dérogation concernant le maintien dans l'enseignement spécialisé.

Les parties citées à l'alinéa 2 sont convoquées par le président dans les dix jours ouvrables suivant la réception de l'avis positif émis par le conseil de classe de l'école spécialisée à propos du maintien de l'élève dans l'école secondaire spécialisée au-delà de son vingt-et-unième anniversaire. Trois jours ouvrables au moins doivent séparer l'invitation et l'audition des parties; le cachet de la poste fait foi.

Les personnes chargées de l'éducation et le chef d'établissement de l'école spécialisée sont entendus par la Commission de soutien.

Les personnes chargées de l'éducation et le chef d'établissement de l'école spécialisée peuvent se faire assister par un avocat ou un représentant d'une association qui défend leurs intérêts respectifs. Les personnes chargées de l'éducation ont, en outre, le droit de se faire représenter par un avocat ou un représentant d'une association qui défend leurs intérêts.

La Commission de soutien peut ordonner une enquête complémentaire. Elle peut aussi consulter des experts.

Le fait que les personnes chargées de l'éducation ou leur représentant ou le chef d'établissement de l'école spécialisée ou son représentant ne comparaissent pas lors de la séance n'empêche pas la Commission de statuer.

Article 93.30 - Quorum de présence et de vote

La Commission de soutien ne peut délibérer valablement que si tous les membres effectifs ou, s'ils sont absents, leurs suppléants respectifs sont présents. Si ce n'est pas le cas, le président convoque une nouvelle réunion dans les cinq jours ouvrables. Au cours de cette nouvelle réunion une décision peut être prise indépendamment du nombre de membres présents.

Tous les membres effectifs cités à l'article 93.24 paragraphe 1^{er}, 1^o, 2^o, 3^o et 4^o respectivement, en leur absence, leurs suppléants respectifs, ont voix délibérative.

La décision motivée est prise à l'issue d'un vote à la majorité simple. Les abstentions ne sont pas admises. En cas de parité des voix, celle du président est prépondérante.

Article 93.31 - Communication de la décision

La décision motivée de la Commission de soutien est communiquée par recommandé aux parties, dans les cinq jours ouvrables qui suivent la réunion au cours de laquelle elle a été prise.

Article 93.32 - Frais de fonctionnement et indemnités

Les frais de fonctionnement de la Commission de soutien sont à charge de la Communauté germanophone.

En application de l'arrêté du Gouvernement du 12 juillet 2001 portant harmonisation des jetons de présence et des indemnités de déplacement au sein d'organismes et de conseils d'administration de la Communauté germanophone, les membres, respectivement les membres suppléants, perçoivent des jetons de présence et une indemnité de déplacement à charge du budget de la Communauté germanophone. »

TITRE IV. — AIDE AU SOUTIEN ACCORDE AUX ELEVES EN DIFFICULTE D'APPRENTISSAGE DANS LES ECOLES ORDINAIRES ET SPECIALISEES

Art. 17. Aide au soutien accordé aux élèves en difficulté d'apprentissage dans les écoles ordinaires.

Une section 2bis comprenant les articles 52.1 à 52.5 et rédigée comme suit est insérée dans le chapitre VI du décret du 26 avril 1999 relatif à l'enseignement fondamental ordinaire :

« Section 2bis - Soutien particulier accordé aux élèves en difficulté d'apprentissage dans les écoles fondamentales ordinaires

Sous-section 1^{re}. — Principe

Article 52.1 - Détermination du soutien nécessaire et soutien particulier dans les écoles fondamentales ordinaires.

§ 1^{er} - Afin de stimuler l'aptitude à déterminer le soutien nécessaire et d'élargir les compétences en pédagogie de soutien dans les écoles fondamentales ordinaires, cent quarts d'emploi échelonnés comme suit sont mis à disposition de l'enseignement fondamental ordinaire :

Bloc 1 : 20 quarts d'emploi

Bloc 2 : 15 quarts d'emploi

Bloc 3 : 25 quarts d'emploi

Bloc 4 : 20 quarts d'emploi

Bloc 5 : 20 quarts d'emploi

§ 2 - Chaque pouvoir organisateur de l'enseignement fondamental ordinaire reçoit un certain nombre de quarts d'emploi calculé selon la formule suivante :

$$\frac{A \times B}{C}$$

A = nombre de quarts d'emploi mis à disposition de l'enseignement fondamental ordinaire conformément au paragraphe premier

B = nombre d'élèves dans les écoles fondamentales ordinaires du pouvoir organisateur

C = nombre total d'étudiants dans les écoles fondamentales ordinaires en Communauté germanophone

Si la première décimale est inférieure à 5, le résultat est arrondi à l'unité inférieure; si elle est égale ou supérieure à 5, le résultat est arrondi à l'unité supérieure.

§ 3 - Les quarts d'emploi visés au paragraphe premier sont mis à disposition dans les six ans après l'entrée en vigueur du décret. Le Gouvernement fixe le moment et les modalités de leur mise à disposition.

Sous-section 2 - Base de calcul

Article 52.2 - Principe

Le capital emplois est calculé collectivement pour toutes les écoles fondamentales d'un même pouvoir organisateur.

Le dernier jour d'école du mois de janvier de l'année précédente sert de jour de référence pour le calcul.

Article 52.3 - Mode de calcul

Les nombres d'élèves suivants sont additionnés :

1. le nombre d'élèves réguliers de l'enseignement maternel qui ont été présents au moins à raison de demi-journées pendant cinq jours scolaires durant le mois de janvier ;

2. le nombre d'élèves réguliers de l'enseignement primaire.

Sous-section 3 - Utilisation du capital emplois

Article 52.4 - Durée de disponibilité du capital emplois

Le capital emplois calculé conformément aux articles 52.1 à 52.3 est disponible pour l'année scolaire en cours.

Article 52.5 - Utilisation du capital emplois

Le pouvoir organisateur peut utiliser le capital emplois calculé conformément aux articles 52.1 à 52.3 dans une ou plusieurs de ses écoles pour :

1. remplacer des membres du personnel qui suivent une formation continue reconnue par le Gouvernement dans le domaine de l'évaluation du soutien pédagogique nécessaire, de la pédagogie de soutien et plus particulièrement le soutien donné à des élèves qui présentent des difficultés particulières quant aux objectifs de développement et aux aptitudes de base dans le domaine de la langue dans laquelle est organisé l'enseignement, de la première langue étrangère ou des mathématiques et, le cas échéant, des aptitudes multidisciplinaires;

2. engager à partir de l'année scolaire 2014-2015 des membres du personnel qui sont porteurs, outre des titres requis pour la fonction à pourvoir ou de titres jugés suffisants, d'une qualification supplémentaire accordée sur base d'une formation approuvée par le Gouvernement dans le domaine de l'évaluation du soutien pédagogique nécessaire, de la pédagogie de soutien ou du soutien aux élèves qui présentent des difficultés particulières par rapport aux objectifs de développement et aux aptitudes de base dans le domaine de la langue dans laquelle est organisé l'enseignement, de la première langue étrangère ou des mathématiques et, le cas échéant, des aptitudes multidisciplinaires.

Le capital emplois est ajouté au capital emplois calculé conformément à la section 3 du présent chapitre. Le capital emplois calculé conformément aux articles 52.1 à 52.3 n'est pas pris en compte pour une nomination définitive ou un engagement définitif. »

Art. 18. Aide au soutien d'élèves nécessitant un soutien pédagogique spécialisé dans les écoles spécialisées

Un article 5^{quater} rédigé comme suit est inséré dans le chapitre VI du décret du 27 juin 1990 fixant la façon de déterminer les fonctions du personnel dans l'enseignement spécialisé :

« article 5^{quater} - Aide au soutien d'élèves ayant besoin de soutien pédagogique spécialisé dans les écoles spécialisées

§ 1^{er} - Afin de stimuler l'aptitude à déterminer le soutien nécessaire et d'élargir les compétences en pédagogie de soutien dans les écoles spécialisées, 18 quarts d'emploi échelonnés comme suit sont mis à disposition de l'enseignement spécial :

Bloc 1 : 4 quarts d'emploi

Bloc 2 : 2 quarts d'emploi

Bloc 3 : 5 quarts d'emploi

Bloc 4 : 3 quarts d'emploi

Bloc 5 : 4 quarts d'emploi

Chaque pouvoir organisateur de l'enseignement spécialisé reçoit un certain nombre de quarts d'emploi calculé selon la formule suivante :

$$\frac{A \times B}{C}$$

A = nombre de quarts d'emploi mis à disposition de l'enseignement spécialisé conformément au paragraphe premier

B = nombre d'élèves dans les écoles spécialisées du pouvoir organisateur

C = nombre total d'étudiants dans les écoles spécialisées en Communauté germanophone

Si la première décimale est inférieure à 5, le résultat est arrondi à l'unité inférieure; si elle est égale ou supérieure à 5, le résultat est arrondi à l'unité supérieure.

Les quarts d'emploi visés au paragraphe premier sont mis à disposition dans les six ans après l'entrée en vigueur du décret. Le Gouvernement fixe le moment et les modalités de leur mise à disposition.

§ 2 - Le dernier jour d'école du mois de janvier de l'année précédente sert de jour de référence pour le calcul.

§ 3 - Les nombres d'élèves suivants sont additionnés :

1. le nombre d'élèves réguliers de l'enseignement maternel qui ont été présents au moins à raison de demi-journées pendant cinq jours scolaires durant le mois de janvier ;
2. le nombre d'élèves réguliers de l'enseignement primaire;
3. le nombre d'élèves réguliers de l'enseignement secondaire.

§ 4 - Le capital emplois calculé conformément aux paragraphes 1^{er} à 3 est disponible pour l'année scolaire en cours.

§ 5 - Le pouvoir organisateur peut utiliser le capital emplois calculé conformément aux paragraphes 1^{er} à 3 dans une école spécialisée :

1. pour remplacer des membres du personnel directeur, enseignant, auxiliaire d'éducation, paramédical et socio-psychologique, qui suivent une formation continue reconnue par le Gouvernement dans les domaines de l'évaluation du soutien pédagogique nécessaire, de la pédagogie de soutien et particulièrement le soutien d'élèves qui présentent des difficultés particulières quant aux objectifs de développement et aux aptitudes de base dans le domaine de la langue dans laquelle est organisé l'enseignement, de la première langue étrangère ou des mathématiques et, le cas échéant, des aptitudes multidisciplinaires;

2. engager à partir de l'année scolaire 2014-2015 des membres du personnel qui sont porteurs, outre des titres requis pour la fonction à pourvoir ou de titres jugés suffisants, d'une qualification supplémentaire accordée sur base d'une formation approuvée par le Gouvernement dans le domaine de l'évaluation du soutien pédagogique nécessaire, de la pédagogie de soutien, de la pédagogie curative ou de l'orthopédie. ou du soutien aux élèves qui présentent des difficultés particulières par rapport aux objectifs de développement et aux aptitudes de base dans le domaine de la langue dans laquelle est organisé l'enseignement, de la première langue étrangère ou des mathématiques et, le cas échéant, des aptitudes multidisciplinaires.

Le capital emplois est ajouté au capital emplois calculé conformément à l'article 5^{ter}. Le capital emplois calculé conformément aux paragraphes 1^{er} à 3 n'est pas pris en compte pour une nomination définitive ou un engagement définitif. »

Art. 19. Congé en vue de participer à une formation continue reconnue par le Gouvernement et portant sur l'évaluation du soutien nécessaire ou sur la pédagogie de soutien

§ 1^{er} - Le présent article s'applique :

1. aux membres du personnel des établissements d'enseignement organisés par la Communauté germanophone et qui sont soumis à un statut;
2. aux membres du personnel subsidié des établissements d'enseignement subventionnés par la Communauté germanophone et qui sont soumis à un statut.

§ 2 - Sur proposition du chef d'établissement le pouvoir organisateur peut octroyer un congé à un membre du personnel en activité de service visé au paragraphe premier afin de lui permettre de participer à une formation continue reconnue par le Gouvernement et portant sur l'évaluation du soutien pédagogique nécessaire ou sur la pédagogie de soutien.

Le pouvoir organisateur octroie le congé dans le cadre du capital emplois dont il dispose conformément à l'article 5^{quater} du décret du 27 juin 1990 fixant la façon de déterminer les fonctions du personnel dans l'enseignement spécial, respectivement des articles 52.1 à 52.3 du décret du 26 avril 1999 relatif à l'enseignement fondamental ordinaire.

Le congé visé au premier alinéa peut être octroyé pour l'ensemble ou une partie des prestations fournies par le membre du personnel.

La durée du congé correspond à la durée de la formation continue suivie.

§ 3 - Le membre du personnel qui souhaite bénéficier du congé mentionné au paragraphe 2 introduit, par l'intermédiaire du chef d'établissement, respectivement du directeur, une demande écrite mentionnant les dates de début et de fin du congé auprès de son pouvoir organisateur et ce au plus tard 30 jours avant le début du congé. Cette demande est accompagnée d'une autorisation de participation délivrée par l'établissement qui organise la formation continue.

Par dérogation à l'alinéa précédent, le pouvoir organisateur peut quand même octroyer le congé mentionné au paragraphe 2 lorsqu'il a été demandé après expiration du délai prévu à l'alinéa précédent, pour autant que le chef d'établissement estime que le fonctionnement du service n'en est pas affecté.

À l'issue de la formation continue, le membre du personnel introduit, par l'intermédiaire du chef d'établissement, une attestation de participation auprès du pouvoir organisateur délivrée par l'établissement qui organise la formation continue.

§ 4 - Le congé mentionné au paragraphe 2 est un congé rémunéré assimilé à une activité de service.

TITRE V. — MODIFICATION DE DIFFERENTES DISPOSITIONS

CHAPITRE I^{er}. — *Modification de l'arrêté royal du 15 avril 1958 portant statut pécuniaire du personnel enseignant, scientifique et assimilé du Ministre de l'Instruction publique*

Art. 20. Dans l'article 16 paragraphe 3 de l'arrêté royal du 15 avril 1958 portant statut pécuniaire du personnel enseignant, scientifique et assimilé du ministère de l'instruction publique, remplacé par le décret de 25 juin 2007, le mot « spécial » est remplacé par le mot « spécialisé ».

CHAPITRE II. — *Modification de la loi du 22 juin 1964 relative au statut des membres du personnel de l'enseignement de l'état*

Art. 21. Dans l'article 3, paragraphe 2, de la loi du 22 juin 1964 relative au statut des membres du personnel de l'enseignement de l'état modifiée en dernier lieu par l'Arrêté royal N° 456 du 10 septembre 1986, les mots « enseignement spécial » sont remplacés par les mots « de enseignement spécialisé » et le mot « psychologique » par le mot « socio-psychologique ».

Art. 22. Dans l'article 5, alinéa 5 de la même loi, inséré par le décret du 25 juin 2007, le mot « spécial » est remplacé par le mot « spécialisé ».

Dans le même article, un alinéa 6 rédigé comme suit est inséré :

« Par dérogation à l'alinéa premier la fonction de chef de département d'une école secondaire spécialisée est attribuée à partir du 1^{er} septembre 2009 sous forme d'une désignation de durée indéterminée conformément aux dispositions y afférant de l'arrêté royal du 22 mars 1969 fixant le statut des membres du personnel directeur et enseignant, du personnel auxiliaire d'éducation, du personnel paramédical et socio-psychologique des établissements d'enseignement gardien, primaire, spécial, moyen, technique, artistique et normal de l'Etat, des internats dépendant de ces établissements et des membres du personnel du service d'inspection chargé de la surveillance de ces établissements. Une nomination définitive peut intervenir par la suite conformément aux dispositions du même arrêté Royal. »

Art. 23. Dans l'article 6, alinéa 1^{er} de la même loi, complétée par la loi du 6 juillet 1970, les mots « du personnel psychologique, paramédical et social » sont remplacés par les mots « du personnel socio-psychologique et du personnel paramédical ».

CHAPITRE III. — *Modification de l'arrêté royal du 29 août 1966 fixant le statut des membres du personnel administratif, du personnel de maîtrise, gens de métier et de service des établissements d'enseignement gardien, primaire, spécial, moyen, technique, artistique et normal de l'Etat*

Art. 24. Dans le titre de l'arrêté royal du 29 août 1966 fixant le statut des membres du personnel administratif, du personnel de maîtrise, gens de métier et de service des établissements d'enseignement gardien, primaire, spécial, moyen, technique, artistique et normal de l'Etat ainsi que dans l'article 1^{er}, alinéa 1^{er}, du même arrêté royal, modifié par le décret du 23 mars 2009, le mot « spécial » est chaque fois remplacé par le mot « spécialisé ».

Art. 25. Dans l'article 57 du même arrêté royal, remplacé par le décret du 26 juin 2006, le mot « spécial » est remplacé par le mot « spécialisé ».

CHAPITRE IV. — *Modification de l'arrêté royal du 28 février 1967 déterminant les positions administratives du personnel administratif, du personnel de maîtrise, gens de métier et de service des établissements d'enseignement gardien, primaire, spécialisé, moyen, technique, artistique et normal de l'état*

Art. 26. Dans le titre de l'arrêté royal du 28 février 1967 déterminant les positions administratives du personnel administratif, du personnel de maîtrise, gens de métier et de service des établissements d'enseignement gardien, primaire, spécialisé, moyen, technique, artistique et normal de l'Etat le mot « spécial » est remplacé par le mot « spécialisé ».

CHAPITRE V. — *Modification de l'arrêté royal du 19 juin 1967 fixant les titres requis des candidats aux fonctions de recrutement du personnel administratif, du personnel de maîtrise, gens de métier et de service des établissements d'enseignement gardien, primaire, spécial, moyen, technique, artistique et normal de l'état*

Art. 27. Dans le titre de l'arrêté royal du 19 juin 1967 fixant les titres requis des candidats aux fonctions de recrutement du personnel administratif, du personnel de maîtrise, gens de métier et de service des établissements d'enseignement gardien, primaire, spécial, moyen, technique, artistique et normal de l'Etat, le mot « spécial » est remplacé par le mot « spécialisé ».

CHAPITRE VI. — *Modification de l'arrêté royal du 8 décembre 1967 pris en application de l'article 3 de l'arrêté royal du 28 février 1967 déterminant les positions administratives du personnel administratif, du personnel de maîtrise, gens de métier et de service des établissements d'enseignement gardien, primaire, spécialisé, moyen, technique, artistique et normal de l'état*

Art. 28. Dans le titre de l'arrêté royal du 8 décembre 1967 pris en application de l'article 3 de l'arrêté royal du 28 février 1967 déterminant les positions administratives du personnel administratif, du personnel de maîtrise, gens de métier et de service des établissements d'enseignement gardien, primaire, spécial, moyen, technique, artistique et normal de l'Etat le mot « spécial » est remplacé par le mot « spécialisé ».

Art. 29. Dans l'article 1^{er}, alinéa 1^{er}, du même arrêté royal, modifié en dernier lieu par l'arrêté du Gouvernement du 27 janvier 1993 le mot « spécial » est remplacé par le mot « spécialisé ».

CHAPITRE VII. — *Modification de l'arrêté royal du 2 octobre 1968 déterminant et classant les fonctions des membres du personnel directeur et enseignant, du personnel auxiliaire d'éducation, du personnel paramédical des établissements d'enseignement gardien, primaire, spécial, moyen, technique, artistique et normal de l'état et les fonctions des membres du personnel du service d'inspection chargé de la surveillance de ces établissements*

Art. 30. Dans le titre de l'arrêté royal du 2 octobre 1968 déterminant et classant les fonctions des membres du personnel directeur et enseignant, du personnel auxiliaire d'éducation, du personnel paramédical des établissements d'enseignement gardien, primaire, spécial, moyen, technique, artistique et normal de l'Etat et les fonctions des membres du personnel du service d'inspection chargé de la surveillance de ces établissements les mots « et du personnel paramédical » sont remplacés par les mots « , du personnel paramédical et socio-psychologique » et le mot « spécial » est remplacé par le mot « spécialisé ».

Art. 31. Le titre du chapitre II du même arrêté royal est remplacé par le texte suivant :

« Chapitre II - Fonctions des membres du personnel directeur et enseignant, du personnel auxiliaire d'éducation, du personnel paramédical et socio-psychologique des établissements d'enseignement de l'Etat et des internats qui en dépendent. »

Art. 32. L'article 6 du même arrêté royal modifié en dernier lieu par le décret du 23 mars 2009, est modifié comme suit :

1. un alinéa 2 rédigé comme suit est inséré après l'alinéa 1^{er} :

« Les fonctions de recrutement, de sélection et de promotion citées ci-dessous sont chaque fois ventilées pour l'enseignement normal et spécialisé. »

2. Un 14^obis rédigé comme suit est inséré dans la lettre C lettre b) :

« 14bis. Chef de département d'une école spécialisée »

3. Un 17^o rédigé comme suit est inséré dans la lettre C lettre c) :

« 17. Directeur d'une école spécialisée »

Art. 33. L'article 7 lettre a) 8° du même arrêté royal, modifié par le décret du 27 juin 2005, est remplacé par la disposition suivante :

« 8. auxiliaire d'intégration scolaire en pédagogie de soutien ».

Art. 34. Un article 9.1 rédigé comme suit est inséré dans le chapitre II du même arrêté :

« Article 9.1 - Les fonctions des membres du personnel socio-psychologique des établissements d'enseignement gardien, primaire, secondaire et supérieur non-universitaire de l'Etat sont fixées et réparties en fonctions de recrutement de la façon suivante :

a) Fonctions de recrutement

1. auxiliaire psycho-social;
2. assistant social. »

CHAPITRE VIII. — *Modification de l'arrêté royal du 21 octobre 1968 pris en application de l'article 7 de l'arrêté royal du 28 février 1967 déterminant les positions administratives du personnel administratif, du personnel de maîtrise, gens de métier et de service des établissements d'enseignement gardien, primaire, spécial, moyen, technique, artistique et normal de l'Etat*

Art. 35. Dans le titre de l'arrêté royal du 21 octobre 1968 pris en application de l'article 7 de l'arrêté royal du 28 février 1967 déterminant les positions administratives du personnel administratif, du personnel de maîtrise, gens de métier et de service des établissements d'enseignement gardien, primaire, spécial, moyen, technique, artistique et normal de l'Etat le mot « spécial » est remplacé par le mot « spécialisé ».

CHAPITRE IX. — *Modification de l'arrêté royal du 22 mars 1969 fixant le statut des membres du personnel directeur et enseignant, du personnel auxiliaire d'éducation, du personnel paramédical, des établissements d'enseignement gardien, primaire, spécial, moyen, technique, artistique et normal de l'état, des internats dépendant de ces établissements et des membres du personnel du service d'inspection chargé de la surveillance de ces établissements*

Art. 36. Dans le titre de l'arrêté royal du 22 mars 1969 fixant le statut des membres du personnel directeur et enseignant, du personnel auxiliaire d'éducation, du personnel paramédical des établissements d'enseignement gardien, primaire, spécial, moyen, technique, artistique et normal de l'Etat, des internats dépendant de ces établissements et des membres du personnel du service d'inspection chargé de la surveillance de ces établissements le passage « et du personnel paramédical » est remplacé par les mots « , du personnel paramédical et socio-psychologique » et le mot « spécial » est remplacé par le mot « spécialisé ».

Art. 37. Dans l'article 1^{er}, alinéa 1^{er}, du même arrêté royal, remplacé par l'arrêté du Gouvernement du 2 mars 1995 et modifié par le décret du 23 mars 2009, le mot « spécial » est remplacé par le mot « spécialisé » et le passage « du personnel paramédical, social et psychologique » est remplacé par les mots « du personnel paramédical et socio-psychologique ».

Art. 38. Une lettre e) rédigée comme suit est insérée dans l'article 16, alinéa 1^{er}, 5° du même arrêté royal, remplacé par le décret du 26 juin 2006 et modifié par le décret du 23 juin 2008 :

« e) lorsqu'il s'agit d'un membre du personnel enseignant d'une école spécialisée, celui-ci dispose d'un titre prouvant qu'il a suivi une formation complémentaire d'au moins 10 points ECTS dans le domaine de la pédagogie de soutien, curative ou orthopédagogique délivré par un établissement d'enseignement supérieur de la Communauté germanophone ou d'un ou plusieurs titres reconnus comme équivalents par le Gouvernement. »

Un alinéa 5 rédigé comme suit est inséré dans le même article :

« Par dérogation à l'alinéa 1^{er}, 5° ne peuvent faire l'objet d'une désignation à titre temporaire à la fonction d'auxiliaire d'intégration scolaire en pédagogie de soutien et à la fonction d'auxiliaire psychosocial que des personnes disposant au moment de leur désignation du titre requis correspondant à la fonction à pourvoir. »

Art. 39. Un nouvel alinéa rédigé comme suit est inséré après le premier alinéa de l'article 24, paragraphe 2, du même arrêté royal, remplacé par le décret du 26 juin 2006 :

« Lors de l'évaluation d'un membre du personnel, le chef d'établissement peut se baser sur le rapport écrit d'un autre membre du personnel occupant une fonction de sélection ou de promotion et qu'il a chargé par écrit d'établir un tel rapport sur le travail du membre du personnel concerné. »

Art. 40. Dans l'article 32 du même arrêté royal, remplacé par le décret du 26 juin 2006, un nouvel alinéa rédigé comme suit est inséré après l'alinéa 1^{er} :

« Par dérogation à l'alinéa 1^{er} une permutation entre l'enseignement ordinaire et spécialisé peut être opérée dans une autre fonction sous les conditions suivantes :

1. la fonction que le membre du personnel demande d'occuper dans le cadre de la permutation porte la même désignation que la fonction à laquelle le membre du personnel est nommé à titre définitif;
2. le membre du personnel dispose du titre requis pour l'exercice de la fonction qu'il demande d'occuper dans le cadre de la permutation. »

Art. 41. Un nouvel alinéa 3 rédigé comme suit est inséré dans l'article 33, paragraphe 1^{er}, du même arrêté royal remplacé par le décret du 26 juin 2006 et complété par le décret du 21 avril 2008 :

« En dérogation à l'alinéa 3 une mutation de l'enseignement ordinaire vers l'enseignement spécialisé et l'inverse peut être opérée dans une autre fonction sous les conditions suivantes :

1. la fonction vers laquelle le membre du personnel demande à être muté porte la même désignation que la fonction à laquelle le membre du personnel est nommé à titre définitif;
2. le membre du personnel dispose du titre requis pour l'exercice de la fonction vers laquelle il demande à être muté. »

Art. 42. Une lettre e) rédigée comme suit est insérée dans l'article 39, alinéa 1^{er}, 5° du même arrêté royal, remplacé par le décret du 26 juin 2006 et modifié par le décret du 23 juin 2008 :

« e) lorsqu'il s'agit d'un membre du personnel enseignant d'une école spécialisée, celui-ci dispose d'un titre prouvant qu'il a suivi une formation complémentaire d'au moins 10 points ECTS dans le domaine de la pédagogie de soutien, curative ou orthopédagogique délivré par un établissement d'enseignement supérieur de la Communauté germanophone ou d'un ou plusieurs titres reconnus comme équivalents par le Gouvernement. »

Un alinéa 4 rédigé comme suit est inséré dans le même article :

« Par dérogation à l'alinéa 1^{er}, 5^o ne peuvent faire l'objet d'une nomination à titre définitif dans la fonction d'auxiliaire d'intégration scolaire en pédagogie de soutien et dans la fonction d'auxiliaire psychosocial que des personnes disposant au moment de leur désignation du titre requis correspondant à la fonction à pourvoir. »

Art. 43. Un nouvel alinéa rédigé comme suit est inséré après le premier alinéa de l'article 67 du même arrêté royal, remplacé par le décret du 26 juin 2006 :

« Lors de l'évaluation d'un membre du personnel, le chef d'établissement peut se baser sur le rapport écrit d'un autre membre du personnel occupant une fonction de sélection ou de promotion et qu'il a chargé par écrit d'établir un tel rapport sur le travail du membre du personnel concerné. »

Art. 44. Dans l'article 81 du même arrêté royal, remplacé par l'arrêté du Gouvernement du 2 mars 1995 les mots « du personnel paramédical, social et psychologique » sont remplacés par les mots « du personnel paramédical et socio-psychologique ».

Art. 45. Dans l'article 84 alinéa 2 du même arrêté royal, remplacé par l'arrêté du Gouvernement du 2 mars 1995 les mots « du personnel paramédical et du personnel social » sont remplacés par les mots « du personnel paramédical et socio-psychologique ».

L'alinéa 4 du même article est supprimé.

Art. 46. Dans l'article 128 alinéa 1^{er} du même arrêté royal, inséré par le décret du 26 juin 2006, le passage « du personnel paramédical, social et psychologique » est remplacé par les mots « du personnel paramédical et socio-psychologique ».

Art. 47. Un chapitre *VIIIbis* comprenant les articles 91^{ter} à 91^{ter}diés rédigé comme suit est inséré dans le même arrêté royal :

« CHAPITRE *VIIIbis*. — *Dispositions particulières pour le chef de département d'une école secondaire spécialisée*

Article 91^{ter} - Principes

Par dérogation au chapitre VII la fonction de chef de département dans une école secondaire spécialisée (ci-après 'chef de département') est attribuée exclusivement sous forme d'un mandat et d'une nomination à titre définitif conformément aux dispositions ci-dessous.

Article 91^{quater} - Conditions d'admission

Une personne peut exercer cette fonction lorsqu'elle :

1. remplit l'une des conditions suivantes :

a) être citoyen de l'Union européenne ou membre de la famille d'un citoyen de l'Union au sens de l'article 4, paragraphe 2, de la loi du 22 juin 1964 relative au statut des membres du personnel de l'enseignement de l'Etat; le Gouvernement peut accorder une dérogation à cette condition;

b) posséder le statut de résident de longue durée, ressortissant d'un pays tiers, conformément aux dispositions de la loi du 15 décembre 1980 sur l'accès au territoire, le séjour, l'établissement et l'éloignement des étrangers;

c) posséder le statut de réfugié ou le statut de protection subsidiaire conformément aux dispositions de la même loi du 15 décembre 1980;

d) posséder le titre de séjour en application des articles 61/2 à 61/5 de la même loi du 15 décembre 1980;

2. dispose au moins d'un diplôme de l'enseignement supérieur du premier degré;

3. a introduit sa candidature dans les formes et délais fixés dans l'appel à candidats;

4. jouit des droits civils et politiques;

5. satisfait aux lois sur la milice.

L'alinéa 1^{er}, 1^o, lettres b) à d), sert à transposer la Directive 2003/109/CE du Conseil du 25 novembre 2003 relative au statut des ressortissants de pays tiers résidents de longue durée, la Directive 2004/81/CE du Conseil du 29 avril 2004 relative au titre de séjour délivré aux ressortissants de pays tiers qui sont victimes de la traite des êtres humains ou ont fait l'objet d'une aide à l'immigration clandestine et qui coopèrent avec les autorités compétentes et la Directive 2004/83/CE du Conseil du 29 avril 2004 concernant les normes minimales relatives aux conditions que doivent remplir les ressortissants des pays tiers ou les apatrides pour pouvoir prétendre au statut de réfugié ou les personnes qui, pour d'autres raisons, ont besoin d'une protection internationale, et relatives au contenu de ces statuts.

Article 91^{quinquies} - Appel aux candidats et candidature

L'appel aux candidats est publié par le pouvoir organisateur dans la presse, dans les écoles par affichage et sous toute autre forme appropriée.

L'appel aux candidats mentionne le profil requis du chef de département et les objectifs à réaliser pendant le mandat.

La candidature est introduite par recommandé. Le candidat annexe entre autres un plan de stratégie et d'action en vue de réaliser les objectifs visés à l'alinéa précédent.

Article 91^{sexies} - Désignation

Le pouvoir organisateur décide quel candidat assumera le mandat.

Il se base entre autres sur le plan de stratégie et d'action du candidat, un ou plusieurs entretiens de candidature ainsi que sur l'expérience professionnelle et la qualification pédagogique.

Article 91^{septies} - Durée, fin du mandat et nomination

§ 1^{er} - La désignation est de durée indéterminée.

§ 2 - Elle prend fin dans les cas suivants :

1. dans le cas d'une suspension préventive de plus de six mois;

2. dans le cas d'une mise en disponibilité par retrait d'emploi dans l'intérêt du service de plus de six mois;

3. dans le cas du prononcé des peines disciplinaires suivantes :

a) une retenue sur traitement;

- b) une suspension disciplinaire,
- c) une mise en non-activité par mesure disciplinaire;
- d) un licenciement pour faute grave;
- 4. dans le cas de démission volontaire du service, lorsqu'il s'agit d'un membre du personnel nommé à titre définitif;
- 5. dans le cas d'une renonciation volontaire au mandat;
- 6. en cas de dénonciation unilatérale par le pouvoir organisateur;
- 7. dans le cas d'un rapport d'évaluation portant la mention « insuffisant ».

Le pouvoir organisateur peut mettre fin au mandat en cas de congé ou de mise en disponibilité pour cause de maladie ou d'infirmité pour une période ininterrompue de plus de six mois.

Dans les cas prévus à l'alinéa 1^{er}, 4^o et 5^o, le chef de département doit respecter un délai de préavis de soixante jours.

Dans les cas prévus à l'alinéa 1^{er}, 6^o, le délai de préavis est de six mois si l'ancienneté du chef de département est de moins de cinq ans. Il est rallongé de trois mois supplémentaires par période commencée de cinq ans.

Le délai de préavis visé aux alinéas précédents peut être raccourci de commun accord. La résiliation se fait par lettre recommandée mentionnant la durée du préavis. Le recommandé prend effet le troisième jour ouvrable après la date de son envoi.

§ 3 - Un chef de département qui a au moins 50 ans, est nommé à titre définitif si :

- 1. son ancienneté est d'au moins cinq ans;
- 2. son dernier rapport d'évaluation portait au moins la mention « suffisant ».

Article 91*octies* - Statut

§ 1^{er} - Sans préjudice de l'alinéa 2, le chef de département est soumis pendant l'exercice de sa fonction aux articles 5 à 14, 52, 54 à 65, 122 à 167, 168 n^o 2 et 169 n^o 3 du présent statut.

Il est interdit au chef de département :

- 1. de bénéficier d'un congé ou d'une mise en disponibilité autres que :
 - a) le congé annuel;
 - b) le congé de circonstance;
 - c) le congé exceptionnel pour cas de force majeure;
 - d) le congé de maternité;
 - e) le congé pour adoption ou tutelle;
 - f) le congé pour cause de maladie ou d'infirmité;
 - g) le congé pour cause d'une mission dans l'intérêt de l'enseignement;
 - h) la mise en disponibilité pour cause de maladie ou d'infirmité;
 - i) la mise en disponibilité complète pour raisons personnelles avant la mise à la retraite;
- 2. de bénéficier d'une interruption de carrière autre que l'interruption de carrière complète ou partielle pour congé parental, pour soins palliatifs ou pour l'octroi de soins à un membre du ménage ou de la famille qui souffre d'une maladie grave

§ 2 - Les dispositions du paragraphe premier s'appliquent aussi pour un chef de département nommé à titre définitif en application de l'article 91*septies*, paragraphe 3.

Article 91*nomies* - Remplacement temporaire

§ 1^{er} - Lorsque le chef de département est absent pendant plus de cinq jours ouvrables consécutifs en raison d'un des congés ou d'une des mises en disponibilité énumérés à l'article 91*octies*, le pouvoir organisateur peut le faire remplacer temporairement par un autre membre du personnel directeur, enseignant, paramédical ou socio-psychologique nommé à titre définitif et remplissant les conditions de l'article 91*quater*, sauf celle énoncée au point 3^o.

Ne sont pas considérés comme jours de travail au sens de l'alinéa précédent :

- 1. les jours de congé scolaire mentionnés à l'article 58 du décret du 31 août 1998 relatif aux missions confiées aux pouvoirs organisateurs et au personnel des écoles et portant des dispositions générales d'ordre pédagogique et organisationnel pour les écoles ordinaires et spécialisées;
- 2. les jours des vacances d'été, qui font partie intégrante des congés de vacances annuelles en vertu de la législation en matière de congés.

Lorsqu'il est prévu que le chef de département sera vraisemblablement absent pendant au moins plus d'une année en raison d'un des congés ou d'une des mises en disponibilité énumérés à l'article 91*octies*, le pouvoir organisateur peut le faire remplacer temporairement par une personne remplissant les conditions de l'article 91*quater*. La procédure énoncée aux articles 91*quinquies* et 91*sexies* est d'application.

§ 2 - Pendant le remplacement temporaire, les articles 91*octies*, paragraphe 1^{er}, alinéa 2, 91*decies*, 91*duodecies* et 91*terdecies* s'appliquent au remplaçant.

Article 91*decies* - Traitement et prime

§ 1^{er} - Pendant l'exercice de son mandat, le chef de département perçoit un traitement calculé sur base de l'échelle de traitement 422 figurant dans l'annexe de l'arrêté royal du 27 juin 1974 fixant au 1^{er} avril 1972 les échelles des fonctions des membres du personnel directeur et enseignant, auxiliaire d'éducation, paramédical et sociopsychologique des établissements d'enseignement de l'État, des membres du personnel du service d'inspection chargé de la surveillance de ces établissements et des membres du personnel du service d'inspection de l'enseignement par correspondance et de l'enseignement primaire subventionné et fixant les échelles des grades du personnel des centres psycho-médico-sociaux de l'État.

§ 2 - Si un membre du personnel est désigné comme chef de département, il continue de percevoir son traitement par dérogation au paragraphe 1^{er} et bénéficie d'une prime mensuelle compensatoire calculée comme suit :

$$P = X - M$$

P = la prime

X = le traitement visé au paragraphe 1^{er}

M = le traitement mensuel brut du membre du personnel

La prime est liquidée en même temps et aux mêmes conditions que le traitement mensuel.

§ 3 - Si une personne non membre du personnel est désignée comme chef de département, elle perçoit un pécule de vacances et une prime de fin d'année conformément aux dispositions en vigueur dans l'enseignement, le montant visé au paragraphe 1^{er} servant de base de calcul.

§ 4 - Le montant calculé en application des paragraphes 1^{er} et 2 est soumis aux fluctuations de l'indice des prix à la consommation conformément à la loi du 1^{er} mars 1977 organisant un régime de liaison à l'indice des prix à la consommation du Royaume de certaines dépenses dans le secteur public, modifié par les arrêtés royaux n^o 178 du 30 décembre 1982 et du 24 décembre 1993 et les lois du 2 janvier 2001 et du 19 juillet 2001.

La prime continue d'être versée en cas de congé pour cause de maladie ou d'infirmité.

Article 91*uncies* - Rapport d'évaluation

§ 1^{er} - Le pouvoir organisateur établit au moins un rapport d'évaluation tous les cinq ans pour le chef de département. Il mène à cette fin un entretien d'évaluation avec le chef de département. Le chef de département peut lui-même demander une évaluation.

Le chef de département établit au préalable un rapport portant sur la mise en œuvre du plan de stratégie et d'action et sur la réalisation des objectifs. Ce rapport qui servira de base à l'entretien d'évaluation.

Le rapport d'évaluation conclut par les mentions "insuffisant", "insatisfaisant", "satisfaisant", "bon" ou "très bon".

§ 2 - Le rapport est remis en triple exemplaire au chef de département. Il signe les trois exemplaires et en conserve un.

§ 3 - Le chef de département peut signer le rapport sous réserve et introduire un recours devant la chambre de recours dans les dix jours de sa réception.

La chambre de recours transmet un avis motivé au pouvoir organisateur dans les 45 jours suivant le jour où elle a reçu le recours.

Le pouvoir organisateur remet sa décision définitive dans les dix jours après la réception de l'avis. S'il ne suit pas l'avis, il indique ses motivations.

Le recours est suspensif.

Article 91*duodecies* - Retour

Pour autant qu'il soit nommé à titre définitif dans l'enseignement communautaire, le membre du personnel réintègre son ancienne fonction à la fin du mandat, sauf dans les cas énoncés à l'article 91*septies*, paragraphe 2, alinéa 1^{er}, 3^o lettre d) et 4^o.

Article 91*terdecies* - Prise en compte des services

Pour autant qu'il s'agisse d'un membre du personnel de l'enseignement communautaire, les services prestés par le membre du personnel pendant l'exercice de son mandat de chef de département sont pris en considération pour calculer l'ancienneté de service, l'ancienneté de fonction et l'ancienneté pécuniaire. »

Art. 48. Dans le Chapitre VIII, alinéa 6 dans le titre de la section ainsi que dans l'article 121*bis* du même arrêté royal, inséré par le décret du 25 juin 2007, les mots « école secondaire spéciale » sont remplacés par les mots « école secondaire spécialisée ».

Art. 49. l'article 121*ter* alinéa 1^{er}, 2^o du même arrêté royal, inséré par le décret du 25 juin 2007, est remplacé par le passage suivant :

« 2. a) dispose au moins d'un diplôme de l'enseignement supérieur du deuxième degré pour la fonction de préfet d'étude ou de directeur d'une école secondaire ordinaire; à défaut d'un candidat disposant de ce diplôme, un diplôme d'enseignement supérieur du premier degré suffit;

b) dispose au moins d'un diplôme de l'enseignement supérieur du premier degré pour la fonction de directeur d'une école secondaire spécialisée; »

Art. 50. Dans l'article 121*quinquies* alinéa 2 du même arrêté royal, inséré par le décret du 25 juin 2007 et complété par le décret du 21 avril 2008, le mot 'douze' est remplacé par le mot 'vingt-quatre'.

Art. 51. Dans l'article 121*septies* paragraphe 1^{er} alinéa 2, 1^o lettre g) du même arrêté royal, inséré par le décret du 25 juin 2007, le point en fin de phrase est remplacé par une virgule.

Deux lettres h) et i) rédigés comme suit sont ajoutés dans le même alinéa numéro 1 :

« h) le congé pour cause d'une mission dans l'intérêt de l'enseignement;

i) la mise en disponibilité complète pour raisons personnelles avant la mise à la retraite; »

Art. 52. Dans l'article 121*octies* paragraphe 1^{er} alinéa 1^{er} du même arrêté royal, inséré par le décret du 25 juin 2007, le mot 'vingt' est remplacé par le mot 'cinq'.

Dans l'alinéa 3 du même paragraphe le passage « pendant plus d'un an » est remplacé par le passage « pendant au moins un an ».

Art. 53. Dans l'article 121*nonies* paragraphe 1^{er} alinéa 1^{er} du même arrêté royal inséré par le décret du 25 juin 2007 et modifié par le décret du 23 juin 2008, les mots « chef d'établissement » sont remplacés par les mots « chef d'établissement d'une école secondaire ordinaire » et les mots « alinéa 2 » par les mots « alinéa 3 ».

Dans le même paragraphe un nouvel alinéa rédigé comme suit est inséré après l'alinéa 1^{er} :

« Durant sa désignation, le chef d'établissement d'une école secondaire spécialisée perçoit un traitement calculé sur la base l'échelle de traitement reprise dans l'alinéa 3 avec une ancienneté pécuniaire de 19 ans ou son ancienneté pécuniaire réelle si elle est supérieure, majorée d'une prime mensuelle de 428,48 EUR. Les augmentations prévues dans l'échelle de traitement sont octroyées ensuite tous les deux ans. »

Dans l'alinéa 3 du même paragraphe, les mots « enseignement spécial » sont chaque fois remplacés par les mots « enseignement spécialisé ».

CHAPITRE X. — *Modification de l'arrêté royal du 22 avril 1969 fixant les titres requis des membres du personnel directeur et enseignant, du personnel auxiliaire d'éducation, du personnel paramédical des établissements d'enseignement gardien, primaire, spécial, moyen, technique, artistique et normal de l'état et des internats dépendant de ces établissements*

Art. 54. Dans le titre de l'arrêté royal du 22 avril 1969 fixant les titres requis des membres du personnel directeur et enseignant, du personnel auxiliaire d'éducation, du personnel paramédical des établissements d'enseignement gardien, primaire, spécial, moyen, technique, artistique et normal de l'État et des internats dépendant de ces établissements le passage « et du personnel paramédical » est remplacé par le passage « , du personnel paramédical et socio-psychologique » et le mot 'spécial' est remplacé par le mot 'spécialisé'.

Art. 55. L'article 1^{er} du même arrêté est remplacé par la disposition suivante :

« Article premier - Les diplômes, titres et brevets requis par les membres du personnel directeur et enseignant, du personnel auxiliaire d'éducation, du personnel paramédical et socio-psychologique des établissements d'enseignement de l'État et des internats dépendant de ces établissements et des membres du personnel du service d'inspection chargé de la surveillance de ces établissements sont subdivisés en cinq niveaux. »

Art. 56. Un article 12.1 rédigé comme suit est inséré dans le chapitre II du même arrêté royal :

« Article 12.1 - Pour exercer les fonctions dans l'enseignement spécialisé, un titre sanctionnant d'une formation complémentaire dans le domaine de la pédagogie de soutien, curative ou orthopédagogique délivré par un établissement d'enseignement supérieur de la Communauté germanophone ou d'un ou plusieurs titres reconnus comme équivalents par le Gouvernement est nécessaire en plus des titres mentionnés dans le chapitre précédent. Cette formation complémentaire d'au moins 10 points ECTS comprend la matière 'pédagogie de soutien' ainsi que des matières dans le domaine des méthodes de pédagogie de soutien et de didactique de soutien. »

Art. 57. L'article 14, 8^o du même arrêté royal est remplacé par la disposition suivante :

« 8. Auxiliaire d'intégration scolaire en pédagogie de soutien :

- a) licence ou master en pédagogie de soutien;
- b) licence ou master en pédagogie curative;
- c) licence ou master en orthopédagogie;
- d) licence ou master en pédagogie (point fort pédagogie de soutien);
- e) licence ou master en psycho-pédagogie (point fort pédagogie de soutien);
- f) licence ou master en psychologie (point fort pédagogie de soutien);
- g) licence ou master en sciences éducatives.

Vaut aussi comme titre requis tout diplôme sanctionnant une formation de l'enseignement supérieur de deuxième degré dont les matières principales sont liées à la fonction de l'auxiliaire d'intégration scolaire en pédagogie de soutien. Dans ce cas, le Gouvernement décide sur base d'un avis de l'inspection-guidance pédagogique, si le diplôme qualifie la personne à exercer la fonction. »

Art. 58. Un chapitre IVbis comprenant l'article 15.1 et rédigé comme suit est inséré dans le même arrêté royal :

« CHAPITRE IVbis - TITRES REQUIS DES MEMBRES DU PERSONNEL SOCIO-PSYCHOLOGIQUE

Article 15.1 - Les titres requis pour les fonctions citées ci-dessous pouvant être occupées par les membres du personnel socio-psychologique des établissements d'enseignement gardien, primaire, secondaire et supérieur non universitaire de l'État sont fixés comme suit :

1. Auxiliaire psycho-social :

- a) licence ou master en psycho-pédagogie;
- b) licence ou master en psychologie;
- c) licence ou master en socio-pédagogie;
- d) licence ou master en pédagogie de soutien;
- e) licence ou master en pédagogie curative;
- f) licence ou master en orthopédagogie;
- g) Licence ou master en sciences de la famille et de la sexualité;
- h) Licence ou master en sciences éducatives;
- i) Licence ou master en criminologie;
- j) Licence en formation d'adultes et en éducation permanente. »

Vaut aussi comme titre requis tout diplôme sanctionnant une formation de l'enseignement supérieur de deuxième degré dont les matières principales sont liées à la fonction de l'auxiliaire psycho-social. Dans ce cas, le Gouvernement décide sur base d'un avis de l'inspection-guidance pédagogique, si le diplôme qualifie la personne à exercer la fonction.

2. Assistant social : diplôme de l'enseignement supérieur du premier degré en tant qu'assistant social. »

CHAPITRE XI. — *Modification de la loi du 6 juillet 1970 sur l'enseignement spécial et intégré*

Art. 59. Dans l'article 1^{er}, alinéa 1^{er}, de la loi du 6 juillet 1970 sur l'enseignement spécial et intégré, modifié par la loi du 11 mars 1986, la première phrase est remplacée par la disposition suivante :

« La présente loi s'applique aux enfants et jeunes inscrits dans une école spécialisée et pour lesquels la nécessité d'un soutien pédagogique spécialisé a été établie conformément à l'article 93.7 du décret du 31 août 1998 relatif aux missions confiées aux pouvoirs organisateurs et au personnel des écoles et portant des dispositions générales d'ordre pédagogique et organisationnel pour les écoles ordinaires et spécialisées. »

Art. 60. L'article 4 de la même loi, modifié par le décret du 1^{er} juin 1992, est remplacé par la disposition suivante :

« Article 4 - Les avantages offerts par cette loi sont réservés aux élèves âgés de 3 ans au moins ou qui les auront le 31 décembre de l'année scolaire en cours et qui ont 21 ans au plus le 30 juin de l'année scolaire en cours.

Sur la base d'un avis positif rendu par le conseil de classe, la commission de soutien visée à l'article 93.24 du décret du 31 août 1998 relatif aux missions confiées aux pouvoirs organisateurs et au personnel des écoles et portant des dispositions générales d'ordre pédagogique et organisationnel pour les écoles ordinaires et spécialisées peut permettre que les élèves dont l'âge dépasse 21 ans le 30 juin de l'année scolaire en cours bénéficient également des avantages offerts par cette loi. Cette autorisation vaut pour une année scolaire et ne peut être accordée qu'une fois. »

CHAPITRE XII. — *Modification de l'arrêté royal du 25 octobre 1971 fixant le statut des maîtres de religion, des professeurs de religion et des inspecteurs de religion, des religions catholique, protestante, israélite, orthodoxe, islamique et anglicane dans les établissements d'enseignement de la communauté germanophone*

Art. 61. Dans l'article 2 de l'arrêté royal du 25 octobre 1971 fixant le statut des maîtres de religion, des professeurs de religion et des inspecteurs de religion, des religions catholique, protestante, israélite, orthodoxe, islamique et anglicane dans les établissements d'enseignement de la Communauté germanophone, le mot « spécial » est remplacé par le mot « spécialisé » et les mots « et paramédicaux » sont remplacés par le passage « , paramédical et socio-psychologique ».

Art. 62. Une lettre *e*) rédigée comme suit est insérée dans l'article 4, paragraphe 1^{er}, alinéa 1^{er}, 5^o du même arrêté royal, remplacé par le décret du 26 juin 2006 et modifié par le décret du 23 juin 2008 :

« *e*) lorsqu'il s'agit d'un membre du personnel enseignant d'une école spécialisée, celui-ci dispose d'un titre prouvant qu'il a suivi une formation complémentaire d'au moins 10 points ECTS dans le domaine de la pédagogie de soutien, curative ou orthopédagogique délivré par un établissement d'enseignement supérieur de la Communauté germanophone ou d'un ou plusieurs titres reconnus comme équivalents par le Gouvernement. »

Art. 63. Dans l'article 7*bis*, § 3, du même arrêté royal inséré par le décret du 21 avril 2008 le mot « spécial » est remplacé par le mot « spécialisé » et le passage « et paramédical » est remplacé par le passage « , paramédical et socio-psychologique ».

Art. 64. Un nouvel alinéa rédigé comme suit est inséré après le l'alinéa premier de l'article 12, paragraphe 2, du même arrêté royal :

« Lors de l'évaluation d'un membre du personnel, le chef d'établissement peut se baser sur le rapport écrit d'un autre membre du personnel occupant une fonction de sélection ou de promotion et qu'il a chargé par écrit d'établir un tel rapport sur le travail du membre du personnel concerné. »

Art. 65. Une lettre *e*) rédigée comme suit est insérée dans l'article 22*sexies*, alinéa premier, 5^o, du même arrêté royal, remplacé par le décret du 26 juin 2006 et modifié par le décret du 23 juin 2008 :

« *e*) lorsqu'il s'agit d'un membre du personnel enseignant d'une école spécialisée, celui-ci dispose d'un titre prouvant qu'il a suivi une formation complémentaire d'au moins 10 points ECTS dans le domaine de la pédagogie de soutien, curative ou orthopédagogique délivré par un établissement d'enseignement supérieur de la Communauté germanophone ou d'un ou plusieurs titres reconnus comme équivalents par le Gouvernement. »

Art. 66. Un nouvel alinéa rédigé comme suit est inséré après l'alinéa premier de l'article 28 du même arrêté royal, remplacé par le décret du 26 juin 2006 :

« Lors de l'évaluation d'un membre du personnel, le chef d'établissement peut se baser sur le rapport écrit d'un autre membre du personnel occupant une fonction de sélection ou de promotion et qu'il a chargé par écrit d'établir un tel rapport sur le travail du membre du personnel concerné. »

Art. 67. Dans l'article 32 alinéa 1^{er} du même arrêté royal inséré par le décret du 26 juin 2006 et modifié par le décret du 21 avril 2008, le mot « spécial » est remplacé par le mot « spécialisé » et le passage « et paramédical » est remplacé par le passage « , paramédical et socio-psychologique ».

Art. 68. Dans l'article 47*bis* paragraphe 4 du même arrêté royal inséré par le décret du 23 juin 2008, les mots « enseignement spécial » sont remplacés par les mots « enseignement spécialisé ».

Art. 69. Dans l'article 48 du même arrêté royal remplacé par le décret du 23 juin 2008, le mot « spécial » est remplacé par le mot « spécialisé » et le passage « et paramédical » est remplacé par le passage « , paramédical et socio-psychologique ».

CHAPITRE XIII. — *Modification de l'arrêté royal du 29 mai 1972 relatif aux jours de congé rémunéré de maladie et de maternité des membres du personnel directeur et enseignant, du personnel auxiliaire d'éducation et du personnel paramédical, désignés à titre temporaire, des établissements d'enseignement gardien, primaire, spécial, moyen, technique, artistique et normal de l'état*

Art. 70. Dans le titre de l'arrêté royal du 29 mai 1972 relatif aux jours de congé rémunéré de maladie et de maternité des membres du personnel directeur et enseignant, du personnel auxiliaire d'éducation et du personnel paramédical, désignés à titre temporaire, des établissements d'enseignement gardien, primaire, spécial, moyen, technique, artistique et normal de l'État le passage « et du personnel paramédical » est remplacé par le passage « , du personnel paramédical et socio-psychologique » et le mot « spécial » est remplacé par le mot « spécialisé ».

CHAPITRE XIV. — *Modification de l'arrêté royal du 20 décembre 1973, pris en application de l'article 161 de l'arrêté royal du 22 mars 1969 fixant le statut des membres du personnel directeur et enseignant, du personnel auxiliaire d'éducation, du personnel paramédical des établissements d'enseignement gardien, primaire, spécial, moyen, technique, artistique et normal de l'état, des internats dépendant de ces établissements et des membres du service d'inspection chargé de la surveillance de ces établissements*

Art. 71. Dans le titre de l'arrêté royal du 20 décembre 1973, pris en application de l'article 161 de l'arrêté royal du 22 mars 1969 fixant le statut des membres du personnel directeur et enseignant, du personnel auxiliaire d'éducation, du personnel paramédical des établissements d'enseignement gardien, primaire, spécial, moyen, technique, artistique et normal de l'Etat, des internats dépendant de ces établissements et des membres du service d'inspection chargé de la surveillance de ces établissements, le passage « et du personnel paramédical » est remplacé par le passage « , et du personnel paramédical et socio-psychologique » et le mot « spécial » est remplacé par le mot « spécialisé ».

CHAPITRE XV. — *Modification de l'arrêté royal du 15 janvier 1974, pris en application de l'article 160 de l'arrêté royal du 22 mars 1969 fixant le statut des membres du personnel directeur et enseignant, du personnel auxiliaire d'éducation, du personnel paramédical des établissements d'enseignement gardien, primaire, spécial, moyen, technique, artistique et normal de l'Etat, des internats dépendant de ces établissements et des membres du personnel du service d'inspection chargé de la surveillance de ces établissements*

Art. 72. Dans le titre de l'arrêté royal du 15 janvier 1974, pris en application de l'article 160 de l'arrêté royal du 22 mars 1969 fixant le statut des membres du personnel directeur et enseignant, du personnel auxiliaire d'éducation, du personnel paramédical des établissements d'enseignement gardien, primaire, spécial, moyen, technique, artistique et normal de l'Etat, des internats dépendant de ces établissements et des membres du personnel du service d'inspection chargé de la surveillance de ces établissements, le passage « et du personnel paramédical » est remplacé par le passage « , du personnel paramédical et socio-psychologique » et le mot « spécial » est remplacé par le mot « spécialisé ».

Art. 73. Dans l'article 1^{er}, alinéa 1^{er}, du même arrêté royal, modifié en dernier lieu par le décret du 21 avril 2008, le passage « et du personnel paramédical » est remplacé par le passage « , du personnel paramédical et socio-psychologique » et le mot « spécial » est remplacé par le mot « spécialisé ».

Dans le même alinéa 1^{er}, 1^o, remplacé par le décret du 6 juin 2005, le passage « chef de département d'une école spécialisée » est inséré après le mot « chef d'établissement ».

Dans le même alinéa 1^{er}, 2^o, le passage « chef de département d'une école spécialisé » est inséré après le mot « chef d'établissement ».

Dans la phrase introductive du même alinéa 1^{er}, 4^o, remplacée par le décret du 6 juin 2005, le mot « et » est remplacé par une virgule et le passage « et du personnel socio-psychologique » est inséré après les mots « personnel auxiliaire d'éducation ».

Dans le même alinéa 1^{er}, 4^o, lettre c), deuxième tiret, remplacé par le décret du 6 juin 2005, le passage « et du personnel socio-psychologique » est inséré après les mots « personnel auxiliaire d'éducation ».

CHAPITRE XVI. — *Modification de l'arrêté royal du 18 janvier 1974, pris en application de l'article 164 de l'arrêté royal du 22 mars 1969 fixant le statut des membres du personnel directeur et enseignant, du personnel auxiliaire d'éducation, du personnel paramédical des établissements d'enseignement gardien, primaire, spécial, moyen, technique, artistique et normal de l'état, des internats dépendant de ces établissements et des membres du personnel du service d'inspection chargé de la surveillance de ces établissements*

Art. 74. Dans le titre et dans l'article 1^{er} de l'arrêté royal du 18 janvier 1974, pris en application de l'article 164 de l'arrêté royal du 22 mars 1969 fixant le statut des membres du personnel directeur et enseignant, du personnel auxiliaire d'éducation, du personnel paramédical des établissements d'enseignement gardien, primaire, spécial, moyen, technique, artistique et normal de l'Etat, des internats dépendant de ces établissements et des membres du personnel du service d'inspection chargé de la surveillance de ces établissements, le passage « et du personnel paramédical » est remplacé par le passage « , du personnel paramédical et socio-psychologique » et le mot « spécial » est remplacé par le mot « spécialisé ».

CHAPITRE XVII. — *Modification de l'arrêté royal du 27 juin 1974 fixant au 1^{er} avril 1972 les échelles des fonctions des membres du personnel directeur et enseignant, du personnel auxiliaire d'éducation, du personnel paramédical des établissements d'enseignement de l'état, des membres du personnel du service d'inspection chargé de la surveillance de ces établissements, des membres du personnel du service d'inspection de l'enseignement par correspondance et de l'enseignement primaire subventionné et les échelles des grades du personnel des centres psycho-médico-sociaux de l'état*

Art. 75. Dans le titre et dans l'article 2 chapitre C « Personnel directeur et enseignant dans l'enseignement secondaire du degré inférieur » de l'arrêté royal du 27 juin 1974 fixant au 1^{er} avril 1972 les échelles des fonctions des membres du personnel directeur et enseignant, du personnel auxiliaire d'éducation, du personnel paramédical des établissements d'enseignement de l'Etat, des membres du personnel du service d'inspection chargé de la surveillance de ces établissements, des membres du personnel du service d'inspection de l'enseignement par correspondance et de l'enseignement primaire subventionné et les échelles des grades du personnel des centres psycho-médico-sociaux de l'Etat, les mots « enseignement spécial » sont remplacés par les mots « enseignement spécialisé » et le passage « et paramédical » est remplacé par le passage « , paramédical et socio-psychologique ».

CHAPITRE XVIII. — *Modification de l'arrêté royal du 20 juin 1975 relatif aux titres suffisants dans l'enseignement gardien et primaire*

Art. 76. Un alinéa 2 rédigé comme suit est inséré dans l'article 11 de l'arrêté royal du 20 juin 1975 relatif aux titres suffisants dans l'enseignement gardien et primaire, modifié en dernier lieu par le décret du 23 juin 2008 :

« Pour exercer les fonctions dans la catégorie du personnel enseignant dans l'enseignement spécialisé, les titres suffisants visés à l'alinéa précédent doivent être complétés d'un titre sanctionnant une formation complémentaire dans le domaine de la pédagogie de soutien, curative ou orthopédagogique délivré par un établissement d'enseignement supérieur de la Communauté germanophone ou d'un ou plusieurs titres reconnus comme équivalents par le Gouvernement. Cette formation complémentaire d'au moins 10 points ECTS comprend la matière 'pédagogie de soutien' ainsi que des matières dans le domaine des méthodes de pédagogie de soutien et de didactique de soutien. »

CHAPITRE XIX. — *Modification de l'arrêté royal du 30 juillet 1975 relatif aux titres jugés suffisants dans l'enseignement secondaire dispensé dans les établissements d'enseignement moyen ou d'enseignement normal officiels subventionnés*

Art. 77. Une lettre *d*) rédigée comme suit est insérée dans l'article 11 lettre D de l'arrêté royal du 30 juillet 1975 relatif aux titres jugés suffisants dans l'enseignement secondaire dispensé dans les établissements d'enseignement moyen ou d'enseignement normal officiels subventionnés,

« *d*) Pour exercer les fonctions dans la catégorie du personnel enseignant dans l'enseignement spécialisé, les titres jugés suffisants visés à l'alinéa précédent doivent être complétés d'un titre sanctionnant une formation complémentaire dans le domaine de la pédagogie de soutien, curative ou orthopédagogique délivré par un établissement d'enseignement supérieur de la Communauté germanophone ou d'un ou plusieurs titres reconnus comme équivalents par le Gouvernement. Cette formation complémentaire d'au moins 10 points ECTS comprend la matière 'pédagogie de soutien' ainsi que des matières dans le domaine des méthodes de pédagogie de soutien et de didactique de soutien. »

CHAPITRE XX. — *Modification de l'arrêté royal du 30 juillet 1975 relatif aux titres jugés suffisants dans l'enseignement secondaire dispensé dans les établissements libres d'enseignement moyen ou d'enseignement normal subventionnés, y compris l'année postsecondaire psycho-pédagogique*

Art. 78. Une lettre *d*) rédigée comme suit est insérée dans l'article 11 lettre D de l'arrêté royal du 30 juillet 1975 relatif aux titres jugés suffisants dans l'enseignement secondaire dispensé dans les établissements libres d'enseignement moyen ou d'enseignement normal subventionnés, y compris l'année postsecondaire psycho-pédagogique :

« *d*) Pour exercer les fonctions dans la catégorie du personnel enseignant dans l'enseignement spécialisé, les titres jugés suffisants visés à l'alinéa précédent doivent être complétés d'un titre sanctionnant une formation complémentaire dans le domaine de la pédagogie de soutien, curative ou orthopédagogique délivré par un établissement d'enseignement supérieur de la Communauté germanophone ou d'un ou plusieurs titres reconnus comme équivalents par le Gouvernement. Cette formation complémentaire d'au moins 10 points ECTS comprend la matière 'pédagogie de soutien' ainsi que des matières dans le domaine des méthodes de pédagogie de soutien et de didactique de soutien. »

CHAPITRE XXI. — *Modification de l'arrêté royal du 30 juillet 1975 relatif aux titres jugés suffisants dans les établissements subventionnés d'enseignement technique et d'enseignement professionnel secondaire de plein exercice et de promotion sociale*

Art. 79. Un 7° rédigé comme suit est inséré dans l'article 11 lettre D de l'arrêté royal du 30 juillet 1975 relatif aux titres jugés suffisants dans les établissements subventionnés d'enseignement technique et d'enseignement professionnel secondaire de plein exercice et de promotion sociale modifié en dernier lieu par le décret du 23 juin 2008 :

« 7. Pour exercer les fonctions dans la catégorie du personnel enseignant dans l'enseignement spécialisé, les titres jugés suffisants visés à l'alinéa précédent doivent être complétés d'un titre sanctionnant une formation complémentaire dans le domaine de la pédagogie de soutien, curative ou orthopédagogique délivré par un établissement d'enseignement supérieur de la Communauté germanophone ou d'un ou plusieurs titres reconnus comme équivalents par le Gouvernement. Cette formation complémentaire d'au moins 10 points ECTS comprend la matière 'pédagogie de soutien' ainsi que des matières dans le domaine des méthodes de pédagogie de soutien et de didactique de soutien. »

CHAPITRE XXII. — *Modification de l'arrêté royal du 27 juillet 1976 réglementant la mise en disponibilité par défaut d'emploi, la réaffectation et l'octroi d'une subvention-traitement d'attente dans l'enseignement subventionné*

Art. 80. Dans l'article 7*bis*, paragraphe 4, de l'arrêté royal du 27 juillet 1976 réglementant la mise en disponibilité par défaut d'emploi, la réaffectation et l'octroi d'une subvention-traitement d'attente dans l'enseignement subventionné, inséré par le décret du 23 juin 2008, les mots « enseignement spécial » sont remplacés par les mots « enseignement spécialisé ».

CHAPITRE XXIII. — *Modification de l'arrêté royal du 28 juin 1978 portant définition des types et organisation de l'enseignement spécial et déterminant les conditions d'admission et de maintien dans les divers niveaux d'enseignement spécial*

Art. 81. Dans le titre et dans l'article 37*bis*, inséré par l'arrêté du Gouvernement du 1^{er} septembre 1993, de l'arrêté royal du 28 juin 1978 portant définition des types et organisation de l'enseignement spécial et déterminant les conditions d'admission et de maintien dans les divers niveaux d'enseignement spécial, les mots « enseignement spécial » sont chaque fois remplacés par les mots « enseignement spécialisé ».

CHAPITRE XXIV. — *Modification de l'arrêté royal n° 465 du 10 septembre 1986 portant rationalisation et programmation des internats de l'enseignement organisé ou subventionné par l'Etat*

Art. 82. Dans l'article 7, alinéa 1^{er}, et alinéa 2, de l'arrêté royal n° 456, du 10 septembre 1986 portant rationalisation et programmation des internats de l'enseignement organisé ou subventionné par l'Etat, remplacé par le décret du 7 mai 1990, les mots « enseignement spécial » sont chaque fois remplacés par les mots « enseignement spécialisé ».

CHAPITRE XXV. — *Modification du décret du 21 décembre 1987 tendant à promouvoir le bon emploi du haut-allemand dans les écoles*

Art. 83. Dans l'article 2, paragraphe 1^{er}, du décret du 21 décembre 1987 tendant à promouvoir le bon emploi du Haut-Allemand dans les écoles les mots « enseignement spécial » sont remplacés par les mots « enseignement spécialisé ».

Dans le paragraphe 2, tirets 4 et 5, du même article, les mots « école spéciale » sont chaque fois remplacés par les mots « école spécialisée ».

CHAPITRE XXVI. — *Modification de l'arrêté royal du 4 septembre 1989 relatif aux congés pour prestations réduites accordés aux membres du personnel de l'enseignement de l'Etat et des centres psycho-médico-sociaux de l'Etat qui ont atteint l'âge de cinquante ans ou qui ont au moins deux enfants qui n'ont pas dépassé l'âge de quatorze ans et relatif à la mise en disponibilité pour convenance personnelle précédant la mise à la retraite*

Art. 84. Dans l'article premier n° 1 et n° 2 de l'arrêté royal du 4 septembre 1989 relatif aux congés pour prestations réduites accordés aux membres du personnel de l'enseignement de l'Etat et des centres psycho-médico-sociaux de l'Etat qui ont atteint l'âge de cinquante ans ou qui ont au moins deux enfants qui n'ont pas dépassé l'âge de quatorze ans et relatif à la mise en disponibilité pour convenance personnelle précédant la mise à la retraite le mot « spécial » est chaque fois remplacé par le mot « spécialisé ».

CHAPITRE XXVII. — *Modification du décret du 27 juin 1990
fixant la façon de déterminer les fonctions du personnel dans l'enseignement spécial*

Art. 85. Dans le titre du décret du 27 juin 1990 fixant la façon de déterminer les fonctions du personnel dans l'enseignement spécial les mots « enseignement spécial » sont remplacés par les mots « enseignement spécialisé ».

Art. 86. Dans le titre du chapitre premier et dans l'article premier, paragraphe premier du même décret les mots « écoles spéciales » sont chaque fois remplacés par les mots « écoles spécialisées ».

Dans le paragraphe 3 du même article premier, remplacé par le décret du 29 juin 1998, les mots « écoles spéciales » sont chaque fois remplacés par les mots « écoles spécialisées ».

Art. 87. Dans l'article 2, paragraphe 1^{er}, du même décret les mots « écoles spéciales » sont remplacés par les mots « écoles spécialisées ».

Dans le paragraphe 2, alinéa 1^{er}, du même article les mots « enseignement spécial » sont remplacés par les mots « enseignement spécialisé ».

Dans l'alinéa 2 du même paragraphe, les mots « enseignement secondaire spécial » sont remplacés par les mots « enseignement secondaire spécialisé ».

Art. 88. L'article 5^{ter} du même décret, inséré par le décret du 30 juin 2003, est remplacé comme suit :

« Article 5^{ter} - Le capital périodes déterminé conformément aux articles 6 paragraphe 3, 21, 34, 37 paragraphe 3 et 44 correspond pour les années scolaires 2009-2010 jusque 2013-2014 comprise au capital période octroyé à l'école spécialisée pour l'année scolaire 2008-2009. »

Art. 89. Dans le chapitre I^{er} du même décret, les mots « enseignement spécial » sont remplacés par les mots « enseignement spécialisé » dans le titre de la section 2.

Art. 90. Dans l'article 6 paragraphe premier du même décret, les mots « enseignement spécial » sont remplacés par les mots « enseignement spécialisé » et les mots « enseignement scolaire spécial » sont remplacés par les mots « enseignement scolaire spécialisé ».

Art. 91. Dans l'article 10, paragraphe 1^{er}, du même décret, remplacé par le décret du 25 juin 1991, les mots « école primaire spéciale » sont remplacés par les mots « école primaire spécialisée ».

Le paragraphe 2 du même article, remplacé par le décret du 25 juin 1991 est remplacé par la disposition suivante :

« § 2 - Le chef d'établissement est dispensé de cours si le nombre total d'écopliers atteint trente ou plus. »

Art. 92. L'article 11 du même décret est remplacé par la disposition suivante :

« Article 11 - Pour les élèves de l'enseignement primaire pris en compte des maîtres spéciaux de religion ou de morale non confessionnelle peuvent être chargés de dispenser deux périodes de religion ou de morale non confessionnelle par classe organisée. »

Art. 93. Dans l'article 13, et l'article 14, alinéa 1^{er}, du même décret les mots « école fondamentale spéciale » sont remplacés par les mots « école fondamentale spécialisée ».

Art. 94. L'article 16 du même décret est modifié comme suit :

1. dans la lettre *b*) les mots « enseignement spécial » sont remplacés par les mots « enseignement spécialisé »;
2. dans la lettre *c*) les mots « enseignement spécial » sont remplacés par les mots « enseignement spécialisé »;
3. dans la lettre *d*) les mots « enseignement scolaire spécial » sont remplacés par les mots « enseignement scolaire spécialisé »;

4. dans la lettre *e*) les mots « école spéciale » sont remplacés par les mots « école spécialisée »;

5. la lettre *f*) est remplacée par la disposition suivante :

« *f*) l'inspection-guidance pédagogique doit avoir émis un avis motivé favorable. »

Art. 95. L'article 17 de même décret est remplacé par la disposition suivante :

« Article 17 - L'inspection-guidance pédagogique apprécie si l'enseignement à domicile contribue au développement positif de toute la personnalité de l'élève et s'il ne ralentit ou ne complique pas son intégration sociale. »

Art. 96. Dans l'article 18 paragraphe 1^{er} du même décret les mots « école spéciale » sont remplacés par les mots « écoles spécialisées ».

Art. 97. Dans le chapitre I^{er}, section 4, du même décret les mots « enseignement spécial » sont remplacés dans le titre de la section 4 par les mots « enseignement spécialisé ».

Art. 98. L'article 23 paragraphe 1^{er} du même décret est complété par la phrase suivante :

« Le directeur est dispensé de sa charge professorale. »

Art. 99. L'article 24 du même décret, remplacé par le décret du 29 juin 1998, est remplacé par la disposition suivante :

« Article 24 - Trois emplois de chef de département peuvent être organisés ou subventionnés lorsque le nombre d'écopliers réguliers d'une école spécialisée atteint au moins 150 le dernier jour scolaire du mois de septembre de l'année scolaire en cours.

Les chefs de départements sont placés sous l'autorité du directeur. »

Art. 100. Dans l'article 25 du même décret, remplacé par le décret du 25 mai 1999, les mots « école secondaire spéciale » sont remplacés par les mots « école secondaire spécialisée ».

Art. 101. Dans le chapitre II du même décret les mots « écoles spéciales » sont remplacés par les mots « écoles spécialisées » dans le titre du chapitre.

Art. 102. Dans l'article 27 paragraphe 1^{er} du même décret, les mots « écoles spéciales » sont chaque fois remplacés par les mots « écoles spécialisées ».

Dans le paragraphe 4 du même article remplacé par le décret du 29 juin 1998, les mots « enseignement spécial » sont remplacés chaque fois par les mots « enseignement spécialisé ».

Art. 103. Dans le chapitre II du même décret les mots « enseignement spécial » dans le titre de la section 2 sont remplacés les mots « enseignement spécialisé ».

Art. 104. L'article 30 paragraphes 1 et 2 du même décret sont remplacés par la disposition suivante :

Sans préjudice des articles 30 et 31 du même décret du 27 juin 1990, quinze périodes supplémentaires sont créées au Centre de pédagogie de soutien et de pédagogie spécialisée pour la fonction de correspondant-comptable. Dès que des périodes sont déclarées disponibles pour la même fonction dans l'école concernée, les périodes supplémentaires créées par le présent article sont diminuées par le nombre de périodes déclarées disponibles.

« § 1^{er} - Dans les écoles spécialisées de l'enseignement de la Communauté comptant plus de 74 élèves dans l'enseignement fondamental, un emploi de correspondant-comptable à temps plein est organisé.

§ 2 - Si le nombre d'élèves est inférieur à 75, l'emploi de correspondant-comptable est organisé à raison de quinze heures par semaine. »

Art. 105. Dans l'article 31 du même décret les mots « enseignement spécial » sont remplacés par les mots « enseignement spécialisé ».

Art. 106. Dans l'article 31bis du même décret, inséré par le décret du 27 juin 1994 et modifié par le décret du 7 janvier 2002, les mots « écoles spéciales » sont chaque fois remplacés par les mots « écoles spécialisées ».

Art. 107. Un article 31ter rédigé comme suit est inséré dans le chapitre II alinéa 2 du même décret, modifié en dernier lieu par le décret du 7 janvier 2002 :

« Article 31ter - Dans une école spécialisée, un demi emploi d'instituteur d'école maternelle ou d'instituteur d'école primaire peut être transformée en un mi-temps de surveillant-éducateur. »

Art. 108. Dans le chapitre II du même décret les mots « enseignement spécial » sont remplacés par les mots « enseignement spécialisé » dans le titre de la section 3.

Art. 109. Dans l'article 34 paragraphe 1^{er} du même décret, remplacé par le décret du 25 juin 1991, les mots « écoles secondaires spéciales » sont remplacés par les mots « écoles secondaires spécialisées ».

Le paragraphe 2 du même article est modifié comme suit :

1. im einleitenden Satz wird das Wort "wird" gestrichen;
2. in Buchstabe a) wird vor die Wortfolge "die dritte Planstelle" das Wort "wird" eingefügt;

Art. 110. Une section 4 comprenant l'article 34.1 et rédigée comme suit est insérée dans le chapitre II du même décret :

« Section 4 - Dispositions communes pour l'enseignement fondamental et secondaire dans l'enseignement spécialisé

Article 34.1 - A partir du 1^{er} janvier 2010 un emploi d'auxiliaire d'intégration scolaire et en pédagogie de soutien peut être organisé ou subventionné dans la catégorie du personnel auxiliaire d'éducation lorsque le nombre d'élèves réguliers d'une école spécialisée est d'au moins 150 le dernier lundi du mois de septembre de l'année scolaire en cours. Si le nombre d'élèves est inférieur à 150, un demi emploi d'auxiliaire d'intégration scolaire et en pédagogie de soutien peut être organisé ou subventionné. »

Art. 111. Dans le titre du chapitre III du même décret, modifié par le décret du 1^{er} juin 1992, les mots « et socio-psychologique » sont ajoutés après le mot « paramédical » et le passage « et du personnel social » est rayé.

Art. 112. Dans l'article 35 paragraphe 1^{er} du même décret, modifié en dernier lieu par le décret du 6 juin 2005, les mots « personnel social » sont remplacés par les mots « personnel socio-psychologique » et le passage « la fonction d'assistant social » est remplacé par le passage « les fonctions d'assistant social et d'auxiliaire psycho-social ».

Dans le paragraphe 2 du même article, remplacé par le décret du 1^{er} juin 1992, les mots « personnel social » sont remplacés par les mots « personnel socio-psychologique » et les mots « écoles spéciales » sont remplacés par les mots « écoles spécialisées ».

Dans le paragraphe 4 du même article, modifié par le décret du 29 juin 1998, les mots « de l'enseignement spécial » sont chaque fois remplacés par les mots « de l'enseignement spécialisé ».

Art. 113. Dans l'article 36 lettre c) du même décret les mots « enseignement scolaire spécial » sont remplacés par les mots « enseignement scolaire spécialisé ».

Art. 114. Dans l'article 37 paragraphe 1^{er} du même décret, modifié par le décret du 1^{er} juin 1992, les mots « écoles spéciales » sont remplacés par les mots « écoles spécialisées », le passage « et socio-psychologique » est inséré après le mot « paramédical » et le passage « et personnel social » est biffé.

Dans le même article un paragraphe 5 rédigé comme suit est inséré :

« § 5 - Le capital emplois déterminé conformément à l'article 37 paragraphe 3 peut être élargi de maximum deux emplois d'auxiliaire psychosocial. Ces deux emplois découlent de la transformation de maximum deux emplois de surveillant-éducateur dans un externat. »

Art. 115. Dans le titre du chapitre IV du même décret les mots « écoles spéciales » sont remplacés par les mots « écoles spécialisées ».

Art. 116. Dans l'article 41 du même décret les mots « écoles spéciales » sont remplacés par les mots « écoles spécialisées ».

Art. 117. Dans l'article 42 du même décret les mots « écoles spéciales » sont remplacés par les mots « écoles spécialisées ».

Art. 118. Dans l'article 44 paragraphe 2 du même décret les mots « de l'enseignement spécial » sont chaque fois remplacés par les mots « de l'enseignement spécialisé » et les mots « école spéciale » par les mots « écoles spécialisées ».

Art. 119. Un article 44.1 rédigé comme suit est inséré dans le chapitre IV section 1^{ière} du même décret :

« Article 44.1 - Dans la fonction de surveillant-éducateur 32 heures supplémentaires par semaine sont octroyées aux écoles spécialisées dont dépend un internat. »

Art. 120. Dans l'article 48 paragraphe 1^{er} du même décret les mots « enseignement spécial » sont remplacés par les mots « enseignement spécialisé ».

Dans le paragraphe 2 du même article les mots « école spéciale » sont remplacés par les mots « école spécialisée ».

Art. 121. L'article 53*bis* paragraphe 1^{er} du même décret, inséré par le décret du 23 octobre 2000, est remplacé par la disposition suivante :

« § 1^{er} - Au sein d'un établissement d'enseignement, le capital périodes peut être transféré d'un niveau scolaire à l'autre et d'une catégorie de personnel à une autre. »

Art. 122. L'article 53*ter* du même décret, inséré par le décret du 17 mai 2004 et remplacé par le décret du 23 juin 2008, est remplacé par la disposition suivante :

« Article 53*ter* - § 1^{er} - Pour l'année scolaire 2009-2010 il est octroyé en plus du capital périodes calculé conformément à l'article 5*ter* un capital périodes supplémentaire en vue de l'intégration d'élèves nécessitant un soutien pédagogique spécialisé dans l'enseignement fondamental.

Ce capital périodes correspond à quatre emplois à temps plein en plus des heures obtenues en multipliant les emplois des membres du personnel contractuel subventionnés octroyés pour l'année scolaire 2003-2004 en vue de l'intégration d'élèves nécessitant un soutien pédagogique spécialisé par les diviseurs administratifs correspondants. Le diviseur administratif est chiffré à 28 pour un instituteur d'école maternelle et à 24 pour un instituteur d'école primaire.

§ 2 - Chaque école spécialisée organisée ou subventionnée par la Communauté germanophone reçoit chaque année scolaire un nombre déterminé de quarts d'emploi calculé selon la formule suivante en sus du capital périodes obtenu conformément à l'article 5*ter* :

$$\frac{88 \times A}{B}$$

A = le nombre d'élèves régulièrement inscrits dans une école ordinaire au dernier jour d'école du mois de janvier de l'année scolaire précédente, pour lesquels la nécessité d'un soutien pédagogique spécialisé a été établie conformément à l'article 93.7 du décret du 31 août 1998 relatif aux missions confiées aux pouvoirs organisateurs et au personnel des écoles et portant des dispositions générales d'ordre pédagogique et organisationnel pour les écoles ordinaires et spécialisées qui sont encadrées par l'école spécialisée en question;

B = nombre total d'élèves régulièrement inscrits dans une école ordinaire au dernier jour d'école du mois de janvier de l'année scolaire précédente et pour lesquels la nécessité d'un soutien pédagogique spécialisé a été établie conformément à l'article 93.7 du même décret du 31 août 1998.

Si la première décimale du nombre de quarts d'emploi calculé conformément au premier alinéa est inférieure à 5, le résultat est arrondi au quart d'emploi inférieur. Si elle est égale ou supérieure à 5, le résultat est arrondi au quart d'emploi supérieur.

Le capital d'emplois calculé conformément au premier alinéa est disponible à 50 % pour un engagement ou une nomination à titre définitif.

Moyennant l'accord du pouvoir organisateur concerné, le capital emplois accordé conformément au premier alinéa peut intégralement ou en partie être transféré d'une école spécialisée organisée ou subventionnée par la Communauté germanophone à une autre école spécialisée organisée ou subventionnée par la Communauté germanophone. Ce transfert peut intervenir à tout moment et vaut chaque fois pour l'année scolaire en cours.

§ 3 - Un nombre déterminé des quarts d'emploi obtenus en additionnant le capital emplois calculé conformément à l'article 5*ter* et au paragraphe précédent doit être utilisé pour soutenir l'intégration des élèves nécessitant un soutien pédagogique spécialisé dans l'enseignement ordinaire. Le nombre de quarts d'emploi que chaque école spécialisée doit normalement prévoir pour l'intégration est calculé comme suit :

$$\frac{138 \times A}{B}$$

A = le nombre d'élèves régulièrement inscrits dans une école ordinaire au dernier jour d'école du mois de janvier de l'année scolaire précédente, pour lesquels la nécessité d'un soutien pédagogique spécialisé a été établie conformément à l'article 93.7 du décret du 31 août 1998 relatif aux missions confiées aux pouvoirs organisateurs et au personnel des écoles et portant des dispositions générales d'ordre pédagogique et organisationnel pour les écoles ordinaires et spécialisées qui sont encadrées par l'école spécialisée en question

B = le nombre total d'élèves inscrits dans une école ordinaire au dernier jour d'école du mois de janvier de l'année scolaire précédente et pour lesquels la nécessité d'un soutien pédagogique spécialisé a été établie conformément à l'article 93.7 du même décret du 31 août 1998.

Si la première décimale du nombre de quarts d'emploi calculé conformément au premier alinéa est inférieure à 5, le résultat est arrondi au quart d'emploi inférieur. Si elle est égale ou supérieure à 5, le résultat est arrondi au quart d'emploi supérieur.

Si une école spécialisée a transféré du capital emplois à une autre en application du paragraphe 2 alinéa 4, le nombre d'emplois ainsi transféré doit être déduit du nombre de quarts d'emploi calculé conformément au paragraphe 3, alinéa 1^{er}.

Si une école spécialisée a reçu du capital emplois transféré d'une autre école spécialisée en application du paragraphe 2, alinéa 4, le nombre d'emplois transféré doit être ajouté au nombre de quarts d'emploi calculé conformément au paragraphe 3, alinéa 1^{er}.

§ 4 - Au moins 5 % du capital emplois calculé conformément au paragraphe § 3 ne peuvent être utilisés qu'après le 30 septembre de l'année scolaire en cours.

Si la première décimale du nombre de quarts d'emploi calculé conformément au premier alinéa est inférieure à 5, le résultat est arrondi au quart d'emploi inférieur. Si elle est égale ou supérieure à 5, le résultat est arrondi au quart d'emploi supérieur.

Sans préjudice du premier alinéa, au moins 4 quarts d'emploi ne peuvent être utilisés qu'après le 30 septembre de l'année scolaire en cours.

§ 5 - Lors de l'octroi des périodes d'intégration, l'école spécialisée veille à ce que les élèves nécessitant un soutien pédagogique spécialisé inscrits dans une section francophone d'une école ordinaire soient encadrés par des membres du personnel ayant une connaissance approfondie du français.

§ 6 - Si l'intégration d'un élève dans une école ordinaire est interrompue dans le courant d'une année scolaire, le capital emplois employé pour l'intégration de cet élève peut être utilisé jusqu'à la fin de l'année scolaire au nouveau lieu de soutien de l'élève.

§ 7 - Les dispositions des paragraphes 2 à 6 s'appliquent aux années scolaires 2010-2011 jusqu'à 2013-2014 incluse. »

Art. 123. L'article 53^{quater} du même décret, inséré par le décret du 6 juin 2005 et modifié par le décret du 25 juin 2007, est remplacé par la disposition suivante :

« Article 53^{quater} - § 1^{er} - En plus du capital emplois obtenu conformément à l'article 5^{ter}, un demi-emploi supplémentaire est accordé à une école fondamentale spécialisée si elle compte cinq élèves de plus le 30 septembre de l'année scolaire en cours qu'elle n'en comptait le 30 septembre 2008. Un demi-emploi supplémentaire est accordé par tranche commencée de cinq élèves supplémentaires.

En plus du capital emplois obtenu conformément à l'article 5^{ter}, un emploi supplémentaire est accordé à une école secondaire spécialisée si elle compte sept élèves de plus le 30 septembre de l'année scolaire en cours qu'elle n'en comptait le 30 septembre 2008. Un emploi supplémentaire est accordé par tranche commencée de sept élèves supplémentaires.

Le capital emplois obtenu conformément au premier alinéa est disponible pour l'année scolaire en cours.

§ 2 - Les dispositions du paragraphe 1^{er} s'appliquent aux années scolaires 2009-2010 jusqu'à 2013-2014 incluse. »

CHAPITRE XXVIII. — *Modification du décret du 18 avril 1994
fixant le montant des subventions de fonctionnement pour l'enseignement subventionné*

Art. 124. Dans l'article 2 alinéa 1^{er} du décret du 18 avril 1994 fixant le montant des subventions de fonctionnement pour l'enseignement subventionné les mots « école spéciale » sont remplacés par les mots « école spécialisée ».

Art. 125. Dans l'article 3 alinéa 2 du même décret, modifié par le décret du 7 janvier 2002, les mots « enseignement fondamental spécial » sont remplacés par les mots « enseignement fondamental spécialisé ».

Art. 126. L'article 6 du même décret, remplacé par le décret du 25 juin 2001, est remplacé par la disposition suivante :

« Article 6 - Dans l'enseignement spécialisé le pouvoir organisateur perçoit une subvention pour l'organisation de la surveillance du temps de midi par établissement. Pour le premier groupe de jusqu'à 40 élèves réguliers celle-ci est de 8 EUR, lorsque le surveillant est titulaire d'un certificat de qualification pédagogique, respectivement de 6 EUR, lorsque le surveillant n'est pas titulaire d'un certificat de qualification pédagogique.

Si l'école, respectivement l'établissement, compte plus de 40 élèves réguliers, le pouvoir organisateur perçoit une subvention supplémentaire calculée conformément à l'alinéa premier par groupe de 40 élèves réguliers commencé s'il engage des surveillants supplémentaires pour la surveillance du temps de midi.

Le dernier jour scolaire du mois de septembre sert de jour de référence pour le calcul visé ci-dessus. Il est tenu compte des élèves réguliers de l'école maternelle présents au moins 10 demi-jours jusqu'au jour de référence ainsi que des élèves de l'école primaire.

Le Gouvernement peut déroger aux nombres d'élèves réguliers visés aux alinéas 1 et 2 si la surveillance ne peut être suffisamment garantie pour des raisons d'infrastructure d'un établissement donné. »

Art. 127. Dans le 4^o de l'annexe du même décret les mots « enseignement primaire spécial » sont remplacés par les mots « enseignement primaire spécialisé ».

CHAPITRE XXIX. — *Modification du décret du 17 juillet 1995
relatif aux droits d'inscription et au minerval dans l'enseignement*

Art. 128. Dans l'article 2 paragraphe 1^{er} du décret du 17 juillet 1995 relatif aux droits d'inscription et au minerval dans l'enseignement, les mots « enseignement fondamental spécial » sont remplacés par les mots « enseignement fondamental spécialisé » et les mots « enseignement secondaire spécial » par les mots « enseignement secondaire spécialisé ».

Dans le paragraphe 2 alinéa 1^{er} du même article, les mots « enseignement maternel spécial » sont remplacés par les mots « enseignement maternel spécialisé ».

CHAPITRE XXX. — *Modification du décret du 31 août 1998 relatif aux missions confiées aux pouvoirs organisateurs et au personnel des écoles et portant des dispositions générales d'ordre pédagogique et organisationnel pour les écoles ordinaires*

Art. 129. Dans l'intitulé du décret du 31 août 1998 relatif aux missions confiées aux pouvoirs organisateurs et au personnel des écoles et portant des dispositions générales d'ordre pédagogique et organisationnel pour les écoles ordinaires, la locution « écoles ordinaires » est remplacée par « écoles ordinaires et spécialisées ».

Art. 130. Dans l'article 1^{er} du même décret, modifié en dernier lieu par le décret du 23 mars 2009, les alinéas 1^{er}, 2 et 3 sont remplacés par les alinéas 1 et 2 rédigés comme suit :

« Le présent décret est applicable à l'enseignement fondamental et secondaire ordinaire et spécialisé organisé ou subventionné par la Communauté germanophone, à l'exception de l'enseignement professionnel secondaire complémentaire auquel s'appliquent exclusivement les articles 38 et 39 ainsi que 42 à 45.

Les articles 23 à 27, 28, 32, 57 à 59 et 63 sont également applicables à l'enseignement secondaire à horaire réduit organisé et subventionné par la Communauté germanophone. »

Art. 131. L'article 4 du même décret, modifié par les décrets des 17 mai 2004 et 16 juin 2008, et modifié comme suit :

1. le 3° est modifié comme suit :

« 3° école : établissement de formation et d'éducation placé sous la direction d'un chef d'établissement et où est dispensé un enseignement conforme à un programme d'études fixé ou approuvé par le Gouvernement, les objectifs de l'enseignement pouvant être adaptés pour des élèves ayant besoin de soutien pédagogique spécialisé; »

2. le 5° est remplacé par ce qui suit :

« 5° personnes chargées de l'éducation : personnes qui exercent soit de plein droit soit suite à un jugement l'autorité parentale vis-à-vis de l'enfant ou du jeune; »

3. le 18° est remplacé par ce qui suit :

« 18° niveau d'enseignement : subdivision de l'enseignement ordinaire et spécialisé en école maternelle, école primaire et école secondaire; »

4. le 23° est remplacé par ce qui suit :

« 23° élève nécessitant un soutien pédagogique spécialisé : élève pour lequel la nécessité d'un soutien pédagogique spécialisé a été établie conformément à l'article 93.7; »

5. le 24° est remplacé par ce qui suit :

« 24° inspection-guidance pédagogique : les personnes chargées par le Gouvernement pour exercer des missions de contrôle et de guidance dans l'enseignement en application du décret du 24 mars 2003 instaurant l'inspection-guidance pédagogique pour l'enseignement en Communauté germanophone et en fixant les missions; »

6. Les 28° à 32° rédigés comme suit sont insérés :

« 28. groupe d'apprentissage : ensemble d'apprenants qui développent ou approfondissent un contenu d'apprentissage;

29. projet d'intégration : scolarisation d'un élève nécessitant un soutien pédagogique spécialisé dans l'enseignement ordinaire moyennant la mise en œuvre de moyens de soutien fixés individuellement, qu'il s'agisse de moyens humains, matériels ou didactiques de soutien pédagogique spécialisé;

30. conférence de soutien : réunion des personnes chargées de l'éducation avec des représentants de l'école ordinaire et de l'école spécialisée qui déterminent des objectifs et mesures de soutien et qui discutent des moyens de soutien et du lieu où un enfant ou jeune nécessitant un soutien pédagogique spécialisé sera soutenu;

31. plan de soutien individuel : document élaboré sous la responsabilité du chef d'établissement et qui garantit la guidance du processus d'apprentissage conformément au diagnostic. Il décrit des objectifs et des mesures de soutien à partir des points forts individuels, des intérêts et du stade de développement. Le plan de soutien comporte en outre une liste des noms des membres du personnel directeur, enseignant, auxiliaire d'éducation, paramédical et socio-psychologique chargés de l'exécution du plan de soutien individuel. Le plan de soutien est systématiquement mis en œuvre pour les élèves nécessitant un soutien pédagogique spécialisé;

32. portfolio de soutien : documentation reprenant toutes les données pertinentes pour le soutien de l'élève. Il s'agit plus particulièrement d'avis diagnostiques, de données relatives au stade de développement de l'élève, de témoignages, de documents et de justificatifs des mesures pédagogiques et thérapeutiques prises jusqu'ici. »

Art. 132. L'intitulé du chapitre II du même décret, modifié par le décret du 16 juin 2008, est remplacé comme suit :

« Chapitre II - Mission confiée par la société aux pouvoirs organisateurs et au personnel des écoles ordinaires et spécialisées »

Art. 133. Un article 6.1 rédigé comme suit est inséré dans le chapitre II section 1^{re} du même décret :

« Article 6.1 - Soutien individuel

Chaque élève a droit à un soutien scolaire sur mesure. Le soutien a pour objectif d'aider et de stimuler tous les élèves lors de l'apprentissage d'aptitudes scolaires, sociales et sociétales, y compris ceux qui présentent un handicap ou des difficultés d'adaptation ou d'apprentissage. Il offre aide et orientation aux élèves lors de l'apprentissage de valeurs, d'attitudes et de comportements.

La base de la mise en œuvre d'un soutien individuel est une évaluation des aptitudes et limites des élèves. Lors de la mise en œuvre du soutien individuel, il faut veiller à ce que celui-ci se déroule dans l'environnement naturel de l'élève, aussi près que possible de son lieu d'origine, autant que possible en intégration dans une classe de l'enseignement ordinaire et, si des mesures de soutien pédagogique sont nécessaires, en assurant un projet d'intégration ou une scolarisation dans l'enseignement spécialisé. Il faut également tenir compte de mesures préventives ainsi que du dépistage précoce de la nécessité d'un soutien individuel. »

Art. 134. Un alinéa 5 rédigé comme suit est inséré dans l'article 17 paragraphe 1^{er} du même décret, modifié par le décret du 16 juin 2008 :

« Le soutien individuel des élèves dans l'enseignement ordinaire et spécialisé peut s'appuyer sur un plan de soutien individuel. Si la nécessité d'un soutien pédagogique spécialisé a été établie conformément à l'article 93.7, il est obligatoire d'établir et de poursuivre un plan de soutien individuel. »

Art. 135. § 1^{er} - l'article 20 alinéa 2, 1° et 2° du même décret est remplacé comme suit :

« 1. une description du concept pédagogique global, y compris les méthodes pédagogiques et les mesures de soutien individuel de l'élève, qui est appliquée dans l'école concernée, respectivement dans le groupe d'apprentissage;

2. la structure organisationnelle de l'école au niveau pédagogique, notamment les critères de répartition des élèves dans les classes, respectivement en groupes d'apprentissage et la guidance d'élèves pour lesquels la nécessité d'un soutien pédagogique spécialisé a été établie; »

L'article 20 alinéa 2, 5° du même décret est biffé.

§ 2 - Dans le même article, deux nouveaux alinéas rédigés comme suit sont insérés après l'alinéa 2 :

« Sans préjudice du premier alinéa, le projet d'établissement comprend également dans l'enseignement ordinaire la description des mesures qui sont prises pour les élèves nécessitant un soutien pédagogique spécialisé, y compris les formes de coopération avec des écoles spécialisées ou d'autres services et établissements reconnus par le Gouvernement ou l'Office pour les personnes handicapées. »

Sans préjudice du premier alinéa, le projet d'établissement comprend également, dans l'enseignement spécialisé, le processus de guidance pour tous les enfants nécessitant un soutien pédagogique spécialisé, indépendamment de leur lieu de soutien respectif. »

Art. 136. Le titre du chapitre III du même décret est remplacé comme suit :

« Chapitre III - Structure de l'enseignement ordinaire et spécialisé »

Art. 137. Dans le chapitre III du même décret le titre de la première section est remplacé comme suit :

« Section 1^{re}. — L'école fondamentale ordinaire »

Art. 138. Une section *1bis* comprenant l'article 21.1 et rédigée comme suit est insérée dans le chapitre III du même décret, modifié par le décret du 23 juin 2008 :

« Section 1^{re}*bis* - L'école fondamentale spécialisée

Article 21.1 - Structure

§ 1^{er} - L'école fondamentale se compose d'une section maternelle et d'une école primaire.

§ 2 - La section maternelle s'adresse aux enfants qui ne sont pas encore soumis à l'obligation scolaire.

L'école primaire s'adresse aux enfants soumis à l'obligation scolaire.

§ 3 - Un enfant pour lequel la nécessité d'un soutien pédagogique spécialisé a été établie conformément à l'article 93.7 peut être régulièrement inscrit dans la section maternelle s'il n'est pas encore soumis à l'obligation scolaire et a trois ans au moins ou atteindra cet âge au plus tard le 31 décembre de l'année scolaire en cours.

Par dérogation au premier alinéa, un enfant soumis à l'obligation scolaire peut fréquenter la section maternelle pendant la première année de l'obligation scolaire. Les personnes chargées de l'éducation de l'enfant prennent une décision allant dans ce sens après avoir pris connaissance d'un avis motivé émis par le conseil de classe et le centre psycho-médico-social compétent. Lorsqu'il s'agit d'un enfant n'ayant pas encore fréquenté une section maternelle, seul l'avis d'un centre psycho-médico-social est requis. Cette décision de maintien dans la section maternelle peut être prise une deuxième fois.

§ 4 - Un enfant domicilié à l'étranger ne peut être inscrit dans une section maternelle que :

1. s'il remplit les conditions générales d'admission fixées au § 3;

2. sur présentation d'une demande approuvée par l'administration de l'enseignement et dont il ressort que des circonstances personnelles particulières justifient cette inscription;

3. si, le cas échéant, un droit d'inscription a été acquitté conformément à l'article 32 paragraphe 3.

Par dérogation aux conditions énoncées à l'alinéa 1^{er}, 2^o et 3^o, il ne faut, pour un enfant domicilié dans le ressort d'une entité territoriale étrangère de droit public, ni présenter une demande approuvée par le Ministère ni acquitter un droit d'inscription si cette entité territoriale participe proportionnellement aux frais de personnel et de fonctionnement encourus par la Communauté germanophone pour cette section maternelle et à condition que cette participation fasse l'objet d'une convention écrite.

L'alinéa 1^{er}, 2^o, ne s'applique pas aux enfants inscrits au registre des étrangers, au registre d'attente ou au registre de la population d'une commune belge.

§ 5 - Un élève pour lequel la nécessité d'un soutien pédagogique spécialisé a été établie conformément à l'article 93.7 peut être régulièrement inscrit à l'école primaire s'il a six ans au moins et quinze ans au plus au 31 décembre de l'année scolaire en cours. Un élève qui possède le certificat d'études de l'école fondamentale n'est pas admis en primaire.

L'élève passe six années scolaires en primaire.

Par dérogation au deuxième alinéa, le conseil de classe peut décider qu'un élève passe une année supplémentaire en primaire. En cas de changement d'école, cette décision est contraignante pour toutes les écoles.

Par dérogation au deuxième alinéa, les personnes chargées de l'éducation peuvent décider, sur proposition du conseil de classe et sur avis d'un centre psycho-médico-social, que leur enfant passe une huitième année en primaire. Cette décision de maintien en primaire peut être prise une deuxième fois.

§ 6 - L'élève domicilié à l'étranger qui remplit les conditions générales d'admission fixées au paragraphe 5, alinéa 1^{er}, produit, avant de pouvoir s'inscrire à l'école primaire, une attestation délivrée par l'autorité scolaire compétente de son pays de domicile et dont il ressort qu'il peut fréquenter une école primaire en Belgique. Cette attestation ne doit être présentée que lors de la première inscription.

Pour pouvoir être inscrit dans une école primaire en Communauté germanophone, l'élève domicilié à l'étranger doit, en outre, remplir l'une des conditions suivantes :

1. l'un de ses parents occupe un emploi en Communauté germanophone dans le cadre d'un contrat de travail d'une durée minimale de 6 mois,

2. un frère ou une sœur de l'élève est déjà inscrit dans la même école en Communauté germanophone,

3. il s'agit d'un cas particulièrement difficile d'ordre pédagogique ou social, qui doit être approuvée par le Gouvernement.

Pour les élèves dont le domicile relève d'une entité territoriale étrangère de droit public, les conditions d'admission reprises au deuxième alinéa ne s'appliquent pas lorsqu'il existe une convention écrite dans ce sens entre cette entité territoriale et la Communauté germanophone.

Les alinéas 1^{er} à 3 ne s'appliquent pas à un élève inscrit au registre des étrangers, au registre d'attente ou au registre de la population d'une commune belge.

§ 7 - Les conditions générales d'admission mentionnées aux paragraphes 3 et 5 s'appliquent sans préjudice des dispositions de la section 1 du chapitre IV.

§ 8 - A la fin de la scolarité primaire, le conseil de classe décide de délivrer ou non un certificat de fin d'études. »

Art. 139. Dans le chapitre III du même décret l'intitulé de la section 2 est remplacé comme suit :

« Section 2 - L'école secondaire ordinaire »

Art. 140. Une section *2bis* comprenant l'article 22.1 et rédigée comme suit est insérée dans le chapitre III du même décret :

« Section *2bis* - L'école secondaire spécialisée

Article 22.1 - Structure

§ 1^{er} - Un élève pour lequel la nécessité d'un soutien pédagogique spécialisé a été établie conformément à l'article 93.7 peut être régulièrement inscrit dans une école secondaire spécialisée s'il a douze ans au moins au 31 décembre de l'année scolaire en cours et vingt et un ans au plus au 30 juin de l'année scolaire en cours.

Par dérogation au premier alinéa, la commission de soutien visée à l'article 93.24 peut, sur avis positif du conseil de classe, permettre qu'un élève âgé de plus de vingt et un ans au 30 juin de l'année scolaire en cours passe une année supplémentaire dans l'école secondaire spécialisée. Il revient au chef d'établissement de l'école spécialisée de contacter la commission de soutien en vue de l'octroi de l'autorisation.

§ 2 - Les conditions générales d'admission mentionnées au paragraphe 1^{er} sont d'application sans préjudice des dispositions de la section 1^{re} du chapitre IV du présent décret.

§ 3 - L'élève domicilié à l'étranger qui remplit les conditions générales d'admission fixées au premier paragraphe, alinéa 1^{er} produit, avant de pouvoir s'inscrire à l'école secondaire, une attestation délivrée par l'autorité scolaire compétente de son pays de domicile et dont il ressort qu'il peut fréquenter une école secondaire en Belgique. Cette attestation ne doit être présentée que lors de la première inscription.

§ 4 - Les formes d'enseignement suivantes peuvent être organisées dans l'enseignement secondaire spécialisé :

1. enseignement secondaire spécialisé d'adaptation sociale;
2. enseignement secondaire spécialisé d'adaptation sociale et professionnelle;
3. enseignement secondaire professionnel spécialisé;

§ 5 - Le passage d'un élève d'une forme d'enseignement à l'autre s'effectue sur décision motivée du conseil de classe basée sur un avis émis par le centre psycho-médico-social compétent. »

Art. 141. Le titre du chapitre IV du même décret est remplacé comme suit :

« Chapitre IV - L'élève dans l'enseignement ordinaire et spécialisé »

Art. 142. L'article 33, 8^o du même décret est remplacé comme suit :

« 8. les cas échéant, les mesures prises par l'école ordinaire pour les élèves nécessitant un soutien pédagogique spécialisé qui y sont inscrits, et ce compris les formes que peut revêtir la collaboration avec des écoles spécialisées. »

Art. 143. Dans l'article 34 alinéa 3 du même décret, inséré par le décret du 23 octobre 2000, le mot « inspection » est chaque fois remplacé par le passage « inspection-guidance pédagogique ».

Art. 144. Dans l'article 38 paragraphe 2, 1^o du même décret, le mot « inspection » est remplacé par le passage « inspection-guidance pédagogique ».

Art. 145. Dans l'article 39 paragraphe 3 alinéa 1^{er} du même décret la première phrase est remplacée comme suit :

« Le recours est adressé par recommandé au fonctionnaire dirigeant de l'administration de l'enseignement, lequel convoque immédiatement la chambre de recours. »

Art. 146. Le titre du chapitre V du même décret est remplacé comme suit :

« Chapitre V - Implication dans les écoles ordinaires et spécialisées »

Art. 147. Dans l'article 49 alinéa 1^{er} du même décret le passage « du personnel enseignant et éducatif » est remplacé par le passage « du personnel enseignant, auxiliaire d'éducation, paramédical et socio-psychologique ».

Dans le même article dans l'alinéa 2 le passage « personnel enseignant et éducatif » est remplacé par le passage « personnel enseignant, auxiliaire d'éducation, paramédical et socio-psychologique ».

Dans le même article l'alinéa 6 est remplacé par la disposition suivante :

« Tous les membres du personnel enseignant, auxiliaire d'éducation, paramédical et socio-psychologique, y compris les membres du personnel temporaire et les salariés engagés sur base d'un contrat de travail écrit désignés, respectivement engagés, jusqu'à la fin de l'année scolaire ont le droit de vote et sont éligibles. »

Art. 148. § 1^{er} - Un 15^o rédigé comme suit est inséré dans l'article 51 du même décret, inséré par le décret du 16 décembre 2002 :

« 15. Aide à l'évaluation externe de l'école »

§ 2 - Dans le même article les alinéas 2 et 3 rédigés comme suit sont insérés :

« Dans l'école ordinaire, le conseil pédagogique développe un concept visant le soutien différencié pour les élèves en difficulté d'apprentissage ainsi que l'intégration d'élèves nécessitant un soutien pédagogique spécialisé.

Dans l'école spécialisée, le conseil pédagogique formule des propositions visant à soutenir les écoles ordinaires lors de la mise en œuvre des projets d'intégration. »

Art. 149. L'article 52 du même décret est remplacé comme suit :

« Article 52 - Procès-verbaux

Les propositions formulées par le Conseil pédagogique sont consignées dans un registre des procès-verbaux qui reste à la disposition de l'administration de l'enseignement pour consultation. »

Art. 150. L'article 86 alinéas 1^{er} et 2 du même décret est remplacé comme suit :

« Le chef d'établissement ou son représentant ainsi que tous les membres du personnel enseignant, auxiliaire d'éducation, paramédical et socio-psychologique chargés directement de la guidance ont voix délibérative au sein du conseil de classe concerné; un représentant du centre psycho-médico-social participe aux réunions du conseil de classe avec voix consultative. Le conseil de classe peut faire appel à des consultants extérieurs.

La présidence du conseil de classe est assurée par le chef d'établissement ou son représentant. Le président veille au respect des dispositions légales et réglementaires. »

Art. 151. Dans l'article 90 du même décret les mots « école fondamentale » sont remplacés par les mots « école fondamentale ordinaire ».

Art. 152. Dans l'article 91 du même décret les mots « école secondaire » sont remplacés par les mots « école secondaire ordinaire » et les mots « enseignement secondaire » par les mots « enseignement secondaire ordinaire » sont remplacés par les mots « enseignement secondaire ordinaire ».

Art. 153. Dans l'article 92 du même décret les mots « école secondaire » sont remplacés dans le titre et dans le texte par les mots « école secondaire ordinaire » et les mots « fréquentation de l'école secondaire » par les mots « fréquentation de l'école secondaire ordinaire ».

Art. 154. Dans l'article 93 du même décret les mots « école secondaire » sont remplacés par les mots « école secondaire ordinaire ».

Art. 155. Dans l'article 96, 18° du même décret le point en fin de phrase est remplacé par une virgule.

Dans le même article un 19° rédigé comme suit est inséré :

« 19°. la coordination des mesures de soutien pédagogique spécialisé. »

Art. 156. Dans le chapitre IX section 1^{re} du même décret un article 96.1 rédigé comme suit est inséré :

« Article 96.1 - Chef de département d'une école spécialisée

La mission du chef de département d'une école spécialisée comprend surtout les tâches suivantes :

1. direction pédagogique et organisationnelle des attributions confiées par le chef d'établissement;
2. coordination des mesures de soutien pédagogique spécialisé;
3. soutien du chef d'établissement dans la mise en œuvre du projet de société, du projet d'éducation et du projet d'établissement;
4. soutien du directeur dans la gestion de l'enseignement, l'établissement d'horaires hebdomadaires et annuels, dans l'organisation de surveillances et de remplacements, ainsi que dans d'autres tâches administratives;
5. soutien du chef d'établissement dans la direction et l'encadrement du personnel;
6. coordination de la mise en œuvre des aptitudes de base et des référentiels;
7. coordination de l'acquisition de matériel didactique;
8. promotion de la formation d'équipes au sein de l'effectif;
9. accueil des nouveaux enseignants et contribution à leur intégration rapide;
10. collaboration avec les membres du personnel, le conseil pédagogique et les autres organes de représentation au sein de l'école;
11. collaboration avec les centres psycho-médico-sociaux;
12. conseils aux élèves et les personnes chargées de leur formation;
13. formation continue et perfectionnement personnel;
14. les tâches qui contribuent à la réalisation du projet d'école. »

Art. 157. Dans l'article 98 du même décret les alinéas 2 et 3 rédigés comme suit sont insérés :

« Sans préjudice de l'alinéa 1^{er} la mission de l'auxiliaire d'intégration scolaire en pédagogie de soutien comprend les tâches suivantes :

1. aider lors de l'élaboration de plans de soutien individuels, respectivement de l'adaptation des objectifs d'apprentissage;
2. guider et conseiller les membres du personnel dans la gestion des élèves qui présentent des aptitudes d'apprentissage différentes;
3. guider et conseiller lors de l'application de méthodes et de matériels de pédagogie de soutien;
4. développer des stratégies d'apprentissage individuelles avec des élèves individuels;
5. conception et développement de formations continues dans le domaine de la pédagogie de soutien, en collaboration avec la Autonome Hochschule (Haute Ecole autonome) de la Communauté germanophone.

L'auxiliaire d'intégration scolaire en pédagogie de soutien assume ces missions dans le domaine du soutien pédagogique spécialisé au niveau de l'école ordinaire et du centre de pédagogie de soutien et de pédagogie spécialisées. »

Art. 158. Un article 98.1 rédigé comme suit est inséré dans le chapitre IX section 1^{re} du même décret :

« Article 98.1 - Personnel paramédical

§ 1^{er} - La mission de l'infirmier comprend surtout les tâches suivantes :

1. les tâches de soins, c'est-à-dire la promotion du bien-être général de l'élève, l'aide médicale prescrite par le médecin, les premiers soins en cas d'accident et de maladie, la coordination et l'accompagnement des visites médicales scolaires, ainsi que la coordination et la diffusion d'informations médicales entre parents et école;
2. la mission éducative, c'est-à-dire l'accompagnement et la guidance réguliers et personnels de l'élève, le développement et la promotion de ses compétences personnelles et sociales, notamment la promotion de son autonomie dans le domaine des soins corporels et de l'alimentation et le soutien et l'accompagnement à la toilette des handicapés physiques lourds;
3. la participation régulière à des formations continues;
4. la participation à des conférences pédagogiques;
5. la participation à des réunions de personnel, à des réunions des conseils de classe et à des réunions de coordination;
6. les remplacements;

7. l'organisation de contacts avec les parents, la participation aux réunions de parents ainsi que la coopération avec les personnes chargées de l'éducation;
8. la participation à l'évaluation interne et externe de l'école;
9. la coopération avec les centres psycho-médico-sociaux et autres services de guidance;
10. les tâches qui contribuent à la réalisation du projet d'établissement.

§ 2 - La mission des puériculteurs comprend surtout les tâches suivantes :

1. les tâches d'aide aux soins, c'est-à-dire la promotion du bien-être général de l'élève, les premiers soins en cas d'accident et de maladie, la coordination et l'accompagnement des visites médicales scolaires, ainsi que la coordination et la diffusion d'informations médicales entre parents et école;
2. la mission éducative, c'est-à-dire l'accompagnement et la guidance réguliers et personnels de l'élève, le développement et la promotion de ses compétences personnelles et sociales, notamment la promotion de son autonomie dans le domaine des soins corporels et de l'alimentation et l'accompagnement à la toilette des personnes à handicaps physiques multiples;
3. la participation régulière à des formations continues;
4. la participation à des conférences pédagogiques;
5. la participation à des réunions de personnel, à des réunions des conseils de classe et à des réunions de coordination;
6. les remplacements;
7. l'organisation de contacts avec les parents, la participation aux réunions de parents ainsi que la coopération avec les personnes chargées de l'éducation;
8. la participation à l'évaluation interne et externe de l'école;
9. la coopération avec les centres psycho-médico-sociaux et autres services de guidance;
10. les tâches qui contribuent à la réalisation du projet d'établissement.

§ 3 - La mission des logopèdes, kinésithérapeutes et ergothérapeutes comprend surtout les tâches suivantes :

1. la mission thérapeutique, c'est-à-dire l'analyse de la situation de départ de l'élève et l'établissement d'un plan thérapeutique individuel en tenant compte des prescriptions médicales, la mise en œuvre de méthodes et techniques adéquates, la coopération avec le titulaire de classe et les parents ainsi que la tenue d'un dossier pour chaque élève;
2. la mission éducative, c'est-à-dire la guidance régulière et personnelle de l'élève, le développement et la promotion de ses compétences personnelles et sociales par des thérapies adaptées;
3. la participation régulière à des formations continues;
4. la participation à des conférences pédagogiques;
5. la participation à des réunions de personnel, à des réunions du conseil de classe et à des réunions de coordination;
6. les remplacements;
7. l'organisation de contacts avec les parents, la participation aux réunions de parents ainsi que la coopération avec les personnes chargées de l'éducation;
8. la collaboration à l'évaluation interne et externe de l'école;
9. la coopération avec les centres psycho-médico-sociaux et autres services de guidance;
10. les tâches qui contribuent à la réalisation du projet d'établissement.

Sans préjudice de l'alinéa précédent, la mission des kinésithérapeutes et des ergothérapeutes comprend en outre l'accompagnement à la toilette des personnes à handicaps physiques multiples. »

Art. 159. Un article 98.2 est inséré dans le chapitre IX section 1^{re} du même décret :

« Article 98.2 - Personnel socio-psychologique

§ 1^{er} - La mission des auxiliaires psychosociaux comprend surtout les tâches suivantes :

1. l'encadrement psychosocial d'élèves qui présentent des anomalies comportementales ainsi que des troubles émotionnels et des troubles du comportement;
2. guider et conseiller les membres du personnel dans la gestion de situations d'éducation difficiles;
3. la mission éducative, c'est-à-dire la guidance et l'encadrement réguliers et personnels de l'élève et le développement et la promotion de ses compétences personnelles et sociales par le développement de son sentiment de responsabilité;
4. la participation régulière à des formations continues;
5. la participation à des conférences pédagogiques;
6. la participation à des réunions de personnel, à des réunions du conseil de classe et à des réunions de coordination;
7. les remplacements;
8. l'organisation de contacts avec les parents, la participation aux réunions de parents ainsi que la coopération avec les personnes chargées de l'éducation;
9. la collaboration à l'évaluation interne et externe de l'école et de leur propre travail;
10. la coopération avec les centres psycho-médico-sociaux et autres services de guidance;
11. les tâches qui contribuent à la réalisation du projet d'établissement. »

§ 2 - La mission de l'assistant social comprend surtout les tâches suivantes :

1. la mission sociale, c'est-à-dire le travail d'éducation et de guidance ciblant les problèmes, l'aide à la prévention, la gestion et la résolution de problèmes sociaux ainsi que la coordination entre l'école, la maison paternelle et différentes institutions sociales;

2. la mission éducative, c'est-à-dire la guidance et l'encadrement régulier et personnel de l'élève et le développement et la promotion de ses compétences personnelles et sociales par des conseils adaptés;
3. l'orientation professionnelle de l'élève, en collaboration avec l'Office de la Communauté germanophone pour les personnes handicapées, notamment la planification et l'encadrement durant les stages, en collaboration avec l'élève, les personnes chargées de l'éducation et les enseignants;
4. les remplacements;
5. la participation régulière à des formations continues;
6. la participation à des conférences pédagogiques;
7. la participation à des réunions de personnel, à des réunions du conseil de classe et à des réunions de coordination;
8. l'organisation de contacts avec les parents, la participation aux réunions de parents ainsi que la coopération avec les personnes chargées de l'éducation;
9. la collaboration à l'évaluation interne et externe de l'école;
10. la coopération avec les centres psycho-médico-sociaux et autres services de guidance;
11. les tâches qui contribuent à la réalisation du projet d'établissement. »

Art. 160. Dans l'article 100 du même décret le mot « inspection » est remplacé par les mots « inspection-guidance pédagogique ».

CHAPITRE XXXI. — *Modification du décret du 14 décembre 1998 fixant le statut des membres du personnel subsidiés de l'enseignement libre subventionné et du centre psycho-médico-social subventionné*

Art. 161. Une lettre *e*) rédigée comme suit est insérée dans l'article 33 alinéa 1^{er}, 5^o du 14 décembre 1998 fixant le statut des membres du personnel subsidiés de l'enseignement libre subventionné et du centre psycho-médico-social subventionné, modifié par le décret du 23 juin 2008 :

« *e*) lorsqu'il s'agit d'un membre du personnel enseignant d'une école spécialisée, celui-ci dispose d'un titre prouvant qu'il a suivi une formation complémentaire d'au moins 10 points ECTS dans le domaine de la pédagogie de soutien, curative ou orthopédagogique délivré par un établissement d'enseignement supérieur de la Communauté germanophone ou d'un ou plusieurs titres reconnus comme équivalents par le Gouvernement. »

Un alinéa 5 rédigé comme suit est inséré dans le même article :

« Par dérogation à l'alinéa 1^{er}, 5^o ne peuvent faire l'objet d'un engagement à titre temporaire dans la fonction d'auxiliaire d'intégration scolaire en pédagogie de soutien et dans la fonction d'auxiliaire psychosocial que des personnes disposant au moment de leur engagement du titre requis correspondant à la fonction à pourvoir ou d'un titre requis jugé suffisant. »

Art. 162. Un nouvel alinéa rédigé comme suit est inséré après le premier alinéa de l'article 39*bis* paragraphe 2 du même décret, inséré par le décret du 26 juin 2006 :

« Lors de l'évaluation d'un membre du personnel, le chef d'établissement peut se baser sur le rapport écrit d'un autre membre du personnel occupant une fonction de sélection ou de promotion et qu'il a chargé par écrit d'établir un tel rapport sur le travail du membre du personnel concerné. »

Art. 163. Dans l'article 47*bis* du même décret, inséré par le décret du 26 juin 2006, un nouvel alinéa rédigé comme suit est inséré après le premier alinéa :

« Par dérogation au premier alinéa, une permutation entre l'enseignement ordinaire et spécialisé peut être opérée dans une autre fonction sous les conditions suivantes :

1. la fonction que le membre du personnel demande d'occuper dans le cadre de la permutation porte la même désignation que la fonction à laquelle le membre du personnel est nommé à titre définitif;
2. le membre du personnel dispose du titre requis pour l'exercice de la fonction qu'il demande d'occuper dans le cadre de la permutation. »

Art. 164. Dans l'article 48 paragraphe premier du même décret, remplacé par le décret du 26 juin 2006 et complété par le décret du 21 avril 2008, un nouvel alinéa rédigé comme suit est inséré après l'alinéa 4 :

« Par dérogation à l'alinéa 4 une mutation de l'enseignement ordinaire vers l'enseignement spécialisé et l'inverse peut être opérée dans une autre fonction sous les conditions suivantes :

1. la fonction vers laquelle le membre du personnel demande à être muté porte la même désignation que la fonction à laquelle le membre du personnel est nommé à titre définitif;
2. le membre du personnel dispose du titre requis pour l'exercice de la fonction vers laquelle il demande à être muté. »

Art. 165. Une lettre *e*) rédigée comme suit est insérée dans l'article 49, § 1^{er}, alinéa 1^{er}, 5^o du même décret, modifié par le décret du 23 juin 2008 :

« *e*) lorsqu'il s'agit d'un membre du personnel enseignant d'une école spécialisée, celui-ci dispose d'un titre prouvant qu'il a suivi une formation complémentaire d'au moins 10 points ECTS dans le domaine de la pédagogie de soutien, curative ou orthopédagogique délivré par un établissement d'enseignement supérieur de la Communauté germanophone ou d'un ou plusieurs titres reconnus comme équivalents par le Gouvernement. »

Un alinéa 4 rédigé comme suit est inséré dans le même paragraphe :

« Par dérogation à l'alinéa 1^{er}, 5^o ne peuvent faire l'objet d'une nomination à titre définitif dans la fonction d'auxiliaire d'intégration scolaire en pédagogie de soutien et dans la fonction d'auxiliaire psychosocial que des personnes disposant au moment de leur nomination du titre requis correspondant à la fonction à pourvoir ou d'un titre requis jugé suffisant. »

Art. 166. Un chapitre *IVbis* comportant les articles 62.2 à 62.12 et rédigé comme suit est inséré dans le Titre premier du même décret :

« Chapitre *IVbis* - Dispositions particulières pour le chef de département d'une école secondaire spécialisée

Article 62.2 - Principe

Par dérogation au chapitre IV la fonction de chef de département dans une école secondaire spécialisée (ci-après 'chef de département') est attribuée sur base d'un engagement à durée indéterminée et d'une nomination à titre définitif conformément aux dispositions ci-dessous.

Article 62.3 - Conditions d'admission

Une personne peut exercer cette fonction lorsqu'elle :

1. remplit l'une des conditions suivantes :

a) être citoyen de l'Union européenne ou membre de la famille d'un citoyen de l'Union au sens de l'article 4 paragraphe 2 de la loi du 22 juin 1964 relative au statut des membres du personnel de l'enseignement de l'Etat; le Gouvernement peut accorder une dérogation à cette condition;

b) posséder le statut de résident de longue durée, ressortissant d'un pays tiers, conformément aux dispositions de la loi du 15 décembre 1980 sur l'accès au territoire, le séjour, l'établissement et l'éloignement des étrangers;

c) posséder le statut de réfugié ou le statut de protection subsidiaire conformément aux dispositions de la même loi du 15 décembre 1980;

d) posséder le titre de séjour en application des articles 61/2 à 61/5 de la même loi du 15 décembre 1980;

2. dispose au moins d'un diplôme de l'enseignement supérieur du premier degré;

3. a introduit sa candidature dans les formes et délais fixés dans l'appel à candidats;

4. jouit des droits civils et politiques;

5. satisfait aux lois sur la milice.

L'alinéa 1^{er}, 1^o, lettres b) à d), sert à transposer la Directive 2003/109/CE du Conseil du 25 novembre 2003 relative au statut des ressortissants de pays tiers résidents de longue durée, la Directive 2004/81/CE du Conseil du 29 avril 2004 relative au titre de séjour délivré aux ressortissants de pays tiers qui sont victimes de la traite des êtres humains ou ont fait l'objet d'une aide à l'immigration clandestine et qui coopèrent avec les autorités compétentes et la directive 2004/83/CE du Conseil du 29 avril 2004 concernant les normes minimales relatives aux conditions que doivent remplir les ressortissants des pays tiers ou les apatrides pour pouvoir prétendre au statut de réfugié ou les personnes qui, pour d'autres raisons, ont besoin d'une protection internationale, et relatives au contenu de ces statuts.

Article 62.4 - Appel aux candidats et candidatures

L'appel aux candidats est publié par le pouvoir organisateur dans la presse et sous toute autre forme appropriée.

L'appel aux candidats mentionne le profil requis du chef de département et les objectifs à réaliser pendant le mandat.

La candidature est introduite par recommandé. Le candidat annexe entre autres un plan de stratégie et d'action en vue de réaliser les objectifs visés à l'alinéa précédent.

Article 62.5 - Désignation du chef de département

Le pouvoir organisateur décide quel candidat assumera le mandat.

Il se base entre autres sur le plan de stratégie et d'action du candidat, un ou plusieurs entretiens de candidature ainsi que sur l'expérience professionnelle et la qualification pédagogique.

Article 62.6 - Engagement de durée indéterminée; fin du mandat et engagement à titre définitif

§ 1^{er} - L'engagement est de durée indéterminée.

§ 2 - Elle prend fin dans les cas suivants :

1. dans le cas d'une suspension préventive de plus de six mois;

2. dans le cas d'une mise en disponibilité par retrait d'emploi dans l'intérêt du service de plus de six mois;

3. dans le cas du prononcé des peines disciplinaires suivantes :

a. une retenue sur traitement;

b. une suspension disciplinaire,

c. une mise en non-activité par mesure disciplinaire;

d. un licenciement pour faute grave;

4. dans le cas de démission volontaire du service, lorsqu'il s'agit d'un membre du personnel nommé à titre définitif;

5. dans le cas d'une renonciation volontaire au mandat;

6. en cas de dénonciation unilatérale par le pouvoir organisateur;

7. dans le cas d'un rapport d'évaluation portant la mention « insuffisant ».

Le pouvoir organisateur peut mettre fin au mandat en cas de congé ou de mise en disponibilité pour cause de maladie ou d'infirmité pour une période ininterrompue de plus de six mois.

Dans les cas prévus à l'alinéa 1^{er}, 4^o et 5^o et par dérogation à l'article 80 alinéa 1^{er}, 1^o, le chef de département doit respecter un délai de préavis de 60 jours.

Dans le cas prévu à l'alinéa 1^{er}, 6^o, le délai de préavis est de six mois si l'ancienneté du chef de département est de moins de cinq ans. Il est rallongé de trois mois supplémentaires par période commencée de cinq ans.

Le délai de préavis visé aux alinéas précédents peut être raccourci de commun accord. La résiliation se fait par lettre recommandée mentionnant la durée du préavis. Le recommandé prend effet le troisième jour ouvrable après la date de son envoi.

§ 3 - Un chef de département qui a au moins 50 ans, est nommé à titre définitif si :

1. son ancienneté est d'au moins cinq ans;

2. son dernier rapport d'évaluation porte au moins la mention « suffisant ».

Article 62.7 - Statut

§ 1^{er} - Sans préjudice de l'alinéa 2, le chef de département est soumis pendant l'exercice de sa fonction aux articles 13 à 30, 32, 70, 72 à 78 et 81 à 99 du présent statut.

Il est interdit au chef de département :

1. de bénéficier d'un congé ou d'une mise en disponibilité autres que :

- a) le congé annuel;
- b) le congé de circonstance;
- c) le congé exceptionnel pour cas de force majeure;
- d) le congé de maternité;
- e) le congé pour adoption ou tutelle;
- f) le congé pour cause de maladie ou d'infirmité;
- g) le congé pour cause d'une mission dans l'intérêt de l'enseignement;
- h) la mise en disponibilité pour cause de maladie ou d'infirmité;

i) la mise en disponibilité complète pour raisons personnelles avant la mise à la retraite;

2. de bénéficier d'une interruption de carrière autre que l'interruption de carrière complète ou partielle pour congé parental, pour soins palliatifs ou pour l'octroi de soins à un membre du ménage ou de la famille qui souffre d'une maladie grave

§ 2 - Les dispositions du paragraphe premier s'appliquent aussi pour un chef de département engagé à titre définitif en application de l'article 62.6 paragraphe 3.

Article 62.8 - Remplacement temporaire

§ 1^{er} - Lorsque le chef de département est absent pendant plus de cinq jours ouvrables consécutifs en raison d'un des congés ou d'une des mises en disponibilité énumérés à l'article 62.7, le pouvoir organisateur peut le faire remplacer temporairement par un autre membre du personnel directeur, enseignant ou paramédical nommé à titre définitif et remplissant les conditions de l'article 62.3, sauf celle énoncée au point 3°.

Ne sont pas considérés comme jours de travail au sens de l'alinéa précédent :

1. les jours de congé scolaire mentionnés à l'article 58 du décret du 31 août 1998 relatif aux missions confiées aux pouvoirs organisateurs et au personnel des écoles et portant des dispositions générales d'ordre pédagogique et organisationnel pour les écoles ordinaires et spécialisées;

2. les jours des vacances d'été, qui font partie intégrante des congés de vacances annuelles en vertu de la législation en matière de congés.

Lorsqu'il est prévu que le chef de département sera vraisemblablement absent pendant au moins une année en raison d'un des congés ou d'une des mises en disponibilité énumérés à l'article 62.7, le pouvoir organisateur peut le faire remplacer temporairement par une personne remplissant les conditions de l'article 62.3. La procédure énoncée aux articles 62.4 et 62.5 est d'application.

§ 2 - Pendant le remplacement temporaire, les articles 62.7 paragraphe 1^{er}, alinéa 2, 62.9, 62.11 et 62.12 s'appliquent au remplaçant.

Article 62.9 - Traitement et prime

§ 1^{er} - Pendant l'exercice de son mandat, le chef de département perçoit un traitement calculé sur base de l'échelle de traitement 422 figurant dans l'annexe de l'arrêté royal du 27 juin 1974 fixant au 1^{er} avril 1972 les échelles des fonctions des membres du personnel directeur et enseignant, auxiliaire d'éducation et paramédical des établissements d'enseignement de l'État, des membres du personnel du service d'inspection chargé de la surveillance de ces établissements et des membres du personnel du service d'inspection de l'enseignement par correspondance et de l'enseignement primaire subventionné et fixant les échelles des grades du personnel des centres psycho-médico-sociaux de l'État.

§ 2 - Si un membre du personnel est désigné comme chef de département, il continue de percevoir son traitement par dérogation au paragraphe 1^{er} et bénéficie d'une prime mensuelle compensatoire calculée comme suit :

$$P = X - M$$

P = la prime

X = le traitement visé au paragraphe 1^{er}

M = le traitement mensuel brut du membre du personnel

La prime est liquidée en même temps et aux mêmes conditions que le traitement mensuel.

§ 3 - Si une personne non membre du personnel est désignée comme chef de département, elle perçoit un pécule de vacances et une prime de fin d'année conformément aux dispositions en vigueur dans l'enseignement, le montant visé au paragraphe 1^{er} servant de base de calcul.

§ 4 - Le montant calculé en application des paragraphes 1^{er} et 2 est soumis aux fluctuations de l'indice des prix à la consommation conformément à la loi du 1^{er} mars 1977 organisant un régime de liaison à l'indice des prix à la consommation du Royaume de certaines dépenses dans le secteur public, modifié par les arrêtés royaux n° 178 du 30 décembre 1982 et du 24 décembre 1993 et les lois du 2 janvier 2001 et du 19 juillet 2001.

La prime continue à être versée en cas de congé pour cause de maladie ou d'infirmité.

Article 62.10 - Rapport d'évaluation

§ 1^{er} - Le chef d'établissement établit au moins un rapport d'évaluation tous les cinq ans pour le chef de département. Il mène à cette fin un entretien d'évaluation. Le chef de département peut lui-même demander une évaluation.

Le chef de département établit au préalable un rapport portant sur la mise en œuvre du plan de stratégie et d'action et sur la réalisation des objectifs. Ce rapport servira de base à l'entretien d'évaluation.

Le rapport d'évaluation conclut par les mentions « insuffisant », « insatisfaisant », « satisfaisant », « bon » ou « très bon ».

§ 2 - Le rapport est remis en triple exemplaire au chef de département. Il signe les trois exemplaires et en conserve un.

§ 3 - Le chef de département peut signer le rapport sous réserve et introduire un recours devant la chambre de recours dans les dix jours de sa réception.

La chambre de recours transmet un avis motivé au pouvoir organisateur dans les 45 jours suivant le jour où elle a reçu le recours.

Le pouvoir organisateur remet sa décision définitive dans les dix jours après la réception de l'avis. S'il ne suit pas l'avis, il indique ses motivations.

Le recours est suspensif.

Article 62.11 - Retour

Pour autant qu'il soit nommé à titre définitif dans l'enseignement libre subventionné, le membre du personnel réintègre son ancienne fonction à la fin du mandat, sauf dans les cas énoncés à l'article 62.6 § 2 alinéa 1^{er}, 3^o lettre d) et 4^o.

Article 62.12 - Prise en compte des services

Pour autant qu'il s'agisse d'un membre du personnel de l'enseignement libre subventionné, les services prestés par le membre du personnel pendant l'exercice de son mandat de chef de département sont pris en considération pour calculer l'ancienneté de service, l'ancienneté de fonction et l'ancienneté pécuniaire. »

Art. 167. Dans le titre du chapitre *Vbis* ainsi que dans l'article 69.1 du même décret, inséré par le décret du 25 juin 2007, les mots « école secondaire spéciale » sont remplacés par les mots « école secondaire spécialisée ».

Art. 168. L'article 69.2 alinéa 1^{er}, 2^o du même décret, inséré par le décret du 25 juin 2007, est remplacé par la disposition suivante :

« 2.a) dispose au moins d'un diplôme de l'enseignement supérieur du deuxième degré pour la fonction de préfet des études ou de directeur d'une école secondaire ordinaire; à défaut d'un candidat disposant de ce diplôme, un diplôme d'enseignement supérieur du premier degré suffit;

b) dispose au moins d'un diplôme de l'enseignement supérieur du premier degré pour la fonction de directeur d'une école secondaire spécialisée; »

Art. 169. Dans l'article 69.6 § 1^{er} alinéa 2, 1^o lettre g) du même décret, inséré par le décret du 25 juin 2007, le point à la fin de la phrase est remplacé par une virgule.

Les lettres h) et i) rédigées comme suit sont ajoutées dans le même alinéa, 1^o :

« h) le congé pour cause d'une mission dans l'intérêt de l'enseignement;

i) la mise en disponibilité complète pour raisons personnelles avant la mise à la retraite; »

Art. 170. Dans l'article 69.7 paragraphe 1^{er} alinéa 1^{er} du même décret, inséré par le décret du 25 juin 2007, le mot « vingt » est remplacé par le mot « cinq ».

Dans l'alinéa 3 du même paragraphe le passage « pendant plus d'un an » est remplacé par le passage « pendant au moins un an ».

Art. 171. Dans l'article 69.8 paragraphe 1^{er} alinéa 1^{er} du même décret, inséré par le décret du 25 juin 2007 et modifié par le décret du 23 juin 2008, les mots « chef d'établissement » sont remplacés par les mots « chef d'établissement d'une école secondaire ordinaire » et les mots « alinéa 2 » par les mots « alinéa 3 ».

Dans le même paragraphe un nouvel alinéa rédigé comme suit est inséré après l'alinéa 1^{er} :

« Durant sa désignation, le chef d'établissement d'une école secondaire spécialisée perçoit un traitement calculé sur base de l'échelle de traitement reprise dans l'alinéa 3 avec une ancienneté pécuniaire de 19 ans ou son ancienneté pécuniaire réelle si elle est supérieure, majorée d'une prime mensuelle de 428,48 EUR. Les augmentations prévues dans l'échelle de traitement sont octroyées ensuite tous les deux ans. »

Dans l'alinéa 2, qui devient l'alinéa 3, du même paragraphe, les mots « de l'enseignement spécial » sont chaque fois remplacés par les mots « de l'enseignement spécialisé ».

Art. 172. Dans l'article 69.15 du même décret, inséré par le décret du 26 juin 2006 et modifié par le décret du 25 juin 2007, un nouvel alinéa rédigé comme suit est inséré après le premier alinéa :

« Lors de l'évaluation d'un membre du personnel, le chef d'établissement peut se baser sur le rapport écrit d'un autre membre du personnel occupant une fonction de sélection ou de promotion et qu'il a chargé par écrit d'établir un tel rapport sur le travail du membre du personnel concerné. »

CHAPITRE XXXII. — *Modification du décret du 26 avril 1999 relatif à l'enseignement fondamental ordinaire*

Art. 173. Dans l'article 18 alinéa 2 du décret du 26 avril 1999 relatif à l'enseignement fondamental ordinaire, remplacé par le décret du 16 juin 2008, et l'article 19 du même décret le passage « et les élèves nécessitant un soutien accru visés à l'article 60 alinéa 2 » est chaque fois biffé.

Art. 174. Dans l'article 30 paragraphe 2 alinéa 2 du même décret le passage « et les élèves nécessitant un soutien accru visés à l'article 29 du décret du 31 août 1998 relatif aux missions confiées aux pouvoirs organisateurs et au personnel des écoles et portant des dispositions générales d'ordre pédagogique et organisationnel pour les écoles ordinaires » est biffé.

CHAPITRE XXXIII. — *Modification du décret du 16 décembre 2002 relatif à l'octroi de moyens financiers pour des objectifs pédagogiques dans l'enseignement*

Art. 175. Dans l'article 1^{er} du décret du 16 décembre 2002 relatif à l'octroi de moyens financiers pour des objectifs pédagogiques dans l'enseignement, les mots « de l'enseignement spécial » sont remplacés par les mots « de l'enseignement spécialisé ».

Art. 176. Dans l'article 4 paragraphe 1^{er} alinéa 2, 5^o les mots « enseignement spécial » sont remplacés par les mots « enseignement spécialisé ».

Art. 177. L'article 5 du même décret est modifié comme suit :

1. Dans le paragraphe premier, alinéa 2 les mots « enseignement spécial » sont chaque fois remplacés par les mots « enseignement spécialisé »;

2. Dans le paragraphe 2 alinéa 2 les mots « enseignement primaire spécial » sont remplacés par les mots « enseignement primaire spécialisé » et les mots « enseignement spécial » par les mots « enseignement spécialisé »;

3. Dans le paragraphe 3 alinéa 2 les mots « enseignement secondaire spécial » sont remplacés par les mots « enseignement secondaire spécialisé » et les mots « enseignement spécial » par les mots « enseignement spécialisé ».

CHAPITRE XXXIV. — *Modification du décret du 24 mars 2003 instaurant l'inspection-guidance pédagogique pour l'enseignement en Communauté germanophone et en fixant les missions*

Art. 178. Dans l'article 11 du décret du 24 mars 2003 instaurant l'inspection-guidance pédagogique pour l'enseignement en Communauté germanophone et en fixant les missions le mot « spécial » est remplacé par le mot « spécialisé ».

CHAPITRE XXXV. — *Modification du décret du 29 mars 2004 fixant le statut des membres du personnel subsidiaire de l'enseignement officiel subventionné et des centres psycho-médico-sociaux officiels subventionnés*

Art. 179. Dans l'article 20 paragraphe premier alinéa 1^{er}, 5^o du décret du 29 mars 2004 fixant le statut des membres du personnel subsidiaire de l'enseignement officiel subventionné et des centres psycho-médico-sociaux officiels subventionnés, modifié par le décret du 23 juin 2008, est insérée une lettre e) rédigée comme suit :

« e) lorsqu'il s'agit d'un membre du personnel enseignant d'une école spécialisée, celui-ci dispose d'un titre prouvant qu'il a suivi une formation complémentaire d'au moins 10 points ECTS dans le domaine de la pédagogie de soutien, curative ou orthopédagogique délivré par un établissement d'enseignement supérieur de la Communauté germanophone ou d'un ou plusieurs titres reconnus comme équivalents par le Gouvernement. »

Un alinéa 4 rédigé comme suit est inséré dans le même paragraphe :

« Par dérogation à l'alinéa 1^{er}, 5^o ne peuvent faire l'objet d'une désignation à titre temporaire dans la fonction d'auxiliaire d'intégration scolaire en pédagogie de soutien et dans la fonction d'auxiliaire psychosocial que des personnes disposant au moment de leur désignation du titre requis correspondant à la fonction à pourvoir ou d'un titre jugé suffisant. »

Art. 180. Dans l'article 28 paragraphe 2 du même décret, remplacé par le décret du 26 juin 2006, un nouvel alinéa rédigé comme suit est inséré après le premier alinéa :

« Lors de l'évaluation d'un membre du personnel, le chef d'établissement peut se baser sur le rapport écrit d'un autre membre du personnel occupant une fonction de sélection ou de promotion et qu'il a chargé par écrit d'établir un tel rapport sur le travail du membre du personnel concerné. »

Art. 181. Dans l'article 36bis du même décret, inséré par le décret du 26 juin 2006, un nouvel alinéa rédigé comme suit est inséré après le premier alinéa :

« Par dérogation à l'alinéa 1^{er} une permutation entre l'enseignement ordinaire et spécialisé peut être opérée dans une autre fonction sous les conditions suivantes :

1. la fonction que le membre du personnel demande d'occuper dans le cadre de la permutation porte la même désignation que la fonction à laquelle le membre du personnel est nommé à titre définitif;

2. le membre du personnel dispose du titre requis pour l'exercice de la fonction qu'il demande d'occuper dans le cadre de la permutation. »

Art. 182. Une lettre e) rédigée comme suit est insérée dans l'article 37 alinéa 1^{er}, 5^o du même décret, modifié par le décret du 23 juin 2008 :

« e) lorsqu'il s'agit d'un membre du personnel enseignant d'une école spécialisée, celui-ci dispose d'un titre prouvant qu'il a suivi une formation complémentaire d'au moins 10 points ECTS dans le domaine de la pédagogie de soutien, curative ou orthopédagogique délivré par un établissement d'enseignement supérieur de la Communauté germanophone ou d'un ou plusieurs titres reconnus comme équivalents par le Gouvernement. »

Un alinéa 5 rédigé comme suit est inséré dans le même article :

« Par dérogation à l'alinéa 1^{er}, 5^o ne peuvent faire l'objet d'une nomination à titre définitif dans la fonction d'auxiliaire d'intégration scolaire en pédagogie de soutien et dans la fonction d'auxiliaire psychosocial que des personnes disposant au moment de leur nomination du titre requis correspondant à la fonction à pourvoir ou d'un titre jugé suffisant. »

Art. 183. Dans l'article 42 paragraphe premier du même décret, remplacé par le décret du 26 juin 2006 et complété par le décret du 21 avril 2008, un nouvel alinéa rédigé comme suit est inséré après l'alinéa 3 :

« Par dérogation à l'alinéa 3 une permutation entre l'enseignement ordinaire et spécialisé et inversement peut être opérée dans une autre fonction sous les conditions suivantes :

1. la fonction que le membre du personnel demande d'occuper dans le cadre de la permutation porte la même désignation que la fonction à laquelle le membre du personnel est nommé à titre définitif;

2. le membre du personnel dispose du titre requis pour l'exercice de la fonction qu'il demande d'occuper dans le cadre de la permutation. »

Art. 184. Un chapitre IV^{ter} comprenant l'article 56.12 est inséré dans le même décret :

« Chapitre IV^{ter}. — *Conditions particulières pour le chef de département d'une école secondaire spécialisée*

Article 56.12 - Par dérogation au chapitre IV, la fonction de chef de département dans une école secondaire spécialisée est attribuée à partir du 1^{er} septembre 2009 sous forme d'un mandat à durée indéterminée et d'une nomination à titre définitif conformément aux dispositions valables dans l'enseignement libre subventionné. »

Art. 185. Un chapitre V^{ter} comprenant l'article 64.12 est inséré dans le même décret :

« Chapitre V^{ter} - Dispositions particulières pour les chefs d'établissement ou les directeurs d'une école secondaire ordinaire ou spécialisée

Article 64.12 - Par dérogation au chapitre V, la fonction de chef d'établissement ou de directeur d'une école secondaire ordinaire ou spécialisée est attribuée à partir du 1^{er} septembre 2007 sous forme d'un mandat à durée indéterminée et d'une nomination à titre définitif conformément aux dispositions valables dans l'enseignement libre subventionné. »

Art. 186. Dans l'article 66 du même décret un nouvel alinéa rédigé comme suit est inséré après l'alinéa premier :

« Lors de l'évaluation d'un membre du personnel, le chef d'établissement peut se baser sur le rapport écrit d'un autre membre du personnel occupant une fonction de sélection ou de promotion et qu'il a chargé par écrit d'établir un tel rapport sur le travail du membre du personnel concerné. »

CHAPITRE XXXVI. — *Modification du décret du 19 avril 2004 relatif à la transmission des connaissances linguistiques et à l'emploi des langues dans l'enseignement*

Art. 187. Dans l'article 1^{er} du décret du 19 avril 2004 relatif à la transmission des connaissances linguistiques et à l'emploi des langues dans l'enseignement les mots « l'enseignement spécial » sont remplacés par les mots « de l'enseignement spécialisé ».

Art. 188. Dans l'article 6 paragraphe 1^{er} alinéa 2, paragraphe 2 alinéas 2 et 4 et paragraphe 3 alinéas 2 et 4 du même décret les mots « écoles spéciales » sont chaque fois remplacés par les mots « écoles spécialisées ».

Art. 189. Dans le titre IV du même décret les mots « enseignement fondamental spécial » sont remplacés par les mots « enseignement fondamental spécialisé ».

Art. 190. Dans le titre de l'article 7 du même décret les mots « enseignement fondamental spécial » sont remplacés par les mots « enseignement fondamental spécialisé ».

Art. 191. Dans le titre de l'article 8 du même décret les mots « enseignement fondamental spécial » sont remplacés par les mots « enseignement fondamental spécialisé ».

Art. 192. Dans le titre VI sous-titre II chapitre premier les mots « enseignement fondamental spécial » dans le titre du chapitre sont remplacés par les mots « enseignement fondamental spécialisé ».

Art. 193. Dans le titre VI sous-titre II chapitre 2 les mots « enseignement secondaire spécial » dans le titre du chapitre sont remplacés par les mots « enseignement secondaire spécialisé ».

Art. 194. Dans le titre VI sous-titre III du même décret les passages « personnel éducatif » et « personnel paramédical » sont remplacés par les passages « personnel auxiliaire d'éducation », « personnel paramédical » et « personnel sociopsychologique ».

CHAPITRE XXXVII. — *Modification du décret du 17 mai 2004 portant des mesures en matière d'enseignement, de formation et d'infrastructure - 2004*

Art. 195. Dans l'article 21 du décret du 17 mai 2004 portant des mesures en matière d'enseignement, de formation et d'infrastructure - 2004, un nouvel alinéa rédigé comme suit est inséré après l'alinéa premier :

« Lorsque le lieu de détachement du membre du personnel est plus éloigné de son domicile que l'établissement le plus proche de l'école spécialisée qui le détache, la distance entre l'établissement et le lieu de détachement est considérée comme un déplacement de service et le membre du personnel est dédommagé sur demande selon les taux valables pour le service fédéral public. »

CHAPITRE XXXVIII. — *Modification du décret du 27 juin 2005 portant création d'une haute école autonome*

Art. 196. Dans l'article 5.2 alinéa 1^{er} du décret du 27 juin 2005 portant création d'une haute école autonome, le mot « spécial » est remplacé par le mot « spécialisé » et le passage « et paramédical » est remplacé par le passage « , paramédical et sociopsychologique ».

Art. 197. Dans l'article 5.3 alinéa 1^{er} du même décret le mot « spécial » est remplacé par le mot « spécialisé » et le passage « et paramédical » est remplacé par le passage « , paramédical et sociopsychologique ».

Art. 198. Dans l'article 5.22 paragraphe 2 du même décret, modifié en dernier lieu par le décret du 23 juin 2008, un nouvel alinéa rédigé comme suit est inséré après l'alinéa 1^{er} :

« Lors de l'évaluation d'un membre du personnel, le directeur peut se baser sur le rapport écrit d'un autre membre du personnel occupant une fonction de sélection ou de promotion et qu'il a chargé par écrit d'établir un tel rapport sur le travail du membre du personnel concerné. »

Art. 199. Dans l'article 5.40 du même décret, modifié par le décret du 26 juin 2006, un nouvel alinéa rédigé comme suit est inséré après l'alinéa 1^{er} :

« Lors de l'évaluation d'un membre du personnel, le directeur peut se baser sur le rapport écrit d'un autre membre du personnel occupant une fonction de sélection ou de promotion et qu'il a chargé par écrit d'établir un tel rapport sur le travail du membre du personnel concerné. »

Art. 200. Dans l'article 5.81 alinéa 2 du même décret le mot « spécial » est remplacé par le mot « spécialisé ».

CHAPITRE XXXIX. — *Modification du décret du 26 juin 2006 portant des mesures en matière d'enseignement 2006*

Art. 201. Dans les articles 113, 114, 115, 117 et 118 du décret du 26 juin 2006 portant des mesures en matière d'enseignement 2006 le mot « spécial » est chaque fois remplacé par le mot « spécialisé » et le passage « et paramédical » est chaque fois remplacé par le passage « , paramédical et sociopsychologique ».

CHAPITRE XL. — *Modification du décret du 21 avril 2008 portant valorisation du métier d'enseignant*

Art. 202. Dans l'article 104 alinéa 1^{er}, 1^o du décret du 21 avril 2008 portant valorisation du métier d'enseignant le mot « spécial » est remplacé par le mot « spécialisé » et le passage « et paramédical » est remplacé par le passage « , paramédical et sociopsychologique ».

TITEL VI. — Dispositions finales

Art. 203. Disposition finale

Une nouvelle école spécialisée ne peut être construite qu'à proximité d'une école ordinaire.

Art. 204. Disposition finale

Les articles 84, 85, 86, 88 et 89 du décret du 31 août 1998 relatif aux missions confiées aux pouvoirs organisateurs et au personnel des écoles et portant des dispositions générales d'ordre pédagogique et organisationnel pour les écoles ordinaires et spécialisées entrent en vigueur le 1^{er} septembre 2009.

Art. 205. Disposition finale

Les articles 18 et 19 du décret du 26 avril 1999 relatif à l'enseignement fondamental ordinaire entrent en vigueur le 1^{er} septembre 2009.

Art. 206. Disposition finale

Le Gouvernement procède à une évaluation des titres III, IV et V du présent décret après l'année scolaire 2013-2014. Lors de cette évaluation le Gouvernement peut faire appel à des experts.

Art. 207. Disposition abrogatoire

Sont abrogés :

1. l'article 3 paragraphe 2, 4^o de la loi du 22 juin 1964 relative au statut des membres du personnel de l'enseignement de l'Etat, modifié par la loi du 6 juillet 1970;

2. les articles 5, 6 à 11, 14, 18 et 19 de la loi du 6 juillet 1970 sur l'enseignement spécial et l'enseignement intégré;

3. les articles 8, 9, 10, 13, 14, 15, 18 à 22, 23, 25 à 28 et 47 de l'arrêté royal du 28 juin 1978 portant définition des types et organisation de l'enseignement spécial et déterminant les conditions d'admission et de maintien dans les divers niveaux d'enseignement spécial;

4. les articles 6 paragraphe 2, 23 paragraphes 2, 3 et 4, 27 paragraphe 2, 37 paragraphe 4 et 43 paragraphe 1^{er}, du décret du 27 juin 1990 fixant la façon de déterminer les fonctions du personnel dans l'enseignement spécial;

5. l'arrêté du Gouvernement du 20 juillet 1994 portant composition et fonctionnement de la Commission consultative pour l'enseignement spécial;

6. les articles 30, 31, 51, 7^o et 8^o et l'article 85 alinéa 2, du décret du 31 août 1998 relatif aux missions confiées aux pouvoirs organisateurs et au personnel des écoles et portant des dispositions générales d'ordre pédagogique et organisationnel pour les écoles ordinaires

Art. 208. Disposition transitoire

Pour l'obtention du certificat attestant de l'existence d'une formation complémentaire d'au moins 10 points ECTS dans le domaine de la pédagogie de soutien, curative ou orthopédagogique nécessaire à l'exercice d'une fonction dans la catégorie du personnel enseignant dans l'enseignement spécialisé, l'expérience professionnelle acquise dans l'école ordinaire ou spécialisée par les membres du personnel enseignant employés avant le 1^{er} septembre 2010 dans une école spécialisée organisée ou subventionnée par la Communauté germanophone et qui ont encadré avant le 1^{er} septembre 2010 des élèves nécessitant un soutien pédagogique spécialisé dans une école ordinaire ou spécialisée, est transformée en points ECTS. Le membre du personnel obtient 2 points ECTS par année scolaire durant laquelle il a encadré dans une école ordinaire ou spécialisée des élèves ayant besoin d'un soutien pédagogique spécialisé, à condition d'avoir accompli au moins 180 jours de service durant l'année scolaire concernée.

Les membres du personnel visés à l'alinéa 1^{er} qui ont obtenu au moins 10 points ECTS au 1^{er} septembre 2010 sont considérés comme titulaires des titres requis nécessaires ou jugés suffisants pour l'exercice de la fonction concernée, pour autant que leur dernier rapport d'évaluation porte au moins la mention « suffisant ».

Les membres du personnel visés à l'alinéa 1^{er} qui ont obtenu au moins 6 mais moins de 10 points ECTS au 1^{er} septembre 2010 sont considérés comme titulaires des titres requis nécessaires ou jugés suffisants pour l'exercice de la fonction concernée, pour autant que leur dernier rapport d'évaluation portait au moins la mention « suffisant ». Le membre du personnel ne peut obtenir un mandat temporaire, respectivement un engagement à durée indéterminée ou une nomination définitive qu'après avoir obtenu au moins 10 points ECTS. Cette mesure reste en vigueur jusqu'au 31 août 2014.

Les dispositions suivantes s'appliquent au calcul des jours de service visés à l'alinéa 1^{er} :

a) sont pris en compte les jours de service prestés jusqu'au 31 août 2010 durant lesquels le membre du personnel a encadré des élèves nécessitant un soutien pédagogique spécialisé dans une école ordinaire ou spécialisée.

b) Les jours de service prestés en tant que membre du personnel contractuel subsidié et en tant que membre du personnel désigné, respectivement engagé, à titre temporaire sont pris en compte du premier au dernier jour d'une période de service actif ininterrompue, y compris, s'ils en font partie, les congés de détente, les vacances de Noël et de Pâques, le congé de maternité, le congé pour raisons prophylactiques, les périodes durant lesquelles le membre du personnel est dispensé de l'exercice de toute activité dans le cadre de la grossesse ou de la menace de maladie professionnelle, le congé pour adoption ou tutelle, le congé de circonstance ou le congé exceptionnel conformément aux dispositions légales et réglementaires. Le nombre de jours de service déterminé de la sorte est multiplié par 1,2. Les jours de service prestés par un membre du personnel désigné pour une durée indéterminée et qui se réfèrent à une année scolaire complète sont exclus de cette multiplication.

c) Les services prestés dans une fonction à horaire incomplet mais atteignant au moins la moitié du nombre d'heures nécessaires à une fonction à horaire complet, sont pris en compte comme ceux d'une fonction à horaire complet.

d) Le nombre de jours acquis dans une fonction à horaire incomplet n'atteignant pas la moitié du nombre d'heures nécessaires à une fonction à horaire complet, est réduit de moitié.

e) Le nombre de jours acquis dans deux ou plusieurs fonctions à horaire complet ou incomplet exercés simultanément ne peut jamais dépasser le nombre de jours acquis dans une fonction à horaire complet exercé durant la même période.

Art. 209. Disposition transitoire

Les membres du personnel enseignant d'une école spécialisée organisée ou subventionnée par la Communauté germanophone désignés, respectivement engagés, à titre temporaire ou nommés, respectivement engagés, à titre définitif au 31 août 2010, sont considérés à partir du 1^{er} septembre 2010 comme désignés, respectivement engagés à titre temporaire à durée indéterminée ou comme nommés ou engagés à titre définitif dans une fonction de l'enseignement spécialisé portant la même désignation que la fonction pour laquelle ils étaient désignés, respectivement engagés à titre temporaire à durée indéterminée ou comme nommés ou engagés à titre définitif jusqu'à cette date.

Art. 210. Disposition transitoire

Par dérogation aux articles 91^{quinqüies} et 91^{sexies} de l'arrêté royal du 22 mars 1969 fixant le statut des membres du personnel directeur et enseignant, du personnel auxiliaire d'éducation, du personnel paramédical et sociopsychologique des établissements d'enseignement gardien, primaire, spécialisé, moyen, technique, artistique et normal de l'Etat, des internats dépendant de ces établissements et des membres du personnel du service d'inspection chargé de la surveillance de ces établissements, le pouvoir organisateur désigné au 1^{er} septembre 2009 comme premiers chef de départements au Centre de pédagogie de soutien et pédagogie spécialisée le directeur du Institut der Deutschsprachigen Gemeinschaft für Sonderunterricht Eupen et le chef d'établissement de la Grundschule für differenzierter Unterricht Elsenborn-Sankt Vith.

Les deux chefs de départements introduisent un plan d'action et de stratégie au plus tard le 31 décembre 2009.

Art. 211. Entrée en vigueur

Le présent décret entre en vigueur le 1^{er} septembre 2009, à l'exception des articles 47, 49, 50 à 52, 166, 168 à 170, 184 et l'article 185, lesquels entrent en vigueur le jour de l'adoption du présent décret, et des articles 32 1^o, 38, 40 à 42, 56, 62, 65, 76 à 79, 161, 163 à 165, 179, 181 à 183, qui entrent en vigueur au 1^{er} septembre 2010.

APPROUVE PAR LE PARLEMENT DE LA COMMUNAUTE GERMANOPHONE

Eupen, le 11 mai 2009

Stephan THOMAS

Greffier

Louis SIQUET

Président

Promulguons le présent décret et ordonnons qu'il soit publié au *Moniteur belge*.

Eupen, le 11 mai 2009.

K.-H. LAMBERTZ,

Ministre-Président du Gouvernement de la Communauté germanophone,

Ministre des Pouvoirs locaux

B. GENTGES,

Vice-Ministre-Président du Gouvernement de la Communauté germanophone,

Ministre de la Formation et de l'Emploi, des Affaires sociales et du Tourisme

O. PAASCH,

Ministre de l'Enseignement et de la Recherche scientifique

I. WEYKMANS,

Ministre de la Culture, des Médias, des Monuments et Sites, de la Jeunesse et du Sport

—————
Note

Session 2008-2009.

Documents du Parlement : 148 (2008-2009) N° 1 Projet de décret

148 (2008-2009) N° 2 Amendements proposés

148 (2008-2009) N° 3 Rapport

Compte rendu intégral : 11 mai 2009 - N° 13 (2008-2009) Discussion et vote

—————
VERTALING

MINISTERIE VAN DE DUITSTALIGE GEMEENSCHAP

N. 2009 — 2729

[2009/202854]

11 MEI 2009. — Decreet over het centrum voor onderwijs aan leerlingen met specifieke behoeften ter bevordering van het onderwijs aan leerlingen met specifieke behoeften in de gewone scholen en de scholen voor onderwijs aan leerlingen met specifieke behoeften evenals ter ondersteuning van de bevordering van de ontwikkeling van leerlingen met een beperking, aanpassings- of leerproblemen in de gewone scholen en de scholen voor onderwijs aan leerlingen met specifieke behoeften

Het Parlement van de Duitstalige Gemeenschap heeft aangenomen en Wij, Regering, bekrachtigen wat volgt :

TITEL I. — Algemene bepalingen

Artikel 1. Toepassingsgebied

Voorliggend decreet is van toepassing op de het gewone onderwijs en het onderwijs aan leerlingen met specifieke behoeften dat door de Duitstalige Gemeenschap georganiseerd of gesubsidieerd wordt.

Art. 2. Hoedanigheden

De hoedanigheden in voorliggend decreet gelden voor beide geslachten.

Art. 3. Meerderjarigheid

Vanaf de dag waarop een leerling meerderjarig wordt, gelden de in dit decreet vastgelegde rechten en plichten van de personen belast met de opvoeding ten aanzien van de leerling. Elke minderjarige leerling heeft het recht overeenkomstig zijn beoordelingsvermogen zijn mening in de betrokken aangelegenheid te uiten.

Art. 4. Definities

Voor de toepassing van dit decreet verstaat men onder :

1. Gewone school : Onderwijs- en opvoedingsinrichting van het gewoon onderwijs die onder de leiding van een inrichtingshoofd staat en waarin de leerlingen onderwezen worden volgens een studieprogramma dat door de Regering werd vastgelegd of goedgekeurd, waarbij de onderwijsdoelstellingen voor leerlingen met speciale onderwijsbehoeften kunnen worden aangepast;

2. School voor onderwijs aan leerlingen met specifieke behoeften : Onderwijs- en opvoedingsinrichting van het onderwijs aan leerlingen met specifieke behoeften die onder de leiding van een inrichtingshoofd staat en waarin de leerlingen geheel of gedeeltelijk worden onderwezen volgens een studieprogramma dat door de Regering werd vastgelegd of goedgekeurd;

3. Centrum voor onderwijs aan leerlingen met specifieke behoeften : Fusie van de door de Duitstalige Gemeenschap georganiseerde scholen voor onderwijs aan leerlingen met specifieke behoeften tot een organisatorische en pedagogische eenheid die tot de verantwoordelijkheid van het gemeenschapsonderwijs behoort;

4. Plaats van het onderwijs aan leerlingen met specifieke behoeften : Gewone school of school voor onderwijs aan leerlingen met specifieke behoeften waar de leerling onderwijs voor leerlingen met speciale behoeften krijgt;

5. Inrichtende macht : Natuurlijke of rechtspersoon die voor de inrichting, de organisatie en het beheer van een of meer scholen verantwoordelijk is en die voor het onderhoud van de school eigen prestaties levert;

6. Personen belast met de opvoeding : Personen die krachtens de wet of een gerechtelijke beslissing het ouderlijke gezag over het kind of de jongere uitoefenen;

7. Integratieproject : Scolarisatie van een leerling met specifieke onderwijsbehoeften in de gewone school met gebruik van individueel vastgelegde personeels-, materiële en voor speciale onderwijsbehoeften bestemde didactische middelen;

8. Betrekkingspakket : Aantal betrekkingen waarover een school beschikt;

9. Maatregelen op het vlak van onderwijs aan leerlingen met specifieke behoeften : Differentiërende en individualiserende onderwijs- en opvoedingsmaatregelen die aan de respectieve speciale onderwijsbehoefte van een leerling beantwoorden;

10. Bevordering van onderwijs aan leerlingen met specifieke behoeften : Stimulering van leerlingen met speciale onderwijsbehoeften volgens een individueel speciaal onderwijsplan in scholen voor onderwijs aan leerlingen met specifieke behoeften of in gewone scholen. Zij heeft tot doel leerlingen met een beperking, met aanpassings- of leermoeilijkheden bij het leren van schoolse, sociale en maatschappelijke vaardigheden te helpen en te stimuleren. Zij biedt de leerlingen hulp en oriëntering bij de overname van waarden, instellingen en houdingen.

TITEL II. — Het Centrum voor onderwijs aan leerlingen met specifieke behoeften**HOOFDSTUK I. — Inrichting en opdrachten****Art. 5. Inrichting**

Onder de naam "Zentrum für Förderpädagogik" ("Centrum voor onderwijs aan leerlingen met specifieke behoeften") wordt een dienst met een afzonderlijke directie opgericht. Daartoe fuseren in het gemeenschapsonderwijs de Basisschool voor Gedifferentieerd Onderwijs van Elsenborn - Sankt Vith en het Instituut voor Buitengewoon Onderwijs van de Duitstalige Gemeenschap in Eupen.

Het Centrum voor onderwijs aan leerlingen met specifieke behoeften bestaat uit een afdeling basisonderwijs, een afdeling secundair onderwijs en een internaat.

Art. 6. Opdrachten

Het Centrum voor onderwijs aan leerlingen met specifieke behoeften staat samen met de scholen voor onderwijs aan leerlingen met specifieke behoeften van het onderwijs dat door Duitstalige Gemeenschap wordt georganiseerd en gesubsidieerd in voor de organisatie van het basisonderwijs aan leerlingen met specifieke behoeften in de Duitstalige Gemeenschap. Het neemt in het bijzonder de volgende opdrachten waar :

1. Verstrekken van onderwijs aan leerlingen met specifieke behoeften op basis- en secundair niveau van het onderwijs aan leerlingen met specifieke behoeften;

2. Coördinatie van de stimuleringsmaatregelen voor onderwijs aan leerlingen met specifieke behoeften in de integratieprojecten;

3. Bijstand en advisering bij de opstelling van individuele plannen voor onderwijs aan leerlingen met specifieke behoeften;

4. Beschikbaarstelling van vakpersoneel voor onderwijs aan leerlingen met specifieke behoeften in de gewone scholen;

5. Advisering en begeleiding van de gewone scholen en van de Centra voor de Opleiding en de Voortgezette Opleiding in de Middenstand en de kmo's op het vlak van aangelegenheden inzake het onderwijs aan leerlingen met specifieke behoeften;

6. Bijstand bij de uitbreiding van de methodisch-didactische, pedagogische en psychologische competenties van de gewone scholen en van de Centra voor de Opleiding en de Voortgezette Opleiding in de Middenstand en de kmo's op het vlak van de bevordering van het onderwijs aan leerlingen met specifieke behoeften;

7. Bijstand bij de integratie in het arbeidsproces van leerlingen en organisatie van geïntegreerde stages in de ondernemingen.

Voor het vervullen van die opdrachten werkt het Centrum voor onderwijs aan leerlingen met specifieke behoeften samen met alle partners die op het vlak van de bevordering van het onderwijs aan leerlingen met specifieke behoeften actief zijn, inzonderheid met de Dienst voor Personen met een Handicap.

HOOFDSTUK II. — *Adviescomité***Art. 7.** Oprichting van het adviescomité

§ 1. Er wordt een adviescomité opgericht dat als volgt samengesteld is :

1. een vertegenwoordiger van het gemeenschapsonderwijs;
2. een vertegenwoordiger van het gesubsidieerd vrij onderwijs;
3. een vertegenwoordiger van het gesubsidieerd officieel onderwijs;
4. een vertegenwoordiger van het Bestuur voor Onderwijs respectievelijk van de voor sociale zaken bevoegde afdeling van het Ministerie van de Duitstalige Gemeenschap;
5. een vertegenwoordiger van een erkende inrichting die op het vlak van het onderzoek inzake onderwijs aan en de voortgezette opleiding van leerlingen met speciale behoeften actief is;
6. een vertegenwoordiger van het psycho-medisch-sociaal centrum van het gemeenschapsonderwijs respectievelijk van het gesubsidieerd vrij onderwijs en van het gesubsidieerd officieel onderwijs;
7. een vertegenwoordiger van de Dienst voor Personen met een Handicap;
8. een vertegenwoordiger van een instelling van openbaar nut die in de sector onderwijs aan leerlingen met specifieke behoeften in de Duitstalige Gemeenschap actief is en die de belangen van de personen belast met de opvoeding behartigt;
9. een vertegenwoordiger van de werkgeversorganisaties in de Duitstalige Gemeenschap;
10. een vertegenwoordiger van de werknemersorganisaties in de Duitstalige Gemeenschap;
11. een vertegenwoordiger van de Autonome Hogeschool van de Duitstalige Gemeenschap;
12. een vertegenwoordiger van het Instituut voor Opleiding en Voortgezette Opleiding in de Middenstand en de kmo's;
13. een vertegenwoordiger van het technisch en beroepsonderwijs;
14. een vertegenwoordiger van het Arbeitsamt (Dienst voor Arbeidsbemiddeling) van de Duitstalige Gemeenschap.

De directeur van het Centrum voor onderwijs aan leerlingen met specifieke behoeften is voorzitter van het adviescomité. De departementshoofden van het Centrum voor Onderwijs aan Leerlingen met Speciale Behoeften nemen met adviserende stem aan de vergaderingen deel.

§ 2. Voor elk in § 1, eerste lid, vermelde werkende lid wordt een vervangend lid aangesteld.

De leden en vervangende leden van het adviescomité worden door de Regering voor een termijn van vijf jaar aangewezen.

§ 3. Het adviescomité kan andere personen met adviserende stem voor zijn vergaderingen uitnodigen.

Art. 8. Opdrachten van het adviescomité

Het adviescomité neemt de volgende opdrachten waar :

1. Advisering van de Regering en de directie van het Centrum voor onderwijs aan leerlingen met specifieke behoeften inzake alle algemene vraagstukken van de bevordering van het onderwijs en in het bijzonder van de bevordering van het onderwijs aan leerlingen met specifieke behoeften in de Duitstalige Gemeenschap.
2. Opstellen van adviezen over vraagstukken van het onderwijs aan leerlingen met specifieke behoeften op verzoek van de Regering of op eigen initiatief;
3. Initiëren van een breed opgevatte maatschappelijke dialoog over alle aspecten van het onderwijs aan leerlingen met specifieke behoeften in de Duitstalige Gemeenschap.

Art. 9. Werkwijze van het adviescomité

§ 1. De directeur van het Centrum voor onderwijs aan leerlingen met specifieke behoeften belegt de vergaderingen op eigen initiatief of op schriftelijk verzoek van een lid van het adviescomité. Hij stelt de agenda op.

§ 2. Het adviescomité werkt zijn eigen huishoudelijk reglement uit en legt dit ter goedkeuring aan de Regering voor.

§ 3. De bij toepassing van artikel 8, punt 2, opgestelde adviezen van het Adviescomité worden bij gewone meerderheid van stemmen gegeven.

Alle leden van het Adviescomité - met uitzondering van de directeur en het departementshoofd van het Centrum voor onderwijs aan leerlingen met specifieke behoeften - zijn stemgerechtigd.

Met onthoudingen bij de stemming wordt geen rekening gehouden.

Indien de minderheid daarom verzoekt, wordt haar standpunt als bijlage bij het advies gevoegd.

§ 4. Het Adviescomité komt minstens twee keer per schooljaar samen.

§ 5. Bij toepassing van het besluit van de Regering van 12 juli 2001 tot harmonisatie van het presentiegeld en van de reisvergoedingen in instellingen en raden van beheer van de Duitstalige Gemeenschap ontvangen de werkende leden en de plaatsvervangende leden van het Adviescomité presentiegeld en reiskostenvergoedingen ten laste van de begroting van het Centrum voor onderwijs aan leerlingen met specifieke behoeften.

HOOFDSTUK III. — *Pedagogische Raad***Art. 10.** Samenwerking met het Adviescomité

Onverminderd artikel 51 van het decreet van 31 augustus 1998 betreffende de opdrachten toevertrouwd aan de inrichtende machten en aan het schoolpersoneel en houdende algemene pedagogische en organisatorische bepalingen voor het gewoon en het onderwijs aan leerlingen met specifieke behoeften houdt de Pedagogische Raad van het Centrum voor onderwijs aan leerlingen met specifieke behoeften in het kader van zijn activiteiten rekening met de adviezen en aanbevelingen van het Adviescomité van het Centrum voor onderwijs aan leerlingen met specifieke behoeften en informeert het dit laatste over de actuele ontwikkelingen.

Art. 11. Deelname van de departementshoofden aan de vergaderingen van de Pedagogische Raad

Onverminderd artikel 49, eerste lid, van het decreet van 31 augustus 1998 betreffende de opdrachten toevertrouwd aan de inrichtende machten en aan het schoolpersoneel en houdende algemene pedagogische en organisatorische bepalingen voor het gewoon en het onderwijs aan leerlingen met specifieke behoeften zijn de departementshoofden lid van de Pedagogische Raad, die bij het Centrum voor onderwijs aan leerlingen met specifieke behoeften wordt ingesteld.

HOOFDSTUK IV. — *Urenpakket***Art. 12.** Berekening

Onverminderd artikel 5^{quater}, 44.1, 53^{ter} en 53^{quater} van het decreet van 27 juni 1990 tot vaststelling van de wijze waarop de ambten van het personeel voor onderwijs aan leerlingen met specifieke behoeften worden bepaald, komt het urenpakket voor onderwijzend personeel, van het opvoedend hulp personeel en van het paramedisch personeel evenals van het psychosociaal personeel van het Centrum voor onderwijs aan leerlingen met specifieke behoeften vanaf de inwerkingtreding van het decreet voor een termijn van vijf jaar overeen met de som van het urenpakket dat het Instituut van de Duitstalige Gemeenschap voor Buitengewoon Onderwijs en de basisschool voor gedifferentieerd onderwijs in het schooljaar 2008-2009 bij toepassing van artikel 5^{ter}, 34 en 53^{quater} van hetzelfde decreet van 27 juni 1990 toekent.

Voor verstrijken van de in het eerste lid vermelde tijdsspanne analyseert de Regering de behoefte aan een opstelling van een nieuw systeem voor de berekening van het urenpakket.

Art. 13. Schoolleiding

De artikelen 9 en 10 van hetzelfde decreet van 27 juni 1990 zijn niet van toepassing op het Centrum voor onderwijs aan leerlingen met specifieke behoeften.

Art. 14. Departementshoofd

De in artikel 24 van hetzelfde decreet van 27 juni 1990 voorziene derde betrekking van departementshoofd wordt in het Centrum voor onderwijs aan leerlingen met specifieke behoeften vanaf 1 september 2010 georganiseerd.

Art. 15. Correspondent-boekhouder

Onverminderd de artikelen 30 en 31 van hetzelfde decreet van 27 juni 1990 worden bij het Centrum voor onderwijs aan leerlingen met specifieke behoeften voor het ambt van correspondent-boekhouder 15 bijkomende uren ingesteld. Zodra uren voor hetzelfde ambt in de betrokken school open worden verklaard, worden de krachters onderhavig artikel bijkomend ingestelde uren verminderd met het aantal open verklaarde uren.

TITEL III. — Verbetering van het onderwijs aan leerlingen met specifieke behoeften in de gewone scholen en de scholen voor onderwijs aan leerlingen met specifieke behoeften

Art. 16. Onderwijs aan leerlingen met specifieke behoeften in de gewone school en de school voor onderwijs aan leerlingen met specifieke behoeften

In het decreet van 31 augustus 1998 betreffende de opdrachten toevertrouwd aan de inrichtende machten en aan het schoolpersoneel en houdende algemene pedagogische en organisatorische bepalingen voor de gewone scholen en de scholen voor onderwijs aan leerlingen met specifieke behoeften wordt een hoofdstuk VIII^{bis} ingevoegd dat de artikelen 93.1 tot en met 93.32 bevat en dat als volgt luidt :

"Hoofdstuk VIII^{bis}- Onderwijs aan leerlingen met specifieke behoeften in de gewone school en de school voor onderwijs aan leerlingen met specifieke behoeften

Afdeling 1. — Principe van het onderwijs aan leerlingen met specifieke behoeften

Artikel 93.1 Doelstelling en organisatie

Het onderwijs aan leerlingen met specifieke behoeften heeft tot taak de leerlingen met een beperking, met aanpassings- of leermoeilijkheden in staat te stellen op een zelfstandige en gemeenschappelijke manier te leven, te leren en te handelen, rekening houdend met hun individuele mogelijkheden. Ze ondersteunt en stimuleert deze leerlingen bij het leren van schoolse, sociale en maatschappelijke vaardigheden en biedt hen hulp en oriëntatie bij de overname van waarden, instellingen en houdingen.

Tot de in het eerste lid vermelde waarden behoren :

1. Gelijkwaardigheid-evenwaardigheid ondanks de verscheidenheid;
2. Solidariteit;
3. Vinden van een eigen identiteit.

Het onderwijs aan leerlingen met specifieke behoeften omvat de bevordering van leerlingen met een behoefte aan onderwijs voor leerlingen met specifieke behoeften volgens een individueel onderwijsplan in scholen voor onderwijs aan leerlingen met specifieke behoeften of in gewone scholen.

De omvang en de inhoud van het onderwijs aan leerlingen met specifieke behoeften worden vastgelegd op basis van de individuele speciale onderwijsbehoeften evenals de personeels-, materiële en organisatorische kadervoorwaarden. Deze kadervoorwaarden zijn samen met de individuele behoeften van de leerling bepalend voor het vastleggen van de plaats van het onderwijs aan leerlingen met specifieke behoeften. Het gaat hierbij dan om de plaats waar het snelst en het best aan de behoeften van het kind kan worden voldaan en waar het zijn vakgerichte en vakoverstijgende competenties en ontwikkelingsdoeleinden het beste kan ontwikkelen.

Afdeling 2. — Procedure voor de vaststelling van de behoefte aan onderwijs voor leerlingen met specifieke behoeften

Onderafdeling 1. — Algemeen

Artikel 93.2. Definitie

Er is sprake van een behoefte aan onderwijs voor leerlingen met specifieke behoeften, wanneer met de middelen van de algemene pedagogische maatregelen niet aan deze behoefte kan worden voldaan. Dit is het geval, wanneer de beperking van het kind of de jongere van dien aard is, dat intensieve maatregelen voor de bevordering van de ontwikkeling en het onderwijs opleiding noodzakelijk zijn en wanneer de aard van de beperking speciale maatregelen vereist waarvoor leraren, therapeuten en verzorgingsvakpersoneel met een navenante vakopleiding vereist zijn.

Artikel 93.3 Advisering van de personen belast met de opvoeding

§ 1. De personen belast met de opvoeding hebben recht op een objectieve, professionele en uitvoerige advisering en begeleiding, in het bijzonder gedurende de periode voorafgaand aan de indiening van het verzoek en tijdens de vastleggingsprocedure.

§ 2. Het adviseren gebeurt in eerste instantie door de schoolleiding van de school die het kind bezoekt of door de schoolleiding van de school waar de personen belast met de opvoeding het kind of de jongeren willen inschrijven.

De personen belast met de opvoeding kunnen zich voor de advisering wenden tot een door de Duitstalige Gemeenschap georganiseerd of gesubsidieerd psycho-medisch-sociaal centrum respectievelijk elke andere gekwalificeerde instelling.

§ 3. Het adviseren en informeren van de personen belast met de opvoeding door de in § 2 opgesomde instellingen over de bij het kind of de jongeren vastgestelde problemen, de maatregelen tot nu toe inzake onderwijs aan leerlingen met specifieke behoeften evenals de resultaten van de eventuele tests inzake onderwijs aan leerlingen met specifieke behoeften en de verschillende mogelijkheden van het onderwijs aan leerlingen met specifieke behoeften moeten uitvoerig en objectief worden georganiseerd.

§ 4. De aanvraag tot bepaling van de behoefte aan onderwijs voor leerlingen met specifieke behoeften bevat de inlichtingen over het totale proces die voor de personen belast met de opvoeding noodzakelijk zijn. De regering bepaalt de vorm en de inhoud van die inlichtingen.

Onderafdeling 2 - Instelling van de procedure tot vaststelling van een behoefte aan onderwijs voor leerlingen met specifieke behoeften

Artikel 93.4. Indienen van de aanvraag

§ 1. Indien bij een kind of een jongere een behoefte aan onderwijs voor leerlingen met specifieke behoeften wordt vermoed, moet de vaststelling daarvan uiterlijk op 1 februari bij een door de Duitstalige Gemeenschap georganiseerd of gesubsidieerd psycho-medische-sociaal centrum worden aangevraagd, wanneer in het daaropvolgende schooljaar onderwijs aan leerlingen met specifieke behoeften moet plaatsvinden.

Bij ziekte, ongeval of verhuizing kan de procedure tot vaststelling van de behoefte aan onderwijs voor leerlingen met specifieke behoeften ook buiten de in het eerste lid vermelde termijn worden ingesteld. De indiener van de aanvraag moet motiveren waarom hij de termijn niet naleeft.

§ 2. De aanvraag tot vaststelling van de behoefte aan onderwijs voor leerlingen met specifieke behoeften wordt door de personen belast met de opvoeding of door het inrichtingshoofd van de gewone school waar het kind of de jongeren moet worden ingeschreven of ingeschreven is, schriftelijk bij een psycho-medisch-sociaal centrum ingediend. In het tweede geval is de instemming van de personen belast met de opvoeding vereist.

§ 3. De indiening van een aanvraag vormt geen juridische aanspraak op onderwijs aan leerlingen met specifieke behoeften.

Artikel 93.5. Vorm van de aanvraag

De aanvraag voor vaststelling van de behoefte aan onderwijs voor leerlingen met specifieke behoeften wordt met redenen omkleed. Hiertoe kunnen medische, psychologische of andere attesten van deskundigen worden voorgelegd.

Indien de aanvraag door de gewone school wordt ingediend, dient zij van de schriftelijke toestemming van de personen belast met de opvoeding vergezeld te zijn.

Indien het kind of de jongere reeds naar een basis- of secundaire school gaat, moeten in de aanvraag de tot dan toe getroffen maatregelen voor onderwijs aan leerlingen met specifieke behoeften worden vermeld.

Artikel 93.6. *Indienen van de aanvraag door de gewone school*

§ 1. Als het inrichtingshoofd van de gewone school de aanvraag tot vaststelling van de behoefte aan onderwijs voor leerlingen met specifieke behoeften wil indienen, informeert hij de personen belast met de opvoeding per aangetekend schrijven over dit voornemen, voert hiervoor de redenen aan en duidt het psycho-medisch-sociaal centrum aan waarbij de aanvraag moet worden ingediend.

§ 2. Indien de personen belast met de opvoeding het met dat voornemen eens zijn, verlenen zij binnen een termijn van acht kalenderdagen na ontvangst van het aangetekend schrijven schriftelijk hun toestemming.

§ 3. Indien de personen belast met de opvoeding niet met het aangeduide centrum akkoord gaan, stellen zij het inrichtingshoofd van de gewone school daarover binnen een termijn van acht kalenderdagen na ontvangst van het aangetekend schrijven in kennis. Tegelijk duiden zij een ander door de Duitstalige Gemeenschap georganiseerd of gesubsidieerd psycho-medisch-sociaal centrum aan dat de procedure voor de vaststelling dient uit te voeren.

§ 4. Indien de personen belast met de opvoeding niet binnen een termijn van acht kalenderdagen na ontvangst van het aangetekend schrijven schriftelijk hun toestemming voor het starten van een procedure tot vaststelling van de behoefte aan onderwijs voor leerlingen met specifieke behoeften verlenen, mag het inrichtingshoofd van de gewone school een beroep doen op het in artikel 93.24 vermelde Comité voor onderwijs aan leerlingen met specifieke behoeften. Hij stelt de personen belast met opvoeding hiervan in kennis.

Het Comité voor onderwijs aan leerlingen met specifieke behoeften deelt de personen belast met de opvoeding en het inrichtingshoofd van de gewone school binnen een termijn van twintig werkdagen, te rekenen vanaf de dag waarop het het beroep ontvangen heeft, per aangetekend schrijven zijn gemotiveerde beslissing mee.

Indien de personen belast met de opvoeding het niet met de beslissing van het Comité voor onderwijs aan leerlingen met specifieke behoeften eens zijn, delen zij dit schriftelijk aan de voorzitter van het Comité voor onderwijs aan leerlingen met specifieke behoeften mee binnen een termijn van veertien kalenderdagen na ontvangst van het aangetekend schrijven. Deze verwijst de zaak dan naar de bevoegde jeugdrechter.

Het Comité voor onderwijs aan leerlingen met specifieke behoeften verwijst de zaak eveneens naar de bevoegde jeugdrechter, wanneer de personen belast met de opvoeding geen gevolg geven aan de beslissing genomen door het Comité voor onderwijs aan leerlingen met specifieke behoeften.

Onderafdeling 3. — Vaststelling van de behoefte aan onderwijs voor leerlingen met specifieke behoeften

Artikel 93.7. Opstellen van een advies

Na ontvangst van de overeenkomstig onderafdeling 2 ingediende aanvraag stelt het psycho-medisch-sociaal centrum op basis van een multidisciplinair onderzoek een gemotiveerd advies op waarin op bindende wijze de volgende zaken worden vastgelegd :

1. Of bij de leerling een behoefte aan onderwijs voor leerlingen met specifieke behoeften bestaat;
2. wat de aard van de beperking is;

3. op welke domeinen onderwijs aan leerlingen met specifieke behoeften moet worden verstrekt;
4. van welke aard het noodzakelijke onderwijs aan leerlingen met specifieke behoeften respectievelijk de therapeutische en verzorgingsmaatregelen zijn.

Indien een medisch onderzoek tot vaststelling van de lichamelijke ontwikkeling en de gezondheidstoestand werd uitgevoerd en indien het medisch verslag gegevens bevat die voor het gekwalificeerde onderwijs aan leerlingen met specifieke behoeften en voor de gekwalificeerde therapeutische begeleiding van betekenis zijn, moeten die gegevens bij het advies inzake onderwijs aan leerlingen met specifieke behoeften worden gevoegd.

Artikel 93.8. Overmaken van het advies

Het psycho-medisch-sociaal centrum maakt het opgestelde advies uiterlijk op 1 april van het schooljaar dat voorafgaat aan het schooljaar waarin de maatregelen voor onderwijs aan leerlingen met specifieke behoeften, over aan de volgende personen :

1. De personen belast met de opvoeding;
2. Het inrichtingshoofd van de gewone school waar het kind respectievelijk de jongeren naar school gaat of volgens de wens van de ouders naar school zou willen gaan;
3. Het inrichtingshoofd van de school voor onderwijs aan leerlingen met specifieke behoeften waarmee de gewone school waar het kind respectievelijk de jongere naar school gaat of volgens de wens van de ouders naar school zou willen gaan, tot dan toe samengewerkt heeft.

In afwijking van het eerste lid maakt het psycho-medisch-sociaal centrum het advies niet over aan het in punt 3 vermelde inrichtingshoofd van de school voor onderwijs aan leerlingen met specifieke behoeften, wanneer in het advies gesteld wordt dat geen behoefte aan onderwijs voor leerlingen met specifieke behoeften aanwezig is.

Artikel 93.9. Gevolgen van het advies

Wordt in het advies gesteld dat een behoefte aan onderwijs voor leerlingen met specifieke behoeften aanwezig is, dan heeft men in het kader van de ter beschikking staande middelen voor speciale behoeften recht op onderwijs aan leerlingen met specifieke behoeften. Daardoor kan men echter geen aanspraak maken op een bepaald aantal uren onderwijs aan leerlingen met specifieke behoeften respectievelijk op de terbeschikkingstelling van middelen voor speciale behoeften op een bepaalde plaats.

Indien een behoefte aan onderwijs voor leerlingen met specifieke behoeften werd vastgesteld, verzoeken de personen belast met de opvoeding op grond van het advies een inschrijving van hun kind in een school voor onderwijs aan leerlingen met speciale behoeften of in een gewone school.

Artikel 93.10. Controle van de behoefte aan onderwijs voor leerlingen met specifieke behoeften

Onverminderd de artikelen 93.4, 93.5 en 93.6 kan worden verzocht om de noodzaak van de behoefte aan onderwijs voor leerlingen met specifieke behoeften te laten nagaan door een psycho-medisch-sociaal centrum dat door de Duitstalige Gemeenschap wordt georganiseerd of gesubsidieerd.

Onverminderd de artikelen 93.4, 93.5 en 93.6 moet bij leerlingen die de basisschool afgesloten hebben de behoefte aan onderwijs voor leerlingen met specifieke behoeften worden nagegaan, alvorens het onderwijs aan leerlingen met specifieke behoeften in een gewone school of een school voor onderwijs aan leerlingen met specifieke behoeften kan plaatsvinden.

Afdeling 3. — Inschrijving in een gewone school

Artikel 93.11. Belegging van een Vergadering voor onderwijs aan leerlingen met specifieke behoeften

Indien de personen belast met de opvoeding wensen dat het kind respectievelijk de jongere bij wie een behoefte aan onderwijs voor leerlingen met specifieke behoeften werd vastgesteld, in een gewone school wordt ingeschreven, belegt het inrichtingshoofd van de gewone school waar de personen belast met de opvoeding hun kind wensen in te schrijven of waar hun kind naar school gaat na ontvangst van het door het psycho-medisch-sociaal centrum opgestelde advies een Vergadering voor onderwijs aan leerlingen met specifieke behoeften.

Artikel 93.12. Samenstelling van de Vergadering voor onderwijs aan leerlingen met specifieke behoeften

§ 1. Zijn lid van de Vergadering voor onderwijs aan leerlingen met specifieke behoeften :

1. De personen belast met de opvoeding;
2. Het inrichtingshoofd van de gewone school;
3. De leraar secundair onderwijs, de leraar lager onderwijs of de kleuteronderwijzer die aan het hoofd van de respectieve klas van de gewone school staat;
4. Het inrichtingshoofd van de school voor onderwijs aan leerlingen met specifieke behoeften waarmee de gewone school samenwerkt of diens gevolmachtigde vertegenwoordiger;
5. Een lid van het onderwijzend personeel, van het opvoedend hulppersoneel en van het paramedisch personeel respectievelijk van het psychosociaal personeel van diezelfde school voor onderwijs aan leerlingen met specifieke behoeften.

Het inrichtingshoofd van de gewone school is voorzitter van de Vergadering voor onderwijs aan leerlingen met specifieke behoeften.

§ 2. Op verzoek van het inrichtingshoofd van de gewone school kunnen maximaal twee vertegenwoordigers van het Bestuur voor Onderwijs met adviserende stem aan de Vergadering voor onderwijs aan leerlingen met specifieke behoeften deelnemen.

De personen belast met de opvoeding hebben het recht zich tijdens de Vergadering voor onderwijs aan leerlingen met specifieke behoeften door een adviseur van eigen keuze te laten begeleiden.

§ 3. Een vertegenwoordiger die daartoe de opdracht heeft gekregen van het psycho-medisch-sociaal centrum dat de behoefte aan onderwijs voor leerlingen met specifieke behoeften heeft vastgesteld, is adviserend lid van de Vergadering voor onderwijs aan leerlingen met specifieke behoeften en wordt door de Vergadering voor onderwijs aan leerlingen met specifieke behoeften gehoord om het opgestelde advies toe te lichten.

Artikel 93.13. Beslissingen van de Vergadering voor onderwijs aan leerlingen met specifieke behoeften

§ 1. De in artikel 93.12, § 1, vermelde leden van de Vergadering voor onderwijs aan leerlingen met specifieke behoeften leggen uiterlijk op 30 april unaniem voor het volgende schooljaar vast :

1. of het kind respectievelijk de jongere geheel of gedeeltelijk volgens de richtlijnen van de kaderplannen respectievelijk uitsluitend volgens een individueel plan voor onderwijs aan leerlingen met specifieke behoeften wordt onderwezen;

2. de doelstellingen van het onderwijs aan leerlingen met specifieke behoeften;
3. de te nemen pedagogische, therapeutische en/of verzorgingsmaatregelen van het onderwijs aan leerlingen met specifieke behoeften;
4. de plaats van het onderwijs aan leerlingen met specifieke behoeften waar de speciale middelen kunnen worden ingezet;
5. de onderwijsvorm, indien het om een leerling gaat die de secundaire school voor onderwijs aan leerlingen met specifieke behoeften bezoekt of dient te bezoeken.

Bovendien geven zij een aanbeveling met betrekking tot de in het volgende schooljaar in te zetten personeelsmiddelen voor onderwijs aan leerlingen met specifieke behoeften.

§ 2. De inrichtingshoofden van de in de Duitstalige Gemeenschap georganiseerde en gesubsidieerde scholen voor onderwijs aan leerlingen met specifieke behoeften controleren de in § 1, tweede lid, vermelde aanbeveling en nemen een definitieve beslissing over de in te zetten personeelsmiddelen voor onderwijs aan leerlingen met specifieke behoeften. Zij doen dit rekening houdend met de bepalingen van artikel 53ter, § 3, § 4 en § 5, van het decreet van 27 juni 1990 tot vaststelling van de wijze waarop de ambten van het personeel voor buitengewoon onderwijs worden bepaald en in nauw overleg met de betrokken gewone scholen.

De inrichtingshoofden van de scholen voor onderwijs aan leerlingen met specifieke behoeften delen de inrichtingshoofden van de betrokken gewone scholen uiterlijk op 15 mei per aangetekend schrijven hun gemotiveerde beslissing mee.

Het inrichtingshoofd van de gewone schoolt deelt de personen belast met de opvoeding uiterlijk op 20 mei per aangetekend schrijven de gemotiveerde beslissing over de in te zetten personeelsmiddelen voor onderwijs aan leerlingen met specifieke behoeften mee.

§ 3. Bij de vaststelling van de plaats voor het onderwijs aan leerlingen met specifieke behoeften moet in principe een school worden aangeduid overeenkomstig de Conventie betreffende de rechten van personen met een handicap, opgemaakt tijdens de plenaire vergadering in New York op 13 december 2006. Indien uitgaande van de individuele behoefte van de leerling aan onderwijs voor leerlingen met specifieke behoeften de Vergadering voor onderwijs aan leerlingen met specifieke behoeften tot de vaststelling zou komen dat de school voor onderwijs aan leerlingen met specifieke behoeften de geschikte plaats voor de leerling is, kan zijn als plaats voor het onderwijs aan leerlingen met specifieke behoeften eveneens een school voor onderwijs aan leerlingen met specifieke behoeften aanduiden.

Alle beslissingen van de Vergadering voor onderwijs aan leerlingen met specifieke behoeften worden uitvoerig gemotiveerd.

§ 4. Indien de procedure tot vaststelling van de behoefte aan onderwijs voor leerlingen met specifieke behoeften overeenkomstig artikel 93.4, § 1, tweede lid, in geval van ziekte, ongeval of verhuizing van een leerling buiten de vastgestelde termijnen wordt gestart en bij de betrokken leerling wordt een behoefte aan onderwijs voor leerlingen met specifieke behoeften vastgesteld, kan de Vergadering voor onderwijs aan leerlingen met specifieke behoeften buiten de in § 1 vermelde termijnen bijeenkomen.

§ 5. Indien het verzoek wordt ingewilligd tot verandering van school voor een leerling bij wie een behoefte aan onderwijs voor leerlingen met specifieke behoeften werd vastgesteld en voor wie als plaats voor onderwijs aan leerlingen met specifieke behoeften een gewone school werd aangeduid, dan belegt het inrichtingshoofd van de gewone school die de leerling opneemt onmiddellijk een nieuwe Vergadering voor onderwijs aan leerlingen met specifieke behoeften. Daarbij gelden de modaliteiten vastgelegd in § 1 tot en met 6 3 en artikel 93.14.

Artikel 93.14. Convocatie van het Comité voor onderwijs aan leerlingen met specifieke behoeften

Indien de leden tijdens de Vergadering voor onderwijs aan leerlingen met specifieke behoeften geen unanimiteit betreffende de in artikel 93.13, § 1, eerste lid, nummers 1 tot en met 5, opgesomde aspecten bereiken, verwijst het inrichtingshoofd van de gewone school binnen een termijn van acht kalenderdagen na afsluiting van het overleg tijdens de vergadering inzake onderwijs aan leerling met speciale behoeften het dossier per aangetekende brief door aan het in artikel 93.24 vermelde Comité voor onderwijs aan leerlingen met specifieke behoeften.

Het Comité voor onderwijs aan leerlingen met specifieke behoeften deelt de personen belast met de opvoeding, het inrichtingshoofd van de gewone school en het inrichtingshoofd van de school voor onderwijs aan leerlingen met specifieke behoeften per aangetekende brief zijn beslissing inzake de in artikel 93.13, § 1, eerste lid, nummers 1 tot en met 5, vermelde aspecten evenals zijn aanbeveling met betrekking tot de in het volgende schooljaar in te zetten personeelsmiddelen voor het onderwijs aan leerlingen met specifieke behoeften binnen een termijn van twintig werkdagen na verzending van de in het vorige lid vermelde aangetekende schrijven mee.

Indien de personen belast met de opvoeding het niet met de beslissing van het Comité voor onderwijs aan leerlingen met specifieke behoeften eens zijn, delen zij dit schriftelijk aan de voorzitter van het Comité voor onderwijs aan leerlingen met specifieke behoeften mee binnen een termijn van veertien kalenderdagen na verzending van het aangetekend schrijven waarin de beslissing staat. Deze verwijst de zaak dan naar de bevoegde jeugdrechter.

Afdeling 4. — Individueel plan voor onderwijs aan leerlingen met specifieke behoeften en portfolio van het onderwijs aan leerlingen met specifieke behoeften

Artikel 93.15. Individueel plan voor onderwijs aan leerlingen met specifieke behoeften

Onder de verantwoordelijkheid van het inrichtingshoofd van de door de Vergadering voor onderwijs aan leerlingen met specifieke behoeften als plaats voor dit onderwijs aangeduide school en met medewerking van de personen belast met de opvoeding evenals van de met de uitvoering van de speciale onderwijsmaatregelen belaste leden van het bestuurs-, onderwijzend, opvoedend hulp-, paramedisch en psychosociaal personeel wordt bij het begin van het schooljaar voor elke leerling met behoefte aan onderwijs voor leerlingen met specifieke behoeften een individueel plan voor onderwijs aan leerlingen met specifieke behoeften opgemaakt. Dit plan voor onderwijs aan leerlingen met specifieke behoeften omvat :

1. Een precieze beschrijving van de doelstellingen van het onderwijs aan leerlingen met specifieke behoeften die in samenwerking met de personen belast met de opvoeding moeten worden gehaald;
2. De beschrijving van de maatregelen inzake onderwijs aan leerlingen met specifieke behoeften en de namen van de leden van het bestuurs-, onderwijzend, opvoedend hulp-, paramedisch en psychosociaal personeel die met de uitvoering ervan belast zijn.

Voor de opstelling van het plan voor onderwijs aan leerlingen met specifieke behoeften kunnen ook externe vakmensen voor advies worden geraadpleegd.

Artikel 93.16. Portfolio van onderwijs aan leerlingen met specifieke behoeften

De in artikel 93.15, eerste lid, nummer 2, vermelde personen documenten hun visie op de leerontwikkeling en de omzetting van het plan voor onderwijs aan leerlingen met specifieke behoeften in een portfolio van onderwijs aan leerlingen met specifieke behoeften.

De verantwoordelijkheid voor het bijhouden van het portfolio van onderwijs aan leerlingen met specifieke behoeften ligt bij het inrichtingshoofd van de plaats van onderwijs aan leerlingen met specifieke behoeften.

Artikel 93.17. Evaluatie

De in artikel 93.15, eerste lid, nummer 2, vermelde personen evalueren op basis van het individuele plan van onderwijs aan leerlingen met specifieke behoeften en het portfolio van onderwijs aan leerlingen met specifieke behoeften minstens een keer per schooljaar samen met de personen belast met de opvoeding in hoeverre de in het individuele plan voor onderwijs aan leerlingen met specifieke behoeften vastgelegde onderwijsdoelstellingen werden gehaald. Desgevallend corrigeren zij de doelstellingen en de bijhorende maatregelen.

Afdeling 5. — Voortzetting of stopzetting van de lopende integratieprojecten

Artikel 93.18. Evaluatie van een integratieproject door de Vergadering voor onderwijs aan leerlingen met specifieke behoeften

Op basis van de in artikel 93.17 vermelde evaluatie beslissen de in artikel 93.12, § 1, vermelde leden van de Vergadering voor onderwijs aan leerlingen met specifieke behoeften ten laatste op 30 april van het lopend schooljaar unaniem over de voortzetting of stopzetting van een lopend integratieproject voor het volgende schooljaar.

Artikel 93.19. Voortzetting van een integratieproject

§ 1. Indien de in artikel 93.12, § 1, vermelde leden van de Vergadering voor onderwijs aan leerlingen met specifieke behoeften zich voor een voortzetting van het onderwijs aan leerlingen met specifieke behoeften in de gewone school uitspreken, leggen zij ten laatste op 30 april van het lopend schooljaar unaniem voor het volgende schooljaar vast :

1. of het kind respectievelijk de jongere geheel of gedeeltelijk volgens de richtlijnen van de kaderplannen respectievelijk uitsluitend volgens een individueel plan voor onderwijs aan leerlingen met specifieke behoeften wordt onderwezen;
2. de doelstellingen van het onderwijs aan leerlingen met specifieke behoeften;
3. de te nemen pedagogische, therapeutische en/of verzorgingsmaatregelen van het onderwijs aan leerlingen met specifieke behoeften.

De Vergadering voor onderwijs aan leerlingen met specifieke behoeften verstrekt bovendien een aanbeveling over de tijdens het volgende schooljaar in te zetten personeelsmiddelen voor onderwijs aan leerlingen met specifieke behoeften.

§ 2. De inrichtingshoofden van de door de Duitstalige Gemeenschap georganiseerde en gesubsidieerde scholen voor onderwijs aan leerlingen met specifieke behoeften controleren de in § 1, tweede lid, vermelde aanbeveling en nemen een definitieve beslissing over de in te zetten personeelsmiddelen voor onderwijs aan leerlingen met specifieke behoeften. Zij doen dit rekening houdend met de bepalingen van artikel 53ter, § 3, § 4 en § 5, van het decreet van 27 juni 1990 tot vaststelling van de wijze waarop de ambten van het personeel voor buitengewoon onderwijs worden bepaald en in nauw overleg met de betrokken gewone scholen.

De inrichtingshoofden van de scholen voor onderwijs aan leerlingen met specifieke behoeften delen de inrichtingshoofden van de betrokken gewone scholen uiterlijk op 15 mei per aangetekend schrijven hun gemotiveerde beslissing mee.

Het inrichtingshoofd van de gewone school deelt de personen belast met de opvoeding de gemotiveerde beslissing inzake de voortzetting en de voor het onderwijs aan leerlingen met specifieke behoeften in te zetten personeelsmiddelen uiterlijk op 20 mei per aangetekend schrijven mee.

Artikel 93.20. Stopzetting van het onderwijs aan leerlingen met specifieke behoeften in een gewone school na verstrijken van een schooljaar

§ 1. Indien de in artikel 93.12, § 1, vermelde leden van de Vergadering voor onderwijs aan leerlingen met specifieke behoeften zich tegen een voortzetting van het onderwijs aan leerlingen met specifieke behoeften in een gewone school uitspreken, stellen zij ten laatste op 30 april van het lopend schooljaar unaniem vast of de verdere scalarisatie in de gewone school zonder hulp van onderwijs aan leerlingen met specifieke behoeften of in een school voor onderwijs aan leerlingen met specifieke behoeften dient plaats te vinden.

De beslissing over de stopzetting van het onderwijs aan leerlingen met specifieke behoeften in de gewone school kan slechts gebeuren, indien voorafgaandelijk :

1. een advies van het begeleidend psycho-medisch-sociaal centrum werd ingewonnen en dit in de Vergadering voor onderwijs aan leerlingen met specifieke behoeften toegelicht werd;
2. het standpunt van de personen belast met de opvoeding werd nagevraagd.

§ 2. Het inrichtingshoofd van de gewone school zendt de personen belast met de opvoeding uiterlijk op 30 april van het lopend schooljaar per aangetekend schrijven de gemotiveerde beslissing over de stopzetting van het onderwijs aan leerlingen met specifieke behoeften in de betrokken gewone school en over de toekomstige plaats van het onderwijs aan leerlingen met specifieke behoeften.

Artikel 93.21. Convocatie van het Comité voor onderwijs aan leerlingen met specifieke behoeften

Indien tijdens de Vergadering voor onderwijs aan leerlingen met specifieke behoeften tussen de leden geen overeenstemming over de in de artikelen 93.18, 93.19, § 1, eerste lid, nummers 1 tot en met 3, en 93.20, § 1, eerste lid, vermelde aspecten wordt bereikt, verwijst het inrichtingshoofd van de gewone school het dossier binnen een termijn van acht kalenderdagen na het afsluiten van het overleg in de Vergadering voor onderwijs aan leerlingen met specifieke behoeften door naar het in artikel 93.24 vermelde Comité voor onderwijs aan leerlingen met specifieke behoeften.

Het Comité voor onderwijs aan leerlingen met specifieke behoeften deelt binnen een termijn van twintig werkdagen na het verzenden van het in het vorige lid vermelde aangetekend schrijven aan de personen belast met de opvoeding, het inrichtingshoofd van de gewone school en het inrichtingshoofd van de school voor onderwijs aan leerlingen met specifieke behoeften per aangetekend schrijven zijn gemotiveerde beslissing over de in de artikelen 93.18, 93.19, § 1, eerste lid, nummers 1 tot en met 3, en 93.20, § 1, eerste lid, vermelde aspecten evenals zijn aanbeveling met betrekking tot de in het volgende schooljaar voor het onderwijs aan leerlingen met specifieke behoeften in te zetten personeelsmiddelen mee.

Indien de personen belast met de opvoeding het niet met de beslissing van het Comité voor onderwijs aan leerlingen met specifieke behoeften eens zijn, delen zij dit schriftelijk aan de voorzitter van het Comité voor onderwijs aan leerlingen met specifieke behoeften mee binnen een termijn van veertien kalenderdagen na verzending van het aangetekend schrijven waarin de beslissing staat. Deze verwijst de zaak dan naar de bevoegde jeugdrechter.

Artikel 93.22. Afbreken van het onderwijs aan leerlingen met specifieke behoeften in een gewone school in de loop van een schooljaar

§ 1. Het afbreken van het onderwijs aan leerlingen met specifieke behoeften in een gewone school in de loop van een schooljaar gebeurt op basis van een unanieme beslissing van de in artikel 93.12, § 1, vermelde leden van de Vergadering voor onderwijs aan leerlingen met specifieke behoeften. Zij kunnen deze beslissing slechts nemen, mits voorafgaandelijk :

1. een advies van het begeleidend psycho-medisch-sociaal centrum werd ingewonnen;
2. het standpunt van de personen belast met de opvoeding werd nagevraagd.

§ 2. Het inrichtingshoofd stuurt de personen belast met de opvoeding per aangetekend schrijven de gemotiveerde beslissing over de stopzetting van het onderwijs aan leerlingen met specifieke behoeften in de betrokken gewone school en over de toekomstige plaats voor het onderwijs aan leerlingen met specifieke behoeften. Bovendien stelt hij het Bestuur voor Onderwijs over de stopzetting in kennis.

Indien tijdens de Vergadering voor onderwijs aan leerlingen met specifieke behoeften tussen de leden geen overeenstemming wordt bereikt, verwijst het inrichtingshoofd van de gewone school het dossier binnen een termijn van acht kalenderdagen na het afsluiten van het overleg in de Vergadering voor onderwijs aan leerlingen met specifieke behoeften door naar het in artikel 93.24 vermelde Comité voor onderwijs aan leerlingen met specifieke behoeften.

Het Comité voor onderwijs aan leerlingen met specifieke behoeften deelt de personen belast met de opvoeding, het inrichtingshoofd van de gewone school en het inrichtingshoofd van de school voor onderwijs aan leerlingen met specifieke behoeften binnen een termijn van twintig werkdagen na verzending van het aangetekend schrijven van de aantekening van het beroep zijn gemotiveerde beslissing mee.

Indien de personen belast met de opvoeding het niet met de beslissing van het Comité voor onderwijs aan leerlingen met specifieke behoeften eens zijn, delen zij dit schriftelijk aan de voorzitter van het Comité voor onderwijs aan leerlingen met specifieke behoeften mee binnen een termijn van veertien kalenderdagen na verzending van het aangetekend schrijven waarin de beslissing staat. Deze verwijst de zaak dan naar de bevoegde jeugdrechter.

Artikel 93.23. Advies van het psycho-medisch-sociaal centrum

Indien de personen belast met de opvoeding er principieel niet akkoord mee gaan dat het in artikel 93.20, § 1, tweede lid, nummer 1, of 93.22, § 1, eerste lid, nummer 1, vermeld advies bij een psycho-medisch-sociaal centrum wordt ingewonnen, kan het inrichtingshoofd van de gewone school het Comité voor onderwijs aan leerlingen met specifieke behoeften convoceren. Hij stelt de personen belast met de opvoeding ervan in kennis dat hij het Comité voor onderwijs aan leerlingen met specifieke behoeften bijeenroep.

Het Comité voor onderwijs aan leerlingen met specifieke behoeften deelt de personen belast met de opvoeding en het inrichtingshoofd van de gewone school binnen een termijn van twintig werkdagen, te rekenen vanaf de dag waarop het het beroep ontvangen heeft, per aangetekend schrijven zijn beslissing mee.

Indien de personen met de opvoeding het niet met de beslissing van het Comité voor onderwijs aan leerlingen met specifieke behoeften eens zijn, delen zij dit schriftelijk aan de voorzitter van het Comité voor onderwijs aan leerlingen met specifieke behoeften mee binnen een termijn van veertien dagen na ontvangst van het aangetekend schrijven. Deze verwijst de zaak dan naar de bevoegde jeugdrechter.

Het Comité voor onderwijs aan leerlingen met specifieke behoeften verwijst de zaak eveneens naar de bevoegde jeugdrechter, wanneer de personen belast met de opvoeding geen gevolg geven aan de beslissing genomen door het Comité voor onderwijs aan leerlingen met specifieke behoeften.

Afdeling 6. — Comité voor onderwijs aan leerlingen met specifieke behoeften

Artikel 93.24. Oprichting

§ 1. De Regering richt een Comité voor onderwijs aan leerlingen met specifieke behoeften op, bestaande uit :

1. een voorzitter;
2. een vertegenwoordiger van de Dienst voor Personen met een Handicap;
3. een persoon met bijzonder ervaring of kwalificatie op het vlak van onderwijs aan leerlingen met specifieke behoeften;
4. een persoon, voorgesteld door de inrichtende macht van de gewone school waar de leerling naar school gaat of volgens de wens van de ouders naar school dient te gaan en die geen deel uitmaakt van het personeel van de betrokken gewone school;
5. een secretaris.

In afwijking van lid 1, nummer 4, is tijdens de vergaderingen waarin het Comité voor Onderwijs aan Leerlingen met Speciale Behoeften beraadslaagt over de toekenning van de in artikel 4, tweede lid, van de wet van 6 juli 1970 op het buitengewoon en geïntegreerd onderwijs voorziene afwijkmogelijkheid, een persoon aanwezig, voorgesteld door de inrichtende macht van de school voor onderwijs aan leerlingen met specifieke behoeften, waar de leerling naar school gaat en die niet tot het personeel van de betrokken school voor onderwijs aan leerlingen met specifieke behoeften behoort.

§ 2. Voor elk in § 1 vermeld gewoon lid duidt de Regering een plaatsvervangend lid aan. In geval van ontslag of verlies van het ambt krachtens hetwelk het lid in het Comité voor onderwijs aan leerlingen met specifieke behoeften werd opgenomen, neemt het plaatsvervangend lid het mandaat tot het eind op en wordt een nieuw plaatsvervangend lid aangeduid. Indien een gewoon lid verhinderd is, neemt het plaatsvervangend lid aan de vergadering deel.

De voorzitter en zijn plaatsvervanger evenals de secretaris en zijn plaatsvervanger worden gekozen onder de leden van het Bestuur voor Onderwijs die in actieve dienst zijn.

§ 3. De in § 1 vermelde leden en de in § 2 vermelde plaatsvervangende leden worden voor een termijn van vier jaar door de Regering aangeduid.

Artikel 93.25. Opdrachten

Het Comité voor onderwijs aan leerlingen met specifieke behoeften kijkt zich van de in de artikelen 93.6, § 4, 93.14, 93.20, 93.22, 93.23, § 3, en 93.24 vermelde taken.

Bovendien staat het in voor de toekenning van de in artikel 4, tweede lid, van de wet van 6 juli 1970 op het buitengewoon en geïntegreerd onderwijs voorziene afwijkingmogelijkheid.

Artikel 93.26. Huishoudelijk reglement

Het Comité voor onderwijs aan leerlingen met specifieke behoeften werkt zijn eigen huishoudelijk reglement uit en legt dit ter goedkeuring aan de Regering voor.

Artikel 93.27. *Vrijstelling van leden*

Een lid kan vrijstelling vragen, indien het denkt een moreel belang bij de zaak te hebben of wanneer het denkt dat men zijn onpartijdigheid in twijfel zou kunnen trekken. De voorzitter beslist of aan dat verzoek gevolg wordt gegeven. Hij kan ook op eigen initiatief een lid om dezelfde redenen vrijstellen.

De voorzitter, de plaatsvervangende voorzitter, de gewone leden en de plaatsvervangende leden mogen niet over een zaak vergaderen die hun kind respectievelijk het kind van een familielid tot de vierde graad aanbelangt.

Artikel 93.28. Werking van het Comité voor onderwijs aan leerlingen met specifieke behoeften in geval van convocatie krachtens de artikelen 93.6, § 4, 93.14, 93.21, 93.22, § 3, en 93.23

De in het tweede lid vermelde partijen worden door de voorzitter binnen tien werkdagen na ontvangst van het dossier geconvoceerd. Tussen het uitnodigen en het horen van de partijen liggen minstens drie werkdagen, waarbij de datumstempels van de post als bewijs gelden.

De personen belast met de opvoeding, het inrichtingshoofd van de gewone school in zijn hoedanigheid van voorzitter van de Vergadering voor onderwijs aan leerlingen met specifieke behoeften en het inrichtingshoofd van de school voor onderwijs aan leerlingen met specifieke behoeften worden door het Comité voor onderwijs aan leerlingen met specifieke behoeften gehoord.

De personen belast met de opvoeding, het inrichtingshoofd van de gewone school en het inrichtingshoofd van de school voor onderwijs aan leerlingen met specifieke behoeften kunnen zich laten bijstaan door een advocaat of een vertegenwoordiger van een vereniging die hun respectieve belangen behartigt. De personen belast met de opvoeding hebben bovendien het recht zich te laten vertegenwoordigen door een advocaat of een vertegenwoordiger van een vereniging die hun belangen behartigt.

Het Comité voor onderwijs aan leerlingen met specifieke behoeften kan een bijkomend onderzoek gelasten. Het kan bovendien deskundigen ter consultatie ontbieden.

Het feit dat de personen belast met de opvoeding respectievelijk hun vertegenwoordiger, het inrichtingshoofd van de gewone school respectievelijk zijn vertegenwoordiger of het inrichtingshoofd van de school voor onderwijs aan leerlingen met specifieke behoeften respectievelijk zijn vertegenwoordiger niet ter vergadering verschijnen, verhindert niet dat het Comité voor onderwijs aan leerlingen met specifieke behoeften een beslissing over de zaak neemt.

Artikel 93.29. Werking van het Comité voor onderwijs aan leerlingen met specifieke behoeften bij convocatie met het oog op de toekenning van een afwijkingmogelijkheid voor het bezoek aan de school voor onderwijs aan leerlingen met specifieke behoeften

De in het tweede lid vermelde partijen worden door de voorzitter geconvoceerd binnen tien werkdagen na ontvangst van het positieve advies, door de raad van leraren van de school voor onderwijs aan leerlingen met specifieke behoeften verstrekt inzake het bezoek van de leerling tot na zijn eenentwintigste jaar aan de secundaire school voor onderwijs aan leerlingen met specifieke behoeften. Tussen het uitnodigen en het horen van de partijen liggen minstens drie werkdagen, waarbij de datumstempels van de post als bewijs gelden.

De personen belast met de opvoeding en het inrichtingshoofd van de school voor onderwijs aan leerlingen met specifieke behoeften worden door het Comité voor onderwijs aan leerlingen met specifieke behoeften gehoord.

De personen belast met de opvoeding en het inrichtingshoofd van de school voor onderwijs aan leerlingen met specifieke behoeften kunnen zich laten bijstaan door een advocaat of een vertegenwoordiger van een vereniging die hun respectieve belangen behartigt. De personen belast met de opvoeding hebben bovendien het recht zich te laten vertegenwoordigen door een advocaat of een vertegenwoordiger van een vereniging die hun belangen behartigt.

Het Comité voor onderwijs aan leerlingen met specifieke behoeften kan een bijkomend onderzoek gelasten. Het kan bovendien deskundigen ter consultatie ontbieden.

Het feit dat de personen belast met de opvoeding respectievelijk hun vertegenwoordiger, het inrichtingshoofd van de school voor onderwijs aan leerlingen met specifieke behoeften respectievelijk zijn vertegenwoordiger niet ter vergadering verschijnen, verhindert niet dat het Comité voor onderwijs aan leerlingen met specifieke behoeften een beslissing over de zaak neemt.

Artikel 93.30. Quorum voor de aanwezigheden en de stemming

Het Comité voor onderwijs aan leerlingen met specifieke behoeften kan slechts rechtsgeldig beraadslagen, als alle gewone leden respectievelijk bij hun afwezigheid hun plaatsvervaarders aanwezig zijn. Is dat niet het geval, dan convoceert de voorzitter binnen vijf werkdagen een nieuwe vergadering. Die vergadering kan dan ongeacht het aantal aanwezig leden rechtsgeldig beraadslagen.

Alle in artikel 93.24, § 1, nummers 1, 2, 3 en 4 vermelde gewone leden respectievelijk bij hun afwezigheid hun plaatsvervaarders zijn stemgerechtigd.

De gemotiveerde beslissing wordt na stemming bij gewone meerderheid van stemmen goedgekeurd. Stemonthoudingen zijn niet toegelaten. Bij staking van stemmen beslist de voorzitter.

Artikel 93.31. Mededeling van de beslissing

De gemotiveerde beslissing van het Comité voor onderwijs aan leerlingen met specifieke behoeften wordt de partijen binnen vijf werkdagen na de vergadering waarin zij werd genomen per aangetekend schrijven meegedeeld.

Artikel 93.32. Werkingskosten en vergoedingen

De werkingskosten van het Comité voor onderwijs aan leerlingen met specifieke behoeften vallen ten laste van de Duitstalige Gemeenschap.

Bij toepassing van het besluit van de Regering van 12 juli 2001 tot harmonisatie van het presentiegeld en van de reisvergoedingen in instellingen en raden van beheer van de Duitstalige Gemeenschap ontvangen de leden respectievelijk de plaatsvervangende leden van het Comité voor onderwijs aan leerlingen met specifieke behoeften presentiegeld en reiskostenvergoedingen ten laste van de begroting van de Duitstalige Gemeenschap.

TITEL IV. — Ondersteuning van het speciale onderwijs voor leerlingen met leerproblemen in de gewone scholen en de scholen voor onderwijs aan leerlingen met specifieke behoeften

Art. 17. Ondersteuning van het speciale onderwijs voor leerlingen met leerproblemen in de gewone scholen

In hoofdstuk VI van het decreet van 26 april 1999 betreffende het gewoon basisonderwijs wordt een afdeling *2bis*, dat de artikelen 52.1 tot en met 52.5 bevat, ingevoegd, luidend als volgt :

"Afdeling *2bis* - Bijzondere ondersteuning van leerlingen met leerproblemen in de gewone basisscholen

Onderafdeling 1 - Principe

Artikel 52.1. *Diagnose van het onderwijs aan leerlingen met specifieke behoeften en speciale ondersteuning in de gewone basisscholen*

Ter ondersteuning van de vaardigheden op het vlak van het diagnosticeren van behoeften aan onderwijs voor leerlingen met specifieke behoeften en ter uitbreiding van de competenties op het vlak van onderwijs aan leerlingen met specifieke behoeften in de gewone basisscholen worden het gewoon basisonderwijs 100 vierden van een betrekking ter beschikking gesteld die volgens de volgende verdeelsleutel worden toegekend :

blok 1 : 20 / 4

blok 2 : 15 / 4

blok 3 : 25 / 4

blok 4 : 20 / 4

blok 5 : 20 / 4

§ 2. Elke inrichtende macht van het gewone basisonderwijs krijgt een bepaald aantal vierden van een betrekking, berekend volgens deze formule :

$$\frac{A \times B}{C}$$

A = aantal overeenkomstig § 1 aan het gewone basisonderwijs ter beschikking gestelde vierden van een betrekking

B = aantal leerlingen in de gewone basisscholen van de inrichtende macht

C = totaal aantal leerlingen in de gewone basisscholen in de Duitstalige Gemeenschap

Indien het eerste decimaal getal kleiner dan 5 is, wordt tot het volgende vierde van een betrekking afgerond. Vanaf een waarde van 5 wordt tot het volgende vierde van een betrekking afgerond.

§ 3. Binnen zes jaar na inwerkingtreding van dit decreet worden de in § 1 vermelde vierden van een betrekking ter beschikking gesteld. De regering bepaalt het tijdstip en de modaliteiten voor de terbeschikkingstelling.

Onderafdeling 2 - Berekeningswijze

Artikel 52.2. Principe

De berekening van het betrekkingenpakket gebeurt voor alle basisscholen van een inrichtende macht samen.

Als teldag voor de berekening geldt de laatste schooldag van januari van het voorgaande schooljaar.

Artikel 52.3. *Aard van de telling*

De volgende leerlingenaantallen worden samengeteld :

1. het aantal regelmatige kleuters die tijdens januari gedurende ten minste vijf schooldagen ten belope van een halve dag aanwezig waren;
2. het aantal regelmatige leerlingen lager onderwijs.

Onderafdeling 3 - Aanwending van het betrekkingenpakket

Artikel 52.4. *Aanwendingsduur*

Het betrekkingenpakket vastgelegd overeenkomstig de artikelen 52.1 tot en met 52.3 is beschikbaar voor het lopend schooljaar.

Artikel 52.5. *Aanwending*

Het betrekkingenpakket vastgelegd overeenkomstig de artikelen 52.1 tot en met 52.3 kan door de inrichtende macht in een of meer van zijn scholen worden aangewend voor :

1. het vervangen van personeelsleden die een door de Regering erkende voortgezette opleiding volgen op het vlak van het diagnosticeren van leerlingen met speciale behoeften, het onderwijs aan leerlingen met specifieke behoeften en in het bijzonder de aanmoediging van leerlingen met bijzondere moeilijkheden op het vlak van de ontwikkelingsdoelstellingen en de kerncompetenties van de onderwijstaal, de eerste vreemde taal of wiskunde en desgevallend ook op het vlak van vakoverschrijdende competenties;

2. vanaf het schooljaar 2014-2015 personeelsleden aan te werven die niet alleen houder zijn van een vereist bekwaamheidsbewijs of van een voldoende geacht bekwaamheidsbewijs dat overeenstemt met het uit te oefenen ambt maar bovendien houder zijn van een bijkomende en op grond van een door de Regering goedgekeurde opleiding toegekende kwalificatie op het vlak van het diagnosticeren van leerlingen met speciale behoeften, het onderwijs aan leerlingen met specifieke behoeften of de aanmoediging van leerlingen met bijzondere moeilijkheden op het vlak van de ontwikkelingsdoelstellingen en de kerncompetenties van de onderwijstaal, de eerste vreemde taal of wiskunde en desgevallend ook op het vlak van vakoverschrijdende competenties.

Het betrekkingenpakket wordt gevoegd bij het betrekkingenpakket vastgelegd overeenkomstig afdeling 3 van dit hoofdstuk. Het betrekkingenpakket vastgelegd overeenkomstig de artikelen 52.1 tot en met 52.3 is niet voor een benoeming in vast verband of een aanstelling in vast verband vrijgegeven."

Art. 18. Ondersteuning van het aanmoedigen van leerlingen met behoefte aan onderwijs voor leerlingen met speciale behoeften in scholen voor onderwijs aan leerlingen met specifieke behoeften

In hoofdstuk I van het decreet van 27 juni 1990 tot vaststelling van de wijze waarop de ambten van het personeel voor buitengewoon onderwijs worden bepaald, wordt een artikel *5quater* ingevoegd, luidend als volgt :

"Artikel *5quater*. Ondersteuning van het aanmoedigen van leerlingen met behoefte aan onderwijs voor leerlingen met speciale behoeften in scholen voor onderwijs aan leerlingen met specifieke behoeften

§ 1. Ter ondersteuning van de vaardigheden op het vlak van het diagnosticeren van behoeften aan onderwijs voor leerlingen met specifieke behoeften en ter uitbreiding van de competenties op het vlak van onderwijs aan leerlingen met specifieke behoeften in de basisscholen voor onderwijs aan leerlingen met specifieke behoeften worden het onderwijs voor leerlingen met speciale behoeften 18 vierden van een betrekking ter beschikking gesteld die volgens de volgende verdeelsleutel worden toegekend :

blok 1 : 4 / 4

blok 2 : 2 / 4

blok 3 : 5 / 4

blok 4 : 3 / 4

blok 5 : 4 / 4

Elke inrichtende macht van het onderwijs voor leerlingen met speciale behoeften krijgt een bepaald aantal vierden van een betrekking, berekend volgens deze formule :

$$\frac{A \times B}{C}$$

A = aantal overeenkomstig § 1 aan het onderwijs voor leerlingen met speciale behoeften ter beschikking gestelde vierden van een betrekking

B = aantal leerlingen in de scholen voor onderwijs aan leerlingen met specifieke behoeften van de inrichtende macht

C = totaal aantal leerlingen in de scholen voor onderwijs aan leerlingen met specifieke behoeften in de Duitstalige Gemeenschap

Indien het eerste decimaal getal kleiner dan 5 is, wordt tot het volgende vierde van een betrekking afgerond. Vanaf een waarde van 5 wordt tot het volgende vierde van een betrekking afgerond.

Binnen zes jaar na inwerkingtreding van dit decreet worden de in § 1 vermelde vierden van een betrekking ter beschikking gesteld. De regering bepaalt het tijdstip en de modaliteiten voor de terbeschikkingstelling.

§ 2. Als teldag voor de berekening geldt de laatste schooldag van januari van het voorgaande schooljaar.

§ 3. De volgende leerlingenaantallen worden samengeteld :

1. het aantal regelmatige kleuters die tijdens januari gedurende ten minste vijf schooldagen ten belope van een halve dag aanwezig waren;

2. het aantal regelmatige leerlingen lager onderwijs;

3. het aantal regelmatige leerlingen lager onderwijs.

§ 4. Het betrekkingenpakket vastgelegd overeenkomstig § 1 tot en met § 3 is beschikbaar voor het lopend schooljaar.

§ 5. Het betrekkingenpakket vastgelegd overeenkomstig § 1 tot en met § 3 kan door de inrichtende macht worden aangewend om in een school voor onderwijs aan leerlingen met specifieke behoeften :

1. leden van het bestuurs-, onderwijzend, opvoedend hulp-, paramedisch en psychosociaal personeel te vervangen die een door de Regering erkende voortgezette opleiding volgen op het vlak van het diagnosticeren van leerlingen met speciale behoeften, het onderwijs aan leerlingen met specifieke behoeften en in het bijzonder de aanmoediging van leerlingen met bijzondere moeilijkheden op het vlak van de ontwikkelingsdoeleinden en de kerncompetenties van de onderwijstaal, de eerste vreemde taal of wiskunde en desgevallend ook op het vlak van vakoverschrijdende competenties;

2. vanaf het schooljaar 2014-2015 personeelsleden aan te werven die niet alleen houder zijn van een vereist bekwaamheidsbewijs of van een voldoende geacht bekwaamheidsbewijs dat overeenstemt met het uit te oefenen ambt maar bovendien houder zijn van een bijkomende en op grond van een door de Regering goedgekeurde opleiding toegekende kwalificatie op het vlak van het diagnosticeren van leerlingen met speciale behoeften, het onderwijs aan leerlingen met specifieke behoeften, de heilpedagogie of de orthopedagogie.

Het betrekkingenpakket wordt gevoegd bij het betrekkingenpakket vastgelegd overeenkomstig artikel 5ter. Het betrekkingenpakket vastgelegd overeenkomstig § 1 tot en met § 3 is niet voor een benoeming in vast verband of een aanstelling in vast verband vrijgegeven."

Art. 19. Verlof voor deelname aan een door de Regering erkende voortgezette opleiding op het vlak van het diagnosticeren van leerlingen met speciale behoeften of het onderwijs aan leerlingen met specifieke behoeften

§ 1. Dit artikel is van toepassing op :

1. de personeelsleden van de onderwijsinrichtingen die door de Duitstalige Gemeenschap worden georganiseerd en die aan een statuut onderworpen zijn;

2. de gesubsidieerde personeelsleden van de onderwijsinrichtingen die door de Duitstalige Gemeenschap gesubsidieerd worden en die aan een statuut onderworpen zijn.

§ 2. Op voorstel van het inrichtingshoofd kan de inrichtende macht aan een in § 1 vermeld personeelslid dat in vast verband werkt, verlof toekennen met het oog op deelname aan een door de Regering erkende voortgezette opleiding op het vlak van het diagnosticeren van leerlingen met speciale behoeften of het onderwijs aan leerlingen met specifieke behoeften.

De inrichtende macht kent het verlof toe in het kader van het betrekkingenpakket dat te harer beschikking is overeenkomstig artikel 5quater van het decreet van 27 juni 1990 tot vaststelling van de wijze waarop de ambten van het personeel voor buitengewoon onderwijs worden bepaald respectievelijk van de artikelen 52.1 tot en met 52.3 van het decreet van 26 april 1999 betreffende het gewoon basisonderwijs.

Het in het eerste lid vermelde verlof kan voor de hele prestatie of voor slechts een deel van de prestatie geleverd door het personeelslid worden toegekend.

De duur van het verlof is gelijk aan de duur van de gevolgde voortgezette opleiding.

§ 3. Het personeelslid dat van het in § 2 vermelde verlof wenst te genieten, dient via het inrichtingshoofd respectievelijk de directeur uiterlijk dertig dagen voor het begin van het verlof bij de inrichtende macht schriftelijk een verzoek in waarin hij de begin- en einddatum van het verlof vermeldt. Bij dit verzoek wordt een bevestiging van deelname gevoegd die wordt uitgereikt door de inrichting die de voortgezette opleiding organiseert.

In afwijking van het vorige lid kan de inrichtende macht het in § 2 vermelde verlof ook toekennen, wanneer dat na verstrijken van de in het vorige lid voorziene termijn werd aangevraagd, voor zover het inrichtingshoofd vaststelt dat een vlotte werking van de dienst niet in het gedrang komt.

Na het afsluiten van de voortgezette opleiding dient het personeelslid via het inrichtingshoofd bij de inrichtende macht een bevestiging van deelname in die werd uitgereikt door inrichting die de voortgezette opleiding organiseert.

§ 4. Het in § 2 vermeld verlof wordt bezoldigd en met een periode van dienstactiviteit gelijkgesteld.

TITEL V. — Wijziging van verschillende bepalingen

HOOFDSTUK I. — *Wijziging van het koninklijk besluit van 15 april 1958 houdende bezoldigingsregeling van het onderwijzend, wetenschappelijk en daarmee gelijkgesteld personeel van het Ministerie van Openbaar Onderwijs*

Art. 20. In artikel 16, § 3, van het koninklijk besluit van 15 april 1958 houdende bezoldigingsregeling van het onderwijzend, wetenschappelijk en daarmee gelijkgesteld personeel van het Ministerie van Openbaar Onderwijs, vervangen door het decreet van 25 juni 2007, wordt de woorden "buitengewoon onderwijs" vervangen door "onderwijs aan leerlingen met specifieke behoeften".

HOOFDSTUK II. — *Wijziging van de wet van 22 juni 1964 betreffende het statuut der personeelsleden van het Rijksonderwijs*

Art. 21. In artikel 3, § 2, van de wet van 22 juni 1964 betreffende het statuut der personeelsleden van het Rijksonderwijs, laatst gewijzigd bij koninklijk besluit nr. 456 van 10 september 1986, worden de woorden "buitengewoon onderwijs" vervangen door de woorden "onderwijs aan leerlingen met specifieke behoeften" en wordt het woord "psychologische" vervangen door het woord "psychosociale".

Art. 22. In artikel 5, vijfde lid, van diezelfde wet, ingevoegd bij decreet van 25 juni 2007, worden de woorden "buitengewoon onderwijs" door de woorden "onderwijs aan leerlingen met specifieke behoeften" vervangen.

Hetzelfde artikel wordt met een zesde lid aangevuld, luidend als volgt :

"In afwijking van het eerste lid wordt het ambt van departementshoofd van een secundaire school voor onderwijs aan leerlingen met specifieke behoeften vanaf 1 september 2009 begeven in de vorm van een aanstelling voor onbepaalde duur overeenkomstig de ter zake geldende bepalingen van het koninklijk besluit van 22 maart 1969 tot vaststelling van het statuut van de leden van het bestuurs-, onderwijzend, opvoedend hulp-, paramedisch en psychosociaal personeel der inrichtingen voor kleuter-, lager, buitengewoon, middelbaar, technisch, kunst- en normaalonderwijs van de Staat, evenals der internaten die van deze inrichtingen afhangen en van de leden van de inspectiedienst die belast is met het toezicht op deze inrichtingen. Hierna kan overeenkomstig hetzelfde koninklijk besluit een benoeming in vast verband plaatsvinden."

Art. 23. In artikel 6, eerste lid, van dezelfde wet, aangevuld bij wet van 6 juli 1970, wordt de woorden "van het psychologisch personeel, van het paramedisch personeel en van het sociaal personeel" vervangen door de woorden "van het psychosociaal personeel en van het paramedisch personeel".

HOOFDSTUK III. — *Wijziging van het koninklijk besluit van 29 augustus 1966 houdende het statuut van de leden van het administratief personeel en van het meesters-, vak- en dienstpersioneel van de rijksinrichtingen voor kleuteronderwijs, voor lager, buitengewoon, middelbaar, technisch, kunst- en normaalonderwijs*

Art. 24. In de titel van het koninklijk besluit van 29 augustus 1966 houdende het statuut van de leden van het administratief personeel en van het meesters-, vak- en dienstpersioneel van de rijksinrichtingen voor kleuteronderwijs, voor lager, buitengewoon, middelbaar, technisch, kunst- en normaalonderwijs en in artikel 1, eerste lid, van datzelfde koninklijk besluit, gewijzigd bij decreet van 23 maart 2009, worden de woorden "buitengewoon onderwijs" vervangen door de woorden "onderwijs aan leerlingen met specifieke behoeften".

Art. 25. In artikel 57 van datzelfde koninklijk besluit, vervangen bij decreet van 26 juni 2006, worden de woorden "buitengewoon onderwijs" door de woorden "onderwijs aan leerlingen met specifieke behoeften" vervangen.

HOOFDSTUK IV. — *Wijziging van het koninklijk besluit van 28 februari 1967 houdende vaststelling van de administratieve stand van de leden van het administratief, meesters-, vak- en dienstpersioneel van de rijksinrichtingen voor kleuter-, lager, buitengewoon, middelbaar, technisch, kunst- en normaalonderwijs*

Art. 26. In de titel van het koninklijk besluit van 28 februari 1967 houdende vaststelling van de administratieve stand van de leden van het administratief, meesters-, vak- en dienstpersioneel van de rijksinrichtingen voor kleuter-, lager, buitengewoon, middelbaar, technisch, kunst- en normaalonderwijs worden de woorden "buitengewoon onderwijs" door de woorden "onderwijs aan leerlingen met specifieke behoeften" vervangen.

HOOFDSTUK V. — *Wijziging van het koninklijk besluit van 19 juni 1967 tot vaststelling van de bekwaamheidsbewijzen vereist van de kandidaten voor de wervingsambten van het administratief personeel en van het meesters-, vak- en dienstpersioneel van de rijksinrichtingen voor kleuter-, lager, buitengewoon, middelbaar, technisch, kunst- en normaalonderwijs*

Art. 27. In de titel van het koninklijk besluit van 19 juni 1967 tot vaststelling van de bekwaamheidsbewijzen vereist van de kandidaten voor de wervingsambten van het administratief personeel en van het meesters-, vak- en dienstpersioneel van de rijksinrichtingen voor kleuter-, lager, buitengewoon, middelbaar, technisch, kunst- en normaalonderwijs worden de woorden "buitengewoon onderwijs" door de woorden "onderwijs aan leerlingen met specifieke behoeften" vervangen.

HOOFDSTUK VI. — *Wijziging van het koninklijk besluit van 8 december 1967 genomen ter toepassing van artikel 3 van het koninklijk besluit van 28 februari 1967 houdende vaststelling van de administratieve stand van de leden van het administratief, meesters-, vak- en dienstpersioneel van de rijksinrichtingen voor kleuter-, lager, buitengewoon, middelbaar, technisch, kunst- en normaalonderwijs*

Art. 28. In de titel van het koninklijk besluit van 8 december 1967 genomen ter toepassing van artikel 3 van het koninklijk besluit van 28 februari 1967 houdende vaststelling van de administratieve stand van de leden van het administratief, meesters-, vak- en dienstpersioneel van de rijksinrichtingen voor kleuter-, lager, buitengewoon, middelbaar, technisch, kunst- en normaalonderwijs worden de woorden "buitengewoon onderwijs" door de woorden "onderwijs aan leerlingen met specifieke behoeften" vervangen.

Art. 29. In artikel 1, eerste lid, van hetzelfde koninklijk besluit, laatst gewijzigd bij besluit van de Regering van 27 januari 1993, worden de woorden "buitengewoon onderwijs" door de woorden "onderwijs aan leerlingen met specifieke behoeften" vervangen.

HOOFDSTUK VII. — *Wijziging van het koninklijk besluit van 2 oktober 1968 tot vaststelling en rangschikking van de ambten der leden van het bestuurs- en onderwijzend personeel, van het opvoedend hulppersoneel, van het paramedisch personeel bij de inrichtingen voor kleuteronderwijs, lager, buitengewoon, middelbaar, technisch, kunsten normaal onderwijs van de Staat, en van de ambten der leden van de inspectiedienst belast met het toezicht op deze inrichtingen*

Art. 30. In de titel van het koninklijk besluit van 2 oktober 1968 tot vaststelling en rangschikking van de ambten der leden van het bestuurs- en onderwijzend personeel, van het opvoedend hulppersoneel, van het paramedisch personeel bij de inrichtingen voor kleuteronderwijs, lager, buitengewoon, middelbaar, technisch, kunsten normaal onderwijs van de Staat, en van de ambten der leden van de inspectiedienst belast met het toezicht op deze inrichtingen wordt de woorden "van het paramedisch personeel" door de woorden "van het paramedisch en psychosociaal personeel" vervangen en de woorden "buitengewoon onderwijs" door "onderwijs aan leerlingen met specifieke behoeften".

Art. 31. De titel van hoofdstuk II van datzelfde koninklijk besluit wordt door de volgende bepaling vervangen :
"Hoofdstuk II - Ambten van de leden van het bestuurs- en onderwijzend personeel, van het opvoedend hulppersoneel, van het paramedisch en psychosociaal personeel bij de onderwijsinrichtingen van de Staat en bij de internaten die van deze inrichtingen afhangen"

Art. 32. Artikel 6 van datzelfde koninklijk besluit, laatst gewijzigd bij decreet van 23 maart 2009, wordt als volgt gewijzigd :

1. Na het eerste lid wordt een zesde lid ingevoegd, luidend als volgt :

"De hierna opgesomde wervings-, selectie- en bevorderingsambten worden respectievelijk gescheiden volgens de gewone scholen en de scholen voor onderwijs aan leerlingen met specifieke behoeften."

2. Bij A, c), wordt een nieuw nummer 14*bis* ingevoegd, luidend als volgt : "14*bis*. Departementshoofd van een school voor onderwijs aan leerlingen met specifieke behoeften".

Bij C, c), wordt een nummer 17 ingevoegd, luidend als volgt :

"17. Directeur van een school voor onderwijs aan leerlingen met specifieke behoeften".

Art. 33. Artikel 7, a), nummer 8, van datzelfde koninklijk besluit, gewijzigd bij decreet van 27 juni 2005, wordt door de volgende bepaling vervangen :

"8. School- en leerbegeleider voor onderwijs aan leerlingen met specifieke behoeften".

Art. 34. In hoofdstuk II van hetzelfde besluit wordt een artikel 9.1 ingevoegd, luidend als volgt :

"Artikel 9.1. De ambten van de leden van het psychosociaal personeel van de inrichtingen voor kleuter-, lager, middelbaar en niet-universitair hoger onderwijs van de Staat worden als volgt vastgelegd en in wervingsambten ingedeeld :

a) Wervingsambten

1. Psychosociale begeleider;

2. Maatschappelijk assistent."

HOOFDSTUK VIII. — *Wijziging van het koninklijk besluit van 21 oktober 1968, genomen ter toepassing van artikel 7 van het koninklijk besluit van 28 februari 1967 houdende vaststelling van de administratieve stand van de leden van het administratief, meesters-, vak- en dienstpersoneel van de rijksinrichtingen voor kleuter-, lager, buitengewoon, middelbaar, technisch, kunst- en normaalonderwijs*

Art. 35. In de titel van het koninklijk besluit van 21 oktober 1968 genomen ter toepassing van artikel 7 van het koninklijk besluit van 28 februari 1967 houdende vaststelling van de administratieve stand van de leden van het administratief, meesters-, vak- en dienstpersoneel van de rijksinrichtingen voor kleuter-, lager, buitengewoon, middelbaar, technisch, kunst- en normaalonderwijs worden de woorden "buitengewoon onderwijs" door de woorden "onderwijs aan leerlingen met specifieke behoeften" vervangen.

HOOFDSTUK IX. — *Wijziging van het koninklijk besluit van 22 maart 1969 tot vaststelling van het statuut van de leden van het bestuurs-, onderwijzend, opvoedend hulp-, paramedisch personeel der inrichtingen voor kleuter-, lager, buitengewoon, middelbaar, technisch, kunst- en normaalonderwijs van de Staat, alsmede der internaten die van deze inrichtingen afhangen en van de leden van de inspectiedienst die belast is met het toezicht op deze inrichtingen*

Art. 36. In de titel van het koninklijk besluit van 22 maart 1969 tot vaststelling van het statuut van de leden van het bestuurs-, onderwijzend, opvoedend hulp-, paramedisch personeel der inrichtingen voor kleuter-, lager, buitengewoon, middelbaar, technisch, kunst- en normaalonderwijs van de Staat, evenals der internaten die van deze inrichtingen afhangen en van de leden van de inspectiedienst die belast is met het toezicht op deze inrichtingen wordt de woorden "en van het paramedisch personeel" vervangen door de woorden "van het paramedisch en psychosociaal personeel" en de woorden "buitengewoon onderwijs" door "onderwijs aan leerlingen met specifieke behoeften".

Art. 37. In artikel 1, eerste lid, van datzelfde koninklijk besluit, vervangen door het besluit van de Regering van 2 maart 1995 en gewijzigd bij decreet van 23 maart 2009, worden de woorden "buitengewoon onderwijs" door de woorden "onderwijs aan leerlingen met specifieke behoeften" vervangen en de woorden "van het paramedisch, sociaal en psychologische personeel" door de woorden "van het paramedisch en psychosociaal personeel".

Art. 38. In artikel 16, eerste lid, nummer 5, van datzelfde koninklijk besluit, vervangen door het decreet van 26 juni 2006 en gewijzigd bij decreet van 23 juni 2008, wordt een letter e) ingevoegd, luidend als volgt :

"e) Indien het om een lid van het onderwijzend personeel van een school voor onderwijs aan leerlingen met specifieke behoeften gaat, beschikt dit lid over het bewijs van het bestaan van een ten minste 10 ECTS-studiepunten tellende aanvullende opleiding op het vlak van het onderwijs aan leerlingen met specifieke behoeften, de heil- of orthopedagogie dat door een hogeschool in de Duitstalige Gemeenschap wordt uitgereikt of over een respectievelijk meerdere bewijzen die door de Regering als gelijkwaardig worden erkend."

Hetzelfde artikel wordt met een vijfde lid aangevuld, luidend als volgt :

"In afwijking van het eerste lid, nummer 5, mogen voor het ambt van school- en leerbegeleider voor onderwijs aan leerlingen met specifieke behoeften en voor het ambt van psychosociaal begeleider enkel personen worden aangesteld die op het ogenblik van de aanstelling houder zijn van het vereiste bekwaamheidsbewijs dat aan het te begeven ambt beantwoordt."

Art. 39. In artikel 24, § 2, van hetzelfde koninklijk besluit, vervangen bij decreet van 26 juni 2006, wordt na het eerste lid een nieuw lid ingevoegd, luidend als volgt :

“Het inrichtingshoofd kan zich voor de evaluatie van een personeelslid baseren op het schriftelijk verslag van een ander personeelslid dat zich in een bevorderings- of selectieambt bevindt en dat schriftelijk van hem de opdracht kreeg een dergelijk verslag over het werk van het betrokken personeelslid op te stellen.”

Art. 40. In artikel 32 van hetzelfde koninklijk besluit, vervangen bij decreet van 26 juni 2006, wordt na het eerste lid een nieuw lid ingevoegd, luidend als volgt :

“In afwijking van het eerste lid kan onder de volgende voorwaarden een omwisseling tussen het gewone onderwijs en het onderwijs aan leerlingen met specifieke behoeften voor een ander ambt plaatsvinden :

1. Het ambt waarvan de uitoefening in het kader van de omwisseling wordt aangevraagd, draagt de dezelfde benaming als het ambt waarvoor het personeelslid vast benoemd is;

2. Het personeelslid bezit het vereiste bekwaamheidsbewijs voor de uitoefening van het ambt waarvan de uitoefening in het kader van de omwisseling wordt aangevraagd.”

Art. 41. In artikel 33, § 1, van datzelfde koninklijk besluit, vervangen bij decreet van 26 juni 2006 en gewijzigd bij decreet van 21 april 2008 wordt na het derde lid een nieuw lid ingevoegd, luidend als volgt :

“In afwijking van het derde lid kan onder de volgende voorwaarden een overplaatsing van het gewoon onderwijs naar het onderwijs aan leerlingen met specifieke behoeften en omgekeerd voor een ander ambt plaatsvinden :

1. Het ambt waarin het personeelslid wenst te worden overgeplaatst, draagt dezelfde benaming als het ambt waarvoor het vast benoemd is;

2. Het personeelslid bezit het vereiste bekwaamheidsbewijs voor de uitoefening van het ambt waarin hij wenst te worden overgeplaatst.”

Art. 42. In artikel 39, eerste lid, nummer 5, van datzelfde koninklijk besluit, vervangen door het decreet van 26 juni 2006 en gewijzigd bij decreet van 23 juni 2008, wordt een letter *e*) ingevoegd, luidend als volgt :

“*e*) Indien het om een lid van het onderwijzend personeel van een school voor onderwijs aan leerlingen met specifieke behoeften gaat, beschikt dit lid over het bewijs van het bestaan van een ten minste 10 ECTS-studiepunten tellende aanvullende opleiding op het vlak van het onderwijs aan leerlingen met specifieke behoeften, de heil- of orthopedagogie dat door een hogeschool in de Duitstalige Gemeenschap wordt uitgereikt of over een respectievelijk meerdere bewijzen die door de Regering als gelijkwaardig worden erkend.”

Hetzelfde artikel wordt met een vierde lid aangevuld, luidend als volgt :

“In afwijking van het eerste lid, nummer 5, mogen voor het ambt van school- en leerbegeleider voor onderwijs aan leerlingen met specifieke behoeften en voor het ambt van psychosociaal begeleider enkel personen vast worden benoemd die op het ogenblik van de benoeming houder zijn van het vereiste bekwaamheidsbewijs dat aan het te bevelen ambt beantwoordt.”

Art. 43. In artikel 67 van hetzelfde koninklijk besluit, vervangen bij decreet van 26 juni 2006, wordt na het eerste lid een nieuw lid ingevoegd, luidend als volgt :

“Het inrichtingshoofd kan zich voor de evaluatie van een personeelslid baseren op het schriftelijk verslag van een ander personeelslid dat zich in een bevorderings- of selectieambt bevindt en dat schriftelijk van hem de opdracht kreeg een dergelijk verslag over het werk van het betrokken personeelslid op te stellen.”

Art. 44. In artikel 81 van hetzelfde koninklijk besluit, vervangen bij besluit van de Regering van 2 maart 1995, wordt de woorden “van het paramedisch personeel evenals het psychologisch personeel en het sociaal personeel” vervangen door de woorden “van het paramedisch en psychosociaal personeel”.

Art. 45. In artikel 84, tweede lid, van hetzelfde koninklijk besluit, gewijzigd bij besluit van de Regering van 2 maart 1995, wordt de woorden “van het paramedisch personeel en het sociaal personeel” vervangen door de woorden “van het paramedisch en psychosociaal personeel”.

Het vierde lid van hetzelfde artikel wordt opgeheven.

Art. 46. In artikel 128, eerste lid, van hetzelfde koninklijk besluit, ingevoegd bij decreet van 26 juni 2006, wordt de woorden “van het paramedisch, het psychologisch en het sociaal personeel” wordt vervangen door de woorden “van het paramedisch en psychosociaal personeel”.

Art. 47. In hetzelfde koninklijk besluit wordt een hoofdstuk *VIIIbis*, dat de artikelen *91ter* tot en met *91terdecies* bevat, ingevoegd, luidend als volgt :

HOOFDSTUK *VIIIbis*. — *Bijzondere bepalingen voor departementshoofden van een secundaire school voor onderwijs aan leerlingen met specifieke behoeften*

Artikel *91ter*. Principe

In afwijking van hoofdstuk VII wordt het ambt van departementshoofd van een secundaire school voor onderwijs aan leerlingen met specifieke behoeften, hierna “departementshoofd” genoemd, uitsluitend in de vorm van een aanstelling en van een vaste benoeming toegewezen overeenkomstig de navolgende bepalingen.

Artikel *91quater*. Toelatingsvoorwaarden

Personen mogen dit ambt uitoefenen, als ze :

1. aan een van de volgende voorwaarden voldoen :

a) burger van de Europese Unie of familielid van een Unieburger zijn in de zin van artikel 4, § 2, van de wet van 22 juni 1964 betreffende het statuut der personeelsleden van het Rijksonderwijs; de Regering kan een afwijking toestaan;

b) de status van langdurig ingezeten onderdaan van een derde land hebben krachtens de bepalingen van de wet van 15 december 1980 betreffende de toegang tot het grondgebied, het verblijf, de vestiging en de verwijdering van vreemdelingen;

c) de status van vluchteling of de subsidiaire beschermingsstatus hebben krachtens de bepalingen van dezelfde wet van 15 december 1980;

d) de verblijfstitel met toepassing van de artikelen 61/2 tot en met 61/5 van dezelfde wet van 15 december 1980 hebben;

2. ten minste een diploma van het hoger onderwijs van de eerste graad bezitten;
3. de kandidatuur in de vorm en binnen de termijn hebben ingediend, zoal vastgelegd in de oproep tot de kandidaten;
4. de burgerlijke en politieke rechten genieten;
5. aan de dienstplichtwetten voldoen.

Lid 1, nummer 1, *b)* tot en met *d)*, dient tot omzetting van de Richtlijn 2003/109/EG van de Raad van 25 november 2003 betreffende de status van langdurig ingezetene onderdanen van derde landen, van de Richtlijn 2004/81/EG van de Raad van 29 april 2004 betreffende de verblijfstitel die in ruil voor samenwerking met de bevoegde autoriteiten wordt afgegeven aan onderdanen van derde landen die het slachtoffer zijn van mensenhandel of hulp hebben gekregen bij illegale immigratie en van de Richtlijn 2004/83/EG van de Raad van 29 april 2004 inzake minimumnormen voor de erkenning van onderdanen van derde landen en staatlozen als vluchteling of als persoon die anderszins internationale bescherming behoeft, en de inhoud van de verleende bescherming.

Artikel 91^{quinquies}. Oproep en kandidatuur

De oproep tot de kandidaten wordt door de inrichtende macht gepubliceerd in de pers, door uithanging in de scholen evenals in elke andere vorm die als gepast wordt geacht.

De oproep bevat het van het departementshoofd vereiste profiel en de doelstellingen die tijdens de aanstelling moeten worden bereikt.

De kandidatuur wordt per aangetekend schrijven ingediend. Bij de kandidatuur voegt de kandidaat onder andere een strategie- en actieplan om de in het vorige lid vermelde doelstellingen te verwezenlijken.

Artikel 91^{sexies}. Aanstelling

De inrichtende macht beslist welke kandidaat het ambt mag uitoefenen.

Zij steunt zich daarbij onder andere op het strategie- en actieplan van de kandidaat, op een of meer sollicitatiegesprekken evenals op de beroepservaring en de pedagogische kwalificatie.

Artikel 91^{septies}. Duur en einde van de aanstelling, benoeming

§ 1. De aanstelling gebeurt voor onbepaalde duur.

§ 2. Zij eindigt in de volgende gevallen :

1. in geval van een preventieve schorsing voor meer dan zes maanden;
2. in geval van een terbeschikkingstelling wegens ambtsontheffing in het belang van de dienst voor meer dan zes maanden;
3. indien een van de volgende tuchtmaatregelen wordt opgelegd :
 - a)* een inhouding van wedde;
 - b)* een onmiddellijke schorsing ingevolge tuchtmaatregel;
 - c)* een op-non-activiteitstelling ingevolge tuchtmaatregel;
 - d)* een afdanking wegens een zware fout;
4. bij vrijwillig ontslag, indien het gaat om een vast benoemd personeelslid;
5. bij vrijwillige beëindiging van de aanstelling;
6. bij eenzijdige opzegging door de inrichtende macht;
7. indien op het evaluatieverslag de vermelding "onvoldoende" als eindconclusie staat.

De inrichtende macht kan de aanstelling beëindigen in geval van een verlof of terbeschikkingstelling wegens ziekte of gebrekkigheid voor een periode van meer dan zes opeenvolgende maanden.

In de gevallen voorzien in het eerste lid, nummers 4 en 5, dient het departementshoofd een opzeggingstermijn van 60 dagen in acht te nemen.

In het geval voorzien in het eerste lid, nummer 6, belooft de opzeggingstermijn zes maanden, als het departementshoofd een ambtsanciënniteit van ten hoogste vijf jaar telt; voor elke begonnen termijn van vijf jaar wordt de duur van de opzeggingstermijn met drie maanden verlengd.

De in de voorafgaande leden voorgeschreven opzeggingstermijn kan in onderlinge overeenstemming worden verkort. De opzegging geschiedt per aangetekend schrijven met vermelding van de duur van de opzeggingstermijn. Het aangetekend schrijven heeft uitwerking vanaf de derde werkdag na de verzendingsdatum.

§ 3. Een departementshoofd dat ten minste 50 jaar oud is, wordt vast benoemd, indien :

1. hij een ambtsanciënniteit van ten minste vijf jaar telt;
2. op zijn laatste evaluatieverslag de vermelding "voldoende" als eindconclusie staat.

Artikel 91^{octies}. Statuut

§ 1. Onverminderd het tweede lid is het departementshoofd tijdens de uitoefening van zijn ambt aan de artikelen 5 tot 14, 52, 54 tot en met 65, 122 tot en met 167, 168, nummer 2, en 169, „nummer 3, van voorliggend statuut onderworpen.

Het is het departementshoofd verboden :

1. een verlof te nemen of ter beschikking te worden gesteld, met uitzondering van volgende types van verlof en terbeschikkingstelling :
 - a)* jaarlijks verlof,
 - b)* omstandigheidsverlof,
 - c)* buitengewoon verlof wegens overmacht,
 - d)* bevallingsverlof,
 - e)* verlof met het oog op adoptie of pleegvoogdij,
 - f)* verlof wegens ziekte of gebrekkigheid,
 - g)* verlof wegens een opdracht in het belang van het onderwijs,
 - h)* terbeschikkingstelling wegens ziekte of gebrekkigheid,
 - i)* voltijdse terbeschikkingstelling om persoonlijke redenen voorafgaand aan de opruststelling;
2. een loopbaanonderbreking te nemen, behalve de deeltijdse of voltijdse loopbaanonderbreking wegens ouderschapsverlof, de loopbaanonderbreking om palliatieve zorgen te verstrekken en de loopbaanonderbreking voor verzorging van een zwaar ziek gezins- of familielid.

§ 2. De bepalingen van § 1 gelden ook voor een departementshoofd dat met toepassing van artikel 91septies, § 3, vast benoemd is.

Artikel 91nonies. Tijdelijke vervanging

§ 1. Indien het departementshoofd wegens een van de in artikel 91octies vermelde verloven of terbeschikkingstellingen vermoedelijk meer dan vijf opeenvolgende werkdagen afwezig zal zijn, kan de inrichtende macht hem voorlopig door een ander vast benoemd lid van het bestuurs-, onderwijzend, paramedisch of psychosociaal personeel vervangen dat de voorwaarden in artikel 91quater, behalve die vermeld onder nummer 3, vervult.

In de zin van vorig lid worden de volgende dagen niet als werkdagen beschouwd :

1. de schoolvrije dagen vermeld in artikel 58 van het decreet van 31 augustus 1998 betreffende de opdrachten toevertrouwd aan de inrichtende machten en aan het schoolpersoneel en houdende algemene pedagogische en organisatorische bepalingen voor het gewoon onderwijs en het onderwijs aan leerlingen met specifieke behoeften;

2. de zomervakantiedagen die krachtens de verlofwetgeving tot het jaarlijks verlof behoren.

Indien het departementshoofd wegens een van de in artikel 91octies vermelde verloven of terbeschikkingstellingen vermoedelijk meer dan een jaar afwezig zal zijn, kan de inrichtende macht hem voorlopig door een persoon vervangen die de voorwaarden in artikel 91quater vervult. De procedure vermeld in de artikelen 91quinquies en 91sexies is van toepassing.

§ 2. Tijdens de periode van de voorlopige vervanging zijn de artikelen 91octies, § 1, eerste lid, 91decies, 91duodecies en 91terdecies van toepassing op het personeelslid dat het departementshoofd vervangt.

Artikel 91decies. Wedde en premie

§ 1. Tijdens de aanstelling tot departementshoofd ontvangt hij een wedde op basis van de weddeschaal vermeld in weddeschaal 422 in de bijlage van het koninklijk besluit van 27 juni 1974 waarbij op 1 april 1972 worden vastgelegd de schalen verbonden aan de ambten van de leden van het bestuurs- en onderwijzend, opvoedend hulp- en paramedisch evenals psychosociaal personeel bij de rijksonderwijsinrichtingen, aan de ambten van de leden van de inspectiedienst, belast met het toezicht op deze inrichtingen, en aan de ambten van de leden van de inspectiedienst van het schriftelijk onderwijs en van het gesubsidieerd lager onderwijs, en de schalen verbonden aan de graden van het personeel van de psycho-medisch-sociale centra van de Staat.

§ 2. Wordt een personeelslid tot departementshoofd aangesteld, ontvangt hij in afwijking van § 1 verder zijn wedde evenals, ter compensatie, een maandelijks premie die als volgt wordt berekend :

$$P = X - M$$

P = de premie

X = de in § 1 bedoelde wedde

M = de maandelijks brutowedde van het personeelslid

De premie wordt tegelijk met de maandwedde en onder dezelfde voorwaarden uitbetaald.

§ 3. Wordt een buitenstaander tot departementshoofd aangesteld, dan ontvangt hij het vakantiegeld en een eindejaarspremie overeenkomstig de bepalingen die in het onderwijs gelden, waarbij het in § 1 vermeld bedrag als berekeningsbasis dient.

§ 4. Het bedrag vermeld in § 1 en § 2 is gekoppeld aan de schommelingen van het indexcijfer van de consumptieprijzen overeenkomstig de wet van 1 maart 1977 houdende inrichting van een stelsel waarbij sommige uitgaven in de overheidssector aan het indexcijfer van de consumptieprijzen van het Rijk worden gekoppeld, gewijzigd bij koninklijk besluit nr. 178 van 30 december 1982, het koninklijk besluit van 24 december 1993 en de wetten van 2 januari 2001 en 19 juli 2001.

In geval van verlof wegens ziekte of gebrekkigheid wordt de premie verder uitbetaald.

Artikel 91uncies. Evaluatieverslag

§ 1. Voor een departementshoofd stelt het inrichtingshoofd ten minste om de vijf jaar een evaluatieverslag op. Te dien einde vindt een evaluatiegesprek plaats. Het departementshoofd kan om een evaluatie verzoeken.

Het departementshoofd stelt vooraf een verslag over de omzetting van het strategie- en actieplan en de verwezenlijking van de doelstellingen op dat als basis dient voor het evaluatiegesprek.

Op het evaluatieverslag staat de vermelding "onvoldoende", "niet tevredenstellend", "voldoende", "goed" of "zeer goed" als eindconclusie.

§ 2. Het verslag wordt in drie exemplaren aan het departementshoofd overhandigd, dat de drie exemplaren ondertekent en een ervan behoudt.

§ 3. Het departementshoofd kan het verslag onder voorbehoud ondertekenen en binnen een termijn van tien dagen na de afgifte ervan beroep bij de raad van beroep aantekenen.

Binnen een termijn van 45 dagen te rekenen vanaf de dag waarop de raad van beroep het beroep heeft ontvangen, zendt hij een met redenen omkleed advies aan de inrichtende macht.

Binnen de tien dagen na ontvangst van het advies overhandigt de inrichtende macht haar definitieve beslissing. Ze vermeldt, in voorkomend geval, de redenen waarom ze het advies niet volgt.

Het beroep is opschortend.

Artikel 91duodecies. Terugkeer

Voor zover het personeelslid in het gemeenschapsonderwijs vast benoemd is, bekleedt het op het einde van de aanstelling opnieuw zijn voormalig ambt, behalve in de gevallen vermeld in artikel 91septies, § 2, eerste lid, nummer 3, d), evenals nummer 4.

Artikel 91terdecies. In aanmerking komende diensten

Voor zover het om een personeelslid van het gemeenschapsonderwijs gaat, worden de diensten gepresteerd tijdens de uitoefening van het ambt als departementshoofd in aanmerking genomen om de dienstanciënniteit, de ambtsanciënniteit en de geldelijke anciënniteit vast te leggen."

Art. 48. In hoofdstuk VII, afdeling 6, worden in de titel van de afdeling evenals in artikel 121bis van hetzelfde koninklijk besluit, ingevoegd bij decreet van 25 juni 2007, de woorden "school voor buitengewoon secundair onderwijs" door de woorden "school voor secundair onderwijs aan leerlingen met specifieke behoeften" vervangen.

Art. 49. Artikel 121^{ter}, eerste lid, nummer 2, van hetzelfde koninklijk besluit, ingevoegd bij decreet van 25 juni 2007, wordt vervangen door de volgende bepaling :

"2. a) voor het ambt van studieprefect of directeur van een gewone secundaire school ten minste een diploma van het hoger onderwijs van de tweede graad bezitten; Bij gebrek aan een kandidaat met dit diploma is een diploma van het hoger onderwijs van de eerste graad voldoende;

b) voor het ambt van directeur van een school voor onderwijs aan leerlingen met specifieke behoeften ten minste een diploma van het hoger onderwijs van de eerste graad bezitten;"

Art. 50. In artikel 121^{quinquies}, tweede lid, van hetzelfde koninklijk besluit, ingevoegd bij decreet van 25 juni 2007 en aangevuld door het decreet van 21 april 2008, wordt het woord "twaalf" door het woord "vierentwintig" vervangen.

Art. 51. In artikel 21^{septies}, § 2, tweede lid, nummer 1, g), van hetzelfde koninklijk besluit, ingevoegd bij decreet van 25 juni 2007, wordt het punt op het eind van de zin door een komma vervangen.

In hetzelfde lid, nummer 1, worden de letters h) en i) ingevoegd, als volgt luidend :

"h) verlof wegens een opdracht in het belang van het onderwijs,

i) voltijdse terbeschikkingstelling om persoonlijke redenen voorafgaand aan de opruststelling."

Art. 52. In artikel 121^{octies}, § 1, eerste lid, van hetzelfde koninklijk besluit, ingevoegd bij decreet van 25 juni 2007, wordt het woord "tweintig" door het woord "vijf" vervangen.

In dezelfde paragraaf wordt in het derde lid de woorden "gedurende meer dan een jaar" door de woorden "gedurende ten minste een jaar" vervangen.

Art. 53. In artikel 121^{nonies}, § 1, eerste lid, van hetzelfde koninklijk besluit, ingevoegd bij decreet van 25 juni 2007 en gewijzigd bij decreet van 23 juni 2008, wordt het woord "inrichtingshoofd" door de woorden "inrichtingshoofd van een gewone secundaire school" en de woorden "tweede lid" door de woorden "derde lid" vervangen.

In dezelfde paragrafen wordt na het eerste lid een nieuw lid ingevoegd, luidend als volgt :

"Tijdens de aanstelling tot inrichtingshoofd van een school voor secundair onderwijs aan leerlingen met specifieke behoeften ontvangt hij een wedde op basis van de weddeschaal vermeld in de bijlage 3 met een geldelijke anciënniteit van 19 jaar of met zijn werkelijke geldelijke anciënniteit, indien deze meer dan 19 jaar bedraagt, verhoogd met een maandelijks premie van 428,48 EUR. De verhogingen voorzien in de weddeschaal worden om de twee jaar toegekend.

In dezelfde paragraaf wordt in het derde lid het woord "buitengewoon onderwijs" door de woorden "onderwijs aan leerlingen met specifieke behoeften" vervangen.

HOOFDSTUK X. — Wijziging van het koninklijk besluit van 22 april 1969 betreffende de bekwaamheidsbewijzen vereist van de leden van het bestuurspersoneel en onderwijzend personeel, van het opvoedend hulppersoneel en van het paramedisch personeel der rijksinrichtingen voor kleuteronderwijs, lager, buitengewoon, middelbaar, technisch onderwijs, kunstonderwijs en normaalonderwijs, alsmede der internaten die van deze inrichtingen afhangen

Art. 54. In de titel van het koninklijk besluit van 22 april 1969 betreffende de bekwaamheidsbewijzen vereist van de leden van het bestuurspersoneel en onderwijzend personeel, van het opvoedend hulppersoneel en van het paramedisch personeel der rijksinrichtingen voor kleuteronderwijs, lager, buitengewoon, middelbaar, technisch onderwijs, kunstonderwijs en normaalonderwijs, evenals der internaten die van deze inrichtingen afhangen wordt de woorden "en van het paramedisch personeel" door de woorden "van het paramedisch en psychosociaal personeel" vervangen en de woorden "buitengewoon onderwijs" door de woorden "onderwijs aan leerlingen met specifieke behoeften".

Art. 55. Artikel 1 van hetzelfde besluit wordt door de volgende bepaling vervangen :

"Artikel 1. De vereiste diploma's bewijzen en brevetten van de leden van het bestuurs- en onderwijzend personeel, het opvoedingshulp-, paramedisch en psychosociaal personeel van de rijksinrichtingen voor onderwijs en van de internaten die van deze inrichtingen afhangen evenals van leden van de inspectiedienst belast met toezicht op deze inrichtingen in vijf niveaus onderverdeeld."

Art. 56. In hoofdstuk II van hetzelfde koninklijk besluit wordt een artikel 12.1 ingevoegd, luidend als volgt :

"Artikel 12.1. Voor de uitoefening van de ambten in het onderwijs aan leerlingen met specifieke behoeften moeten de in het onderhavige hoofdstuk vermelde vereiste bekwaamheidsbewijzen worden aangevuld met een bewijs van het bestaan van een aanvullende opleiding op het vlak van het onderwijs aan leerlingen met specifieke behoeften, de heil- of orthopedagogie dat door een hogeschool in de Duitstalige Gemeenschap uitgereikt wordt of met een respectievelijk meerdere bewijzen die door de Regering als gelijkwaardig erkend worden. Deze aanvullende opleiding telt ten minste 10 ECTS-studiepunten en omvat het vak diagnostiek van onderwijs aan leerlingen met specifieke behoeften evenals vakken op het vlak van het onderwijs aan leerlingen met specifieke behoeften en stimulerende didactische methodes op het vlak van onderwijs aan leerlingen met specifieke behoeften."

Art. 57. Artikel 14, nummer 8, van hetzelfde koninklijk besluit wordt door de volgende bepaling vervangen :

"8. School- en leerbegeleider voor onderwijs aan leerlingen met specifieke behoeften :

- a) Licentie of master in onderwijs aan leerlingen met specifieke behoeften;
- b) Licentie of master in de heilpedagogie;
- c) Licentie of master in de orthopedagogie;
- d) Licentie of master in de pedagogie (specialisatie onderwijs aan leerlingen met specifieke behoeften);
- e) Licentie of master in de psychopedagogie (specialisatie onderwijs aan leerlingen met specifieke behoeften);
- f) Licentie of master in de psychologie (specialisatie onderwijs aan leerlingen met specifieke behoeften);
- g) Licentie of master in de opvoedingswetenschappen.

Als vereist bekwaamheidsbewijs geldt eveneens elk diploma dat na een succesvolle beëindiging van een opleiding van het hoger onderwijs van de tweede graad werd uitgereikt en waarvan de hoofdvakken met het ambt van de school- en leerbegeleider voor onderwijs aan leerlingen met specifieke behoeften in verband staan. De Regering onderscheidt in voorkomend geval op grond van een advies van de Pedagogische Inspectie-Begeleiding consultatie of het diploma de houder ervan voor de uitoefening van het ambt geschikt maakt."

Art. 58. In hetzelfde koninklijk besluit wordt een hoofdstuk IV*bis* ingevoegd, dat artikel 15.1 bevat, luidend als volgt :

“Hoofdstuk IV*bis* - Vereiste bekwaamheidsbewijzen van de leden van het psychosociaal personeel

Artikel 15.1. De vereiste bekwaamheidsbewijzen voor de hierna opgesomde ambten die de leden van het psychosociaal personeel van de rijksinrichtingen voor kleuter-, lager-, secundair en niet-universitair hoger onderwijs kunnen uitoefenen, worden als volgt bepaald :

1. Psychosociaal begeleider :
 - a) Licentie of master in de psychopedagogie;
 - b) Licentie of master in de psychologie;
 - c) Licentie of master in de sociale pedagogiek;
 - d) Licentie of master in het onderwijs aan leerlingen met specifieke behoeften;
 - e) Licentie of master in de heilpedagogie;
 - f) Licentie of master in de orthopedagogie;
 - g) Licentie of master in de gezins- en seksuele wetenschappen;
 - h) Licentie of master in de opvoedingswetenschappen;
 - i) Licentie of master in de criminologie;
 - j) Licentie of master in de volwassenenvorming en de permanente vorming.”

Als vereist bekwaamheidsbewijs geldt eveneens elk diploma dat na een succesvolle beëindiging van een opleiding van het hoger onderwijs van de tweede graad werd uitgereikt en waarvan de hoofdvakken met het ambt van de psychosociaal begeleider in verband staan. De Regering onderscheidt in voorkomend geval op grond van een advies van de Pedagogische Inspectie-Begeleiding of het diploma de houder ervan voor de uitoefening van het ambt geschikt maakt.

2. Maatschappelijk assistent : diploma van het hoger onderwijs van de eerste graad van maatschappelijk assistent.”

HOOFDSTUK XI. — *Wijziging van de wet van 6 juli 1970 over het buitengewoon en het geïntegreerd onderwijs*

Art. 59. In artikel 1, eerste lid, van de wet van 6 juli 1970 over het buitengewoon en het geïntegreerd onderwijs, gewijzigd bij de wet van 11 maart 1986, wordt de eerste zin door de volgende woorden vervangen :

“De onderhavige wet is van toepassing op de in een school voor onderwijs aan leerlingen met specifieke behoeften ingeschreven kinderen en jongeren bij wie een behoefte aan onderwijs voor leerlingen met specifieke behoeften werd vastgesteld overeenkomstig artikel 93.7 van het decreet van 31 augustus 1998 betreffende de opdrachten toevertrouwd aan de inrichtende machten en aan het schoolpersoneel en houdende algemene pedagogische en organisatorische bepalingen voor het gewoon onderwijs en het onderwijs aan leerlingen met specifieke behoeften.”

Art. 60. Artikel 4 van dezelfde wet, gewijzigd bij decreet van 1 juni 1992, wordt door de volgende bepaling vervangen :

“Artikel 4. De voordelen van deze wet zijn voorbehouden aan de leerlingen die ten minste drie jaar oud zijn of deze leeftijd uiterlijk op 31 december van het lopend schooljaar bereiken en op 30 juni van het lopend schooljaar ten hoogste eenentwintig jaar oud zijn.”

Op grond van een positief advies van de raad van leraars kan het Comité voor onderwijs aan leerlingen met specifieke behoeften, vermeld in artikel 93.24 van het decreet van 31 augustus 1998 betreffende de opdrachten toevertrouwd aan de inrichtende machten en aan het schoolpersoneel en houdende algemene pedagogische en organisatorische bepalingen voor het gewoon onderwijs en het onderwijs aan leerlingen met specifieke behoeften toelaten dat de voordelen van deze wet eveneens gelden voor leerlingen die de leeftijd van eenentwintig jaar op 30 juni van het lopend schooljaar overschreden hebben. Deze toelating geldt voor een schooljaar en kan slechts een keer worden verleend.”

HOOFDSTUK XII. — *Wijziging van het koninklijk besluit van 25 oktober 1971 tot vaststelling van het statuut van de leermeesters, de leraars en de inspecteurs katholieke, protestantse, israëlitische, orthodoxe, islamitische en anglicaanse godsdienst der onderwijsinrichtingen van de Duitstalige Gemeenschap*

Art. 61. In artikel 2 van het koninklijk besluit van 25 oktober 1971 tot vaststelling van het statuut van de leermeesters, de leraren en de inspecteurs katholieke, protestantse, israëlitische, orthodoxe, islamitische en anglicaanse godsdienst der onderwijsinrichtingen van de Duitstalige Gemeenschap worden de woorden “buitengewoon onderwijs” door de woorden “onderwijs aan leerlingen met specifieke behoeften” vervangen en de woorden “en paramedische” door de woorden “paramedische en psychosociale”.

Art. 62. In artikel 4, § 1, eerste lid, nummer 5, van hetzelfde koninklijk besluit, vervangen door het decreet van 26 juni 2006 en gewijzigd bij decreet van 23 juni 2008, wordt een e) ingevoegd, luidend als volgt :

“e) Indien het om een lid van het onderwijzend personeel van een school voor onderwijs aan leerlingen met specifieke behoeften gaat, beschikt dit lid over het bewijs van het bestaan van een ten minste 10 ECTS-studiepunten tellende aanvullende opleiding op het vlak van het onderwijs aan leerlingen met specifieke behoeften, de heil- of orthopedagogie dat door een hogeschool in de Duitstalige Gemeenschap wordt uitgereikt of over een respectievelijk meerdere bewijzen die door de Regering als gelijkwaardig worden erkend.”

Art. 63. In artikel 7*bis*, § 3, van hetzelfde koninklijk besluit, ingevoegd bij decreet van 21 april 2008, worden de woorden “buitengewoon onderwijs” door de woorden “onderwijs aan leerlingen met speciale behoeften” vervangen en de woorden “en paramedische” door de woorden “paramedische en psychosociale”.

Art. 64. In artikel 12, § 2, van hetzelfde koninklijk besluit, vervangen bij decreet van 26 juni 2006, wordt na het eerste lid een nieuw lid ingevoegd, luidend als volgt :

“Het inrichtingshoofd kan zich voor de evaluatie van een personeelslid baseren op het schriftelijk verslag van een ander personeelslid dat zich in een bevorderings- of selectieambt bevindt en dat schriftelijk van hem de opdracht kreeg een dergelijk verslag over het werk van het betrokken personeelslid op te stellen.”

Art. 65. In artikel 22*sexies*, eerste lid, nummer 5, van datzelfde koninklijk besluit, vervangen door het decreet van 26 juni 2006 en gewijzigd bij decreet van 23 juni 2008, wordt een letter *e*) ingevoegd, luidend als volgt :

"e) Indien het om een lid van het onderwijzend personeel van een school voor onderwijs aan leerlingen met specifieke behoeften gaat, beschikt dit lid over het bewijs van het bestaan van een ten minste 10 ECTS-studiepunten tellende aanvullende opleiding op het vlak van het onderwijs aan leerlingen met specifieke behoeften, de heil- of orthopedagogie dat door een hogeschool in de Duitstalige Gemeenschap wordt uitgereikt of over een respectievelijk meerdere bewijzen die door de Regering als gelijkwaardig worden erkend."

Art. 66. In artikel 28 van hetzelfde koninklijk besluit, vervangen bij decreet van 26 juni 2006, wordt na het eerste lid een nieuw lid ingevoegd, luidend als volgt :

"Het inrichtingshoofd kan zich voor de evaluatie van een personeelslid baseren op het schriftelijk verslag van een ander personeelslid dat zich in een bevorderings- of selectieambt bevindt en dat schriftelijk van hem de opdracht kreeg een dergelijk verslag over het werk van het betrokken personeelslid op te stellen."

Art. 67. In artikel 32, eerste lid, van hetzelfde koninklijk besluit, ingevoegd bij decreet van 26 juni 2006 en gewijzigd bij decreet van 21 april 2008, worden de woorden "buitengewoon onderwijs" door de woorden "onderwijs aan leerlingen met specifieke behoeften" vervangen en de woorden "en paramedische" door de woorden "paramedische en psychosociale".

Art. 68. In artikel 47*bis*, § 4, van hetzelfde koninklijk besluit, ingevoegd bij decreet van 23 juni 2008, worden de woorden "buitengewoon onderwijs" door de woorden "onderwijs voor leerlingen met speciale behoeften" vervangen.

Art. 69. In artikel 48 van hetzelfde koninklijk besluit, vervangen bij decreet van 23 juni 2008, worden de woorden "buitengewoon onderwijs" door de woorden "onderwijs aan leerlingen met specifieke behoeften" vervangen en de woorden "en paramedische" door de woorden "paramedische en psychosociale".

HOOFDSTUK XIII. — *Wijziging van het koninklijk besluit van 29 mei 1972 betreffende de dagen bezoldigd ziekte- of bevallingsverloftoegekend aan het tijdelijk aangesteld bestuurs- en onderwijzend personeel, opvoedend hulppersoneel en paramedisch personeel der rijksinrichtingen voor kleuter-, lager, buitengewoon, middelbaar, technisch, kunst- en normaalonderwijs*

Art. 70. In de titel van het koninklijk besluit van 29 mei 1972 betreffende de dagen bezoldigd ziekte- of bevallingsverloftoegekend aan het tijdelijk aangesteld bestuurs- en onderwijzend personeel, opvoedend hulppersoneel en paramedisch personeel der rijksinrichtingen voor kleuter-, lager, buitengewoon, middelbaar, technisch, kunst- en normaalonderwijs wordt de woorden "paramedisch personeel" door de woorden "paramedisch en psychosociaal personeel" vervangen en de woorden "buitengewoon onderwijs" door "onderwijs aan leerlingen met specifieke behoeften".

HOOFDSTUK XIV. — *Wijziging van het koninklijk besluit van 20 december 1973, genomen ter toepassing van artikel 161 van het koninklijk besluit van 22 maart 1969 tot vaststelling van het statuut van de leden van het bestuurs-, onderwijzend, opvoedend hulp- en paramedisch personeel der inrichtingen voor kleuter-, lager, buitengewoon, middelbaar, technisch, kunst- en normaalonderwijs van de Staat, alsmede der internaten die van deze inrichtingen afhangen en van de leden van de inspectiedienst die belast is met het toezicht op deze inrichtingen*

Art. 71. In de titel van het koninklijk besluit van 20 december 1973, genomen ter toepassing van artikel 161 van het koninklijk besluit van 22 maart 1969 tot vaststelling van het statuut van de leden van het bestuurs-, onderwijzend, opvoedend hulp- en paramedisch personeel der inrichtingen voor kleuter-, lager, buitengewoon, middelbaar, technisch, kunst- en normaalonderwijs van de Staat, evenals der internaten die van deze inrichtingen afhangen en van de leden van de inspectiedienst die belast is met het toezicht op deze inrichtingen wordt de woorden "en van het paramedisch personeel" vervangen door de woorden "van het paramedisch en psychosociaal personeel" en de woorden "buitengewoon onderwijs" door "onderwijs aan leerlingen met specifieke behoeften".

HOOFDSTUK XV. — *Wijziging van het koninklijk besluit van 15 januari 1974, genomen ter toepassing van artikel 160 van het koninklijk besluit van 22 maart 1969 tot vaststelling van het statuut van de leden van het bestuurs-, onderwijzend, opvoedend hulp- en paramedisch personeel der inrichtingen voor kleuter-, lager, buitengewoon, middelbaar, technisch, kunst- en normaalonderwijs van de Staat, alsmede der internaten die van deze inrichtingen afhangen en van de leden van de inspectiedienst die belast is met het toezicht op deze inrichtingen*

Art. 72. In de titel van het koninklijk besluit van 15 januari 1974, genomen ter toepassing van artikel 160 van het koninklijk besluit van 22 maart 1969 tot vaststelling van het statuut van de leden van het bestuurs-, onderwijzend, opvoedend hulp- en paramedisch personeel der inrichtingen voor kleuter-, lager, buitengewoon, middelbaar, technisch, kunst- en normaalonderwijs van de Staat, evenals der internaten die van deze inrichtingen afhangen en van de leden van de inspectiedienst die belast is met het toezicht op deze inrichtingen wordt de woorden "en van het paramedisch personeel" vervangen door de woorden "van het paramedisch en psychosociaal personeel" en de woorden "buitengewoon onderwijs" door "onderwijs aan leerlingen met specifieke behoeften".

Art. 73. In artikel 1, eerste lid, van hetzelfde koninklijk besluit, laatst gewijzigd bij decreet van 21 april 2008, wordt de woorden "en van het paramedisch personeel" door de woorden "van het paramedisch en psychosociaal personeel" vervangen en de woorden "buitengewoon onderwijs" door "onderwijs aan leerlingen met specifieke behoeften".

In hetzelfde eerste lid, nummer 1, vervangen bij decreet van 6 juni 2005, wordt na het woord "inrichtingshoofd" de woorden "departementshoofd van een school voor onderwijs aan leerlingen met specifieke behoeften" ingevoegd.

In hetzelfde eerste lid, nummer 2, wordt na het woord "inrichtingshoofd" de woorden "departementshoofd van een school voor onderwijs aan leerlingen met specifieke behoeften" ingevoegd.

In hetzelfde lid, nummer 4, eerste alinea, vervangen bij decreet van 6 juni 2005, wordt het woord "en" door een komma vervangen en wordt na de woorden "opvoedend hulppersoneel" de woorden "en van het psychosociaal personeel" ingevoegd.

In hetzelfde lid, nummer 4, *c*), tweede streepje, vervangen bij decreet van 6 juni 2005, wordt na de woorden "opvoedend hulppersoneel" de woorden "evenals van het psychosociaal personeel" ingevoegd.

HOOFDSTUK XVI. — *Wijziging van het koninklijk besluit van 18 januari 1974, genomen ter toepassing van artikel 164 van het koninklijk besluit van 22 maart 1969 tot vaststelling van het statuut van de leden van het bestuurs-, onderwijzend, opvoedend hulp- en paramedisch personeel der inrichtingen voor kleuter-, lager, buitengewoon, middelbaar, technisch, kunst- en normaalonderwijs van de Staat, alsmede der internaten die van deze inrichtingen afhangen en van de leden van de inspectiedienst die belast is met het toezicht op deze inrichtingen*

Art. 74. In de titel en in artikel 1 van het koninklijk besluit van 18 januari 1974, genomen ter toepassing van artikel 164 van het koninklijk besluit van 22 maart 1969 tot vaststelling van het statuut van de leden van het bestuurs-, onderwijzend, opvoedend hulp- en paramedisch personeel der inrichtingen voor kleuter-, lager, buitengewoon, middelbaar, technisch, kunst- en normaalonderwijs van de Staat, evenals der internaten die van deze inrichtingen afhangen en van de leden van de inspectiedienst die belast is met het toezicht op deze inrichtingen wordt de woorden "en van het paramedisch personeel" vervangen door de woorden "van het paramedisch en psychosociaal personeel" en de woorden "buitengewoon onderwijs" door "onderwijs aan leerlingen met specifieke behoeften".

HOOFDSTUK XVII. — *Wijziging van het koninklijk besluit van 27 juni 1974 waarbij op 1 april 1972 worden vastgelegd de schalen verbonden aan de ambten van de leden van het bestuurs- en onderwijzend personeel, het opvoedend hulppersoneel en het paramedisch personeel bij de rijksonderwijsinrichtingen, aan de ambten van de leden van de leden van de inspectiedienst, belast met het toezicht op deze inrichtingen, en aan de ambten van de leden van de inspectiedienst van het schriftelijk onderwijs en van het gesubsidieerd lager onderwijs, en de schalen verbonden aan de graden van het personeel van de psycho-medisch-sociale centra van de Staat*

Art. 75. In de titel en in artikel 2, hoofdstuk C, "Bestuurs- en onderwijzend personeel van het lager secundair onderwijs" van het koninklijk besluit van 27 juni 1974 waarbij op 1 april 1972 worden vastgelegd de schalen verbonden aan de ambten van de leden van het bestuurs- en onderwijzend personeel, het opvoedend hulppersoneel en het paramedisch personeel bij de rijksonderwijsinrichtingen, aan de ambten van de leden van de inspectiedienst, belast met het toezicht op deze inrichtingen, en aan de ambten van de leden van de inspectiedienst van het schriftelijk onderwijs en van het gesubsidieerd lager onderwijs, en de schalen verbonden aan de graden van het personeel van de psycho-medisch-sociale centra van de Staat worden de woorden "buitengewoon onderwijs" door de woorden "onderwijs aan leerlingen met specifieke behoeften" vervangen en de woorden "en paramedisch" door de woorden "paramedisch en psychosociaal".

HOOFDSTUK XVIII. — *Wijziging van het koninklijk besluit van 20 juni 1975 betreffende de voldoende geachte bekwaamheidsbewijzen in het kleuter- en lager onderwijs*

Art. 76. In artikel 11 van het koninklijk besluit van 20 juni 1975 betreffende de voldoende geachte bekwaamheidsbewijzen in het kleuter- en lager onderwijs, laatst gewijzigd bij decreet van 23 juni 2008, wordt een tweede lid ingevoegd, luidend als volgt :

"Voor de uitoefening van de ambten in de categorie van het onderwijzend personeel in het onderwijs aan leerlingen met specifieke behoeften moeten de in de onderhavige afdeling vermelde voldoende geachte bekwaamheidsbewijzen worden aangevuld met een bewijs van het bestaan van een aanvullende opleiding op het vlak van het onderwijs aan leerlingen met specifieke behoeften, de heil- of orthopedagogie dat door een hogeschool in de Duitstalige Gemeenschap uitgereikt wordt of met een respectievelijk meerdere bewijzen die door de Regering als gelijkwaardig erkend worden. Deze aanvullende opleiding omvat ten minste 10 ECTS-studiepunten en omvat het vak diagnostiek van het onderwijs aan leerlingen met specifieke behoeften evenals vakken op het vlak van het onderwijs aan leerlingen met specifieke behoeften en stimulerende didactische methodes op het vlak van onderwijs aan leerlingen met specifieke behoeften."

HOOFDSTUK XIX. — *Wijziging van het koninklijk besluit van 30 juli 1975 betreffende de voldoende geachte bekwaamheidsbewijzen in het secundair onderwijs dat verstrekt wordt in de gesubsidieerde officiële inrichtingen voor middelbaar onderwijs en normaalonderwijs*

Art. 77. In artikel 11, letter D, van het koninklijk besluit van 30 juli 1975 betreffende de voldoende geachte bekwaamheidsbewijzen in het secundair onderwijs dat verstrekt wordt in de gesubsidieerde officiële inrichtingen voor middelbaar onderwijs en normaalonderwijs, wordt een letter *d*) ingevoegd, luidend als volgt :

"Voor de uitoefening van de ambten in de categorie van het onderwijzend personeel in het onderwijs aan leerlingen met specifieke behoeften moeten de in de onderhavige afdeling vermelde voldoende geachte bekwaamheidsbewijzen worden aangevuld met een bewijs van het bestaan van een aanvullende opleiding op het vlak van het onderwijs aan leerlingen met specifieke behoeften, de heil- of orthopedagogie dat door een hogeschool in de Duitstalige Gemeenschap uitgereikt wordt of met een respectievelijk meerdere bewijzen die door de Regering als gelijkwaardig erkend worden. Deze aanvullende opleiding telt ten minste 10 ECTS-studiepunten en omvat het vak diagnostiek van onderwijs aan leerlingen met specifieke behoeften evenals vakken op het vlak van het onderwijs aan leerlingen met specifieke behoeften en stimulerende didactische methodes op het vlak van onderwijs aan leerlingen met specifieke behoeften."

HOOFDSTUK XX. — *Wijziging van het koninklijk besluit van 30 juli 1975 betreffende de voldoende geachte bekwaamheidsbewijzen in het secundair onderwijs dat verstrekt wordt in de gesubsidieerde vrije inrichtingen voor middelbaar onderwijs of voornormaalonderwijs, met inbegrip van het postsecundair psycho-pedagogisch jaar*

Art. 78. In artikel 11, letter D, van het koninklijk besluit van 30 juli 1975 betreffende de voldoende geachte bekwaamheidsbewijzen in het secundair onderwijs dat verstrekt wordt in de gesubsidieerde vrije inrichtingen voor middelbaar onderwijs en normaalonderwijs, met inbegrip van het postsecundair psycho-pedagogisch jaar, wordt een letter *d*) ingevoegd, luidend als volgt :

"Voor de uitoefening van de ambten in de categorie van het onderwijzend personeel in het onderwijs aan leerlingen met specifieke behoeften moeten de in de onderhavige afdeling vermelde voldoende geachte bekwaamheidsbewijzen worden aangevuld met een bewijs van het bestaan van een aanvullende opleiding op het vlak van het onderwijs aan leerlingen met specifieke behoeften, de heil- of orthopedagogie dat door een hogeschool in de Duitstalige Gemeenschap uitgereikt wordt of met een respectievelijk meerdere bewijzen die door de Regering als gelijkwaardig erkend worden. Deze aanvullende opleiding telt ten minste 10 ECTS-studiepunten en omvat het vak diagnostiek van onderwijs aan leerlingen met specifieke behoeften evenals vakken op het vlak van het onderwijs aan leerlingen met specifieke behoeften en stimulerende didactische methodes op het vlak van onderwijs aan leerlingen met specifieke behoeften."

HOOFDSTUK XXI. — *Wijziging van het koninklijk besluit van 30 juli 1975 betreffende de voldoende geachte bekwaamheidsbewijzen in het gesubsidieerd onderwijs, verstrekt in de gesubsidieerde inrichtingen voor secundair technisch en beroepsonderwijs met volledig leerplan en voor sociale promotie*

Art. 79. In artikel 11, letter D, van het koninklijk besluit van 30 juli 1975 betreffende de voldoende geachte bekwaamheidsbewijzen in de gesubsidieerde inrichtingen voor secundair technisch en beroepsonderwijs met volledig leerplan en voor sociale promotie, laatst gewijzigd bij decreet van 23 juni 2008, wordt een nummer 7 ingevoegd, luidend als volgt :

“7. Voor de uitoefening van de ambten in de categorie van het onderwijzend personeel in het onderwijs aan leerlingen met specifieke behoeften moeten de in de onderhavige afdeling vermelde voldoende geachte bekwaamheidsbewijzen worden aangevuld met een bewijs van het bestaan van een aanvullende opleiding op het vlak van het onderwijs aan leerlingen met specifieke behoeften, de heil- of orthopedagogie dat door een hogeschool in de Duitstalige Gemeenschap uitgereikt wordt of met een respectievelijk meerdere bewijzen die door de Regering als gelijkwaardig erkend worden. Deze aanvullende opleiding telt ten minste 10 ECTS-studiepunten en omvat het vak diagnostiek van onderwijs aan leerlingen met specifieke behoeften evenals vakken op het vlak van het onderwijs aan leerlingen met specifieke behoeften en stimulerende didactische methodes op het vlak van onderwijs aan leerlingen met specifieke behoeften.”

HOOFDSTUK XXII. — *Wijziging van het koninklijk besluit van 27 juli 1976 tot reglementering van de terbeschikkingstelling wegens ontstentenis van betrekking, de reffectatie en de toekenning van een wachtweddetoelage in het gesubsidieerd onderwijs*

Art. 80. In artikel 7bis, § 4, van het koninklijk besluit van 27 juli 1976 tot reglementering van de terbeschikkingstelling wegens ontstentenis van betrekking, de reffectatie en de toekenning van een wachtweddetoelage in het gesubsidieerd onderwijs, ingevoegd bij decreet van 23 juni 2008, worden de woorden “buitengewoon onderwijs” door de woorden “onderwijs aan leerlingen met specifieke behoeften” vervangen.

HOOFDSTUK XXIII. — *Wijziging van het koninklijk besluit van 28 juni 1978 houdende de omschrijving van de types en de organisatie van het buitengewoon onderwijs en houdende vastlegging van de voorwaarden voor opname en behoud op de verschillende niveaus van het buitengewoon onderwijs*

Art. 81. In de titel evenals in artikel 37bis, ingevoegd bij besluit van de Regering van 1 september 1993, van het koninklijk besluit van 28 juni 1978 houdende de omschrijving van de types en de organisatie van het buitengewoon onderwijs en houdende vastlegging van de voorwaarden voor opname en behoud op de verschillende niveaus van het buitengewoon onderwijs worden de woorden “buitengewoon onderwijs” telkens door de woorden “onderwijs voor leerlingen met speciale behoeften” vervangen.

HOOFDSTUK XXIV. — *Wijziging van het koninklijk besluit nr. 456 van 10 september 1986 houdende rationalisatie en programmatie van de internaten van het door de staat georganiseerde of gesubsidieerde onderwijs*

Art. 82. In artikel 7, eerste en tweede lid, van het koninklijk besluit nr. 456 van 10 september 1986 houdende rationalisatie en programmatie van de internaten van het door de staat georganiseerde of gesubsidieerde onderwijs, vervangen bij decreet van 7 mei 1990, worden de woorden “buitengewoon onderwijs” telkens door de woorden “onderwijs aan leerlingen met specifieke behoeften” vervangen.

HOOFDSTUK XXV. — *Wijziging van het decreet van 21 december 1987 tot aanmoediging van het verzorgd gebruik van de Duitse taal op school*

Art. 83. In artikel 2, § 1, van het decreet van 21 december 1987 tot aanmoediging van het verzorgd gebruik van de Duitse taal op school worden de woorden “buitengewoon onderwijs” door de woorden “onderwijs aan leerlingen met specifieke behoeften” vervangen.

In § 2, streepjes 4 en 5, van hetzelfde artikel worden de woorden “school van het buitengewoon onderwijs” telkens door de woorden “school van het onderwijs aan leerlingen met specifieke behoeften” vervangen.

HOOFDSTUK XXVI. — *Wijziging van het koninklijk besluit van 4 september 1989 betreffende verloven voor verminderde prestaties toegestaan aan de personeelsleden van het Rijksonderwijs en van de psycho-medisch-sociale centra van het Rijk die de leeftijd van vijftig jaar hebben bereikt of die ten minste twee kinderen hebben die de leeftijd van veertien jaar niet hebben overschreden en betreffende de terbeschikkingstelling wegens persoonlijke aangelegenheden die aan de pensionering voorafgaat*

Art. 84. In artikel 1, nummers 1 en 2, van het koninklijk besluit van 4 september 1989 betreffende verloven voor verminderde prestaties toegestaan aan de personeelsleden van het Rijksonderwijs en van de psycho-medisch-sociale centra van het Rijk die de leeftijd van vijftig jaar hebben bereikt of die ten minste twee kinderen hebben die de leeftijd van veertien jaar niet hebben overschreden en betreffende de terbeschikkingstelling wegens persoonlijke aangelegenheden die aan de pensionering voorafgaat worden de woorden “buitengewoon onderwijs” telkens vervangen door de woorden “voor onderwijs aan leerlingen met specifieke behoeften”.

HOOFDSTUK XXVII. — *Wijziging van het decreet van 27 juni 1990 tot vaststelling van de wijze waarop de ambten van het personeel voor buitengewoon onderwijs worden bepaald*

Art. 85. In de titel van het decreet van 27 juni 1990 tot vaststelling van de wijze waarop de ambten van het personeel voor buitengewoon onderwijs worden bepaald worden de woorden “buitengewoon onderwijs” door de woorden “onderwijs aan leerlingen met specifieke behoeften” vervangen.

Art. 86. In de titel van hoofdstuk I en in artikel 1, § 1, van hetzelfde decreet worden de woorden “scholen voor buitengewoon onderwijs” telkens door de woorden “scholen voor onderwijs aan leerlingen met specifieke behoeften” vervangen.

In § 3 van hetzelfde artikel, vervangen bij decreet van 29 juni 1998, worden de woorden "buitengewoon onderwijs" telkens door de woorden "onderwijs aan leerlingen met specifieke behoeften" vervangen.

Art. 87. In artikel 2, § 1, van hetzelfde decreet worden de woorden "scholen van het buitengewoon onderwijs" door de woorden "scholen voor onderwijs aan leerlingen met specifieke behoeften" vervangen.

In § 2, eerste lid, van hetzelfde artikel worden de woorden "buitengewoon basisonderwijs" door de woorden "basisonderwijs aan leerlingen met specifieke behoeften" vervangen.

In het tweede lid van dezelfde paragraaf worden de woorden "buitengewoon secundair onderwijs" door de woorden "secundair onderwijs aan leerlingen met specifieke behoeften" vervangen.

Art. 88. Artikel 5ter van hetzelfde decreet, ingevoegd bij decreet van 30 juni 2003, wordt door de volgende woorden vervangen :

"Artikel 5ter. Het overeenkomstig de artikelen 6, § 6, 21, 34, 37, § 3, en 44 van het vastgelegde lestijdenpakket is tijdens de schooljaren 2009-2010 tot en met 2013-2014 gelijk aan het lestijdenpakket dat aan de respectieve school voor onderwijs aan leerlingen met specifieke behoeften voor het schooljaar 2008-2009 werd toegekend."

Art. 89. In hoofdstuk I van hetzelfde decreet worden in de titel van afdeling 2 de woorden "buitengewoon onderwijs" door de woorden "onderwijs aan leerlingen met specifieke behoeften" vervangen.

Art. 90. In artikel 6, § 1, van hetzelfde decreet worden de woorden "buitengewoon onderwijs" door de woorden "onderwijs aan leerlingen met specifieke behoeften" vervangen.

Art. 91. In artikel 10, § 1, van hetzelfde decreet, vervangen bij decreet van 25 juni 1991, worden de woorden "lagere school voor buitengewoon onderwijs" door de woorden "lagere school voor onderwijs aan leerlingen met specifieke behoeften" vervangen.

Paragraaf 2 van hetzelfde artikel, vervangen bij decreet van 25 juni 1991, wordt door de volgende bepaling vervangen :

"§ 2. Het inrichtingshoofd wordt vrijgesteld van het les geven, wanneer het totale aantal leerlingen 30 en meer bedraagt."

Art. 92. Artikel 11 van hetzelfde decreet wordt door de volgende bepaling vervangen :

"Artikel 11. Voor de in het lager onderwijs in aanmerking komende leerlingen kan aan bijzondere leermeesters godsdiens of niet-confessionele zedenleer de opdracht worden gegeven per georganiseerde klas twee lessen godsdiens of niet-confessionele zedenleer te geven."

Art. 93. In artikel 13 en artikel 14, eerste lid, van hetzelfde decreet worden de woorden "basisschool voor buitengewoon onderwijs" door de woorden "basisschool voor onderwijs aan leerlingen met specifieke behoeften" vervangen.

Art. 94. Artikel 16 van hetzelfde decreet wordt als volgt gewijzigd :

1. Onder *b)* worden de woorden "buitengewoon onderwijs" door de woorden "onderwijs aan leerlingen met specifieke behoeften" vervangen;

2. Onder *c)* worden de woorden "buitengewoon onderwijs" door de woorden "onderwijs aan leerlingen met specifieke behoeften" vervangen;

3. Onder *d)* worden de woorden "buitengewoon onderwijs" door de woorden "onderwijs aan leerlingen met specifieke behoeften" vervangen;

4. Onder *e)* worden de woorden "school voor buitengewoon onderwijs" door de woorden "school voor onderwijs aan leerlingen met specifieke behoeften" vervangen;

5. Letter *f)* wordt door de volgende bepaling vervangen :

"f) De Pedagogische Inspectie-Begeleiding moet een met redenen omkleed advies verstrekt hebben."

Art. 95. Artikel 17 van hetzelfde decreet wordt door de volgende bepaling vervangen :

"Artikel 17. De Pedagogische Inspectie-Begeleiding controleert of het huisonderwijs tot de positieve ontwikkeling van de totale persoonlijkheid van de leerling bijdraagt en of het diens sociale integratie niet verhindert of bemoeilijkt."

Art. 96. In artikel 18, § 1, van hetzelfde decreet worden de woorden "school van het buitengewoon onderwijs" door de woorden "school voor onderwijs aan leerlingen met specifieke behoeften" vervangen.

Art. 97. In hoofdstuk I, afdeling 4, van hetzelfde decreet worden in de titel van de afdeling de woorden "buitengewoon onderwijs" door de woorden "onderwijs aan leerlingen met specifieke behoeften" vervangen.

Art. 98. In artikel 23, § 1, van hetzelfde decreet wordt de volgende zin toegevoegd :

"De directeur is van het lesgeven vrijgesteld."

Art. 99. Artikel 24 van hetzelfde decreet, vervangen bij decreet van 29 juni 1998, wordt door de volgende bepaling vervangen :

“Artikel 24. Indien het aantal regelmatige leerlingen van een school voor onderwijs aan leerlingen met specifieke behoeften op de laatste schooldag van september van het lopend schooljaar ten minste 150 bereikt, kunnen drie betrekkingen voor departementshoofd worden georganiseerd of gesubsidieerd.

De departementshoofden ressorteren onder de directeur.”

Art. 100. In artikel 25 van hetzelfde decreet, vervangen bij decreet van 25 mei 1999, worden de woorden “secundaire school voor buitengewoon onderwijs” door de woorden “secundaire school voor onderwijs aan leerlingen met specifieke behoeften” vervangen.

Art. 101. In hoofdstuk II van hetzelfde decreet worden in de titel van het hoofdstuk de woorden “scholen van buitengewoon onderwijs” door de woorden “scholen voor onderwijs aan leerlingen met specifieke behoeften” vervangen.

Art. 102. In artikel 27, § 1, van hetzelfde decreet worden de woorden “scholen van het buitengewoon onderwijs” door de woorden “scholen voor onderwijs aan leerlingen met specifieke behoeften” vervangen.

In § 4 van hetzelfde artikel, vervangen bij decreet van 29 juni 1998, worden de woorden “buitengewoon onderwijs” telkens door de woorden “onderwijs aan leerlingen met specifieke behoeften” vervangen.

Art. 103. In hoofdstuk II van hetzelfde decreet worden in de titel van afdeling 2 de woorden “buitengewoon onderwijs” door de woorden “onderwijs aan leerlingen met specifieke behoeften” vervangen.

Art. 104. Artikel 30, § 1 en § 2, van hetzelfde decreet wordt door de volgende bepaling vervangen :

“ § 1. Een volwaardige betrekking als correspondent-boekhouder wordt de scholen voor onderwijs aan leerlingen met specifieke behoeften van het gemeenschapsonderwijs met meer dan 74 leerlingen op basisschoolniveau ingericht.

§ 2. Indien het aantal leerlingen minder dan 75 belooft, worden voor de betrekking van correspondent-boekhouder per week 15 uren voorzien.”

Art. 105. In artikel 31 van hetzelfde decreet worden de woorden “buitengewoon onderwijs” door de woorden “onderwijs aan leerlingen met specifieke behoeften” vervangen.

Art. 106. In artikel 31*bis* van hetzelfde decreet, ingevoegd bij decreet van 27 juni 1994 en gewijzigd bij decreet van 7 januari 2002, worden de woorden “basisscholen van het buitengewoon onderwijs” telkens door de woorden “basisscholen van het onderwijs aan leerlingen met specifieke behoeften” vervangen.

Art. 107. In hoofdstuk II, afdeling 2, van hetzelfde decreet, laatst gewijzigd bij decreet van 7 januari 2002, wordt een artikel 31*ter* ingevoegd, als volgt luidend :

“Artikel 31*ter*. In een basisschool voor onderwijs aan leerlingen met specifieke behoeften kan een halve betrekking van kleuteronderwijzer of leraar lager onderwijs in een halve betrekking van surveillant-opvoeder worden omgezet.”

Art. 108. In hoofdstuk II van hetzelfde decreet worden in de titel van afdeling 3 de woorden “buitengewoon onderwijs” door de woorden “onderwijs aan leerlingen met specifieke behoeften” vervangen.

Art. 109. In artikel 34, § 1, van hetzelfde decreet, vervangen bij decreet van 25 juni 1991, worden de woorden “secundaire school voor buitengewoon onderwijs” door de woorden “secundaire school voor onderwijs aan leerlingen met specifieke behoeften” vervangen.

Paragraaf van hetzelfde artikel wordt als volgt gewijzigd :

1. In de inleidende zin wordt het woord “wordt” geschrapt;

2. Onder *a)* wordt voor de woorden “de derde organieke betrekking” wordt het woord “wordt” ingevoegd;

Art. 110. In hoofdstuk II van hetzelfde decreet wordt een afdeling 4, die het artikel 34.1 bevat, ingevoegd, luidend als volgt :

“Afdeling 4 - Gemeenschappelijke bepalingen voor het basis- en secundair onderwijs in het onderwijs aan leerlingen met specifieke behoeften”

Artikel 34.1. Vanaf 1 januari 2010 kan in de categorie opvoedend hulppersoneel een betrekking als school- en leerbegeleider voor het onderwijs aan leerlingen met specifieke behoeften worden georganiseerd of gesubsidieerd, indien het aantal regelmatige leerlingen van een school voor onderwijs aan leerlingen met specifieke behoeften op de laatste schooldag van september van het lopend schooljaar ten minste 150 belooft. Indien het aantal leerlingen minder dan 150 belooft, kan een halve betrekking als school- en leerbegeleider voor het onderwijs aan leerlingen met specifieke behoeften worden georganiseerd of gesubsidieerd.”

Art. 111. In de titel van hoofdstuk III van hetzelfde decreet, gewijzigd bij decreet van 1 juni 1992, wordt na het woord “paramedische” de woorden “en psychosociale” ingevoegd en wordt de woorden “en van het sociaal personeel” geschrapt.

Art. 112. In artikel 35, § 1, van hetzelfde decreet, laatst gewijzigd bij decreet van 6 juni 2005, worden de woorden “sociaal personeel” door de woorden “psychosociaal personeel” vervangen en de woorden “het ambt van maatschappelijk assistent” door de woorden “de ambten van maatschappelijk assistent en van psychosociaal begeleider”.

In § 2 van hetzelfde decreet, vervangen bij decreet van 1 juni 1992, worden de woorden “sociaal personeel” vervangen door de woorden “psychosociaal personeel” en de woorden “scholen van buitengewoon onderwijs” door de woorden “scholen voor onderwijs aan leerlingen met specifieke behoeften”.

In § 4 van hetzelfde artikel, vervangen bij decreet van 29 juni 1998, worden de woorden "buitengewoon onderwijs" telkens door de woorden "onderwijs aan leerlingen met specifieke behoeften" vervangen.

Art. 113. In artikel 36, c), van hetzelfde decreet worden de woorden "buitengewoon onderwijs" door de woorden "onderwijs aan leerlingen met specifieke behoeften" vervangen.

Art. 114. In artikel 37, § 1, van hetzelfde decreet, gewijzigd bij decreet van 1 juni 1992, worden de woorden "scholen van buitengewoon onderwijs" door "scholen voor onderwijs aan leerlingen met specifieke behoeften" vervangen, na het woord "paramedisch" worden de woorden "en psychosociaal" ingevoegd en worden de woorden "en sociaal personeel" geschrapt.

Hetzelfde artikel wordt met een § 5 aangevuld, luidend als volgt :

" § 5. Het betrekkingenpakket vastgelegd overeenkomstig artikel 37, § 3, kan met maximaal twee betrekkingen voor psychosociaal begeleider worden verhoogd. Deze twee betrekkingen zijn het resultaat van de omzetting van maximaal twee betrekkingen van surveillant-opvoeder in een externaat."

Art. 115. In de titel van hoofdstuk IV van hetzelfde decreet worden de woorden "scholen van buitengewoon onderwijs" door de woorden "scholen voor onderwijs aan leerlingen met specifieke behoeften" vervangen.

Art. 116. In artikel 41 van hetzelfde decreet worden de woorden "scholen van het buitengewoon onderwijs" door de woorden "scholen voor onderwijs aan leerlingen met specifieke behoeften" vervangen.

Art. 117. In artikel 42 van hetzelfde decreet worden de woorden "school van het buitengewoon onderwijs" door de woorden "school voor onderwijs aan leerlingen met specifieke behoeften" vervangen.

Art. 118. In artikel 44, § 2, van hetzelfde decreet worden de woorden "buitengewoon onderwijs" telkens door de woorden "onderwijs aan leerlingen met specifieke behoeften" vervangen en de woorden "school van buitengewoon onderwijs" door de woorden "school voor onderwijs aan leerlingen met specifieke behoeften".

Art. 119. In hoofdstuk IV, afdeling 1, van hetzelfde decreet wordt een artikel 44.1 ingevoegd, luidend als volgt :

"Artikel 44.1. Aan een school voor onderwijs aan leerlingen met specifieke behoeften waar een internaat bij hoort, worden voor het ambt van surveillant-opvoeder van een internaat bijkomend 32 uur per week toegekend."

Art. 120. In artikel 48, § 1, van hetzelfde decreet worden de woorden "buitengewoon onderwijs" door de woorden "onderwijs aan leerlingen met specifieke behoeften" vervangen.

In paragraaf 2 van hetzelfde artikel worden de woorden "school van buitengewoon onderwijs" door de woorden "school voor onderwijs aan leerlingen met specifieke behoeften" vervangen.

Art. 121. Artikel 53*bis*, § 1, van hetzelfde decreet, ingevoegd bij decreet van 23 oktober 2000, wordt door de volgende bepaling vervangen :

" § 1. Het lestijdenpakket kan binnen eenzelfde onderwijsinstelling van het ene onderwijsniveau op het andere evenals van de personeelscategorie op de andere worden overgedragen."

Art. 122. Artikel 53*ter* van hetzelfde decreet, ingevoegd bij decreet van 17 mei 2004 en vervangen bij decreet van 23 juni 2008, wordt door de volgende bepaling vervangen :

"Artikel 53*ter*, § 1. Voor het schooljaar 2009-2010 wordt naast het lestijdenpakket verkregen overeenkomstig artikel 53*ter* een lestijdenpakket toegekend voor de integratie van leerlingen die met behoefte aan onderwijs voor leerlingen met speciale behoeften.

Dit lestijdenpakket wordt berekend door de voltijdse betrekkingen die in het kader van de gesubsidieerde contractuele personeelsleden voor het schooljaar 2003-2004 toegekend werden met het oog op de integratie van de leerlingen met behoefte aan onderwijs voor leerlingen met specifieke behoeften, met de overeenstemmende administratieve delers te vermenigvuldigen. Onder administratieve delers verstaat men 28 voor een kleuteronderwijzer en 24 voor een leraar lager onderwijs.

§ 2. Elke door de Duitstalige Gemeenschap georganiseerde of gesubsidieerde school voor onderwijs aan leerlingen met specifieke behoeften krijgt elk jaar school naast het overeenkomstig artikel 53*ter* verkregen lestijdenpakket een bepaald aantal vierden van een betrekking die volgens de volgende formule wordt berekend :

$$\frac{88 \times A}{B}$$

A = Aantal op de laatste schooldag van januari van het voorgaande schooljaar in een gewone school ingeschreven regelmatige leerlingen die door de respectieve school voor onderwijs aan leerlingen met specifieke behoeften werden begeleid en bij wie een behoefte aan onderwijs voor leerlingen met specifieke behoeften vastgesteld werd, overeenkomstig artikel 93.7 van het decreet van 31 augustus 1998 betreffende de opdrachten toevertrouwd aan de inrichtende machten en aan het schoolpersoneel en houdende algemene pedagogische en organisatorische bepalingen voor de gewone scholen en de scholen voor onderwijs aan leerlingen met specifieke behoeften.

B = Totaal aantal van de op de laatste schooldag van januari van het voorgaande schooljaar in een gewone school ingeschreven regelmatige leerlingen bij wie overeenkomstig artikel 93.7 van hetzelfde decreet van 31 augustus 1998 een behoefte aan onderwijs voor leerlingen met specifieke behoeften vastgesteld is.

Indien het eerste decimaal getal van het aantal vierden van een betrekking vastgelegd overeenkomstig het eerste lid kleiner dan 5 is, wordt tot het volgende vierde van een betrekking afgerond. Vanaf een waarde van 5 wordt tot het volgende vierde van een betrekking afgerond.

Het betrekkingenpakket vastgelegd overeenkomstig het eerste lid is slechts voor 50 % voor een benoeming in vast verband of een aanstelling in vast verband vrijgegeven.

Het overeenkomstig het eerste lid toegekende betrekkingenpakket kan geheel of gedeeltelijk door een door de Duitstalige Gemeenschap georganiseerde of gesubsidieerde school voor onderwijs aan leerlingen met specifieke behoeften op een andere door de Duitstalige Gemeenschap georganiseerde of gesubsidieerde school worden overgedragen, indien de betrokken inrichtende machten hiermee instemmen. De overdracht kan op gelijk welk ogenblik gebeuren en geldt voor het lopend schooljaar.

§ 3. Een bepaald aantal vierden van een betrekking van de som van het betrekkingenpakket vastgelegd overeenkomstig artikel 5ter en de voorgaande paragraaf moet voor de ondersteuning van de integratie van de leerlingen met behoefte aan onderwijs voor leerlingen met specifieke behoeften in het gewone onderwijs worden aangewend. Het aantal vierden van een betrekking die elke school voor onderwijs aan leerlingen met specifieke behoeften voor de integratie dient te voorzien, wordt als volgt berekend :

$$\frac{138 \times A}{B}$$

A = Aantal op de laatste schooldag van januari van het voorgaande schooljaar in een gewone school ingeschreven leerlingen die door de respectieve school voor onderwijs aan leerlingen met specifieke behoeften werden begeleid en bij wie een behoefte aan onderwijs voor leerlingen met specifieke behoeften vastgesteld werd, overeenkomstig artikel 93.7 van het decreet van 31 augustus 1998 betreffende de opdrachten toevertrouwd aan de inrichtende machten en aan het schoolpersoneel en houdende algemene pedagogische en organisatorische bepalingen voor de gewone scholen en de scholen voor onderwijs aan leerlingen met specifieke behoeften;

B = Totaal aantal van de op de laatste schooldag van januari van het voorgaande schooljaar in een gewone school ingeschreven leerlingen bij wie overeenkomstig artikel 93.7 van hetzelfde decreet van 31 augustus 1998 een behoefte aan onderwijs voor leerlingen met specifieke behoeften vastgesteld is.

Indien het eerste decimaal getal van het aantal vierden van een betrekking vastgelegd overeenkomstig het eerste lid kleiner dan 5 is, wordt tot het volgende vierde van een betrekking afgerond. Vanaf een waarde van 5 wordt tot het volgende vierde van een betrekking afgerond.

Indien een school voor onderwijs aan leerlingen met specifieke behoeften met toepassing van § 2, vierde lid, een betrekkingenpakket aan een andere school voor onderwijs aan leerlingen met specifieke behoeften wordt overgedragen, moet het overgedragen aantal betrekkingen van het volgens § 3, eerste lid, vastgelegde aantal vierden van een betrekking worden afgetrokken.

Indien een betrekkingenpakket door de ene school voor onderwijs aan leerlingen met specifieke behoeften met toepassing van § 2, vierde lid, aan een andere school voor onderwijs aan leerlingen met specifieke behoeften werd overgedragen, moet het overgedragen aantal vierden van een betrekking bij het volgens § 3, eerste lid, vastgelegde aantal vierden van een betrekking worden geteld.

§ 4. Ten minste 5 % van het volgens § 3 vastgelegde betrekkingenpakket mag slechts na verstrijken van 30 september van het lopend schooljaar worden aangewend.

Indien het eerste decimaal getal van het aantal vierden van een betrekking vastgelegd overeenkomstig het eerste lid kleiner dan 5 is, wordt tot het volgende vierde van een betrekking afgerond. Vanaf een waarde van 5 wordt tot het volgende vierde van een betrekking afgerond.

Onverminderd het eerste lid mogen ten minste vier vierden van een betrekking slechts na verstrijken van 30 september van het lopend schooljaar worden aangewend.

§ 5. De school voor onderwijs aan leerlingen met specifieke behoeften verzekert bij de toewijzing van de integratie-uren dat de in een Franstalige afdeling van een gewone school ingeschreven leerlingen met een behoefte aan onderwijs voor leerlingen met specifieke behoeften door personeelsleden worden begeleid die de Franse taal grondig beheersen.

§ 6. Indien de integratie van een leerling in een gewone school in de loop van een schooljaar wordt afgebroken, dan kan het voor de integratie van die leerling aangewende betrekkingenpakket tot het eind van het schooljaar op de nieuwe plaats van onderwijs van de leerling worden aangewend.

§ 7. De bepalingen van § 2 tot en met § 6 gelden voor de schooljaren 2010-2011 tot en met 2013-2014.

Art. 123. Artikel 53quater van hetzelfde decreet, ingevoegd bij decreet van 6 juni 2005 en gewijzigd bij decreet van 25 juni 2007, wordt door de volgende bepaling vervangen :

"Artikel 53quater, § 1. Bovenop het overeenkomstig artikel 5ter vastgelegd lestijdenpakket krijgt een school voor onderwijs aan leerlingen met specifieke behoeften een bijkomende halve betrekking, indien zij op 30 september van het lopend schooljaar vijf leerlingen meer telt dan op 30 september 2008. Voor elke verdere begonnen schijf van vijf bijkomende leerlingen wordt een bijkomende halve betrekking toegekend.

Bovenop het overeenkomstig artikel 5ter vastgelegd lestijdenpakket krijgt een school voor onderwijs aan leerlingen met specifieke behoeften een bijkomende betrekking, indien zijn op 30 september van het lopend schooljaar zeven leerlingen meer telt dan op 30 september 2008. Voor elke verdere begonnen schijf van zeven bijkomende leerlingen wordt een bijkomende halve betrekking toegekend.

Het overeenkomstig het eerste lid berekende lestijdenpakket staat voor het lopend schooljaar ter beschikking.

§ 2. De bepalingen van § 1 gelden voor de schooljaren 2009-2010 tot en met 2013-2014.

HOOFDSTUK XXVIII. — *Wijziging van het decreet van 18 april 1994 tot vaststelling van het bedrag van de werkingstoelagen voor het gesubsidieerd onderwijs*

Art. 124. In artikel 2, eerste lid, van het decreet van 18 april 1994 tot vaststelling van het bedrag van de werkingstoelagen voor het gesubsidieerd onderwijs worden de woorden "scholen van buitengewoon onderwijs" door de woorden "scholen van onderwijs aan leerlingen met specifieke behoeften" vervangen.

Art. 125. In artikel 3, tweede lid, van hetzelfde decreet, gewijzigd bij decreet van 7 januari 2002, worden de woorden "buitengewoon basisonderwijs" door de woorden "basisonderwijs aan leerlingen met specifieke behoeften" vervangen.

Art. 126. Artikel 6 van hetzelfde decreet, vervangen bij decreet van 25 juni 2001, wordt door de volgende bepaling vervangen :

"Artikel 6. In het onderwijs aan leerlingen met specifieke behoeften krijgt de inrichtende macht voor de organisatie van het toezicht tijdens het middaguur per vestiging voor de eerste begonnen groep van 40 regelmatige leerlingen een toelage van 8 EUR, wanneer de surveillant houder van een pedagogisch bekwaamheidsbewijs is, respectievelijk een toelage van 6 EUR, wanneer de surveillant niet houder van een pedagogisch bekwaamheidsbewijs is.

Telt de school respectievelijk de vestiging meer dan 40 regelmatige leerlingen, dan heeft de inrichtende macht voor elke bijkomende begonnen groep van 40 regelmatige leerlingen recht op een bijkomende toelage volgens de in het eerste lid vastgelegde bedragen, wanneer zij voor het toezicht tijdens het middaguur bijkomende surveillanten inschakelt.

Als teldag voor de berekening geldt de laatste schooldag van september. Worden in aanmerking genomen de regelmatige kleuters die tot die dag gedurende ten minste tien schooldagen een halve dag aanwezig waren evenals de regelmatige leerlingen lager onderwijs.

De Regering kan van het in de leden 1 en 2 vermelde aantal regelmatige leerlingen afwijken, indien het toezicht wegens de infrastructuur van een vestiging onvoldoende kan worden gewaarborgd."

Art. 127. In nummer 4 van de bijlage van hetzelfde decreet worden de woorden "buitengewoon lager onderwijs" door de woorden "lager onderwijs aan leerlingen met specifieke behoeften" vervangen.

HOOFDSTUK XXIX. — *Wijziging van het decreet van 17 juli 1995 over het inschrijvings- en schoolgeld in het onderwijs*

Art. 128. In artikel 2, § 1, van het decreet van 17 juli 1995 over het inschrijvings- en schoolgeld in het onderwijs worden de woorden "buitengewoon lager onderwijs" door de woorden "lager onderwijs aan leerlingen met specifieke behoeften" vervangen en de woorden "buitengewoon secundair onderwijs" door de woorden "buitengewoon secundair onderwijs aan leerlingen met specifieke behoeften".

In § 2 van hetzelfde artikel worden de woorden "buitengewoon kleuteronderwijs" door de woorden "kleuteronderwijs aan leerlingen met specifieke behoeften" vervangen.

HOOFDSTUK XXX. — *Wijziging van het decreet van 31 augustus 1998 betreffende de opdrachten toevertrouwd aan de inrichtende machten en aan het schoolpersoneel en houdende algemene pedagogische en organisatorische bepalingen voor de gewone scholen*

Art. 129. In de titel van het decreet van 31 augustus 1998 betreffende de opdrachten toevertrouwd aan de inrichtende machten en aan het schoolpersoneel en houdende algemene pedagogische en organisatorische bepalingen voor de gewone scholen worden "gewone scholen" door de woorden "gewone scholen en scholen voor onderwijs aan leerlingen met specifieke behoeften" vervangen.

Art. 130. In artikel 1 van hetzelfde decreet, laatst gewijzigd bij decreet van 23 maart 2009, worden de leden 1, 2 en 3 door de volgende woorden vervangen :

"Voorliggend decreet is van toepassing op het gewoon basisonderwijs en het basisonderwijs aan leerlingen met specifieke behoeften evenals op het gewoon secundair onderwijs en het secundair onderwijs aan leerlingen met specifieke behoeften dat door de Duitstalige Gemeenschap georganiseerd of gesubsidieerd wordt, met uitzondering van het aanvullend secundair beroepsonderwijs, waarvoor uitsluitend de artikelen 38 en 39 evenals 42 tot en met 45 van toepassing zijn.

De artikelen 23 tot en met 27, 28, 32, 57 tot en met 59 en 63 zijn eveneens van toepassing op het door de Duitstalige Gemeenschap georganiseerd en gesubsidieerd secundair onderwijs met beperkt leerplan."

Art. 131. Artikel 4 van hetzelfde decreet, gewijzigd bij de decreten van 17 mei 2004 en 16 juni 2008, wordt als volgt gewijzigd :

1. Nummer 3 wordt door de volgende woorden vervangen :

"3. School : inrichting voor vorming en opvoeding die door een inrichtingshoofd wordt geleid en onderwijs verstrekt overeenkomstig een studieprogramma vastgelegd of goedgekeurd door de Regering en waarbij voor leerlingen met behoefte aan onderwijs voor leerlingen met specifieke behoeften de onderwijsdoelinden kunnen worden aangepast;"

2. Nummer 5 wordt vervangen als volgt :

"5; Personen belast met de opvoeding : personen die krachtens de wet of een gerechtelijke beslissing het ouderlijk gezag over het kind of de jongere uitoefenen;"

3. Nummer 18 wordt vervangen als volgt :

"18. Onderwijsniveau : indeling van het gewoon onderwijs of het onderwijs aan leerlingen met specifieke behoeften in kleuterafdeling, lagere school en secundaire school;"

4. Nummer 23 wordt vervangen als volgt :

"23. Leerling met behoefte aan onderwijs voor leerlingen met specifieke behoeften : leerling voor wie overeenkomstig artikel 93.7 een behoefte aan onderwijs voor leerlingen met specifieke behoeften vastgesteld werd;"

5. Nummer 24 wordt vervangen als volgt :

"24. Pedagogische Inspectie-Begeleiding : personen door de Regering belast die bij toepassing van het decreet van 24 maart 2003 houdende oprichting van de pedagogische inspectie-begeleiding voor het onderwijs in de Duitstalige Gemeenschap en tot vastlegging van de opdrachten ervan controle- en begeleidingsopdrachten in het onderwijs waarnemen;"

6. Bij de nummers 28 tot en met 32 wordt de volgende woorden ingevoegd :

"28. Leergroep : groep lerenden die een leerinhoud verwerken of uitdiepen;

29. Integratieproject : scolarisatie van een leerling met een behoefte aan onderwijs voor leerlingen met specifieke behoeften in de gewone school met gebruik van individueel vastgelegde personeels-, materiële en voor speciale onderwijsbehoeften bestemde didactische middelen;

30. Vergadering inzake onderwijs aan leerlingen met specifieke behoeften : vergadering van de personen belast met de opvoeding en van de vertegenwoordigers van de gewone school en de school voor onderwijs aan leerlingen met specifieke behoeften, die de speciale onderwijsdoeleinden en de speciale onderwijsmaatregelen vastleggen evenals over de speciale onderwijsmiddelen en de plaats voor het speciale onderwijs aan een kind respectievelijk jongere met behoefte aan onderwijs voor leerlingen met speciale behoefte overleggen;

31. Individueel plan van onderwijs aan leerlingen met specifieke behoeften : een onder de verantwoordelijkheid van het inrichtingshoofd opgesteld document waarmee de door diagnose gestuurde begeleiding van de leerprocessen wordt gewaarborgd. Uitgaand van de individuele sterke punten, de belangstelling en de reeds bestaande stand van de ontwikkeling worden de speciale onderwijsdoeleinden en de speciale onderwijsmaatregelen beschreven. Het plan van onderwijs aan leerlingen met specifieke behoeften omvat bovendien een lijst van de namen van de leden van de bestuurs-, onderwijzend, opvoedend hulp- en paramedische evenals psychosociaal personeel dat met de uitvoering van het individueel plan van onderwijs aan leerlingen met specifieke behoeften belast is. Het plan van onderwijs aan leerlingen met specifieke behoeften wordt systematisch voor leerlingen met een behoefte aan onderwijs voor leerlingen met specifieke behoeften ingezet;

32. Portfolio van onderwijs aan leerlingen met specifieke behoeften : documentatie van alle gegevens die voor het speciale onderwijs van de leerling relevant zijn. Dit zijn in het bijzonder diagnostische adviezen, gegevens over de stand van de ontwikkeling van de leerling, getuigenissen, documenten en bewijzen van de tot nu toe genomen pedagogische en therapeutische maatregelen."

Art. 132. De titel van hoofdstuk II van hetzelfde decreet, gewijzigd bij decreet van 16 juni 2008, wordt door de volgende woorden vervangen :

"Hoofdstuk II - Opdracht toevertrouwd door de maatschappij aan de inrichtende machten en aan het personeel van de gewone scholen en de scholen voor onderwijs aan leerlingen met specifieke behoeften"

Art. 133. In hoofdstuk II, afdeling 1, van hetzelfde decreet wordt een artikel 6.1 ingevoegd, luidend als volgt :

"Artikel 6.1. Individuele aanmoediging

Elke leerling heeft recht op een bij hem passende aanmoediging op school. Die aanmoediging heeft tot doel alle leerlingen, ook die met een beperking, met aanpassings- of leermoeilijkheden, bij het leren van schoolse, sociale en maatschappelijke vaardigheden te ondersteunen en aan te moedigen. Zij biedt de leerlingen hulp en oriëntatie bij de overname van waarden, instellingen en houdingen.

Een evaluatie van de vaardigheden en beperkingen van de leerlingen vormt de grondslag voor de uitvoering van de individuele aanmoediging. Bij de omzetting van de individuele aanmoediging komt het erop aan ervoor te zorgen dat deze in de natuurlijke leefomgeving van de leerlingen, zo dicht mogelijk bij zijn plaats van herkomst, zo veel mogelijk in een klas van een gewone school geïntegreerd en bij behoefte aan maatregelen op het vlak van onderwijs aan leerlingen met specifieke behoeften door de organisatie van een integratieproject of een scolarisatie in een school voor onderwijs aan leerlingen met specifieke behoeften plaatsvindt. Met preventieve maatregelen zoals de vroegtijdige opsporing van een individuele behoefte aan onderwijs voor leerlingen met specifieke behoeften moet eveneens rekening worden gehouden."

Art. 134. In artikel 17, § 1, van hetzelfde decreet, gewijzigd bij decreet van 16 juni 2008, wordt een vijfde lid ingevoegd, luidend als volgt :

"De individuele aanmoediging van de leerling in de gewone scholen en de scholen voor onderwijs aan leerlingen met specifieke behoeften kan door middel van een individueel plan van onderwijs aan leerlingen met specifieke behoeften worden ondersteund. Indien een behoefte aan onderwijs voor leerlingen met specifieke behoeften overeenkomstig artikel 93.7 wordt vastgesteld, zijn de opstelling en aanpassing van een individueel plan voor onderwijs aan leerlingen met specifieke behoeften verplicht."

Art. 135. § 1. Artikel 20, tweede lid, nummers 1 en 2, van hetzelfde decreet worden door de volgende woorden vervangen :

"1. Een beschrijving van het pedagogisch totaalconcept met inbegrip van de pedagogische methoden en maatregelen voor de individuele aanmoediging van de leerlingen dat in de betrokken school respectievelijk leergroep wordt toegepast;

2. De pedagogische organisatiestructuur van de school, inzonderheid de criteria voor de indeling van de leerlingen in klassen respectievelijk leergroepen en de begeleiding van leerlingen bij wie een behoefte aan onderwijs voor leerlingen met specifieke behoeften vastgesteld is;"

Artikel 20, tweede lid, nummer 5, van hetzelfde decreet wordt geschrapt.

§ 2. In hetzelfde artikel worden na het tweede lid twee nieuwe leden ingevoegd, luidend als volgt :

“Onverminderd het eerste lid bevat het schoolproject in de gewone scholen bovendien de beschrijving van de maatregelen die voor leerlingen met een behoefte aan onderwijs voor leerlingen met specifieke behoeften worden getroffen, met inbegrip van de vormen van samenwerking met scholen voor onderwijs aan leerlingen met specifieke behoeften of andere, door de Regering of door de Dienst voor Personen met een Handicap erkende diensten en inrichtingen.

Onverminderd het eerste lid bevat het schoolproject in de scholen voor onderwijs aan leerlingen met specifieke behoeften bovendien het proces voor de begeleiding van alle kinderen met behoefte aan onderwijs voor leerlingen met specifieke behoeften ongeacht hun respectieve plaats van onderwijs aan leerlingen met specifieke behoeften.”

Art. 136. De titel van hoofdstuk III van hetzelfde decreet wordt door de volgende woorden vervangen :

“Hoofdstuk III - Structuur van het gewoon onderwijs en van het onderwijs aan leerlingen met specifieke behoeften”

Art. 137. In hoofdstuk III van hetzelfde decreet wordt de titel van afdeling 1 door de volgende woorden vervangen :

“Afdeling 1 - De gewone basisschool”

Art. 138. In hoofdstuk III van hetzelfde decreet, gewijzigd bij decreet van 23 juni 2008, wordt een afdeling *1bis*, die artikel 21.1 bevat, ingevoegd, luidend als volgt :

“Afdeling *1bis* - De basisschool voor onderwijs aan leerlingen met specifieke behoeften

Artikel 21.1. Structuur

§ 1. De basisschool bestaat uit de kleuterafdeling en de lagere school.

§ 2. De kleuterafdeling is voor kinderen die nog niet schoolplichtig zijn.

De lagere school is voor schoolplichtige kinderen.

§ 3. Een kind bij wie overeenkomstig artikel 93.7 een behoefte aan onderwijs voor leerlingen met specifieke behoeften werd vastgesteld, mag als regelmatig leerling in de kleuterafdeling worden ingeschreven, indien het nog niet schoolplichtig is en ten minste drie jaar oud is of deze leeftijd op 31 december van het lopend schooljaar bereikt.

In afwijking van het eerste lid kan een schoolplichtig kind tijdens het eerste jaar van de schoolplicht naar de kleuterafdeling gaan. De personen belast met de opvoeding nemen daaromtrent een beslissing na kennisname van een gemotiveerd advies van de raad van leraars en van het bevoegde psycho-medisch-sociaal centrum. Bij een kind dat nog niet naar de kleuterafdeling gaat, is enkel het advies van een psycho-medisch-sociaal centrum vereist. Dit besluit over het bezoek aan de kleuterafdeling kan een tweede keer worden uitgesproken.

§ 4. Een kind met woonplaats in het buitenland mag slechts in een kleuterafdeling worden ingeschreven :

1. indien het aan de in § 3 vastgelegde algemene toelatingsvoorwaarden voldoet;
2. na overlegging van een door het Bestuur voor Onderwijs goedgekeurde aanvraag waaruit blijkt dat bijzondere persoonlijke omstandigheden de inschrijving rechtvaardigen;
3. indien overeenkomstig artikel 32, § 3, desgevallend een inschrijvingsgeld werd betaald.

In afwijking van de voorwaarden opgenomen in het eerste lid 1, nummers 2 en 3, moet het kind dat zijn hun woonplaats in het ambtsgebied van een buitenlandse publiekrechtelijke entiteit heeft noch een door het Ministerie goedgekeurde aanvraag overleggen noch een inschrijvingsgeld betalen, indien deze entiteit evenredig bijdraagt in de personeels- en werkingskosten die de Duitstalige Gemeenschap voor deze kleuterafdeling moet dragen en op voorwaarde dat die kostenbijdrage in een schriftelijke overeenkomst vastgelegd is.

Het eerste lid, nummer 2, is niet van toepassing op een kind dat in een vreemdelingen-, wacht- of bevolkingsregister van een Belgische gemeente ingeschreven is.

§ 5. Een leerling bij wie overeenkomstig artikel 93.7 een behoefte aan onderwijs voor leerlingen met specifieke behoeften werd vastgesteld, mag als regelmatig leerling in de lagere school worden ingeschreven, indien hij op 31 december van het lopend schooljaar ten minste zes jaar oud is en de leeftijd van vijftien jaar nog niet overschreden heeft. Een leerling die houder is van het bewijs van basisonderwijs mag niet tot de lagere school worden toegelaten.

De leerling bezoekt de lagere school tijdens zes schooljaren.

In afwijking van het tweede lid kan de raad van leraars beslissen dat de leerling op de lagere school een bijkomend jaar volgt. Wanneer een leerling van school verandert, is deze beslissing bindend voor alle scholen.

In afwijking van het tweede lid kunnen de personen belast met de opvoeding op voordracht van de raad van leraars en op grond van een advies uitgebracht door het psycho-medisch-sociaal centrum beslissen dat hun kind een achtste jaar in de lagere school doorbrengt. Deze beslissing tot verder bezoek aan de lagere school kan een tweede keer worden uitgesproken.

§ 6. Alvorens hij zich in de lagere school mag inschrijven, legt de leerling die zijn woonplaats in het buitenland heeft en die de algemene toelatingsvoorwaarden vastgelegd in § 5, eerste lid, vervult, een attest voor dat door de bevoegde schooloverheid van de Staat waar hij zijn woonplaats heeft, wordt afgegeven en waaruit blijkt dat hij in België een lagere school mag bezoeken. Dit attest dient slechts bij de eerste inschrijving te worden voorgelegd.

Om in een lagere school in de Duitstalige Gemeenschap te worden ingeschreven moet de in het buitenland woonachtige leerling bovendien aan een van de volgende voorwaarden voldoen :

1. Een van de ouders van de leerling heeft een betrekking in de Duitstalige Gemeenschap volgens een arbeidscontract ten belope van ten minste zes maanden;

2. Een broer of zus van de leerling is reeds in dezelfde school van de Duitstalige Gemeenschap ingeschreven;
3. Er is een overmacht van pedagogische of sociale aard die door de Regering moet worden goedgekeurd.

Voor leerlingen wier woonplaats onder de bevoegdheid van een publiekrechtelijke buitenlandse gebiedsomschrijving valt, zijn de toelatingsvoorwaarden vermeld in het tweede lid niet van toepassing, voor zover er een dienovereenkomstige schriftelijke overeenkomst tussen deze gebiedsomschrijving en de Duitstalige Gemeenschap bestaat.

De leden 1 tot 3 zijn niet van toepassing op de leerling die in het vreemdelingen-, wacht- of bevolkingsregister van een Belgische gemeente ingeschreven is.

§ 7. De in § 3 en § 5 vermelde algemene toelatingsvoorwaarden gelden onverminderd de bepalingen van hoofdstuk IV, afdeling 1.

§ 8. Op het eind van de lagereschooltijd beslist de raad van leraars over de uitreiking van het getuigschrift."

Art. 139. In hoofdstuk III van hetzelfde decreet wordt de titel van afdeling 2 door de volgende woorden vervangen :

"Afdeling 2 - De gewone secundaire school"

Art. 140. In hoofdstuk III van hetzelfde decreet wordt een afdeling *2bis*, dat artikel 22.1 bevat, ingevoegd, luidend als volgt :

"Afdeling *2bis* - De secundaire school voor onderwijs aan leerlingen met specifieke behoeften

Artikel 22.1. Structuur

§ 1. Een leerling bij wie overeenkomstig artikel 93.7 een behoefte aan onderwijs voor leerlingen met specifieke behoeften werd vastgesteld, mag als regelmatig leerling in de secundaire school voor onderwijs aan leerlingen met specifieke behoeften worden ingeschreven, indien hij op 31 december van het lopend schooljaar ten minste twaalf jaar oud is en op 30 juni van het lopend schooljaar de leeftijd van eenentwintig jaar nog niet overschreden heeft.

In afwijking van het eerste lid kan het in artikel 93.24 vermelde Comité voor Onderwijs aan Leerlingen met Speciale Behoeften op grond van een positief advies uitgebracht door de raad van leraars de goedkeuring verlenen om een leerling die op 30 juni van het lopend schooljaar de leeftijd van eenentwintig jaar overschreden heeft een bijkomend jaar in de secundaire school te laten doorbrengen. Het hoofd van de school voor onderwijs aan leerlingen met specifieke behoeften staat in voor het indienen van het verzoek tot verlening van de goedkeuring bij het Comité voor Onderwijs aan Leerlingen met Specifieke Behoeften.

§ 2. De in § 1 vermelde algemene toelatingsvoorwaarden gelden onverminderd de bepalingen van hoofdstuk IV, afdeling 1, van dit decreet.

§ 3. Alvorens hij zich in de secundaire school mag inschrijven, legt de leerling die zijn woonplaats in het buitenland heeft en die de algemene toelatingsvoorwaarden vastgelegd in § 1, eerste lid, vervult, een attest voor dat door de bevoegde schooloverheid van de Staat waar hij zijn woonplaats heeft, wordt afgegeven en waaruit blijkt dat hij in België een secundaire school mag bezoeken. Dit attest dient slechts bij de eerste inschrijving te worden voorgelegd.

§ 4. In het secundair onderwijs aan leerlingen met specifieke behoeften kunnen drie onderwijsvormen worden georganiseerd :

1. Secundair onderwijs aan leerlingen met specifieke behoeften voor sociale aanpassing;
2. Secundair onderwijs aan leerlingen met specifieke behoeften voor sociale en beroepsaanpassing;
3. Secundair beroepsonderwijs aan leerlingen met specifieke behoeften.

§ 5. De overstap van een leerling naar een andere onderwijsvorm gebeurt op grond van een gemotiveerde beslissing van de raad van leraars die deze op grond van een advies van het bevoegde psycho-medisch-sociaal centrum neemt."

Art. 141. De titel van hoofdstuk IV van hetzelfde decreet wordt door de volgende woorden vervangen :

"Hoofdstuk IV - De leerlingen in het gewoon onderwijs en het onderwijs aan leerlingen met specifieke behoeften"

Art. 142. Artikel 33, nummer 8, van hetzelfde decreet wordt door de volgende woorden vervangen :

"8. Desgevallend de maatregelen die door de gewone school voor de daar ingeschreven leerlingen met een behoefte aan onderwijs voor leerlingen met specifieke behoeften worden getroffen, met inbegrip van de vormen van samenwerking met de scholen voor onderwijs aan leerlingen met specifieke behoeften."

Art. 143. In artikel 34, derde lid, van hetzelfde decreet, ingevoegd bij decreet van 23 oktober 2000, wordt het woord "inspectie" telkens door de woorden "Pedagogische Inspectie-Begeleiding" vervangen.

Art. 144. In artikel 38, § 2, nummer 1, van hetzelfde decreet wordt het woord "inspectie" door de woorden "Pedagogische Inspectie-Begeleiding" vervangen.

Art. 145. In artikel 39, § 3, eerste lid, van hetzelfde decreet wordt de eerste zin door de volgende woorden vervangen :

"Het beroep wordt per aangetekend schrijven bij de leidinggevende ambtenaar van het Bestuur voor Onderwijs ingediend die de raad van beroep onmiddellijk bijeenroept."

Art. 146. De titel van hoofdstuk IV van hetzelfde decreet wordt door de volgende woorden vervangen :

"Hoofdstuk V - Medebeslissing in de gewone scholen en de scholen voor onderwijs aan leerlingen met specifieke behoeften"

Art. 147. In artikel 49, eerste lid, van hetzelfde decreet worden de woorden "van het onderwijzend en opvoedend personeel" door de woorden "van het onderwijzend, opvoedend hulp-, paramedisch en psychosociaal personeel" vervangen.

In hetzelfde artikel worden in het tweede lid de woorden "onderwijzend en opvoedend personeel" door de woorden "onderwijzend, opvoedend hulp-, paramedisch en psychosociaal personeel" vervangen.

In hetzelfde artikel wordt het zesde lid door de volgende bepaling vervangen :

"Alle leden van het onderwijzend, opvoedend hulp-, paramedisch en psychosociaal personeel, met inbegrip van de personeelsleden die tijdelijk en krachtens een schriftelijk arbeidscontract tot het einde van het schooljaar zijn aangesteld of in dienst genomen, zijn kiesgerechtigd en verkiesbaar."

Art. 148. § 1. In artikel 51 van hetzelfde decreet, ingevoegd bij decreet van 16 december 2002, wordt een nummer 15 ingevoegd, luidend als volgt :

"15. Ondersteuning van de externe evaluatie van de school".

§ 2. In hetzelfde artikel worden de leden 2 en 3 ingevoegd, luidend als volgt :

"In de gewone school ontwikkelt de Pedagogische Raad een concept voor de differentiërende aanmoediging van leerlingen met leerproblemen evenals ter integratie van leerlingen met een behoefte aan onderwijs voor leerlingen met specifieke behoeften.

In de school voor onderwijs aan leerlingen met specifieke behoeften geeft de Pedagogische Raad voorstellen ter ondersteuning van de gewone scholen bij de omzetting van de integratieprojecten."

Art. 149. Artikel 52 van hetzelfde decreet wordt door de volgende bepaling vervangen :

"Artikel 52. Opstellen van processen-verbaal

De voorstellen van de Pedagogische Raad worden in een register van de processen-verbaal opgetekend dat het Bestuur voor Onderwijs ter inzage ter beschikking staat."

Art. 150. Artikel 86, eerste en tweede lid, van hetzelfde decreet wordt door de volgende bepaling vervangen :

"Het inrichtingshoofd of zijn vertegenwoordiger evenals alle met de rechtstreekse begeleiding van de leerling belaste leden van het onderwijzend, opvoedend hulp- en paramedisch evenals psychosociaal personeel zijn stemgerechtigd lid van de dienovereenkomstige raad van leraars; een vertegenwoordiger van het psycho-medisch-sociaal centrum neemt als raadgevend lid aan de vergaderingen van de raad van leraars deel. De raad van leraars kan externe adviseurs consulteren.

Het inrichtingshoofd of zijn vertegenwoordiger is voorzitter van de raad van leraars. De voorzitter ziet erop toe dat de wettelijke en reglementaire bepalingen worden nageleefd."

Art. 151. In artikel 90 van hetzelfde decreet wordt het woord "basisschool" door de woorden "gewone basisschool" vervangen.

Art. 152. In artikel 91 van hetzelfde decreet worden de woorden "secundaire school" door de woorden "gewone secundaire school" vervangen en de woorden "secundair onderwijs" door de woorden "gewoon secundair onderwijs".

Art. 153. In artikel 92 van hetzelfde decreet worden in de titel en in de tekst de woorden "secundaire school" door de woorden "gewone secundaire school" vervangen en de woorden "bezoek aan een secundaire school" door de woorden "bezoek aan een gewone secundaire school".

Art. 154. In artikel 93 van hetzelfde decreet worden de woorden "secundaire school" door de woorden "gewone secundaire school" vervangen.

Art. 155. In artikel 96, nummer 18, van hetzelfde decreet wordt het punt op het eind van de zin door een komma vervangen.

Hetzelfde artikel wordt met een nummer 19 aangevuld, luidend als volgt :

"19. De coördinatie van maatregelen voor onderwijs aan leerlingen met specifieke behoeften."

Art. 156. In hoofdstuk IV, afdeling 1, van hetzelfde decreet wordt een artikel 96.1 ingevoegd, luidend als volgt :

"Artikel 96.1. Departementshoofd van een school voor onderwijs aan leerlingen met specifieke behoeften

De opdracht van het departementshoofd van een school voor onderwijs aan leerlingen met specifieke behoeften omvat vooral de volgende taken :

1. pedagogische en organisatorische leiding over het door het inrichtingshoofd toegewezen takenpakket;
2. coördinatie van de maatregelen op het vlak van onderwijs aan leerlingen met specifieke behoeften;
3. ondersteuning van het inrichtingshoofd bij de omzetting van het maatschappelijk project, het opvoedkundig project en het schoolproject;
4. ondersteuning van het inrichtingshoofd bij het beheer van de school, het opmaken van de wekelijkse en jaarlijkse uurroosters, de organisatie van toezicht en vertegenwoordigingen evenals bij andere administratieve taken;
5. ondersteuning van het inrichtingshoofd bij het leiden en begeleiden van het personeel van de school;
6. coördinatie bij de implementering van de kerncompetenties en kaderplannen;
7. coördinatie bij de aanschaf van didactisch materiaal;
8. bevordering van de teamvorming in het personeelskader;
9. ontvangst en bijdrage tot een snelle integratie van nieuwe leerpersonen;

10. samenwerking met de personeelsleden, de Pedagogische Raad en de andere vertegenwoordigingsorganen van de school;
11. samenwerking met de psycho-medisch-sociale centra;
12. advies aan leerlingen en de personen belast met hun opvoeding;
13. persoonlijke permanente vorming en voortgezette opleiding;
14. taken die tot de verwezenlijking van het schoolproject bijdragen.”

Art. 157. In artikel 98 van hetzelfde decreet worden de leden 2 en 3 ingevoegd, luidend als volgt :

”Onverminderd het eerste lid omvat de opdracht van de school- en leerbegeleider voor het onderwijs aan leerlingen met specifieke behoeften de volgende taken :

1. Bijstand en advisering bij de opstelling van individuele plannen voor onderwijs aan leerlingen met speciale behoeften respectievelijk bij de aanpassing van de leerdoelstellingen;
2. Begeleiding en advisering van de personeelsleden met het oog op de omgang met leerlingen die een verschillende leersituatie hebben;
3. Begeleiding en advisering bij het inzetten van methoden en materialen voor onderwijs aan leerlingen met specifieke behoeften;
4. Ontwikkeling van individuele leerstrategieën bij individuele leerlingen;
5. Initiëren en ontwikkelen van bijscholingen op het vlak van het onderwijs aan leerlingen met specifieke behoeften in samenwerking met de Autonome Hogeschool in de Duitstalige Gemeenschap.

De school- en leerbegeleider voor onderwijs aan leerlingen met specifieke behoeften neemt deze taken op het vlak van de specifieke bevordering in de gewone school en in het Centrum voor Onderwijs aan Leerlingen met Speciale Behoeften waar.”

Art. 158. In hoofdstuk IV, afdeling 1, van hetzelfde decreet wordt een artikel 98.1 ingevoegd, luidend als volgt :

”Artikel 98.1. Paramedisch personeel

§ 1. De opdracht van de verpleger omvat vooral de volgende taken :

1. De verzorgingsopdracht, dat wil zeggen de bevordering van het algemeen welzijn van de leerling, de door de dokter gelaste medische hulp, de eerste hulp bij ongelukken en ziekte, de coördinatie en begeleiding van de bezoeken aan de schoolarts evenals de coördinatie en het doorgeven van inlichtingen van medische aard tussen ouders en school;
2. De opvoedende opdracht, dat wil zeggen de regelmatige begeleiding van de leerling, de ontwikkeling en bevordering van zijn persoonlijke en sociale vaardigheden, inzonderheid de bevordering van zijn zelfstandigheid op het vlak van de lichaamsverzorging en de voeding en de hulp bij toiletbezoek van de meervoudig lichamenlijk gehandicapte leerlingen;
3. De regelmatige deelname aan bijscholingen;
4. De deelname aan pedagogische conferenties;
5. De deelname aan personeelsvergaderingen, vergaderingen van de raad van leraars en coördinatievergaderingen;
6. Vertegenwoordigingen;
7. De organisatie van oudercontacten, de deelname aan spreekuren voor ouders evenals de samenwerking met de personen belast met de opvoeding;
8. De medewerking aan de interne en externe evaluatie van de school;
9. De samenwerking met de psycho-medisch-sociale centra en andere begeleidingsdiensten;
10. De taken die tot de verwezenlijking van het schoolproject bijdragen.

§ 2. De opdracht van de kinderverzorger omvat vooral de volgende taken :

1. De verzorgingshulpopdracht, dat wil zeggen de bevordering van het algemeen welzijn van de leerling, de eerste hulp bij ongelukken en ziekte, de coördinatie en begeleiding van de bezoeken aan de schoolarts evenals de coördinatie en het doorgeven van inlichtingen van medische aard tussen ouders en school;
2. De opvoedende opdracht, dat wil zeggen de regelmatige begeleiding van de leerling, de ontwikkeling en bevordering van zijn persoonlijke en sociale vaardigheden, inzonderheid de bevordering van zijn zelfstandigheid op het vlak van de lichaamsverzorging en de voeding en de hulp bij toiletbezoek van de meervoudig lichamenlijk gehandicapte leerlingen;
3. De regelmatige deelname aan bijscholingen;
4. De deelname aan pedagogische conferenties;
5. De deelname aan personeelsvergaderingen, vergaderingen van de raad van leraars en coördinatievergaderingen;
6. Vertegenwoordigingen;
7. De organisatie van oudercontacten, de deelname aan spreekuren voor ouders evenals de samenwerking met de personen belast met de opvoeding;
8. De medewerking aan de interne en externe evaluatie van de school;

9. De samenwerking met de psycho-medisch-sociale centra en andere begeleidingsdiensten;
10. De taken die tot de verwezenlijking van het schoolproject bijdragen.

§ 3. De opdracht van de logopedisten, kinesitherapeuten en ergotherapeuten omvat vooral de volgende taken :

1. De therapie-opdracht, dat wil zeggen het onderzoeken van de uitgangssituatie van de leerlingen en het verstrekken van een individueel therapieplan rekening houdend met de richtlijnen van de dokter, het inzetten van aangepaste methoden en technieken, de samenwerking met de klasleraar en de ouders evenals het bijhouden van individuele dossiers voor iedere leerling;
2. De opvoedende opdracht, dat wil zeggen de regelmatige en persoonlijke begeleiding van de leerling, de ontwikkeling en bevordering van zijn persoonlijke en sociale vaardigheden door aangepaste vormen van therapie;
3. De regelmatige deelname aan bijscholingen;
4. De deelname aan pedagogische conferenties;
5. De deelname aan personeelsvergaderingen, vergaderingen van de raad van leraars en coördinatievergaderingen;
6. Vertegenwoordigingen;
7. De organisatie van oudercontacten, de deelname aan spreekuren voor ouders evenals de samenwerking met de personen belast met de opvoeding;
8. De medewerking aan de interne en externe evaluatie van de school;
9. De samenwerking met de psycho-medisch-sociale centra en andere begeleidingsdiensten;
10. De taken die tot de verwezenlijking van het schoolproject bijdragen.

Onverminderd het vorige lid omvat de opdracht van de kinesitherapeuten en de ergotherapeuten bovendien de hulp aan meervoudig lichamelijk gehandicapte leerlingen bij het toiletbezoek."

Art. 159. In hoofdstuk IX, afdeling 1, van hetzelfde decreet wordt een artikel 98.2 ingevoegd, luidend als volgt :
"Artikel 98.2. Psychosociaal personeel

§ 1. De opdracht van de psychosociale begeleider omvat vooral de volgende taken :

1. De psychosociale begeleiding van leerlingen met opvallend gedrag en met emotionele en gedragsstoornissen;
2. De advisering van en hulp aan personeelsleden bij de beheersing van moeilijke opvoedingssituaties;
3. De opvoedende opdracht, dat wil zeggen de regelmatige en persoonlijke begeleiding van de leerling en de ontwikkeling en bevordering van zijn persoonlijke en sociale vaardigheden door de ontwikkeling van zijn verantwoordelijkheidsbesef;
4. De regelmatige deelname aan bijscholingen;
5. De deelname aan pedagogische conferenties;
6. De deelname aan personeelsvergaderingen, vergaderingen van de raad van leraars en coördinatievergaderingen;
7. Vertegenwoordigingen;
8. De organisatie van oudercontacten, de deelname aan spreekuren voor ouders evenals de samenwerking met de personen belast met de opvoeding;
9. De medewerking aan de interne en externe evaluatie van de school en van het eigen werk;
10. De samenwerking met de psycho-medisch-sociale centra en andere begeleidingsdiensten;
11. De taken die tot de verwezenlijking van het schoolproject bijdragen."

§ 2. De opdracht van de maatschappelijk assistent omvat vooral de volgende taken :

1. De sociale opdracht, dat wil zeggen het probleemgericht opvoedende en adviserende werk, de hulp bij de preventie, beheersing en oplossing van sociale problemen evenals de coördinatie tussen school, ouders en verschillende sociale instellingen;
2. De opvoedende opdracht, dat wil zeggen de regelmatige en persoonlijke begeleiding van de leerling, de ontwikkeling en bevordering van zijn persoonlijke en sociale vaardigheden door aangepast advies;
3. De beroepsoriëntatie van de leerling in samenwerking met de Dienst voor Personen met een Handicap, inzonderheid de planning en begeleiding van de stages samen met de leerling, de personen belast met de opvoeding en de leraars;
4. Vertegenwoordigingen;
5. De regelmatige deelname aan bijscholingen;
6. De deelname aan pedagogische conferenties;
7. De deelname aan personeelsvergaderingen, vergaderingen van de raad van leraars en coördinatievergaderingen;
8. De organisatie van oudercontacten, de deelname aan spreekuren voor ouders evenals de samenwerking met de personen belast met de opvoeding;
9. De medewerking aan de interne en externe evaluatie van de school;
10. De samenwerking met de psycho-medisch-sociale centra en andere begeleidingsdiensten;
11. De taken die tot de verwezenlijking van het schoolproject bijdragen."

Art. 160. In artikel 100 van hetzelfde decreet wordt het woord "inspectie" door de woorden "Pedagogische Inspectie-Begeleiding" vervangen.

HOOFDSTUK XXXI - *Wijziging van het decreet van 14 december 1998 houdende het statuut van de gesubsidieerde personeelsleden van het gesubsidieerd vrij onderwijs en van het gesubsidieerd vrij psycho-medisch-sociaal centrum*

Art. 161. In artikel 33, eerste lid, nummer 5, van het decreet van 14 december 1998 houdende het statuut van de gesubsidieerde personeelsleden van het gesubsidieerd vrij onderwijs en van het gesubsidieerd vrij psycho-medisch-sociaal centrum, gewijzigd bij decreet van 23 juni 2008, wordt een letter *e*) ingevoegd, luidend als volgt :

"e) Indien het om een lid van het onderwijzend personeel van een school voor onderwijs aan leerlingen met specifieke behoeften gaat, beschikt dit lid over het bewijs van het bestaan van een ten minste 10 ECTS-studiepunten tellende aanvullende opleiding op het vlak van het onderwijs aan leerlingen met specifieke behoeften, de heil- of orthopedagogie dat door een hogeschool in de Duitstalige Gemeenschap wordt uitgereikt of over een respectievelijk meerdere bewijzen die door de Regering als gelijkwaardig worden erkend."

Hetzelfde artikel wordt met een vijfde lid aangevuld, luidend als volgt :

"In afwijking van het eerste lid, nummer 5, mogen voor het ambt van school- en leerbegeleider voor onderwijs aan leerlingen met speciale behoeften en voor het ambt van psychosociaal begeleider enkel personen worden aangesteld die op het ogenblik van de aanstelling houder zijn van het vereiste bekwaamheidsbewijs of van een voor voldoende geachte bekwaamheidsbewijs dat aan het te begeven ambt beantwoordt."

Art. 162. In artikel 39*bis*, § 2, van hetzelfde decreet, ingevoegd bij decreet van 26 juni 2006, wordt na het eerste lid een nieuw lid ingevoegd, luidend als volgt :

"Het inrichtingshoofd kan zich voor de beoordeling van een personeelslid baseren op het schriftelijk verslag van een ander personeelslid dat zich in een bevorderings- of selectieambt bevindt en dat schriftelijk van hem de opdracht kreeg een dergelijk verslag over het werk van het betrokken personeelslid op te stellen."

Art. 163. In artikel 47*bis* van hetzelfde decreet, ingevoegd bij decreet van 26 juni 2006, wordt na het eerste lid een nieuw lid ingevoegd, luidend als volgt :

"In afwijking van het eerste lid kan onder de volgende voorwaarden een omwisseling tussen het gewone onderwijs en het onderwijs aan leerlingen met specifieke behoeften voor een ander ambt plaatsvinden :

1. Het ambt waarvan de uitoefening in het kader van de omwisseling wordt aangevraagd, draagt de dezelfde benaming als het ambt waarvoor het personeelslid vast benoemd is;
2. Het personeelslid bezit het vereiste bekwaamheidsbewijs voor de uitoefening van het ambt waarvan de uitoefening in het kader van de omwisseling wordt aangevraagd."

Art. 164. In artikel 48, § 1, van hetzelfde decreet, vervangen bij decreet van 26 juni 2006 en aangevuld bij decreet van 21 april 2008, wordt na het vierde lid een nieuw lid ingevoegd, luidend als volgt :

"In afwijking van het vierde lid kan onder de volgende voorwaarden een overplaatsing van het gewoon onderwijs naar het onderwijs aan leerlingen met speciale behoeften en omgekeerd voor een ander ambt plaatsvinden :

1. Het ambt waarin het personeelslid wenst te worden overgeplaatst, draagt dezelfde benaming als het ambt waarvoor het vast benoemd is;
2. Het personeelslid bezit het vereiste bekwaamheidsbewijs voor de uitoefening van het ambt waarin hij wenst te worden overgeplaatst."

Art. 165. In artikel 49, § 1, eerste lid, nummer 5, van hetzelfde decreet, gewijzigd bij decreet van 23 juni 2008, wordt een letter *e*) ingevoegd, luidend als volgt :

"e) Indien het om een lid van het onderwijzend personeel van een school voor onderwijs aan leerlingen met specifieke behoeften gaat, beschikt dit lid over het bewijs van het bestaan van een ten minste 10 ECTS-studiepunten tellende aanvullende opleiding op het vlak van het onderwijs aan leerlingen met specifieke behoeften, de heil- of orthopedagogie dat door een hogeschool in de Duitstalige Gemeenschap wordt uitgereikt of over een respectievelijk meerdere bewijzen die door de Regering als gelijkwaardig worden erkend."

Dezelfde paragraaf wordt met een vierde lid aangevuld, luidend als volgt :

"In afwijking van het eerste lid, nummer 5, mogen voor het ambt van school- en leerbegeleider voor onderwijs aan leerlingen met speciale behoeften en voor het ambt van psychosociaal begeleider enkel personen vast worden benoemd die op het ogenblik van de benoeming houder zijn van het vereiste bekwaamheidsbewijs of van een voor voldoende geachte bekwaamheidsbewijs dat aan het te begeven ambt beantwoordt."

Art. 166. In titel I van hetzelfde decreet wordt een hoofdstuk IV*bis*, dat de artikelen 62.2 tot en met 62.12 bevat, ingevoegd, luidend als volgt :

"Hoofdstuk IV*bis* - Bijzondere bepalingen voor departementshoofden van een secundaire school voor onderwijs aan leerlingen met speciale behoeften

Artikel 62.2. Principe

In afwijking van hoofdstuk IV wordt het ambt van departementshoofd van een secundaire school voor onderwijs aan leerlingen met specifieke behoeften, hierna departementshoofd genoemd, begeven aan de hand van een aanstelling voor onbepaalde duur en van een vaste benoeming overeenkomstig de onderstaande voorwaarden.

Artikel 62.3. Toelatingsvoorwaarden

Personen mogen dit ambt uitoefenen, als ze :

1. aan een van de volgende voorwaarden voldoen :

a) burger van de Europese Unie of familielid van een Unieburger zijn in de zin van artikel 4, § 2, van de wet van 22 juni 1964 betreffende het statuut der personeelsleden van het Rijksonderwijs; de Regering kan een afwijking toestaan;

b) b) de status van langdurig ingezeten onderdaan van een derde land hebben krachtens de bepalingen van de wet van 15 december 1980 betreffende de toegang tot het grondgebied, het verblijf, de vestiging en de verwijdering van vreemdelingen;

c) c) de status van vluchteling of de subsidiaire beschermingsstatus hebben krachtens de bepalingen van dezelfde wet van 15 december 1980;

d) de verblijfstitel met toepassing van de artikelen 61/2 tot en met 61/5 van dezelfde wet van 15 december 1980 hebben;

2. ten minste een diploma van het hoger onderwijs van de eerste graad bezitten;
3. de kandidatuur in de vorm en binnen de termijn hebben ingediend, zoal vastgelegd in de oproep tot de kandidaten;
4. de burgerlijke en politieke rechten genieten;
5. aan de dienstplichtwetten voldoen.

Lid 1, nummer 1, *b)* tot en met *d)*, dient tot omzetting van de Richtlijn 2003/109/EG van de Raad van 25 november 2003 betreffende de status van langdurig ingezetenen van derde landen, van de Richtlijn 2004/81/EG van de Raad van 29 april 2004 betreffende de verblijfstitel die in ruil voor samenwerking met de bevoegde autoriteiten wordt afgegeven aan onderdanen van derde landen die het slachtoffer zijn van mensenhandel of hulp hebben gekregen bij illegale immigratie en van de Richtlijn 2004/83/EG van de Raad van 29 april 2004 inzake minimumnormen voor de erkenning van onderdanen van derde landen en staatlozen als vluchteling of als persoon die anderszins internationale bescherming behoeft, en de inhoud van de verleende bescherming.

Artikel 62.4. Oproep en kandidatuur

De oproep tot de kandidaten wordt door de inrichtende macht gepubliceerd in de krant evenals in elke andere vorm die als gepast wordt geacht.

De oproep bevat het van het departementshoofd vereiste profiel en de doelstellingen die tijdens de aanstelling moeten worden bereikt.

De kandidatuur wordt per aangetekend schrijven ingediend. Bij de kandidatuur voegt de kandidaat onder andere een strategie- en actieplan om de in het vorige lid vermelde doelstellingen te verwezenlijken.

Artikel 62.5. Aanstelling van het departementshoofd

De inrichtende macht beslist welke kandidaat het ambt mag uitoefenen.

Zij steunt zich daarbij onder andere op het strategie- en actieplan van de kandidaat, op een of meer sollicitatiegesprekken evenals op de beroepservaring en de pedagogische kwalificatie.

Artikel 62.6. Aanstelling voor onbepaalde duur, beëindiging en vast benoeming

§ 1. De aanstelling gebeurt voor onbepaalde duur.

§ 2. Zij eindigt in de volgende gevallen :

1. in geval van een preventieve schorsing voor meer dan zes maanden;
2. in geval van een terbeschikkingstelling wegens ambtsontheffing in het belang van de dienst voor meer dan zes maanden;
3. indien een van de volgende tuchtmaatregelen wordt opgelegd :
 - a)* een inhouding van wedde;
 - b)* een onmiddellijke schorsing ingevolge tuchtmaatregel;
 - c)* een op-non-activiteitstelling ingevolge tuchtmaatregel;
 - d)* een afdanking wegens een zware fout;
4. bij vrijwillig ontslag, indien het gaat om een vast benoemd personeelslid;
5. bij vrijwillige beëindiging van de aanstelling;
6. bij eenzijdige opzegging door de inrichtende macht;
7. indien op het evaluatieverslag de vermelding "onvoldoende" als eindconclusie staat.

De inrichtende macht kan de aanstelling beëindigen in geval van een verlof of terbeschikkingstelling wegens ziekte of gebrekkigheid voor een periode van meer dan zes opeenvolgende maanden.

In de gevallen voorzien in het eerste lid, nummers 4 en 5, en in afwijking van artikel 80, eerste lid, nummer 1, moet het departementshoofd een opzeggingstermijn van 60 dagen in acht nemen.

In het geval voorzien in het eerste lid, nummer 6, belooft de opzeggingstermijn zes maanden, als het departementshoofd een ambtsanciënniteit van ten hoogste vijf jaar telt; voor elke begonnen termijn van vijf jaar wordt de duur van de opzeggingstermijn met drie maanden verlengd.

De in de vooraangaande leden voorgeschreven opzeggingstermijn kan in onderlinge overeenstemming worden verkort. De opzegging geschiedt per aangetekend schrijven met vermelding van de duur van de opzeggingstermijn. Het aangetekend schrijven heeft uitwerking vanaf de derde werkdag na de verzendingsdatum.

§ 3. Een departementshoofd dat ten minste 50 jaar oud is, wordt vast benoemd, indien :

1. hij een ambtsanciënniteit van ten minste vijf jaar telt;
2. op zijn laatste evaluatieverslag de vermelding "voldoende" als eindconclusie staat.

Artikel 62.7. Statuut

§ 1. Onverminderd het tweede lid is het departementshoofd tijdens de uitoefening van zijn ambt onderworpen aan de artikelen 13 tot en met 30, 32, 70, 72 tot en met 78 en 81 tot en met 99 van het onderhavige statuut.

Het is het departementshoofd verboden :

1. een verlof te nemen of ter beschikking te worden gesteld, met uitzondering van volgende types van verlof en terbeschikkingstelling :
 - a)* jaarlijks verlof,
 - b)* omstandigheidsverlof,
 - c)* buitengewoon verlof wegens overmacht,
 - d)* bevallingsverlof,
 - e)* verlof met het oog op adoptie of pleegvoogdij,

- f) verlof wegens ziekte of gebrekkigheid,
- g) verlof wegens een opdracht in het belang van het onderwijs,
- h) terbeschikkingstelling wegens ziekte of gebrekkigheid,
- i)

2. een loopbaanonderbreking te nemen, behalve de deeltijdse of voltijdse loopbaanonderbreking wegens ouderschapsverlof, de loopbaanonderbreking om palliatieve zorgen te verstrekken en de loopbaanonderbreking voor verzorging van een zwaar ziek gezins- of familielid.

§ 2.De bepalingen van § 1 gelden ook voor een departementshoofd dat met toepassing van artikel 62.6, § 6, vast benoemd is.

Artikel 62.8. Tijdelijke vervanging

§ 1. Indien het departementshoofd wegens een van de in artikel 62.7 vermelde verloven of terbeschikkingstellingen gedurende meer dan vijf opeenvolgende werkdagen afwezig zal zijn, kan de inrichtende macht hem voorlopig vervangen door een ander vast benoemd personeelslid van de categorie bestuurs-, onderwijzend of paramedisch personeel dat aan de voorwaarden in artikel 62.3. voldoet, met uitzondering van de voorwaarde in nummer 3.

In de zin van vorig lid worden de volgende dagen niet als werkdagen beschouwd :

1. de schoolvrije dagen vermeld in artikel 58 van het decreet van 31 augustus 1998 betreffende de opdrachten toevertrouwd aan de inrichtende machten en aan het schoolpersoneel en houdende algemene pedagogische en organisatorische bepalingen voor de gewone scholen en de scholen voor onderwijs aan leerlingen met speciale behoeften;

2. de zomervakantiedagen die krachtens de verlofwetgeving tot het jaarlijks verlof behoren.

Indien het departementshoofd wegens een van de in artikel 62.7 vermelde verloven of terbeschikkingstellingen vermoedelijk meer dan een jaar afwezig zal zijn, kan de inrichtende macht hem voorlopig door een persoon vervangen die de voorwaarden in artikel 62.3 vervult. Dan is de in de artikelen 62.4 en 62.5 vermelde procedure van toepassing.

§ 2. Tijdens de periode van de voorlopige vervanging zijn de artikelen 62.7, § 1, eerste lid, 62.9, 62.11 en 62.12 van toepassing op het personeelslid dat het departementshoofd vervangt.

Artikel 62.9. Wedde en premie

§ 1. Tijdens de aanstelling tot departementshoofd ontvangt hij een wedde op basis van de weddeschaal vermeld in weddeschaal 422 in de bijlage van het koninklijk besluit van 27 juni 1974 waarbij op 1 april 1972 worden vastgelegd de schalen verbonden aan de ambten van de leden van het bestuurs- en onderwijzend, opvoedend hulp- en paramedisch personeel bij de rijksonderwijsinrichtingen, aan de ambten van de leden van de inspectiedienst, belast met het toezicht op deze inrichtingen, en aan de ambten van de leden van de inspectiedienst van het schriftelijk onderwijs en van het gesubsidieerd lager onderwijs, en de schalen verbonden aan de graden van het personeel van de psycho-medisch-sociale centra van de Staat.

§ 2. Wordt een personeelslid tot departementshoofd aangesteld, ontvangt hij in afwijking van § 1 verder zijn wedde evenals, ter compensatie, een maandelijks premie die als volgt wordt berekend :

$$P = X - M$$

P = de premie

X = de in § 1 bedoelde wedde

M = de maandelijks brutowedde van het personeelslid

De premie wordt tegelijk met de maandwedde en onder dezelfde voorwaarden uitbetaald.

§ 3. Wordt een buitenstaander tot departementshoofd aangesteld, dan ontvangt hij het vakantiegeld en een eindejaarspremie overeenkomstig de bepalingen die in het onderwijs gelden, waarbij het in § 1 vermeld bedrag als berekeningsbasis dient.

§ 4. Het bedrag vermeld in § 1 en § 2 is gekoppeld aan de schommelingen van het indexcijfer van de consumptieprijzen overeenkomstig de wet van 1 maart 1977 houdende inrichting van een stelsel waarbij sommige uitgaven in de overheidssector aan het indexcijfer van de consumptieprijzen van het Rijk worden gekoppeld, gewijzigd bij koninklijk besluit nr. 178 van 30 december 1982, het koninklijk besluit van 24 december 1993 en de wetten van 2 januari 2001 en 19 juli 2001.

In geval van verlof wegens ziekte of gebrekkigheid wordt de premie verder uitbetaald.

Artikel 62.10. Evaluatieverslag

§ 1. Voor een departementshoofd stelt het inrichtingshoofd ten minste om de vijf jaar een evaluatieverslag op. Te dien einde vindt een evaluatiegesprek plaats. Het departementshoofd kan om een evaluatie verzoeken.

Het departementshoofd stelt vooraf een verslag over de omzetting van het strategie- en actieplan en de verwezenlijking van de doelstellingen op dat als basis dient voor het evaluatiegesprek.

Op het evaluatieverslag staat de vermelding "onvoldoende", "niet tevredenstellend", "voldoende", "goed" of "zeer goed" als eindconclusie.

§ 2. Het verslag wordt in drie exemplaren aan het departementshoofd overhandigd, dat de drie exemplaren ondertekent en een ervan behoudt.

§ 3. Het departementshoofd kan het verslag onder voorbehoud ondertekenen en binnen een termijn van tien dagen na de afgifte ervan beroep bij de raad van beroep aantekenen.

Binnen een termijn van 45 dagen te rekenen vanaf de dag waarop de raad van beroep het beroep heeft ontvangen, zendt hij een met redenen omkleed advies aan de inrichtende macht.

Binnen de tien dagen na ontvangst van het advies overhandigt de inrichtende macht haar definitieve beslissing. Ze vermeldt, in voorkomend geval, de redenen waarom ze het advies niet volgt.

Het beroep is opschortend.

Artikel 62.11. Terugkeer

Voor zover het personeelslid in het gesubsidieerd vrij onderwijs vast benoemd is, bekleedt het op het einde van de aanstelling opnieuw zijn voormalig ambt, behalve in de gevallen vermeld in artikel 62.6, § 2, eerste lid, nummer 3, d) evenals nummer 4.

Artikel 62.12. In aanmerking komende diensten

Voor zover het om een personeelslid van het gesubsidieerd vrij onderwijs gaat, worden de diensten gepresteerd tijdens de uitoefening van het ambt als departementshoofd in aanmerking genomen om de dienstanciënniteit, de ambtsanciënniteit en de geldelijke anciënniteit vast te leggen."

Art. 167. In de titel van hoofdstuk *Vbis* evenals in artikel 69.1 van hetzelfde decreet, ingevoegd bij decreet van 25 juni 2007, worden de woorden "secundaire school van het buitengewoon onderwijs" door de woorden "secundaire school van het onderwijs aan leerlingen met specifieke behoeften" vervangen.

Art. 168. Artikel 69.2, nummer 1, van hetzelfde decreet, ingevoegd bij decreet van 25 juni 2007, wordt vervangen door de volgende bepaling :

"2. a) voor het ambt van studieprefect of directeur van een gewone secundaire school ten minste een diploma van het hoger onderwijs van de tweede graad bezitten; Bij gebrek aan een kandidaat met dit diploma is een diploma van het hoger onderwijs van de eerste graad voldoende;

b) voor het ambt van directeur van een secundaire school voor onderwijs aan leerlingen met specifieke behoeften ten minste een diploma van het hoger onderwijs van de eerste graad bezitten;"

Art. 169. In artikel 69.6, § 1, tweede lid, nummer 1, g), van hetzelfde decreet, ingevoegd bij decreet van 25 juni 2007, wordt het punt op het eind van de zin door een komma vervangen.

In hetzelfde lid, nummer 1, worden de letters h) en i) ingevoegd, als volgt luidend :

"h) verlof wegens een opdracht in het belang van het onderwijs,

i) voltijdse terbeschikkingstelling om persoonlijke redenen voorafgaand aan de opruststelling."

Art. 170. In artikel 69.7, § 1, eerste lid, van hetzelfde decreet, ingevoegd bij decreet van 25 juni 2007, wordt het woord "twintig" door het woord "vijf" vervangen.

In dezelfde paragraaf wordt in het derde lid de woorden "gedurende meer dan een jaar" door de woorden "gedurende ten minste een jaar" vervangen.

Art. 171. In artikel 69.8, § 1, eerste lid, van hetzelfde decreet, ingevoegd bij decreet van 25 juni 2007 en gewijzigd bij decreet van 23 juni 2008, wordt het woord "inrichtingshoofd" door de woorden "inrichtingshoofd van een gewone secundaire school" en de woorden "tweede lid" door de woorden "derde lid" vervangen.

In dezelfde paragrafen wordt na het eerste lid een nieuw lid ingevoegd, luidend als volgt :

"Tijdens de aanstelling tot inrichtingshoofd van een school voor secundair onderwijs aan leerlingen met specifieke behoeften ontvangt hij een wedde op basis van de weddeschaal vermeld in de bijlage 3 met een geldelijke anciënniteit van 19 jaar of met zijn werkelijke geldelijke anciënniteit, indien deze meer dan 19 jaar bedraagt, verhoogd met een maandelijkse premie van 428,48 EUR. De verhogingen voorzien in de weddeschaal worden om de twee jaar toegekend."

In dezelfde paragraaf worden in het tweede lid, dat het derde lid wordt, de woorden "buitengewoon onderwijs" telkens door de woorden "onderwijs aan leerlingen met specifieke behoeften" vervangen.

Art. 172. In artikel 69.15 van hetzelfde decreet, ingevoegd bij decreet van 26 juni 2006 en gewijzigd bij decreet van 25 juni 2007, wordt na het eerste lid een nieuw lid ingevoegd, luidend als volgt :

"Het inrichtingshoofd kan zich voor de evaluatie van een personeelslid baseren op het schriftelijk verslag van een ander personeelslid dat zich in een bevorderings- of selectieambt bevindt en dat schriftelijk van hem de opdracht kreeg een dergelijk verslag over het werk van het betrokken personeelslid op te stellen."

HOOFDSTUK XXXII. — *Wijziging van het decreet van 26 april 1999 over het gewoon basisonderwijs*

Art. 173. In artikel 18, tweede lid, van het decreet van 26 april 1999 over het gewoon basisonderwijs, vervangen bij decreet van 16 juni 2008, en in artikel 19 van hetzelfde decreet wordt telkens de woorden "en de leerlingen die krachtig moeten worden gesteund, vermeld in artikel 60, lid 2" geschrapt.

Art. 174. In artikel 30, § 2, tweede lid, van hetzelfde decreet wordt de woorden "en de in artikel 29 van het decreet van 31 augustus 1998 betreffende de opdrachten toevertrouwd aan de inrichtende machten en aan het schoolpersoneel en houdende algemene pedagogische en organisatorische bepalingen voor de gewone scholen vermeldde leerlingen die krachtig moeten worden gesteund" geschrapt.

HOOFDSTUK XXXIII. — *Wijziging van het decreet van 16 december 2002 betreffende de toekenning van financiële middelen voor pedagogische doeleinden in het onderwijs*

Art. 175. In artikel 1 van het decreet van 16 december 2002 betreffende de toekenning van financiële middelen voor pedagogische doeleinden in het onderwijs worden de woorden "buitengewoon onderwijs" door de woorden "onderwijs aan leerlingen met specifieke behoeften" vervangen.

Art. 176. In artikel 4, § 1, tweede lid, nummer 5, worden de woorden "buitengewoon onderwijs" door de woorden "onderwijs aan leerlingen met specifieke behoeften" vervangen.

Art. 177. Artikel 5 van hetzelfde decreet wordt als volgt gewijzigd :

1. In § 1, tweede lid, worden de woorden "buitengewoon onderwijs" door de woorden "onderwijs aan leerlingen met specifieke behoeften" vervangen;

2. In § 2, tweede lid, worden de woorden "buitengewoon lager onderwijs" door de woorden "lager onderwijs aan leerlingen met specifieke behoeften" vervangen en de woorden "buitengewoon onderwijs" door de woorden "onderwijs aan leerlingen met specifieke behoeften";

3. In § 2, tweede lid, worden de woorden "buitengewoon secundair onderwijs" door de woorden "secundair onderwijs aan leerlingen met specifieke behoeften" vervangen en de woorden "buitengewoon onderwijs" door de woorden "onderwijs aan leerlingen met specifieke behoeften".

HOOFDSTUK XXXIV. — *Wijziging van het decreet van 24 maart 2003 houdende oprichting van de pedagogische inspectie-begeleiding voor het onderwijs in de Duitstalige Gemeenschap en tot vastlegging van de opdrachten ervan*

Art. 178. In artikel 11 van het decreet van 24 maart 2003 houdende oprichting van de pedagogische inspectie-begeleiding voor het onderwijs in de Duitstalige Gemeenschap en tot vastlegging van de opdrachten ervan wordt het woord "buitengewoon onderwijs" door de woorden "voor onderwijs aan leerlingen met specifieke behoeften" vervangen.

HOOFDSTUK XXXV. — *Wijziging van het decreet 29 maart 2004 houdende het statuut van de gesubsidieerde personeelsleden van het gesubsidieerd officieel onderwijs en van de gesubsidieerde officiële psycho-medisch-sociale centra*

Art. 179. In artikel 20, § 1, eerste lid, nummer 5, van het decreet 29 maart 2004 houdende het statuut van de gesubsidieerde personeelsleden van het gesubsidieerd officieel onderwijs en van de gesubsidieerde officiële psycho-medisch-sociale centra, gewijzigd bij decreet van 23 juni 2008, wordt een letter *e*) ingevoegd, luidend als volgt :

"*e*) Indien het om een lid van het onderwijzend personeel van een school voor onderwijs aan leerlingen met specifieke behoeften gaat, beschikt dit lid over het bewijs van het bestaan van een ten minste 10 ECTS-studiepunten tellende aanvullende opleiding op het vlak van het onderwijs aan leerlingen met specifieke behoeften, de heil- of orthopedagogie dat door een hogeschool in de Duitstalige Gemeenschap wordt uitgereikt of over een bewijs dat door de Regering als gelijkwaardig wordt erkend."

Dezelfde paragraaf wordt met een vierde lid aangevuld, luidend als volgt :

"In afwijking van het eerste lid, nummer 5, mogen voor het ambt van school- en leerbegeleider voor onderwijs aan leerlingen met speciale behoeften en voor het ambt van psychosociaal begeleider enkel personen worden aangesteld die op het ogenblik van de aanstelling houder zijn van het vereiste bekwaamheidsbewijs of van een voor voldoende geachte bekwaamheidsbewijs dat aan het te begeven ambt beantwoordt."

Art. 180. In artikel 28, § 2, van hetzelfde decreet, vervangen bij decreet van 26 juni 2006, wordt na het eerste lid een nieuw lid ingevoegd, luidend als volgt :

"Het inrichtingshoofd kan zich voor de beoordeling van een personeelslid baseren op het schriftelijk verslag van een ander personeelslid dat zich in een bevorderings- of selectieambt bevindt en dat schriftelijk van hem de opdracht kreeg een dergelijk verslag over het werk van het betrokken personeelslid op te stellen."

Art. 181. In artikel 36bis van hetzelfde decreet, ingevoegd bij decreet van 26 juni 2006, wordt na het eerste lid een nieuw lid ingevoegd, luidend als volgt :

"In afwijking van het eerste lid kan onder de volgende voorwaarden een omwisseling tussen het gewone onderwijs en het onderwijs aan leerlingen met specifieke behoeften voor een ander ambt plaatsvinden :

1. Het ambt waarvan de uitoefening in het kader van de omwisseling wordt aangevraagd, draagt de dezelfde benaming als het ambt waarvoor het personeelslid vast benoemd is;
2. Het personeelslid bezit het vereiste bekwaamheidsbewijs voor de uitoefening van het ambt waarvan de uitoefening in het kader van de omwisseling wordt aangevraagd."

Art. 182. In artikel 37, eerste lid, nummer 5, van hetzelfde decreet, gewijzigd bij decreet van 23 juni 2008, wordt een letter *e*) ingevoegd, luidend als volgt :

"*e*) Indien het om een lid van het onderwijzend personeel van een school voor onderwijs aan leerlingen met specifieke behoeften gaat, beschikt dit lid over het bewijs van het bestaan van een ten minste 10 ECTS-studiepunten tellende aanvullende opleiding op het vlak van het onderwijs aan leerlingen met specifieke behoeften, de heil- of orthopedagogie dat door een hogeschool in de Duitstalige Gemeenschap wordt uitgereikt of over een bewijs dat door de Regering als gelijkwaardig wordt erkend."

Hetzelfde artikel wordt met een vijfde lid aangevuld, luidend als volgt :

"In afwijking van het eerste lid, nummer 5, mogen voor het ambt van school- en leerbegeleider voor onderwijs aan leerlingen met specifieke behoeften en voor het ambt van psychosociaal begeleider enkel personen vast worden benoemd die op het ogenblik van de benoeming houder zijn van het vereiste bekwaamheidsbewijs of van een voor voldoende geachte bekwaamheidsbewijs dat aan het te begeven ambt beantwoordt."

Art. 183. In artikel 42, § 1, van hetzelfde decreet, vervangen bij decreet van 26 juni 2006 en aangevuld bij decreet van 21 april 2008, wordt na het derde lid een nieuw lid ingevoegd, luidend als volgt :

"In afwijking van het derde lid kan onder de volgende voorwaarden een overplaatsing van het gewoon onderwijs naar het onderwijs aan leerlingen met speciale behoeften en omgekeerd voor een ander ambt plaatsvinden :

1. Het ambt waarin het personeelslid wenst te worden overgeplaatst, draagt dezelfde benaming als het ambt waarvoor het vast benoemd is;
2. Het personeelslid bezit het vereiste bekwaamheidsbewijs voor de uitoefening van het ambt waarin hij wenst te worden overgeplaatst."

Art. 184. In hetzelfde decreet wordt een hoofdstuk *IVter*, dat het artikel 56.12 bevat, ingevoegd :

"Hoofdstuk *IVter* - Bijzondere bepalingen voor departementshoofden van een secundaire school voor onderwijs aan leerlingen met specifieke behoeften

Artikel 56.12. In afwijking van hoofdstuk *IV* wordt het ambt van departementshoofd van een secundaire school voor onderwijs aan leerlingen met specifieke behoeften vanaf 1 september 2009 begeven aan de hand van een aanstelling voor onbepaalde duur en van een vaste benoeming overeenkomstig de voorwaarden geldend in het gesubsidieerd vrij onderwijs."

Art. 185. In hetzelfde decreet wordt een hoofdstuk *Vter*, dat het artikel 64.12 bevat, ingevoegd :

"Hoofdstuk *Vter* - Bijzondere bepalingen voor inrichtingshoofd of directeuren van een gewone secundaire school of een secundaire school voor onderwijs aan leerlingen met specifieke behoeften

Artikel 64.12. In afwijking van hoofdstuk *V* wordt het ambt van inrichtingshoofd of directeur van een gewone secundaire school of een secundaire school voor onderwijs aan leerlingen met specifieke behoeften vanaf 1 september 2007 begeven aan de hand van een aanstelling voor onbepaalde duur en van een vaste benoeming overeenkomstig de voorwaarden geldend in het gesubsidieerd vrij onderwijs."

Art. 186. In artikel 66 van hetzelfde decreet wordt na het eerste lid een nieuw lid ingevoegd, luidend als volgt :

“Het inrichtingshoofd kan zich voor de beoordeling van een personeelslid baseren op het schriftelijk verslag van een ander personeelslid dat zich in een bevorderings- of selectieambt bevindt en dat schriftelijk van hem de opdracht kreeg een dergelijk verslag over het werk van het betrokken personeelslid op te stellen.”

HOOFDSTUK XXXVI. — *Wijziging van het decreet van 19 april 2004 betreffende de taaloverdracht en het gebruik van de talen in het onderwijs*

Art. 187. In artikel 1 van het decreet van 19 april 2004 betreffende de taaloverdracht en het gebruik van de talen in het onderwijs worden de woorden “buitengewoon onderwijs” door de woorden “onderwijs aan leerlingen met specifieke behoeften” vervangen.

Art. 188. In artikel 6, § 1, tweede en vierde lid, en § 3, tweede en vierde lid, van hetzelfde decreet worden de woorden “scholen voor buitengewoon onderwijs” telkens door de woorden “scholen voor onderwijs aan leerlingen met specifieke behoeften” vervangen.

Art. 189. In titel IV van hetzelfde decreet worden de woorden “buitengewoon basisonderwijs” door de woorden “basisonderwijs aan leerlingen met specifieke behoeften” vervangen.

Art. 190. In de titel van artikel 7 van hetzelfde decreet worden de woorden “buitengewoon basisonderwijs” door de woorden “basisonderwijs aan leerlingen met specifieke behoeften” vervangen.

Art. 191. In de titel van artikel 8 van hetzelfde decreet worden de woorden “buitengewoon basisonderwijs” door de woorden “basisonderwijs aan leerlingen met specifieke behoeften” vervangen.

Art. 192. In titel VI, ondertitel II, hoofdstuk 1, worden in de titel van het hoofdstuk de woorden “buitengewoon basisonderwijs” door de woorden “basisonderwijs aan leerlingen met specifieke behoeften” vervangen.

Art. 193. In titel VI, ondertitel II, hoofdstuk 2, worden in de titel van het hoofdstuk de woorden “buitengewoon secundair basisonderwijs” door de woorden “secundair onderwijs aan leerlingen met specifieke behoeften” vervangen.

Art. 194. In titel VI, ondertitel III, van hetzelfde decreet worden in de titel de woorden “opvoedend personeel” en “paramedisch personeel” door de woorden “opvoedend hulppersoneel”, “paramedisch personeel” en “psychosociaal personeel” vervangen.

HOOFDSTUK XXXVII. — *Wijziging van het decreet van 17 mei 2004 over maatregelen inzake onderwijs, opleiding en infrastructuur - 2004*

Art. 195. In artikel 21 van het decreet van 17 mei 2004 over maatregelen inzake onderwijs, opleiding en infrastructuur - 2004 wordt na het eerste lid een nieuw lid ingevoegd, luidend als volgt :

“Wanneer de plaats waar het personeelslid wordt ingezet verder van zijn woonplaats verwijderd is dan de dichtstbij gelegen vestiging van de school voor onderwijs aan leerlingen met specifieke behoeften die het personeelslid detachteert, wordt de afstand tussen die vestiging en de plaats waar het personeelslid wordt ingezet als dienstreis beschouwd en op verzoek volgens de geldende tarieven van de federale openbare dienst vergoed.”

HOOFDSTUK XXXVIII. — *Wijziging van het decreet van 27 juni 2005 tot oprichting van een autonome hogeschool*

Art. 196. In artikel 5.2, eerste lid, van het decreet van 27 juni 2005 tot oprichting van een autonome hogeschool worden de woorden “buitengewoon onderwijs” door de woorden “onderwijs aan leerlingen met specifieke behoeften” vervangen en de woorden “en paramedische” door de woorden “paramedische en psychosociale”.

Art. 197. In artikel 5.3, eerste lid, van hetzelfde decreet worden de woorden “buitengewoon onderwijs” door de woorden “onderwijs aan leerlingen met specifieke behoeften” vervangen en de woorden “en paramedische” door de woorden “paramedische en psychosociale”.

Art. 198. In artikel 5.22, § 2, van hetzelfde decreet, laatst gewijzigd bij decreet van 23 juni 2008, wordt na het eerste lid een nieuw lid ingevoegd, luidend als volgt :

“De directeur kan zich voor de evaluatie van een personeelslid baseren op het schriftelijk verslag van een ander personeelslid dat zich in een bevorderings- of selectieambt bevindt en dat schriftelijk van hem de opdracht kreeg een dergelijk verslag over het werk van het betrokken personeelslid op te stellen.”

Art. 199. In artikel 5.40 van hetzelfde decreet, gewijzigd bij decreet van 26 juni 2006, wordt na het eerste lid een nieuw lid ingevoegd, luidend als volgt :

“De directeur kan zich voor de evaluatie van een personeelslid baseren op het schriftelijk verslag van een ander personeelslid dat zich in een bevorderings- of selectieambt bevindt en dat schriftelijk van hem de opdracht kreeg een dergelijk verslag over het werk van het betrokken personeelslid op te stellen.”

Art. 200. In artikel 5.81, tweede lid, van hetzelfde decreet worden de woorden “buitengewoon onderwijs” door de woorden “onderwijs aan leerlingen met specifieke behoeften” vervangen.

HOOFDSTUK XXXIX. — *Wijziging van het decreet van 26 juni 2006 houdende maatregelen inzake het onderwijs - 2006*

Art. 201. In de artikelen 113, 114, 115, 117 en 118 van het decreet van 26 juni 2006 houdende maatregelen inzake het onderwijs - 2006 worden de woorden “buitengewoon onderwijs” door de woorden “onderwijs aan leerlingen met specifieke behoeften” vervangen en de woorden “en paramedische” door de woorden “paramedische en psychosociale”.

HOOFDSTUK XL. — *Wijziging van het decreet van 21 april 2008 houdende valorisatie van het lerarenberoep*

Art. 202. In artikel 104, eerste lid, nummer 1, van het decreet van 21 april 2008 houdende valorisatie van het lerarenberoep worden de woorden “buitengewoon onderwijs” door de woorden “onderwijs aan leerlingen met specifieke behoeften” vervangen en de woorden “en paramedische” door de woorden “paramedische en psychosociale”.

TITEL VI. — Slotbepalingen

Art. 203. Slotbepaling

Een nieuwe school voor onderwijs aan leerlingen met specifieke behoeften mag uitsluitend in de onmiddellijke nabijheid van een gewone school worden gebouwd.

Artikel 204. Slotbepaling

De artikelen 84, 85, 86, 88 en 89 van het decreet van 31 augustus 1998 betreffende de opdrachten toevertrouwd aan de inrichtende machten en aan het schoolpersoneel en houdende algemene pedagogische en organisatorische bepalingen voor de gewone scholen en de scholen voor onderwijs aan leerlingen met specifieke behoeften treden op 1 september 2009 in werking.

Art. 204. Slotbepaling

De artikelen 18 en 19 van het decreet van 26 april 1999 over het gewoon basisonderwijs treden op 1 september 2009 in werking.

Art. 205. *Slotbepaling*

Na verstrijken van het schooljaar 2013-2014 gaat de Regering over tot een evaluatie van de titels III, IV en V van dit decreet. De Regering kan hiertoe deskundigen raadplegen.

Art. 206. Opheffingsbepaling

Worden opgeheven :

1. Artikel 3, § 2, nummer 4, van de wet van 22 juni 1964 betreffende het statuut der personeelsleden van het Rijksonderwijs, gewijzigd bij wet van 6 juli 1970;

2. De artikelen 5, 6 tot en met 11, 14, 18 en 19 van de wet van 6 juli 1970 over het buitengewoon onderwijs en het geïntegreerd onderwijs;

3. De artikelen 8, 9, 10, 13, 14, 15, 18 tot en met 22, 23, 25 tot en met 28 en 47 van het koninklijk besluit van 28 juni 1978 houdende de omschrijving van de types en de organisatie van het buitengewoon onderwijs en houdende vastlegging van de voorwaarden voor opname en behoud op de verschillende niveaus van het buitengewoon onderwijs;

4. De artikelen 6, § 2, 23, § 2 en § 3 en § 4, 27, § 2, 37, § 4 en 43, § 1 van het decreet van 27 juni 1990 tot vaststelling van de wijze waarop de ambten van het personeel voor buitengewoon onderwijs worden bepaald;

5. Het besluit van de Regering van 20 juli 1994 over de samenstelling en de werking van de Commissie van Advies van het buitengewoon onderwijs;

6. De artikelen 30, 31, 51, nummers 7 en 8, en artikel 85, tweede lid, van het decreet van 31 augustus betreffende de opdrachten toevertrouwd aan de inrichtende machten en aan het schoolpersoneel en houdende algemene pedagogische en organisatorische bepalingen voor de gewone scholen.

Art. 207. Overgangsbepaling

Voor het verkrijgen van het voor de uitoefening van een ambt in het onderwijs aan leerlingen met specifieke behoeften in de categorie onderwijzend personeel vereiste bewijs van het bestaan aan ten minste 10 ECTS-studiepunten tellende bijkomende opleiding op het vlak van het onderwijs aan leerlingen met specifieke behoeften, de heil- of orthopedagogie wordt de beroepservaring in de gewone school of de school voor onderwijs aan leerlingen met specifieke behoeften in ECTS-studiepunten omgezet van die leden van het onderwijzend personeel die voor 1 september 2010 in de categorie onderwijzend personeel in een door de Duitstalige Gemeenschap georganiseerde of gesubsidieerde school voor onderwijs aan leerlingen met specifieke behoeften voor 1 september 2010 leerlingen met een behoefte aan onderwijs voor leerlingen met specifieke behoeften in een gewone school of een school voor onderwijs aan leerlingen met specifieke behoeften begeleid hebben. Hierbij geldt dat per schooljaar waarin het personeelslid leerlingen met een behoefte aan onderwijs voor leerlingen met specifieke behoeften in een gewone school of in een school voor onderwijs aan leerlingen met specifieke behoeften begeleid heeft, 2 ECTS-studiepunten worden toegekend, indien het personeelslid in het betrokken schooljaar ten minste 180 dienstdagen heeft gepresteerd.

De in het eerste lid vermelde personeelsleden die op 1 september 2010 over ten minste 10 ECTS-studiepunten beschikken, worden beschouwd als houder van het voor de uitoefening van het respectieve ambt vereiste of voor voldoende geacht bekwaamheidsbewijs, voor zover op het laatste evaluatieverslag de vermelding "voldoende" als eindconclusie staat.

De in het eerste lid vermelde personeelsleden die op 1 september 2010 over ten minste 6 en minder dan 10 ECTS-studiepunten beschikken, worden beschouwd als houder van het voor de uitoefening van het respectieve ambt vereiste of voor voldoende geacht bekwaamheidsbewijs, voor zover op het laatste evaluatieverslag de vermelding "voldoende" als eindconclusie staat. Een tijdelijke aanstelling respectievelijk een aanstelling voor onbepaalde duur evenals een vaste benoeming kunnen slechts plaatsvinden, indien het personeelslid over ten minste 10 ECTS-studiepunten beschikt. Deze maatregel is van toepassing tot 31 augustus 2014.

Voor de in het eerste lid vermelde berekening van de dienstdagen gelden de volgende bepalingen :

a) Worden in aanmerking genomen de tot 31 augustus 2010 gepresteerde dienstdagen waarop het personeelslid in een school voor onderwijs aan leerlingen met specifieke behoeften of in een gewone school leerlingen met een behoefte aan onderwijs voor leerlingen met specifieke behoeften heeft begeleid.

b) Worden in aanmerking genomen de dienstdagen gepresteerd als gesubsidieerd contractueel personeelslid en als tijdelijk aangesteld respectievelijk benoemd personeelslid worden vanaf het begin tot het einde van de ononderbroken periode van dienstactiviteit, met inbegrip van het ontspanningsverlof, de kerst- en paasvakantie, het bevallingsverlof, het voorbehoedend verlof, tijdens welk het personeelslid van elk werk wordt vrijgesteld in het kader van de moederschapsbescherming of van de bedreiging door een beroepsziekte, het verlof voor de opvang met het oog op adoptie en pleegvoogdij, het verlof voor persoonlijke omstandigheden of de overeenkomstig de wettelijke en reglementaire bepalingen toegekende uitzonderlijke verloven, indien ze in deze periode vallen. Dit aantal dagen wordt met 1,2 vermenigvuldigd. Worden van deze vermenigvuldiging uitgesloten de dienstdagen die gepresteerd worden door een personeelslid aangesteld voor onbepaalde duur en die betrekking hebben op een volledig schooljaar.

c) De diensten die gepresteerd werden in een ambt met onvolledig uurrooster en die ten minste de helft van het aantal uren vereist voor het ambt met volledig uurrooster omvatten, worden in aanmerking genomen zoals diensten gepresteerd in een ambt met volledig uurrooster.

d) Het aantal dagen verworven in een ambt met onvolledig uurrooster dat niet de helft van het aantal uren vereist voor het ambt met volledig uurrooster omvat, wordt gehalveerd.

e) Het aantal dagen verworven in twee of meer gelijktijdig uitgeoefende ambten met volledig of onvolledig uurrooster mag nooit het aantal dagen overschrijden dat in een gedurende dezelfde periode uitgeoefend ambt met volledig uurrooster verworven is.

Art. 208. Overgangsbepaling

De in de categorie onderwijzend personeel in een door de Duitstalige Gemeenschap georganiseerde of gesubsidieerde school voor onderwijs aan leerlingen met specifieke behoeften werkzame personeelsleden die op 31 augustus 2010 voor onbepaalde duur tijdelijk aangesteld respectievelijk aangeworven of vast benoemd respectievelijk vast aangesteld zijn, worden vanaf 1 september 2010 beschouwd als zijnde voor onbepaalde duur tijdelijk aangesteld respectievelijk aangeworven of vast benoemd respectievelijk vast aangesteld in een ambt van het onderwijs aan leerlingen met specifieke behoeften. Dit ambt draagt dezelfde benaming als het ambt waarvoor zij tot dat ogenblik voor onbepaalde duur tijdelijk aangesteld respectievelijk aangeworven of vast benoemd respectievelijk vast aangesteld werden.

Art. 209. Overgangsbepaling

In afwijking van artikel 91^{quinquies} en 91^{sexies} van het koninklijk besluit van 22 maart 1969 tot vaststelling van het statuut van de leden van het bestuurs-, onderwijzend, opvoedend hulp-, paramedisch en psychosociaal personeel der inrichtingen voor kleuter-, lager, middelbaar, technisch, kunst- en normaalonderwijs en onderwijs aan leerlingen met specifieke behoeften van de Staat, evenals der internaten die van deze inrichtingen afhangen en van de personeelsleden van de inspectiedienst die belast is met het toezicht op deze inrichtingen wijst de inrichtende macht op 1 september 2009 de hoofdonderwijzer van de kleuterafdeling van het Instituut van de Duitstalige Gemeenschap voor Buitengewoon Onderwijs van Eupen en het inrichtingshoofd van de Basisschool voor Gedifferentieerd Onderwijs van Elsenborn - Sankt Vith aan tot eerste departementshoofden bij het Centrum voor Onderwijs aan Leerlingen met Specifieke Behoeften.

De beide departementshoofden dienen uiterlijk op 31 december 2009 een strategie- en actieplan in.

Art. 210. Inwerkingtreding

Het onderhavig decreet treedt op 1 september 2009 in werking, met uitzondering van de artikelen 47, 49, 50 tot en met 52, 166, 168 tot en met 170, 184, en artikel 185, die in werking treden op de dag dat voorliggend decreet aangenomen wordt, en van de artikelen 32, nummer 1, 38, 40 tot en met 42, 56, 62, 65, 76 tot en met 79, 161, 163 tot en met 165, 179, 181 tot en met 183, die op 1 september 2010 in werking treden.

DOOR HET PARLEMENT VAN DE DUITSTALIGE GEMEENSCHAP AANGENOMEN

Eupen, 11 mei 2009

Stephan THOMAS

Griffier

Louis SIQUET

Voorzitter

Wij kondigen dit decreet af en bevelen dat het door het *Belgisch Staatsblad* bekendgemaakt wordt.

Eupen, 11 mei 2009.

K.-H. LAMBERTZ

Minister-President van de Regering van de Duitstalige Gemeenschap,
Minister van Lokale Besturen

B. GENTGES

Vice-Minister-President van de Regering van de Duitstalige Gemeenschap,
Minister van Vorming en Werkgelegenheid, Sociale Zaken en Toerisme

O. PAASCH

Minister van Onderwijs en Wetenschappelijk Onderzoek

I. WEYKMANS

Minister van Cultuur en Media, Monumentenzorg, Jeugd en Sport

—
Nota

Zitting 2008-2009.

Genummerde bescheiden : 148 (2008-2009) Nr. 1 Ontwerp van decreet

148 (2008-2009) nr. 2 Voorstel tot wijziging

148 (2008-2009) nr. 3 Verslag

Integraal verslag : 11 mei 2009 - nr. 13 (2008-2009) Discussie en aanneming